

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 5. Dezember 1973

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974

Beratungsgruppe III: Äußeres

Beratungsgruppe IV: Inneres

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 8553)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 d. B.)

Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres

Spezialberichterstatter: Pay (S. 8553)

Redner: Dr. Fiedler (S. 8554), Czernetz (S. 8558), Dr. Karasek (S. 8566 und S. 8619), Dr. Serinzi (S. 8573), Doktor Mock (S. 8582), Luptowits (S. 8590), Dr. Ermacora (S. 8595), Peter (S. 8599),

Fachleutner (S. 8604), Anneliese Albrecht (S. 8606), Radinger (S. 8609), Melter (S. 8612) und Bundesminister Dr. Kirchschräger (S. 8613)

Annahme der Beratungsgruppe III (S. 8621)

Beratungsgruppe IV: Kapitel 11: Inneres

Spezialberichterstatter: Robak (S. 8621)

Redner: Dr. Schmidt (S. 8624), DDr. Hesele (S. 8631), Suppan (S. 8638), Helga Wieser (S. 8642), Ing. Hobl (S. 8644), Bundesminister Röscher (S. 8646), Brandstätter (S. 8649) und Ofenböck (S. 8652)

Annahme der Beratungsgruppe IV (S. 8655)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Ermacora, Dr. Pelikan und Genossen an den Bundeskanzler betreffend EDV im Bundeskanzleramt (1516/J)

Meißl und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Frühzüge aus der Oststeiermark nach Graz — mangelhafte Beheizung (1517/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet ist der Herr Abgeordnete Horr.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe III

Kapitel 20: Äußeres

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen).

Wir kommen zunächst zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe III.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Pay. Ich bitte um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Pay:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte über die Beratungsgruppe III, Kapitel 20, Äußeres.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 20 des Bundesvoranschlags für das Jahr 1974 am 13. November 1973 der Vorberatung unterzogen.

Im vorliegenden Entwurf zum Bundesfinanzgesetz 1974 sind für das Kapitel 20 „Äußeres“ Gesamtausgaben in der Höhe von 731,742 Millionen Schilling und Einnahmen von 16,931 Millionen Schilling vorgesehen, die gegenüber den Ansätzen des Kapitels 20 des Jahres 1973 um 150,025 Millionen Schilling beziehungsweise 5,453 Millionen Schilling höher liegen. Es handelt sich jedoch nicht zur Gänze um eine reelle Erhöhung der Ausgaben des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, weil auf Grund des Ministeriengesetzes verschiedene Kompetenzen, die bisher budgetmäßig bei anderen Ministerien ver-

Pay

anschlagt waren, ab 1. Jänner 1974 durch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten wahrgenommen werden.

Es sind dies:

- a) Österreichische Kulturinstitute im Ausland,
- b) die Österreichische Mission bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel.

Das tatsächliche mit den Ansätzen 1973 vergleichbare Mehrerfordernis des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vermindert sich dadurch auf 101,827 Millionen Schilling oder 17,5 Prozent und verteilt sich auf die einzelnen Gebarungsgruppen des Kapitels wie folgt:

Für gesetzliche Verpflichtungen, und zwar für den Personalaufwand sind um 20,800 Millionen Schilling oder 13,6 Prozent mehr veranschlagt.

Die gleichfalls unter die gesetzlichen Verpflichtungen fallenden „Internationalen Beitragszahlungen Österreichs“ mußten, obwohl sich die meist in US-Dollar festgesetzten Beiträge erheblich erhöhten, lediglich um 3,205 Millionen Schilling oder 3,3 Prozent erhöht werden.

Eine perzentuelle gleich hohe Steigerung erfuhren auch die Beiträge für die UN-Sonderaktionen von 0,2 Millionen US-Dollar auf 0,25 Millionen US-Dollar. Beim zuletzt genannten Beitrag handelt es sich um jenen für die Cypernaktion.

Die übrigen gesetzlichen Verpflichtungen des Sachaufwandes erfuhren eine Erhöhung gegenüber 1973 um 8,108 Millionen Schilling.

Die im Sachaufwand veranschlagten Ermessenskredite erfuhren eine Erhöhung um 69,714 Millionen Schilling.

Das somit verbleibende restliche Mehrerfordernis beträgt daher nunmehr 42,139 Millionen Schilling.

Ein bedeutendes Mehrerfordernis ist auch für die Instandhaltung der bundeseigenen Liegenschaften im Auslande dringend notwendig.

Kleinere Erhöhungen der Ansätze für das kommende Jahr wurden für den Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland von bisher 1,500 Millionen Schilling auf 1,750 Millionen Schilling vorgenommen, zumal auch die Länder eine gleiche Erhöhung ihrer Beiträge in Aussicht stellten.

Das restliche Mehrerfordernis betrifft den eigentlichen Verwaltungsaufwand und beträgt 20,558 Millionen Schilling oder 16,3 Prozent.

Diese Steigerung ist durch die Eröffnung neuer Vertretungsbehörden und durch die allgemeinen Preissteigerungen bedingt.

Die Einnahmen des Kapitels 20 sind 1974 um 5,453 Millionen Schilling höher als 1973 veranschlagt.

An der Debatte über das Kapitel 20 beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatte der Abgeordneten Dr. Fiedler, Czernetz, Doktor Scrinzi, Luptowits, Dr. Karasek, Radinger, Kern, Heinz, Dr. Bauer, Anneliese Albrecht, Fachleutner, Horejs, Kinzl und Dr. Ermacora.

Bundesminister Dr. Kirchschläger nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 22. November 1973 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe III unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 20: „Äußeres“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 (880 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler.

Abgeordneter Dr. **Fiedler** (OVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen allen ist wohl bekannt, daß wir auf eine äußerst bewegte Ära österreichischer Außenpolitik zurückblicken. Bei aller Beteiligung einer aktiven Beteiligung im internationalen Prozeß kommt man doch zu der Schlußfolgerung, daß Österreich in den letzten Wochen und Monaten zu viel im Gespräch gewesen ist, und nur zum Teil aus Gründen, die sich unserem Einfluß entziehen. Sicher war es nicht unsere Schuld oder die der Regierung, daß arabische Terroristen zum Schlag gegen die Emigrantentransporte durch unser Territorium ausholten. Aber — als Bundeskanzler Dr. Kreisky seine Gegenmaßnahmen bekanntgab, erwies es sich, daß er völlig unfähig war, das von vornherein umstrittene Agreement über die Schließung des Lagers Schönau in einer Weise darzustellen, die uns gegen den Verdacht einer politischen Kapitulation absicherte.

Daß daraufhin eine Flut von Verwünschungen gegen Österreich anbrandete, hat auch zur Ursache — ich sage bewußt „auch“ —, daß Herr Dr. Kreisky glaubte, er könne mit der ganzen Welt so reden, wie er es in der heimischen Innenpolitik oft zu tun beliebt;

Dr. Fiedler

mit scheinbar inhaltsschweren Worten, die bei genauerem Hinhören oder Nachlesen jedoch alles und nichts heißen können, Dinge anzukündigen, die noch gar nicht ausgereift sind.

Es mußte erst der gesamte diplomatische Apparat Österreichs in Bewegung gesetzt werden, um dem Ausland klarzumachen, daß die Lösung der Affäre keine Kampfansage gegen Israel bedeute, und wäre nicht der neuerliche tragische und unheilvolle Nahostkrieg dazwischengekommen, so müßten sich, davon bin ich überzeugt, die Diplomaten zweifellos noch heute damit befassen.

Ein Image ist schneller zerstört als aufgebaut.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere daran, daß es fast unmöglich ist, die immer wiederkehrende falsche Ansicht auszumerzen, daß unsere Neutralität ein Bestandteil des Staatsvertrages sei, geradeso als seien wir neutralisiert worden, als wir unsere Unabhängigkeit im Jahr 1955 erhielten. In der letzten Zeit tauchten obendrein noch die Vermutungen auf, die hiesige Regierung habe sich einer neutralistischen im Sinne von völlig indifferenter Linie verschrieben, was nicht weniger schlimm ist für ein Land, das bisher immerhin mit einigem Erfolg versucht hatte, seinem Status eine positive Charakteristik zu verleihen.

Wissen die anderen heute wirklich noch so genau, wo wir stehen? Und weiß es die österreichische Bundesregierung? Seit der letzten Budgetdebatte im vorigen Dezember ist die Entwicklung der österreichischen Außenpolitik bedauerlicherweise insofern fortgeschritten, als solche Fragestellungen möglich geworden sind. Darin liegt auch der Grund, daß meine Fraktion dem Kapitel Äußeres des Bundeshaushaltsgesetzes 1974 keine Zustimmung geben wird.

Hohes Haus! Ich kritisiere hier als Vertreter der Volkspartei Erscheinungen, die einer kritischen Betrachtung unterzogen werden müssen, weil die Volkspartei als letzte daran interessiert ist, daß Österreich durch einen außenpolitischen Profilverlust Schaden erleidet. Die Österreichische Volkspartei steht noch immer dafür ein, daß die Außenpolitik nicht in parteipolitische Kontroversen hineingezogen werden solle. Dessen ungeachtet müssen vom Forum der Volksvertretung aus Lücken und Mängel aufgezeigt werden, denn erst durch die Möglichkeit, auf diese Weise notwendig erscheinende Korrekturen zu machen, kann sich die Österreichische Volkspartei als Oppositionspartei notfalls — in manchen Fällen — auch hinter die Regierung stellen. Sie kann dies nicht tun, wenn sie auf deren Politik überhaupt keinen Einfluß hat. —

Manchmal freilich hat es den Anschein, als redete man zu leeren Wänden und nicht zu Kabinettsmitgliedern.

Herr Außenminister! Ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, daß Ihre von Ihnen selbst oftmals herausgestrichene Geradlinigkeit eine dritte Dimension hat — und dort bringen Sie einen wunderschönen Bogen zustande. Diese dritte Dimension ist die Aufteilung der Regierungsämter in Ressorts. Trotz aller gutgemeinten Mahnungen durch Vertreter der Volkspartei weigern Sie sich nachhaltig und unter Vorgabe einer funktionellen Taubheit, Ihre Kompetenz in der Causa Landesverteidigung wahrzunehmen.

Sie haben recht, wenn Sie sagen, es sei Angelegenheit Ihres Kollegen, die militärischen Einheiten zu organisieren. Niemand verlangt von Ihnen, den Experten dreinzureden, auch wenn Sie seit einiger Zeit Mitglied des Landesverteidigungsrates sind. Aber sollte Österreich einmal durch einen harten Schicksalsschlag draufkommen, daß es einen weit höheren Einsatz für die physische Landesverteidigung gebraucht hätte, dann, Herr Minister Kirchschräger, können Sie nicht sagen, Sie sind nicht kompetent gewesen!

Dann müssen Sie nämlich auch Antwort darauf geben, warum Sie Ihren sozialistischen und deshalb mehr auf Popularitätshascherei ausgerichteten Kollegen im Kabinett nicht gesagt haben — mehr noch: sie nicht überzeugt haben —, daß Österreich nicht wie eine Insel der Seligen auf seinen Außenminister vertrauen kann, der sein Land auf geheimnisvolle Weise aus allen Krisen ausklammern kann. Das ist gar nicht möglich, niemand kann das, auch Sie nicht.

Aber gerade Sie als Diplomat und Außenminister müßten im Kabinett der Experte sein, der eine blinde Regierung auf die oft sehr unmenschlichen Bedingungen internationalen Zusammenlebens aufmerksam macht. Sie stehen in dem Ruf — ich verweise auf die Titelgeschichte in dem Magazin „profil“ über Ihre Person —, daß Sie die manchmal etwas chaotischen Ideen Ihres Herrn Bundeskanzlers zu gerade noch akzeptablen Reliefs zu meißeln in der Lage sind. Ich ersuche Sie dringend, Ihre Meisterhand auch in Sachen Landesverteidigung zu verwenden. Die künstlerischen Einfälle, die Herr Dr. Kreisky auf diesem Gebiet bisher hatte, hätten es bitter notwendig.

Und ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit auch gleich das Argument soufflieren, mit dem Sie ihn am besten überzeugen könnten: So unpopulär ist die Landesverteidigung nämlich gar nicht, wie das die Regierung bisher angenommen beziehungsweise vielleicht ge-

Dr. Fiedler

glaubt hat. Umfragen haben im Gegenteil gezeigt, daß gerade unter den Jugendlichen unseres Landes das Bewußtsein wach ist, daß der Staat und somit seine Bevölkerung sehr wohl auch physisch auf Krisenfälle vorbereitet werden muß.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf eine äußerst interessante Meinungsumfrage verweisen, die im Rahmen eines Artikels der beiden Autoren Hanspeter Neuhold und Franz Wagner über das Neutralitätsbewußtsein der Österreicher im Heft 2 der „Österreichischen Zeitschrift für Außenpolitik“ abgedruckt wurde. Es sind Ziffern angegeben, die voll und ganz diese meine vorher geäußerten Vermutungen und Feststellungen bestätigen können.

Meine Damen und Herren! Es erscheint mir aber auch notwendig, darauf zu sprechen zu kommen, daß vor kurzem — es war Ende September — die verfehlte Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der heutigen Bundesregierung durch den Herrn Bundespräsidenten einer eindeutigen Kritik unterzogen wurde. Anlässlich der Ausmusterung von Offizieren in der Militärakademie Wiener Neustadt wurde hier erstmals offen ausgesprochen, was bisher nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen wurde: Drei Jahre sozialistische Verteidigungspolitik haben dazu geführt, daß man unsere Verteidigungsanstrengungen und damit auch den bewaffneten Schutz unserer Neutralität bereits in Zweifel zieht. Man kommentiert die damaligen Erklärungen des Bundespräsidenten, daß er über den katastrophalen Kräfteverfall des Heeres verärgert und gleichzeitig besorgt sei. Hierüber wird ja noch ausführlich während der nun laufenden Budgetdebatte bei der Beratung des Kapitels Landesverteidigung zu sprechen sein.

Neu und überraschend scharf war aber die gleichzeitig über die österreichische Außenpolitik ausgesprochene Kritik. In politischen Kreisen rief die Schärfe der hiebei gemachten Feststellungen besondere Aufmerksamkeit hervor. Der Bundespräsident warf dem Außenminister unverblümt vor, „den Sinn für die Realität verloren zu haben“. Bekanntlich vertraten Bundeskanzler und Außenminister bisher immer die Meinung, die Sicherheit des Landes werde vorwiegend durch eine gute Außenpolitik garantiert. Daß diese Theorie absolut unreal ist, bestätigte damals der Bundespräsident. — Und ich füge hinzu, meine Damen und Herren, daß die Zeit auch in anderer Hinsicht reif geworden ist für Überlegungen, die weiter reichen als etwa bis zur nächsten Lohnerhöhung.

Daß ganz Westeuropa über Nacht in eine Energiekrise geraten konnte, ist sicher nicht nur denen aufgefallen, die sich leichtsinniger-

weise ein Haus ohne Rauchfang bauen ließen und bereits verzweifelt nachdachten, wo sie im Ernstfall Holz und Kohle heizen sollten. Genau der Ernstfall ist es, Herr Außenminister, vor dem Sie die Augen verschließen wollen, obwohl Sie im Kabinett der Experte Nummer eins der österreichischen Beziehungen zur Außenwelt sind.

Dabei stehe ich nicht an, Erfolge anzuerkennen, die Sie innerhalb Ihrer selbstgesteckten Grenzen außenpolitischen Tatendranges aufzuweisen haben. Am 5. Juli etwa erklärten Sie während der Eröffnungsphase der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa:

„Wenn ich diese Entwicklung der menschlichen Kontakte besonders hervorhebe, dann tue ich dies wieder mit dem Blick auf den erwähnten Grundsatz, daß der Mensch das Ziel und das Zentrum unserer Politik sein muß.“

Es scheint, daß Ihre Vertreter bei der zweiten Phase dieser Konferenz in Genf die diversen Aspekte dieses Grundsatzes so glaubhaft aufschlüsseln konnten, daß sie schließlich von den anderen Konferenzteilnehmern gebeten wurden, in diesem Punkt eine koordinierende Rolle zu übernehmen.

Dies soll uns freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir — mit oder ohne Sicherheitskonferenz — noch weit von dem entfernt sind, was wir uns unter zufriedenstellenden Kontakten über die politischen Grenzen hinweg vorstellen. Sie selbst, Herr Außenminister, konnten nicht umhin, den bitteren Sachverhalt nach zwei schweren Zwischenfällen an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze, die insgesamt vier Menschenleben forderten, offen auszusprechen. Die Realität ist leider so. Und es ist noch immer fraglich, ob es den Delegierten der europäischen Staaten gelingen wird, durch die Abfassung von Dokumenten die Realität menschlicher und erträglicher zu gestalten. Es ist nur zu hoffen, daß unsere Vertreter in Genf sich bewußt sind, daß die Festschreibung von Prinzipien auch gefährlich werden kann, dann nämlich, wenn die eine Seite unter einem bestimmten Begriff etwas diametral Entgegengesetztes versteht als die andere. Unsere Vertreter sollten zu jederzeit die Verständigung zwischen unterschiedlichen Standpunkten fördern und vielleicht sogar Kompromißformeln vorlegen, aber im entscheidenden Fall müßten sie auch die Kraft haben, nein zu sagen, um einen faulen Kompromiß zu verhindern. (*Beifall bei der OVP.*) Es ist schließlich nicht so wichtig, daß eine Konferenz und deren Unterhändler erfolgreich sind, sondern daß ein echter und weitreichender Erfolg für Europa und für unsere Sicherheit erzielt wird.

Dr. Fiedler

Noch viel schwieriger als die Sicherheitskonferenz ist im Augenblick die in Wien stattfindende Truppenabbaukonferenz zu beurteilen, an der Österreich als keinem der beiden Militärbündnissen angehörender Staat nicht teilnimmt.

Meine Damen und Herren! Nun ist es doch so — und das ist hier schon mehrmals angemerkt worden —, daß die Sicherheit der Nichtteilnehmer durch die Verhandlungen über eine Truppenreduktion, Verringerung der militärischen Rüstung in Mitteleuropa und begleitende Maßnahmen genauso berührt wird. Die Konsequenz davon ist zweifellos das Recht dieser Außenstehenden, über die Vorgänge bei dieser Ost-West-Konferenz gewisse Mindestinformationen zu erhalten. Delegierte der Truppenabbautagung haben öffentlich ihre Bereitschaft zur Weitergabe von Informationen an Regierungen interessierter Staaten bekundet.

Es wäre an der Zeit, auf solche Versprechen zurückzukommen, und der Herr Außenminister als Vertreter des Gastgeberlandes müßte bestimmt die Möglichkeit zu entsprechenden Kontakten haben, ohne daß er gleich das ebenfalls berechnete Prinzip der Geheimhaltung von politischen und militärischen Details durch die Delegierten verletzt. Sobald sich ein bestimmter Trend in den Verhandlungen absehen läßt, wäre sicherlich eine Diskussion im außenpolitischen Ausschuß dieses Hauses über die sich möglicherweise für Österreich ergebenden Konsequenzen angebracht.

Gerade weil wir als Kleinstaat kaum einen direkten Einfluß auf die Geschehnisse in der Welt ausüben können, gilt es, die Entwicklungen umso aufmerksamer zu beobachten und entsprechende Lehren daraus zu ziehen. Niemand wird uns etwas Gutes bloß deshalb tun, weil wir ihm sympathisch erscheinen, und auch keine in Wien ansässige internationale Organisation kann uns davor schützen, daß unser Pelz von anderen aufgeteilt wird. Es liegt an uns, diesen Pelz so teuer wie nur möglich zu machen! Erstens, indem wir durch eine wohlgeordnete Politik nach außen hin über jeden Zweifel erhaben sind und den Großen und Größten dieser Welt gewissermaßen einen Raum bieten, in welchem sie sorgenfrei über andere Probleme nachdenken können. Zweitens, indem wir doch nicht vergessen, das Mindestmaß an konkreten Vorkehrungen für Notzeiten zu treffen. Niemand wünscht diese herbei und niemand malt sie an die Wand, aber es steht außerhalb unserer Kraft, ihren Eintritt zu verhindern, also sollten wir gerüstet sein.

Leider sind beide Aufgabenbereiche, soweit sie das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten betreffen, nicht optimal betreut

worden. In dem einen Punkt ist eine Unsicherheit eingetreten, die sich auf das Ausland übertragen hat, im zweiten ruht alles genauso dahin wie seit Beginn der großen Lüttendorfschen Reformen.

Meine Damen und Herren! Kurz möchte ich auch ein Thema anschneiden, das technischer und personeller Natur ist. Mit der neuen Kompetenzregelung, die mit 1. Jänner 1974 in Kraft tritt, wird die Kulturpolitik im Ausland zur Gänze dem Außenministerium unterstellt. Es erhebt sich die Frage: Ist das Außenministerium für diese neuen Aufgaben in entsprechender Weise gerüstet, hat es bereits einen Stab an Beamten gebildet, der in der Zentrale die Tätigkeit unserer Vertreter im Ausland lenken und deren Ergebnisse verarbeiten kann? Wurden bereits Grundsätze für diese Aktivität ausgearbeitet, und wenn ja, welche? Die Antwort würde alle Österreicher, denen etwas an der geistigen Repräsentanz unseres Volkes im Ausland liegt, außerordentlich interessieren.

Hohes Haus! Zum Glück der Bundesregierung ist in Österreich heute weit mehr die Rede von der Inflation des Geldes als von der Inflation der Außenpolitik — ich meine damit den progressiv fortschreitenden Verfall des Ansehens Österreichs in aller Welt. Und wenn ich beim Vergleich mit der Inflation bleiben darf, dann vertrete ich die Auffassung, daß der Verfall des Geldes geradezu harmlos ist gegen den Verfall, den unser Prestige in der Weltpolitik erleidet. Dabei kalkuliere ich schon ein, welche schmale Bandbreite einem neutralen Staat ohne militärische Potenz und ohne nennenswerte Rohstoffquellen verbleibt, der heute doch mehr oder minder nur Zaungast einer weltpolitischen Entwicklung ist, deren charakteristisches Merkmal die supranationale Bestimmung der Großmächte über alle anderen Staaten und die Erpressung durch machtpolitische Zwerge mittels der Energie-Drosselschraube bildet.

In diesem kaum überschaubaren Spiel verschiedenartiger Kräfte versucht nun eine sozialistische Bundesregierung in eitler Selbstüberschätzung mit geradezu einmaliger Selbstsicherheit überall dort mitzumischen, wo sich letztlich nur Nachteile für Österreich ergeben können. Und als Resultat sehen wir die Früchte dieser übereifrigen Saat in Verstimmungen auf allen Seiten. Wir haben schlechte Beziehungen zu unseren mittelbaren Nachbarn, wir haben schlechte Beziehungen zu vielen Staaten, die heute in Bedrängnis sind, und wir haben auch schlechte oder unbefriedigende Kontakte zu Signatarstaaten des Staatsvertrages. Ganz abgesehen davon, daß die Pflege der Beziehungen zu den Signatarmächten als Garanten der Neutralität sehr

Dr. Fiedler

wichtig wäre, sehen wir als Folge einer Außenpolitik der undurchsichtigen, Bequemlichkeiten immer mehr, wie wir zusehends Gefahr laufen, gerade von den Großmächten nicht mehr ernst genommen zu werden.

Hohes Haus! Lassen Sie mich bitte diese Feststellungen an Beispielen erhärten: Wir haben ein gestörtes Verhältnis zur Tschechoslowakei, weil wir nach den bedauerlichen schweren Luftzwischenfällen nicht in der Lage gewesen sind, uns glaubhaft zu profilieren; und hier spielen die Vorgänge auch rund um Schönau eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Obzwar sich unser Standort in der Außenpolitik immer mehr dem der sogenannten blockfreien Staaten nähert und wir bedenklich vom klaren und eindeutigen Platz des neutralen Landes in Richtung Neutralismus abzugleiten drohen, führte die Unfähigkeit der Regierung im Kärntner Ortstafelkonflikt dazu, daß wir heute auch mit Jugoslawien ein von Verärgerung charakterisiertes Verhältnis haben.

Mit Israel schließlich ist die Beziehung trotz persönlicher Begegnungen des Herrn Bundeskanzlers unnötig frostig, was nicht darauf hindeutet, daß sein vielgerühmter Ruf als erfahrener Politiker in außenpolitischen Belangen sachlich gerechtfertigt erscheint.

Wo also steht die Außenpolitik Österreichs? Sie steht mangels eines festen und klaren Standpunktes schlicht und einfach nirgendwo, und die sozialistische Außenpolitik hat es somit verstanden, Österreich im Spiel der Kräfte total auszuschalten, wenn man davon absieht, daß unser Land heute da und morgen dort Anlaß zu kräftiger Verstimmung gibt.

Hohes Haus! Wir von der Volkspartei nehmen die Aufgabe internationaler Beziehungen viel zu ernst, als daß wir uns allein auf die kritischen Betrachtungen des Ist-Zustandes beschränken würden.

Wir von der Volkspartei haben klare Vorstellungen darüber, wie diese Außenpolitik beschaffen sein sollte, und ich möchte Ihnen die wichtigsten Thesen einer solchen Politik klar vor Augen führen, damit niemand kommen und uns den Vorwurf machen kann, wir wären zu nicht mehr als zur Kritik in der Lage.

Wir von der Volkspartei wünschen zunächst spannungsfreie Beziehungen zu den Signatarstaaten des Staatsvertrages und zu unseren unmittelbaren Nachbarstaaten. Wir von der Volkspartei sehen die Aufgabe der Außenpolitik unseres Landes in dem Bestreben, ein stabilisierendes Element im mitteleuropäischen Raum zu sein, und wir legen größten Wert auf eine integrationsfreundliche Europapolitik.

Schließlich sehen wir uns gemäß dem Grundsatz, daß der Mensch immer im Mittelpunkt des Handelns zu stehen hat, veranlaßt, uns zu einer humanitären Rolle des neutralen Österreichs nicht zuletzt in der Flüchtlingsfrage zu bekennen. Und hier haben — das sei am Rande vermerkt — die Äußerungen des Bundeskanzlers, der einmal vom Schutz des Lebens der Flüchtlinge, das andere Mal wieder vom Vorrang unserer eigenen Sicherheitsüberlegungen spricht, doch Anlaß zu Zweifeln an der österreichischen Standfestigkeit gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungsfraktion! Ich möchte Sie heute noch einmal mit aller Eindringlichkeit davor warnen, weiterhin den Weg des Übermuts und des Alleinganges in der Außenpolitik zu gehen. Sie tragen allein dafür die Verantwortung, daß es zum ersten Mal seit Bestehen der Zweiten Republik praktisch keine gemeinsame Außenpolitik mehr geben kann. Sie tragen diese Verantwortung deshalb ausschließlich und zu ungeteilten Händen, weil Sie es offenbar nicht für notwendig halten, bei den grundsätzlichen Entscheidungen die Opposition zu unterrichten.

Österreichs Präsentation gegenüber dem Ausland kann und darf nicht nur von einer schmalen und zunehmend sich als vergänglich erweisenden Mehrheit gemacht werden, weil wir Österreicher ein Recht darauf haben, mitzubestimmen, gleichgültig, ob wir die Regierungsseite oder die der Opposition vertreten. Ein Recht übrigens, das Sie von der Sozialistischen Partei Österreichs zwischen 1966 und 1970 ebenfalls für sich in Anspruch genommen haben. Sie können nicht bestreiten, daß wir Ihnen damals dieses Recht auch nicht geschmälert haben! Sie sind heute hemdsärmelig nach innen wie nach außen und gerade darum produzieren Sie in Ihrer Außenpolitik im Land wie draußen vor unserer Haustür Ärgernis am laufenden Band. Ich fordere Sie auf, und rede Ihnen in das Gewissen, den Weg zurück zu suchen, damit Österreich nicht noch mehr an Prestige einbüßt, als schon verloren ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Czernetz.

Abgeordneter **Czernetz** (SPO): Hohes Haus! Ich glaube, daß es nicht unbegründet ist zu verlangen, man sollte Unumstrittenes lieber nicht in den Streit ziehen. Wozu soll das dienen?

Mein Vorredner, der Abgeordnete Doktor Fiedler, hat wieder mit Schönau begonnen — wir haben darüber bereits gründlich debattiert — und von den schlechten Beziehungen gesprochen, obwohl — ich glaube, das ist

Czernetz

deutlich gesagt worden — das Verhalten der österreichischen Regierung klar und eindeutig in der Welt bekanntgemacht worden ist. Die Zahl der Sowjetbürger jüdischen Glaubens, die durch Österreich reisen und nach Israel fahren, hat in der Zeit nach dem Fall Schönau so beträchtlich zugenommen, daß wir täglich an die 200 Durchreisende hatten; das waren monatlich ungefähr 4000.

Ich war dabei, als die sowjetische Ministerpräsidentin Golda Meir ... (*Ruf bei der ÖVP: Israelisch!*) Habe ich „sowjetisch“ gesagt? Freud hat mir schon bei anderen Gelegenheiten deutlich in den Rücken geschlagen. Woher diese Fehlleistung kommt, das ist etwas für Psychoanalytiker.

Auf jeden Fall hat Frau Golda Meir Bundeskanzler Kreisky eindeutig gesagt: Ich anerkenne und würdige das Verhalten der österreichischen Regierung, die den Transit der jüdischen Durchreisenden ungehindert weiterführt und neue Organisationsformen mit uns gemeinsam trifft. „I appreciate very, very much ...“ — man kann nicht klarer und deutlicher unser Verhalten anerkennen.

Man lasse doch den Fall Schönau jetzt aus dem Spiel, wenn die Israelis kein Interesse mehr haben, ihn aufzuwerfen!

Dr. Fiedler hat gesagt: Wir benehmen uns in gewisser Hinsicht immer mehr als ein blockfreier Staat. Diese Aussage ist schon interessant. Darf ich die Damen und Herren des Hauses herzlich einladen, die sowjetische Presse nachzulesen, was sie an „Freundlichkeiten“ für uns österreichische Sozialisten — ich darf das für mich reklamieren, für mich ganz besonders — aufzubieten hat. Sie wirft uns dauernd Einseitigkeit, antisowjetisches Verhalten und so weiter vor. (*Abg. Dr. Schleinzner: Und die jugoslawische Presse?*) Die jugoslawische Presse hat gewisse Anliegen, die wir noch nicht erfüllt haben. Das ist eine gemeinsame Angelegenheit, die wir in Kärnten noch lösen müssen. (*Abg. Dr. Schleinzner: Mit den Blockfreien ist das ganz etwas anderes!*) Es wird gut sein, Herr Dr. Schleinzner, wenn wir darüber weniger streiten und die Frage gemeinsam lösen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe! (*Beifall bei der SPÖ.*) Die jugoslawische Presse ist in keiner Weise typisch für die kommunistische Presse! (*Abg. Dr. Schleinzner: Das hätten Sie sagen müssen, bevor Sie dieses Gesetz beschlossen haben, mit Hochmut beschlossen haben!*) Sie sind ja selber Kärntner! Sie wissen, welche Wirkungen das in Kärnten gehabt hat. (*Abg. Dr. Schleinzner: Jetzt kommen Sie darauf?*) Sie wissen auch, wie es dazu gekommen ist.

Auf jeden Fall muß man diese Frage gemeinsam beraten und lösen. Dazu ist eine

Kommission eingesetzt worden. Nur durch nachheriges Anecken löst man diese Frage nicht, mitarbeiten ist weitaus zweckmäßiger! (*Abg. Dr. Koren: Das haben wir vor einhalb Jahren angeboten, damals haben Sie es abgelehnt, Herr Czernetz!*) Jetzt haben Sie Gelegenheit dazu! Warum tun Sie es denn nicht? Warum nörgeln Sie jetzt? Das einzige Mögliche ist, die Frage gemeinsam zu lösen. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Koren: In den Graben fahren kann man selber, hinausziehen sollen die anderen!*)

Meine Damen und Herren! Gerade im außenpolitischen Bereich — das dürften ja einige hier wissen — sind die Dinge so heikel, daß man sich genau überlegen muß ... (*Abg. Minkowitsch: Eben deshalb!*) Darf ich den Satz zu Ende sagen, Herr Minkowitsch? Heute muß man sich also genau überlegen, was man sagt. (*Abg. Dr. Koren: Sollte man!*) Darf ich ausreden? Seien Sie so freundlich!

Was ich sagen wollte, ist: Wenn nicht die Jugoslawen selber die größten Sorgen mit ihren eigenen Nationalitäten hätten, dann wäre das für uns ein ernstes Problem. Aber so haben wir die Zeit und die Möglichkeit, in Zusammenarbeit das Problem wirklich zu lösen. Sie sind dazu eingeladen, bitte tun Sie dabei mit! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich komme wieder auf die Hauptfrage zurück. Die Kollegen, die mit uns gemeinsam im Europarat sind, wissen, wie „neutralistisch“ wir uns dort verhalten. Man kann „nicht neutralistischer“ sein, als als Abgeordneter eines neutralen Staates zu sagen: Unsere Neutralität, unsere Freiheit und Unabhängigkeit beruht auf dem vorhandenen Gleichgewicht der Supermächte, der Nuklearmächte. Wir Neutralen warnen vor einer einseitigen Zurückziehung der Amerikaner! Manche unserer Freunde aus den NATO-Staaten reiben sich zeitweise die Augen und sagen: Ihr seid schon merkwürdig, was ihr euch alles traut! Darauf sagen wir: Neutralität heißt, daß der Staat, daß die Regierung strikt militärisch neutral zu sein hat! Der Staatsbürger und auch der Abgeordnete hat das Recht zu seiner politischen Meinung. Und die sprechen wir aus. Neutralistisch ist das nicht! Neutralismus heißt nämlich ideologische Neutralität, und die kann man uns wahrlich nicht vorwerfen.

Wir haben von Anfang an, und zwar vor Unterzeichnung des Staatsvertrages, klar und deutlich gesagt: Wir wollen bündnislos, aber nicht gesinnungslos sein. Wir werden Asyl gewähren. Wir haben außerdem gesagt: Wir werden militärisch nicht Partei ergreifen, aber politisch sind wir voll und ganz auf der Seite der Demokratien gegen die Diktatur.

Czernetz

Das ist nicht Neutralismus, und das weiß man in der Welt. Ich bedauere, daß man es zwar weiß, aber nicht wahrhaben will. Es kann kein Zweifel bestehen, daß es in Österreich keine ideologische Neutralität gibt, sondern die rein militärische Neutralität, zu der wir stehen.

Es ist bei vergangenen Gelegenheiten und auch heute an den Bundesminister für Äußeres, an Herrn Dr. Kirchschräger, die Frage gerichtet worden, wie er zu den Angelegenheiten der Landesverteidigung steht. Die Herren — und heute auch Dr. Fiedler —, die die Frage gestellt haben, dürften wissen, daß Dr. Kirchschräger die falsche Adresse ist. Er ist dafür nicht allein zuständig. Zuständig dafür ist nicht nur der Minister, der das zu verantworten hat, sondern die Gesamtregierung und die Regierungspartei. Und für die Regierungspartei möchte ich ein paar Worte dazu sagen. Ich sage sie deshalb, weil jeder weiß, daß ich nicht zu den Berufsmilitärs oder zu den professionellen Militaristen im Parlament gehöre, sondern an die Sache politisch herangehe. Nicht, daß ich in irgendeiner Weise geringschätzig über diese notwendige Arbeit sprechen möchte.

Politisch möchte ich klar und deutlich sagen — und ich bitte auch da die Herren von der Volkspartei, mich ausreden zu lassen. (*Abg. Dr. Koren: Werden wir sehen! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sicher werden wir das sehen. Aber daß ich Sie bitte, haben Sie schon gehört. Ich bitte Sie also anzuhören, daß nicht nur ich sage: Die sozialistische Partei bekennt sich uneingeschränkt zur Landesverteidigung, zur Verteidigung der Neutralität und der Unabhängigkeit Österreichs. Die Bundesverfassung stellt fest, daß das Instrument der Landesverteidigung das Bundesheer ist, daß wir auf die allgemeine Wehrpflicht aufbauen.

Ganz offen gesprochen: Ich glaube kaum, daß es hier einen Herrn oder eine Dame gibt, die Illusionen über die Verteidigungsmöglichkeiten eines neutralen Kleinstaates etwa in einem Nuklearkrieg der Supermächte haben. Ich glaube, darüber braucht man nicht reden — ich habe also Ihre Zustimmung. Wunderbar.

Zu Hinweisen auf andere Kleinstaaten, die sich verteidigen, ist nur zu sagen: Wenn man über moderne und modernste, irrsinnig teure Waffensysteme verfügt, die einem von der einen oder anderen Seite geschenkt oder um teures Geld verkauft werden — die Russen haben sich von den arabischen Staaten in bar zahlen lassen, und die Oleinkünfte haben dazu dienen müssen —, dann können kleine Staaten einen Stellvertreterkrieg führen. Wir kommen dabei nicht in Frage.

Ich möchte aber sagen — und ich bitte mir zu gestatten, daß ich hier nicht ins Detail gehe —: Es sind verschiedene Fälle vorstellbar, in denen eine Landesverteidigung notwendig, möglich und durchführbar ist. Auch für ein kleines Land wie Österreich! Ich hoffe, daß Sie nicht verlangen, daß ich zu praktischen Beispielen übergehe, weil wir keinem unserer Nachbarn irgend etwas zumuten. Aber es sind Entwicklungen möglich, bei denen man das tun muß, wozu ein neutraler Staat völkerrechtlich verpflichtet ist, nämlich fremde Truppen, die die Grenze überschreiten, zu entwaffnen und zu internieren. Das kann notwendig sein, das kann unter Umständen möglich sein. (*Abg. Graf: Herr Kollege! Bis jetzt haben Sie nur unser Bundesheer entwaffnet!*) Dazu komme ich gleich, danke schön für das Stichwort. Dazu komme ich gleich.

Zunächst möchte ich einmal sagen: Über die Aufgabe sind wir uns einig. (*Abg. Graf: Aber über die Methode nicht!*) Gleich, wir sind schon dabei, nicht so eilig! Sie sind ja mit Überschallgeschwindigkeit zu diesem Thema gekommen. Es ist klar, daß es verschiedene Möglichkeiten geben kann. Ich möchte sagen: Das gegenwärtige Organisationssystem ist politisch umstritten. Das wissen wir. (*Abg. Graf: Das kann man wohl sagen! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sie sind überraschend scharfsinnig in Ihrer Erklärung. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Graf: Ich habe Ihnen denselben Scharfsinn zugemutet, aber was Sie hier sagen, spricht nicht für Scharfsinn! Das ist ein politisches Diktat, was Sie hier vertreten!*) Nein? — Danke.

Sie werden sicherlich wissen, daß die Reorganisation des Bundesheeres in Durchführung ist, daß wir uns auf Berufsoffiziere verlassen und einfach nicht schauen, aus welchem Lager sie kommen. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ihr freudiges Gelächter über den General Spannocchi verstehe ich nicht ganz. (*Abg. Graf: Wir haben den Lütgendorf gemeint!*) Jedenfalls handelt es sich hier um einen Berufsoffizier.

Ich stelle fest, daß die Bereitschaftstruppe gegenwärtig 15.000 Mann stehen hat, daß wir jährlich 40.000 ... (*Abg. Dr. Koren: Wo?*) In den Kasernen, wenn man sie nicht einberuft. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wo glauben Sie denn? Am Rathausplatz? (*Abg. Dr. Koren: Auf dem Papier!*) Ich stelle fest: In den Kasernen sind 15.000 Mann der Bereitschaftstruppe bereit. Wir haben jährlich 40.000 Präsenzdienner, und wir haben gegenwärtig, da wir ja Längerdienner haben, die durchdienen und bei der Bereitschaftstruppe gerechnet sind, im Dezember 7000 bis 8000 Präsenzdienner unter Waffen in den Kasernen.

Czernetz

Wir hatten einen Rückgang bei der Zahl der Offiziere. Die Zahl beginnt jetzt zu steigen, weil wir einen Zuzug aus den Kreisen der Unteroffiziere haben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man nützt weder dem Bundesheer noch der Republik Österreich mit diesem „Parteijubel“. (Abg. Fachleutner: Das sagen wir ja immer!) Im Jahre 1968, in der Tschechenkrise, wären die Russen, wenn sie gewollt hätten, bei uns spazierengegangen und hätten den Kommandanten des Bundesheeres in den Kasernen die Hände schütteln können. Nichts war da! Gar nichts! (Zustimmung bei der SPÖ.)

Man bemüht sich also jetzt zu reorganisieren. Ich möchte Ihnen freimütig sagen, daß darin eine sehr ernste Aufgabe für meine Partei besteht. Kollege Fiedler hat von den Befragungsmethoden gesprochen. Wenn Sie Betriebsberater oder jugendliche Arbeiter fragen, dann finden Sie sehr wenig Verständnis für die Landesverteidigung und das Bundesheer. Ich möchte ausdrücklich erklären: Es ist unsere besondere Aufgabe, daß wir hier für Verständnis zu werben haben, daß wir den Menschen die Notwendigkeit der Landesverteidigung klarzumachen haben. (Abg. Doktor Moser: In eineinhalb Jahren!) Wenn man hier offen und aufrichtig redet, haben manche kein Verständnis dafür. Das tut mir leid.

Wir demokratischen Sozialisten waren immer und sind in unserem Herzen Pazifisten. Eines muß ich jedoch dazu sagen — und ich habe schon oft ausländische Freunde im höchsten Maße durcheinandergebracht, wenn ich das gesagt habe —: Aber wir sind nicht bereit, aus Friedensliebe auf unsere Freiheit zu verzichten. Wir sind militante Pazifisten. Das sind wir in der Innenpolitik, und darum sind wir es auch im gesamten bei der Verteidigung der demokratischen Republik Österreich. (Beifall bei der SPÖ.) Wir betrachten das als eine Pflicht und als eine Aufgabe.

Meine Damen und Herren! Ich kann nicht mehr sagen als zu appellieren: In allen parteipolitischen Auseinandersetzungen — die ich selber führe und die ich ja liebe — bitte Vorsicht bei manchen Gebieten. Neutralität und Bundesheer gehören dazu. Das ist schon vor Jahren gesagt worden. Man sagte, mit der Neutralität sei es ähnlich wie mit der Virginität. Wenn man sie zu oft in Zweifel zieht, dann ist sie im Bewußtsein der Menschen nicht mehr vorhanden. Darum mein ernster Appell an das Verantwortungsbewußtsein und den Platz gemeinsamer Verantwortung, der uns verpflichtet.

Hohes Haus! Wir Österreicher können mit unseren Kräften nicht Weltpolitik machen.

Aber ich glaube, wir müssen die weltpolitische Szene kennen, auf der wir unsere sehr kleine Rolle spielen können. Ich darf vielleicht einen Vergleich bringen. Die Bühne der Weltpolitik besteht aus mehreren Ebenen und ist tief gestaffelt. Die Supermächte, die größeren Staaten spielen ihre Rollen gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Kombinationen. Der amerikanische Außenminister Kissinger hingegen hat noch vor Antritt seines Amtes gemeint, die bipolare Welt der beiden Supermächte sei zu Ende gegangen, wir leben in einem Zeitalter der multipolaren Welt.

Ich fürchte, das ist eine Vereinfachung, die nicht ganz richtig ist. Die Weltereignisse der letzten Monate erweisen, daß wir eine Abstufung, daß wir — wie ich sagte — verschiedene Ebenen haben. Wenn es um die Grundfragen, ob Nuklearkrieg oder Frieden, geht, dann haben wir auf der untersten Ebene, auf der Basis immer noch die Bipolarität der nuklearen Supermächte. Der Konflikt im Nahen Osten hat das deutlich gezeigt.

Ja darüber hinaus gibt es von der Diplomatie her — wenn man die Fremdworte schon verwendet, was heute üblich ist — die Tripolarität, die drei Pole: Sowjetunion, Amerika und China.

Es gibt wahrscheinlich wirtschaftlich so etwas wie ein Fünfeck, eine pentagonale Welt, und zwar Amerika, Rußland, Europa, Japan und China.

Und neuestens haben wir ein Sechseck: zu den Fünf kommt als sechster die Gruppe der arabischen Ölstaaten dazu, die eine unglaubliche Macht entwickelt haben und die man bis vor kurzem als Macht überhaupt noch nicht gezählt hat. Sie waren Lieferanten, denen man etwas abgekauft hat. In dem Bereich haben wir also eine hexagonale Ebene in diesem Welttheater.

Aber nochmals: Nur die beiden Supermächte spielen auf allen Ebenen mit, und auf dieser komplizierten Bühne sehen wir eine Weltpolitik krasser Widersprüche. Wir sollen uns keiner Selbsttäuschung hingeben: Wir waren im Oktober am Rande einer Weltkatastrophe, so wie wir seinerzeit in der Frage der sowjetischen Raketen in Kuba am Rande einer Katastrophe waren. Wir alle, glaube ich, haben gehofft, daß bei allen Einschränkungen genug Ost-West-Verständigung, bei allen Einschränkungen genug Entspannung da ist. Denken wir an die SALT-Gespräche. Die beiden Supermächte reden miteinander, sie haben Geheimverhandlungen, sie schließen Verträge ab, und dennoch waren wir am Rande dieser Katastrophe.

Czernetz

Im Nahostkonflikt, dem vierten arabisch-israelischen Krieg war die österreichische Republik, war die Regierung strikt neutral. Niemand kann Österreich den geringsten Vorwurf machen. Daß manche von Ihnen, meine Herren, von der Volkspartei und manche der Sozialistischen Partei ihre persönliche Meinung, ihre persönliche Überzeugung ausgedrückt haben, daß sie mündlich und schriftlich ihre Sympathien und ihre Solidarität mit dem angegriffenen Israel, dem einzigen demokratischen Staat der ganzen Region, ausgedrückt haben, hat in keiner Weise die Neutralität Österreichs in Frage gestellt. Übrigens ist das auch kein Beweis des Neutralismus gewesen; da hat es Erklärungen gegeben, die am Ende von Damen und Herren beider Seiten unterzeichnet waren.

Tragisch war an diesem Konflikt, daß der Krieg man könnte sagen überflüssig war; er hat die Probleme nicht gelöst. Alle haben unter schwersten Opfern lernen müssen, daß sie einen Stellvertreterkrieg für die Supermächte geführt haben, die die neuesten Waffensysteme zu erproben Gelegenheit hatten; zuerst die Russen und dann die Amerikaner. Das ist eine bittere Erkenntnis gewesen.

Ich glaube, man muß sich klarmachen, daß die Katastrophe beinahe gekommen war nach der sowjetischen Drohung einer einseitigen Intervention mit Luftlandtruppen, darauf folgte die amerikanische Erklärung der höchsten Alarmstufe, einschließlich der Nuklearstreitkräfte, und danach ist es zur Tätigkeit der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates beziehungsweise zum Waffenstillstand gekommen.

Täuschen wir uns nicht: Die Verständigung der Supermächte war die Voraussetzung für eine wirksame Aktivität der Vereinten Nationen. Die alte Resolution 242 war nicht durchführbar, die neue Resolution 338, die die 242er einschließt, ist in sich genauso nicht durchführbar, aber sie stellt eine ernste Verhandlungsgrundlage dar, und es hat die ersten Verhandlungen gegeben.

Es soll Friedensverhandlungen am 18. Dezember in Genf geben. Ich möchte sagen — bis dahin hat es bei den Vereinten Nationen noch nicht den Fall gegeben —, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Vorsitz im Sicherheitsrat auf den österreichischen Missionschef übergegangen ist. Kollege Karasek war mit mir gleichzeitig jetzt bei der UN drüben, und wir haben mit den verschiedensten Leuten gesprochen. Ich glaube, man kann nicht bestreiten, daß alle sagten, unser Botschafter Jankowitsch habe den Vorsitz gut und expeditiv in dieser kritischen Lage geführt. Wir haben oft einzelne Diplomaten und Beamte herausgenommen und ihnen besonders ge-

dankt. Ich glaube, wir haben Grund, dem jungen Missionschef, dem Botschafter Jankowitsch, für diese Tätigkeit, die jetzt zu Ende gegangen ist, aufrichtig zu danken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wie im Lichte dieser Tatsachen der Kollege Fiedler dazukommt, zu sagen, Österreich habe überall schlechte außenpolitische Beziehungen und Österreich werde nicht ernst genommen, das bleibt mir ein Rätsel. Denn bei vielen Gesprächen, die wir geführt haben, haben wir immer klar und deutlich hören können, wie sehr gerade Österreich geschätzt wird.

Gredler hat gesagt, in Deutschland etwa habe unser Image einen Knick gehabt. In manchen anderen Ländern war er größer. Das geht aber vorüber, und es haben viele der Redakteure, mit denen der Außenminister gesprochen hat, gesagt: Ja, wir verstehen das, aber es wird länger dauern, bis wir es den Menschen erklären können.

Das wird vorübergehen! Jedoch die politischen Kräfte in den Vereinten Nationen, die Beamten und Diplomaten, wissen, worum es sich handelt. Und wenn ich unseren Missionschef genannt habe, dann möchte ich wirklich loyalerweise sagen, daß wir als Österreicher in der schwierigen und kritischen Lage gar keinen Grund hatten, den aus Österreich stammenden Generalsekretär der Vereinten Nationen nicht zu nennen. Auch Generalsekretär Waldheim hat sich in der kritischen Lage ausgezeichnet verhalten, und wir haben Grund, auch ihm zu danken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Der Kollege Fiedler hat vorhin gemeint: Das erste Mal keine gemeinsame Außenpolitik! Bitte, Herr Kollege Fiedler, lesen Sie die Protokolle der außenpolitischen Debatten aus den vier Jahren der ÖVP-Regierung. Damals habe ich immer wieder gesagt: Wir bieten die gemeinsame Außenpolitik an. Wir haben nicht um Ihre Gunst gebuhlt, aber wir waren bereit.

Außenminister Kirchschläger hat heuer schon das zweite Mal angeboten, mit dem Außenpolitischen Ausschuß das Stimmverhalten der österreichischen Delegation bei den Vereinten Nationen vor der Eröffnung der Generalversammlung vertraulich zu diskutieren. Das ist in der Welt einmalig, es gibt keinen zweiten Fall. Das ist beide Male nicht durchführbar gewesen, weil beide Male, 1972 sowie heuer, die Permanenzerklärung des Außenpolitischen Ausschusses abgelehnt wurde. Vor Eröffnung der Generalversammlung kann man nur tagen, wenn man nach Schließung der Session im Juli — wenn die Tagesordnung herauskommt — und vor der Eröffnung Ende September zusammenkommt. Die neue Session beginnt bekanntlich erst im

Czernetz

Oktober. Für diese notwendigen Sitzungen haben wir die Zustimmung nicht bekommen. Ich bedaure das. Ich müßte annehmen, daß — ohne daß eine Verpflichtung für eine Zustimmung besteht — ja gerade die Opposition besonderen Grund hat, dies zu wünschen.

Da es abgelehnt wurde, haben wir heuer — so wie im vergangenen Jahr — den Herrn Außenminister gebeten, in die sozialistische Fraktion zu kommen, und wir haben das ganze Dokument durchdiskutiert. Voriges Jahr hat, glaube ich, Karasek den Außenminister im Budgetausschuß gefragt: Wären Sie bereit, auch in die ÖVP-Fraktion zu kommen? — Mir ist nicht bekannt, ob er eingeladen wurde. Jedenfalls hatte die Möglichkeit dazu bestanden. Aber vor allem bestand die Möglichkeit, daß der Außenpolitische Ausschuß dieses Hauses eingeschaltet wird. Das ist uns leider unmöglich gemacht worden. Ich bedaure das zutiefst.

Wenn wir über alle Probleme des Nahen Ostens reden, dann soll nicht vergessen werden, daß unsere Regierung — besonders der Bundeskanzler Kreisky — den Vorschlag gemacht hat, die Fragen des Nahen Ostens auf der Europäischen Sicherheitskonferenz mitzubearbeiten. Wie ist es hier im Haus zugegangen, wieviel Hohn und Ablehnung hat es dafür gegeben, bis man schließlich bereit war, in der zweiten Phase der Sicherheitskonferenz in Genf Vertreter der Nahoststaaten zu hören. Man kann nicht europäische Sicherheit machen und explosive Zustände an der Südküste des Mittelmeeres einfach übergehen.

Wir stehen jetzt vor einer ungemein schwierigen Situation in dieser ganzen Region. Wenn ich sage „wir“, dann betrifft das alle Menschen der Welt. Es wissen beide Seiten, daß ein Kompromiß zu schließen sein wird. Ich glaube, Ägypten ist so wie Israel bereit, es zu schließen. Es wird Abstriche und Verzicht auf beiden Seiten geben.

Ich will mich nicht in Details einlassen, möchte aber nur eines hervorheben: Wir haben jetzt erlebt, wie, in Änderung alter Bestimmungen, die friedenshaltenden Truppen dem Sicherheitsrat und seinen Beschlüssen direkt unterstellt sind. Sie agieren nicht bloß auf Einladung einer Regierung so wie seinerzeit unter Nasser, der jederzeit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen sagen konnte: Weg mit ihnen!, sondern das hat nun der Sicherheitsrat zu bestimmen. Weiters soll die Zahl der Truppe auf 6000 Mann erhöht werden. Österreich ist daran beteiligt.

Aber, meine Damen und Herren, eines der Probleme wird zum Beispiel sein, was mit Sinai geschehen wird. Frau Golda Meir sagte

bei der Besprechung in London, die ich erwähnt habe: Wir haben genug Sand in der Wüste Negev. Wir brauchen nicht die Sinaihalbinsel.

Vor Jahren hat uns der Außenminister Abba Eban in Straßburg gesagt — er hat es wiederholt —: Die Sinaihalbinsel muß entmilitarisiert werden! — Aber wer soll das überwachen?

Ich hatte Gelegenheit, den Stabschef der UNEF, also der UNO-Truppe, in New York zu fragen. Er sagte mir: Wenn wir so wie jetzt mit unseren Jeeps und Landfahrzeugen herumfahren, um zu kontrollieren, dann würden wir auf der Sinaihalbinsel 50.000 Mann zur Kontrolle brauchen. Außer man bewilligt uns eine Hubschrauberflotte, mit der wir wirklich überwachen können.

Es wird also ernste technische Fragen geben, wieweit man bereit ist, dieser Truppe eine echte Kontrollmöglichkeit zu gewähren. Ich glaube, wenn dahinter auch die Supermächte stehen, dann gibt es hier gewisse Möglichkeiten, zu einem Frieden zu kommen.

Natürlich hat der kleine Staat Israel seine Daseinsberechtigung, wenn man auch fragt: Was ist mit den Palästinensern? Sie sind aus ihrer Heimat verdrängt worden oder geflohen oder was immer sonst. — Ja, das stimmt wahrscheinlich zu einem großen Teil.

Hohes Haus! Wir stehen hier vor einem schwierigen Problem. Man soll nicht vergessen, daß im ersten Weltkrieg die britische Regierung in der Balfour-Deklaration das Land Palästina, das von den Türken beherrscht wurde, den Juden als nationale Heimat, aber in der sogenannten Mac-Mahon-Korrespondenz den Arabern als ihr Gebiet zugesprochen hat. Man kann nicht zwei Völkern gleichzeitig dasselbe Land versprechen, noch dazu, wenn es dem nicht gehört, der es versprochen hat. Aber wir haben heute noch mit diesen Problemen zu tun, heute gibt es noch diese Schwierigkeiten.

In der Zwischenzeit hat sich der neue Staat Israel bewährt, er existiert. Die Menschen haben gearbeitet, sie haben Übermenschliches geleistet. Jeder, der dort war, wird sagen: Es ist undenkbar, daß man sie einfach wegwischt oder Ägypten etwa sagt: Wir anerkennen ihre Existenz, ihr Lebensrecht auch als Staat.

Aber die Lösung dieses Problems, meine Damen und Herren, ist in der Lösung einer Frage nach dem ersten Weltkrieg zu sehen gewesen, nämlich in der Entflechtung der Türken und der Griechen in den Grenzgebieten. Es sind Hunderttausende griechische Familien, die in der Türkei gelebt haben, nach Griechenland übersiedelt worden, und Türken, die im griechischen Gebiet gelebt haben, in die Türkei. Mehr als 1 Million Menschen ist damals

Czernetz

umgesiedelt worden. Es hat genug Härtefälle gegeben. Aber wenn es nicht geschehen wäre, wäre Massaker auf Massaker in diesen Gebieten gefolgt. Man soll diese Beispiele nicht übersehen.

Hohes Haus! Der Ölkrieg kam zu spät. Das Öl wurde als Pressionsmittel von den arabischen ölproduzierenden Staaten gegen Amerika, Westeuropa und schließlich dann auch gegen Japan verwendet. Niemand weiß genau, wie lange das dauern wird. Ich würde nun sagen: Langfristig gesehen hat diese Energiekrise uns wachgemacht für ein Energieproblem der ganzen Industrielwelt von heute. Man weiß, daß man mehr Wasserkraft, mehr Kohle, und zwar die Verflüssigung von Kohle, braucht. Die Bundesrepublik bereitet jetzt ein Kohleverflüssigungswerk um den Betrag von 2,5 Milliarden Mark vor. Damit soll man 20 Prozent des Ölbedarfs der Bundesrepublik in einem Jahr decken können. Dazu kommen in den Ländern, in denen das möglich ist, Sonnenenergie oder Erdwärme und schließlich die Atomkraftwerke. Man wird neue Energiequellen suchen müssen, und man wird sich nicht auf das Öl auf Dauer verlassen dürfen.

Wenn es ungestört so weitergegangen wäre, wäre die Katastrophe anders gekommen. Man rechnet, daß der Überschufonds von Saudi-Arabien allein 15 Milliarden Dollar beträgt. Das ist die größte Akkumulation von Devisen, die übrigens nirgendwo in Investitionen umgewandelt werden können, weil einfach für diese Mengen kein Platz ist. Gleichzeitig haben wir als Folge eine Beschränkung des freien Flusses der Kapitalien.

Es hat eine explosive Verschiebung des Mächtigkeitsgleichgewichtes durch diese wirtschaftlichen Verhältnisse stattgefunden. Wir können sagen: Auf Grund aller Härten, die wir jetzt zu ertragen haben, wird man bei allen notwendigen Maßnahmen der Bevorratung, der Übergangsmaßnahmen — darüber will ich gar nicht reden, das ist selbstverständlich — umdenken müssen. Weltweit wird es große, entscheidende Aufgaben für die Wissenschaft, die Technologie und die Wirtschaftspolitik geben.

Aber Nahostkrise und Ölkrise haben zu einem Aufbrechen einer ganzen Reihe von Problemen geführt. Der amerikanische Atomalarm ist nicht einmal den Verbündeten in der NATO informativ mitgeteilt worden. Die Regierungschefs der NATO-Länder in Europa haben das aus Rundfunk und Presse erfahren und dazu erklärt: Wir lassen uns nicht wie eine Kolonie behandeln! — Man hofft, daß das überwunden wird und entsprechende Formen der Koordinierung und Information erfolgen können.

Man hört jetzt immer mehr, daß die Amerikaner entschlossen sind, einen Teil ihrer überseeischen Engagements zu reduzieren, auch Truppen aus Europa zurückzuziehen. Wir wissen nicht, von wo, und wissen nicht, wie viele. Ich darf meiner Bemerkung von vorhin, die wir im Europarat oft gemacht haben, während hinzufügen: In einer Zeit, in der man sagt: Die Verhandlungen über eine Rüstungsbeschränkung in Europa können Jahre dauern!, ist eine einseitige Zurückziehung von amerikanischer Seite eine ernste Gefährdung auch eines Ergebnisses dieser Verhandlungen. Wenn die Amerikaner von ihren europäischen Partnern in der NATO Zahlungen für die Stationierungen der Truppen verlangen, können wir leicht sagen, daß das verständlich ist; wir haben es nicht zu zahlen, aber sicherlich haben sie recht, wenn sie es verlangen.

Zu den Europäischen Gemeinschaften, Herr Kollege Fiedler, hat die Regierung, hat die Republik Österreich und haben wir Parlamentarier das denkbar beste, positive Verhältnis. Wir haben das beste herausgeholt, was man herausholen konnte; mehr war nicht drinnen.

Aber ich muß sagen, uns macht — so wie den Angehörigen der EWG — Sorge, daß es dort schwere innere Probleme gibt: Bis 1980 soll die politische Union verwirklicht werden. Bisher gibt es keine gemeinsame Energiepolitik, keine gemeinsame Transportpolitik, keine gemeinsame Währungspolitik und keine gemeinsame Verteidigungspolitik. Frankreich hegt Mißtrauen gegen Deutschland und England, auf der anderen Seite — unterschätzen wir das nicht — war nach dem Beginn der Ölkrise unter einseitiger Diffamierung der Holländer die EWG nicht fähig, eine Solidaritätserklärung für Holland zu beschließen.

Dann kam diese angeblich proarabische Erklärung mit der Resolution 242. Sie war nicht so proarabisch. Das Interessante ist nur — und das kann man aus der Presse ersehen —, daß sie eine Verlegenheit für Sadat dargestellt hat, denn die EWG-Minister haben in der Resolution den Ägyptern mehr Zugeständnisse gemacht, als Sadat in seiner Verständigungsbereitschaft fordern wollte, und Kissinger war wütend, daß das ganze Konzept zerschlagen war.

Da stimmt vieles nicht. Aber die EWG muß sich jetzt bewähren. Mit Recht sagt unser alter Freund Max van der Stoep: Jetzt wird sich zeigen, ob sie eine Daseinsberechtigung hat. Ohne Solidarität für Holland kann es keine wirkliche Gemeinschaft dieser neun Staaten geben.

Wir stehen im Europarat bescheiden daneben. Wir haben unseren Freihandelsvertrag mit der EWG, wir werden jetzt im Dezember

Czernetz

in der Politischen Kommission und im Jänner im Plenum noch darüber reden; ich glaube, mit einem arabischen Staatsmann.

Aber es bleibt die Notwendigkeit verstärkter Bemühungen um die Aktivierung des Europarates und die Benützung dieses Instrumentes bestehen, auch wenn leider unser Außenminister, wie ich glaube, mit Ende des Jahres nicht mehr der Vorsitzende des Ministerkomitees ist, weil diese Funktion nur halbjährlich von einem Land ausgeübt wird.

Hohes Haus! Die zweite Phase der Europäischen Sicherheitskonferenz in Genf, die Expertengespräche haben uns schon in vielen Debatten Sorge gemacht. Wir können nur wiederholen — und ich glaube, daß es innerhalb der Parteien keine Meinungsverschiedenheit darüber gibt —: Wenn man irgendwann im Verlauf des nächsten Jahres zu einem Abschluß der zweiten Phase und zu einer dritten Phase auf Ministerebene kommen wird, aber die Rüstungsbeschränkungsbesprechungen in Wien nicht zu Ende sein werden — wie es heißt, werden sie noch Jahre dauern —, dann müssen wir offen aussprechen: Eine Wiederholung von Gewaltverzicht und Friedensbereitschaft ist sehr mager. Das steht schon in der Charta der Vereinten Nationen drinnen. Ohne Verdünnung der militärischen Kräfte in Mitteleuropa wird das nicht nur von uns, sondern auch von den kleinen Staaten im Warschauer Pakt als ein mageres Ergebnis angesehen.

Ich darf noch hinzufügen — ich habe darüber so viel geredet und geschrieben, daß ich es mit ein paar Worten erledigen kann —: Wenn der sogenannte Korb 3, die geistigen und kulturellen Beziehungen, nicht mehr bringen als den Austausch von Balletts und Opernchören, dann wird das zu mager sein. Solange wir nicht imstande sind, nicht nur unsere Literatur ebenso in die Sowjetunion wie in die Ostblockländer zu schicken, so wie diese ihre Literatur zu uns schicken — nein, sie schicken sie ja in deutscher, französischer oder englischer Übersetzung zu uns; selbst wenn man mit Verspätung in den Bibliotheken, sozusagen in der Giftkammer unsere Literatur erhält, man wird sie nicht in die Sprachen dieser Länder übersetzt dorthin bringen können —, solange das nicht möglich ist, gibt es keinen freien Austausch. Freier ist weniger als frei.

Das heißt nicht, daß wir uns zurückziehen sollen, aber wir werden unermüdlich zu drängen und wieder zu drängen haben und klar machen müssen, daß hier Bedingungen und Forderungen nicht erfüllt sind.

Ich benütze die Gelegenheit, dem Bundesminister Kirchschläger, seinen Beamten und

Diplomaten, die bei allen diesen Bestrebungen und Bemühungen aktiv beschäftigt waren — und ich glaube, das gilt jetzt unabhängig von jeder Parteizugehörigkeit —, den Dank für ihre Arbeit auszusprechen. Auf allen Ebenen haben die Beamten und Diplomaten des Ministeriums Kirchschläger und er selbst Ausgezeichnetes geleistet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, als Parlamentarier sind wir auch dem Herrn Bundesminister selbst zu besonderem Dank verpflichtet, weil wir als Parlamentarier mit ihm eine ausgezeichnete Zusammenarbeit haben. Wenn wir auch noch durch unsere Geschäftsordnungsmängel behindert sind, so haben wir — ich glaube, es war eine Initiative des Kollegen Scrinzi — dieses kleine Komitee, das der Bundesminister mit je einem Vertreter einer jeden Partei und dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses zu Informationszwecken einberuft. Dieser kleine Kreis — das wird niemand bestreiten können — hat sich als ein bescheidenes, aber wirksames und wichtiges Informationsorgan erwiesen.

Hohes Haus! In weltweitem Maßstab aber ist es mehr als beunruhigend zu hören, daß der amerikanische Verteidigungsminister Schlesinger jetzt erklärt: Im SALT I haben wir Amerikaner den Russen mehr interkontinentale Fernlenkraketen zugebilligt, als wir Amerikaner für uns selbst verlangt haben. Die Begründung war, daß die Amerikaner bereits über Mehrfachsprengköpfe verfügt haben, die den Russen nicht zugänglich waren. Das ist jetzt anders. Schlesinger sagt jetzt, die Sowjets haben mehr interkontinentale Raketen und die Mehrfachsprengköpfe. Es beginnen jetzt Beratungen im SALT II bereits unter der Belastung einer amerikanischen Korrekturforderung.

Aber dessen ungeachtet können wir feststellen: In dieser sehr komplizierten und sehr widerspruchsvollen Welt hat sich das kleine Österreich gut gehalten, und ich glaube, wenn die Damen und Herren der Opposition nüchtern darüber nachdenken und hier nicht eine Pflichtübung der Opposition durchführen müssen, dann werden sie zugeben: Österreich hat sich mit dieser Regierung, mit diesem Außenminister, mit diesen Diplomaten und Beamten in der Welt gut gehalten. Wir haben in der Welt trotz des Knicks von Schönau den guten Ruf bewahrt und ihn sogar verbessert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe vor kurzem in zwei englischen Zeitungen, in der „Times“ und im „Observer“, zwei sehr interessante Artikel von ehemaligen britischen Ministern gelesen, und zwar vom ehemaligen Europaminister der Labour-Regierung Lord Chalfont und vom konservativen

Czernetz

Verteidigungsminister Lord Harlech. In diesen beiden Artikeln sprechen sie von einem neuen Buch, das in England erschienen ist, einem Buch mit dem Titel „Die Reform der Macht“ von Leonard Beaton, in dem dieser in Wirklichkeit eine grundlegende Reform der Vereinten Nationen verlangt.

Wer die Vereinten Nationen etwas aus der Nähe kennt, weiß, daß das zunächst hoffnungslos ist. Aber es ist interessant, daß Lord Chalfont von einem notwendigen mittleren Weg zwischen der Gefahr und dem Traum spricht. Und er sagt, Leonard Beaton hat recht, wenn er eine Weltsicherheitsbehörde mit einer Armee verlangt, die nur der Generalversammlung unterstellt ist und die neben den nationalen Armeen bestehen soll. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß das gegenwärtig unerreichbar ist.

Aber gerade aus diesem Grund ist es vielleicht nicht unwichtig zu sehen, daß Lord Chalfont am Ende seines Artikels sagt: Vor zweihundert Jahren hat Kant vorausgesagt, daß es eines Tages einen dauernden Frieden geben muß, durch die Kreation des Menschen, aus seinen moralischen Aspirationen oder als eine Konsequenz der physischen Notwendigkeit.

Er sagt: Diese physische Notwendigkeit besteht bereits.

Aber dennoch ist die Forderung in dem Buch und der beiden Autoren: Die Kleinstaaten müssen sich rühren. Wir hören das auch von den Kleinstaaten im Warschauer Pakt. Weiters wissen wir, daß gegenwärtig überhaupt der Friede noch auf dem Gleichgewicht der beiden Supermächte besteht. Dennoch ist die Forderung nach einer Politik der Vernunft, und nicht nur einer Politik der Macht, einer Politik der Vernunft als einer Alternative zu der drohenden Selbstzerstörung der Menschheit notwendig.

Hohes Haus! Zu den Widersprüchen, die ich in meiner Analyse zu zeigen versucht habe, muß ich am Ende meiner Ausführungen einen eigenen Widerspruch in meiner Argumentation hinzufügen. Die Rolle der Vernunft ist heute in dieser Welt nicht überwältigend. Dennoch glaube ich, daß wir allen Grund haben, auf den Menschen und die menschliche Vernunft zu hoffen. Es gibt Verhaltenswissenschaftler, die sagen, die Überbevölkerung kann bei uns einen Krieg der Lemminge herbeiführen oder einen anderen Krieg der Selbstzerstörung, wie er bei den Ratten ist.

Ich glaube, daß wir uns lieber und besser auf den Mann berufen sollen, der das entscheidende Werkzeug unseres Zeitalters, den Computer, entworfen hat, auf Norbert Wiener,

der aufmerksam gemacht hat, daß der Computer nicht menschlich denken kann und daß der Mensch nie ein genau voraus berechenbares Wesen sein wird, wie der Computer eine Maschine ist. Und darum, Hohes Haus, glaube ich, daß die Menschen ihr Streben, ihr instinktives Bedürfnis nach dem Überleben, dem Selbsterhalten der Art haben und daß wir auch in dieser widerspruchsvollen und in dieser gefährdeten Welt Politik machen können, mit der Hoffnung auf schließliche Durchsetzung des Menschen, der Menschlichkeit und der menschlichen Vernunft. *(Beifall bei der SPO.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Karasek.

Abgeordneter Dr. **Karasek** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein geschätzter Herr Vorredner, der Abgeordnete Czernetz, hat mir eine ganze Menge Stichworte für meinen jetzigen Diskussionsbeitrag geliefert. Ich muß, wie schon unlängst, darauf verweisen: ich kann in meiner Vorrede nicht auf alles eingehen, aber er wird die Geduld haben, darauf zu warten, bis ich im Laufe meiner Ausführungen auf Einzelheiten eingehe.

Auf eine Sache möchte ich gleich am Anfang hinweisen. Ich schaue dem Abgeordneten Czernetz immer ganz gerne zu, wenn er außenpolitische Pirouetten schlägt, das sieht ganz gut aus. Hingegen, wenn er einmal auf das militärische Glatteis tanzen geht, wie heute, das gefällt mir weniger. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Czernetz! Sie sagten, wir sollten das Bundesheer außer Streit stellen. Da muß ich jetzt die Frage in den Raum stellen: Wer hat denn überhaupt in Österreich begonnen, das Bundesheer in den tagespolitischen Kampf hereinanzuziehen? 1970 die Sozialistische Partei Österreichs! *(Beifall bei der ÖVP.)* Und wenn Sie militärisch bemerken, Herr Abgeordneter Czernetz, und das mit einer festen Überzeugung: Bereitschaftstruppen stehen genug zur Verfügung, 15.000 Mann sind in den Kasernen und 40.000 sonstwo, dann kann ich nur sagen, daß der Bundesminister für Landesverteidigung Lütgendorf auf ausdrückliches Befragen nicht mit dieser Festigkeit geantwortet hat wie der Abgeordnete Czernetz. Er hat uns damals gesagt, seine strategische Konzeption liege im Panzerschrank. Dort liegt sie offenbar heute noch. Oder er versucht mit dem neuen General Spannocchi sein militärisches Konzept als Wunderwaffe zu realisieren.

Herr Abgeordneter Czernetz, dazu möchte ich Ihnen sagen: Ihren Satz: „Wir verlassen uns eben bei der Bundesheerreform auf die Berufsoffiziere“, können wir als Parlamentarier nicht akzeptieren, denn die Verantwort-

Dr. Karasek

tung für das Heer, für die Verteidigung und für dieses Land haben, politisch gesehen, wir und nicht allein die Berufsoffiziere! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es ist auch oft die Frage aufgeworfen worden — auch heute von meinem Vorredner —: Warum keine gemeinsame Außenpolitik? Ich habe nicht das erste Mal darauf hingewiesen, daß es keineswegs irgendein schlechter Wille unsererseits ist, warum wir keine gemeinsame Außenpolitik haben. Ich erinnere daran, daß Kollege Withalm bei der ersten Semmeringtagung im Jahre 1970, nach den Wahlen, drei Bereiche der Politik außer Streit gestellt haben wollte und dafür eine gemeinsame Politik vorgeschlagen hat. Das waren die Währungspolitik, die Landesverteidigungspolitik und die Außenpolitik.

Mit der Landesverteidigungspolitik ist es schon durch den Wahlkampf fast unmöglich gewesen und bei der Währungspolitik hat es eine Weile gedauert. Wie ich höre, hat es beim letzten Mal auch schon ein bißchen oder sogar stark, bei der Frage des Aufwertens gekracht, aber immerhin, es ist mit der Währungspolitik länger gegangen als mit anderen Bereichen. Daß es mit der Außenpolitik nicht geht, hat den einen Grund, auf den oft hingewiesen wurde und der auch indirekt aus den Darlegungen des Kollegen Czernetz feststellbar war. Insoweit eine Opposition nicht in der Lage ist, vorgängig von allen außenpolitischen Entscheidungen informiert zu sein, solange wir von gewissen wichtigen Entscheidungen nur nachträglich, sei es aus der Zeitung, aus dem Fernseher oder durch eine Information des Außenministers Kenntnis bekommen, können wir ja der Regierung keinen Blankoscheck für eine gemeinsame Außenpolitik geben. Ich glaube, das ist einsichtig und auch verständlich.

Ich mache es ja nicht einmal zum Vorwurf, daß es nicht anders geht, denn der Kollege Czernetz hat ja hier des langen und breiten erklärt, uns gelänge es ja nicht einmal, von den bestehenden Möglichkeiten unserer Geschäftsordnung im Parlament Gebrauch zu machen, nämlich von der Möglichkeit, durch eine Permanenzerklärung des Außenpolitischen Ausschusses wenigstens während der Sommerzeit und zum frühen Herbstbeginn mit dem Außenminister — im Rahmen des Parlaments — eine Unterhaltung über das Stimmverhalten bei der UNO durchzugehen. Wir müssen zu praktisch privaten Begegnungen mit dem Außenminister Zuflucht nehmen. Es ist sehr schätzenswert, daß er dies tut, aber jedenfalls, die Grenzen der gemeinsamen Außenpolitik liegen bereits in diesen, fast unübersteiglichen formellen Hindernissen.

Ich habe mich immer insoweit zum Kontinuitätsgedanken in der Außenpolitik bekannt, daß ich gesagt habe: Die ÖVP betreibt keine Opposition in der Außenpolitik bloß um der Opposition willen. Aber wir lassen es uns auch nicht nehmen, dann, wenn wir glauben, daß die Regierung oder der Minister eine Entscheidung trifft, die uns unpraktikabel erscheint, diese zu kritisieren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das haben wir wiederholt in letzter Zeit gemacht. Ich bedaure, daß sich die Möglichkeiten dazu in der letzten Phase mehr häufen als in der ersten Phase dieser ganzen Regierungsperiode. Aber das ist ein Faktum, das ich ja nicht beeinflussen, von dem ich abhängig bin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Rede des Abgeordneten Kollegen Czernetz ist auch die Frage aufgetaucht: Ziehen wir doch nicht allzusehr die Neutralität in die Diskussion. An dem Faktum der Neutralität, wie es sich uns heute darstellt, daß Österreich ein neutrales Land ist, daran rüttelt, glaube ich, ja keine der in diesem Hause vertretenen Parteien. Hingegen gibt es gewisse Verhaltensweisen der Bundesregierung, die in den neutralitätspolitischen Bereich kommen, wo wir auch schon unsererseits Ursache und Gelegenheit hatten, kritische Anmerkungen zu machen.

Über unsere neutralitätspolitische Position wird man in Österreich sehr wohl diskutieren und reden dürfen. Ich halte es für sehr, sehr gut, daß man das tut.

Der Herr Außenminister hat unlängst selbst einmal — ich weiß nicht, ob in einem größeren oder kleineren Kreise — die Angst ausgedrückt, es könnte noch so weit kommen, daß man die Neutralität und die Außenpolitik, wie er sagte, „zerrede“. Herr Bundesminister! Nichts liegt uns ferner, als die Neutralitätspolitik und die Neutralität zu zerreden. Ich möchte mit aller Deutlichkeit feststellen: Eine Diskussion über Neutralität und über Neutralitätspolitik ist, wenn sie hier im Rahmen des Parlaments geführt wird, durchaus nichts Negatives!

Ich berufe mich im folgenden auf den Außenminister Kreisky. Ich betone „auf den Außenminister“, da mir der Außenminister Kreisky viel mehr zugesagt hat als der Bundeskanzler Kreisky, der viel öfter Anlaß zur Kritik gibt, als es beim Außenminister Kreisky der Fall war. Das habe ich schon in der Schönau-Rede an diesem Pult sagen müssen.

Der Außenminister Kreisky war ja auch in den Jahren, in denen er Außenminister war, anderer Meinung und hat gesagt: Schaut doch das Beispiel der Schweiz an! Dort gibt es eine hundert Jahre lange Neutralitätstradition und

Dr. Karasek

doch findet dort fortwährend eine Diskussion über die Neutralitätspolitik statt. Er meinte, das sei etwas durchaus Natürliches, das heißt etwas durchaus Richtiges.

An diesem Außenminister Kreisky und seinem Hinweis auf das Beispiel unseres Nachbarlandes möchte ich mich orientieren, wenn ich sage, Herr Bundesminister, wir müssen heute einen Augenblick in diesem Hause über die Neutralität reden. Ich werde es auch begründen:

Meine Damen und Herren! Wir sagen sehr oft, wir sind neutral im eigenen, aber auch im Interesse von Drittstaaten, also im Interesse jener, denen wir unsere Neutralität notifiziert haben. Dieses Wachhalten des Interesses Dritter an unserer Neutralität stellt daher in unserem eigenen Interesse eine eminente Aufgabe der österreichischen Außenpolitik dar.

Herr Bundesminister! Damit ist aber etwas sehr, sehr Wichtiges verbunden, und deswegen unterstreiche ich das jetzt hier sehr deutlich: Wir wünschen keine Ingerenz Dritter in die Interpretation der österreichischen Neutralitätspolitik! Ich sage diesen Satz aus einem gegebenen Anlaß, den Sie kennen, nämlich im Zusammenhang mit der Konferenz arabischer Botschafter hier in Österreich.

Ich betone, daß die einzig legitimen Interpreten österreichischer Neutralitätspolitik nach unserer Auffassung der österreichische Parlament und die österreichische Bundesregierung, die verfassungsmäßigen Organe dieses Staates sind. Es ist ja nicht das erste Mal, daß wir uns dagegen zu wehren haben, daß andere versuchen, unsere Neutralität zu interpretieren. Ich habe schon bei unseren Ausschüßberatungen darauf hingewiesen, daß wir über ein Jahrzehnt lang im Zusammenhang mit unseren EWG-Bestrebungen den Versuch unternehmen mußten, eine Einmischung Moskaus in die Interpretation der österreichischen Neutralität, in die Interpretation dessen, was hinsichtlich EWG-Vertrag mit Neutralität und Staatsvertrag kompatibel ist, abzuwehren. Da mußten wir uns auf unsere Hinterfüße stellen und in oft sehr harten Diskussionen dartun, daß wir einzig und allein in der österreichischen Regierung und im österreichischen Parlament die befähigten und einzig richtigen Interpreten der Neutralität sehen.

Daher unser Wunsch, Herr Bundesminister, an die Bundesregierung: Keine Einmischung von außen in die Frage, was neutral und was nicht neutral ist!

Nun noch ein zweiter Punkt, auf den schon mein Kollege Czernetz hingewiesen hat und über den ich auch schon im Ausschüß gesprochen habe, aber ich glaube, dieses Forum ist

dazu berufen, daß man auch von hier aus nach außen hin sagt: Die österreichische Neutralität wird oft dahingehend mißverstanden, daß man meint, sie binde nicht nur die Regierung, sondern auch einzelne Österreicher. Kollege Czernetz hat in seiner Rede im Zusammenhang mit dem Aufruf, von dem die Rede war, bereits darauf hingewiesen. Durch die Meinungsäußerungen einzelner Staatsbürger kann die Neutralität nie und niemals gefährdet werden! Sie kann auch nicht durch Presseerklärungen gefährdet werden. Wir haben vielmehr immer den Standpunkt vertreten: Es gibt keine Regierung, keinen Minister in unserem Land, die beziehungsweise der auf Grund unserer Verfassung die Möglichkeit hätte, der Presse irgendwie einen Maulkorb umzuhängen, der Presse Weisungen zu geben, was man schreiben könne, schreiben solle, was man schreiben dürfe oder nicht.

Darin liegt meines Erachtens eine gewisse Nuance zur finnischen Neutralitätspolitik. Ich habe Anfang September eine Äußerung des finnischen Außenministers gelesen, in der er die finnische Presse aufgefordert hat, doch eine gewisse Rücksicht auf die außenpolitische Interessenlage und die Situation Finnlands zu nehmen und durch die Schreibweise in der finnischen Presse seine außenpolitischen Interessen nicht zu gefährden.

Mich geht das Verhältnis zwischen finnischer Regierung, finnischer Presse und finnischer Neutralität nichts an. Ich bin immer einer derjenigen, die bewußt versuchen, andere Länder nicht in eine kritische Äußerung hereinzuziehen. Ich nenne dieses Beispiel nur, um darzutun, daß es eben Nuancen in der Neutralitätspolitik geben kann und daß eine solche Nuance zur finnischen eben darin besteht, daß in Österreich die ungehinderte Freiheit der Meinungsäußerung für den einzelnen und für die Presse nicht bedroht und nicht in Frage gestellt ist.

Herr Bundesminister! Ich bescheinige Ihnen, daß Sie im Ausschüß auf eine diesbezügliche Frage ausdrücklich klargestellt haben, daß Sie genauso denken, wie wir es hier darlegen. In diesem Punkte trennt uns also nichts. Aber ich habe eine sehr dringliche Bitte: daß man das, was wir hier jetzt festgelegt haben, nicht als abstrakten Lehrsatz verkündet, der sich sehr schön anhört, sondern daß in der konkreten politischen Situation von dieser Grundfeststellung tatsächlich Gebrauch gemacht wird. Das ist eine sehr dringliche Bitte an den Ballhausplatz, mit der praktischen Applizierung dieses sozusagen außer Streit gestellten Prinzips nicht zu sparsam umzugehen, sondern in konkreten Situationen darnach zu handeln.

Dr. Karasek

Nun ein drittes: Es geht um die Notwendigkeit der Abgrenzung der Neutralität zur Haltung der blockfreien Staaten. Kollege Czernez! Niemand bestreitet, daß unter uns hinsichtlich dieser Abgrenzung keine besonderen Schwierigkeiten auftauchen. Aber es gibt gewisse Vorfälle und Vorgänge, die uns zu Bedenken Anlaß geben, und davon möchte ich sprechen.

Ich bin mit den Ausführungen des Bundesministers Kirchschräger im „West-Ost-Journal“, Nr. 4/1973, zu diesem Thema im großen und ganzen einverstanden, weil das, was dort steht, im allgemeinen dem entspricht, was auch wir uns als Abgrenzung vorstellen.

Auch da kann ich mich mit dem Außenminister Kreisky wieder einmal einverstanden erklären — Außenminister Kirchschräger zitiert ihn in diesem Artikel im „West-Ost-Journal“ —, wenn er im Jahre 1963 folgendes geschrieben hat:

„Die allianzfreien Staaten Europas, darunter fallen Österreich, Schweden und die Schweiz — Jugoslawien deshalb ausgenommen, da es sich um einen kommunistischen Staat handelt —, bekennen sich zur Demokratie und sind trotz ihrer qualifizierten Unabhängigkeit, die ein Reflex ihrer Neutralität ist, ein Teil des westlichen Kulturkreises. Sie unterscheiden sich dadurch in ihrer politischen und ideologischen Haltung grundlegend von anderen allianzfreien Staaten, insbesondere in Afrika und in Asien.“

Soweit, so gut. Allerdings habe ich den Eindruck, daß Bundeskanzler Kreisky bereits vergessen hat, was er als Außenminister geschrieben und vertreten hat. Denn nur so versteht sich diese Annäherungspolitik an diese 77 Staaten, die sich ursprünglich in Lusaka, später in Georgetown und schließlich in Algier versammelt haben.

Ich hörte von einem interessanten Artikel. Ich habe ihn nicht gelesen, aber jemand machte mich darauf aufmerksam. Ich werde versuchen, dieses Artikels habhaft zu werden: Eine slowenische Zeitung schrieb unlängst, daß man die aktive Neutralitätspolitik Österreichs besonders begrüße, und zwar deshalb — meine Damen und Herren, hören Sie! —, weil sie eine schrittweise Annäherung an die blockfreien Staaten beinhalte.

Das ist es ja gerade, was wir nicht wollen! Deswegen hat die ÖVP dauernd gesagt: Warum fahren wir zu den blockfreien Staaten nach Afrika beziehungsweise zu deren Konferenzen? Warum setzen wir uns dorthin mit dem verschwommenen Status eines pays invité, als eingeladenes Land? Wir sind kein Mitglied und keine offiziellen Beobachter.

Aber trotzdem interpretiert die Öffentlichkeit, die den österreichischen Vertreter in diesem Konferenzkreis sieht, eine schrittweise Annäherung an diese Staaten.

Wenn man uns sagt, das stimmt nicht, da sieht ihr schwarz oder rot, dann muß ich sagen, meine Damen und Herren: Hier kann man offenbar schon an Zeitungsartikeln erkennen, daß das, was wir sagen, richtig ist: Es besteht eine echte und eminente Gefahr, daß wir mehr und mehr in den Annex dieser Staaten gelangen und von der Welt als dazugehörig interpretiert werden. Das ist etwas, was der ÖVP nicht recht ist und wo sie im Zusammenhang mit der Neutralitätspolitik ihre warnende Stimme erhebt, so wie ich es auch jetzt und heute hier getan habe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Um Mißverständnisse zu vermeiden, muß ich natürlich sagen, daß damit gegen diese Staatengruppierung selbst nichts ausgesagt ist. Die ÖVP befürwortet — und auch das nicht erst heute — freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten dieses großen Blockes. Ich bin dafür, daß wir unsere bilateralen Beziehungen ausweiten, soweit es möglich ist, ob das nun auf der wirtschaftlichen Seite oder auf der kulturellen Seite ist, meinerseits auch politisch, wenn es politisch mit den Zielen der österreichischen Außenpolitik übereinstimmt. Ich bin auch für mehr Entwicklungshilfe für diese Staaten. Aber ich bin aus den genannten Gründen nicht dafür, daß wir uns auf multilateralen Konferenzen sozusagen als ein Annex dieser Staaten zeigen, auftreten und gerieren.

Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Wir wünschen keine Konvergenzpolitik zwischen der Neutralität und der Blockfreiheit, sozusagen eine sukzessive Annäherung: Jeder gießt ein bißchen Wasser in seinen Wein hinein, die Neutralen ein bißchen in ihren neutralen Wein und die Blockfreien ein bißchen in den blockfreien, bis man konvergent ist, bis sich die Interessen deckungsgleichen. Das ist nicht die Neutralitätspolitik, wie sie die ÖVP für richtig hält. Für uns ist und bleibt — ich sage es hier mit aller Deutlichkeit — der Ausgangspunkt der Neutralität die Interpretation des Jahres 1955, aus der ganz deutlich hervorgegangen ist, daß wir 1955 in allen Parteien dieses Hauses nichts anderes wollten als ein militärisches Heraushalten aus den Konflikten und eine ideologische Verbundenheit mit dem Westen. Das war die Lesart der Neutralität 1955, und an der wird die ÖVP festhalten.

Soweit, Herr Bundesminister, zur Neutralitätsdiskussion. Ich glaube, es birgt keine Gefahr für unser Land, was wir hier gesprochen haben, es war ja eine richtige und eine notwendige Klarstellung.

Dr. Karasek

Weiters möchte ich kurz Stellung nehmen zu Österreich in den internationalen Organisationen. Es hat schon der Kollege Czernetz darauf hingewiesen, daß wir in den internationalen Organisationen dank unserer Beamenschaft sehr gute Figur machen. Ich möchte hier ausdrücklich meinen Dank auch an Doktor Waldheim zum Ausdruck bringen, der ein hervorragender Generalsekretär der Vereinten Nationen geworden ist; ich möchte hier auch Dr. Tončić als Generalsekretär des Europarates danken. Ich schließe mich dem Dank an die Missionschefs bei der UNO, aber auch bei allen anderen internationalen Organisationen an, bei UNESCO, OECD, Europarat, bei der EG in Brüssel, bei der Mission in Genf, und schließe in diesen Dank auch die Kollegen und Beamten in der Zentrale ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man kann über die UNO verschiedener Meinung sein. Gewiß, man erlebt nicht nur freudige Augenblicke, wenn man im Glaspalast am East River ist. Die UNO ist sicherlich heute eine wichtige Stätte der Begegnung geworden, und zwar nicht nur der Begegnung jener 77 Staaten, die einen großen Block mit allen anderen Mitgliedstaaten der UNO bilden; die UNO ist für die Staaten, die an der UNO teilnehmen, untereinander eine große Stätte der Begegnung. Der Herr Bundesminister wird am ehesten darüber Auskunft geben und sagen können, wie notwendig dieser Reigen der Außenminister in den ersten 14 Tagen, drei Wochen einer jeden Generalversammlung ist und wie sehr man dort die Möglichkeit hat, unter dem Schutz und in der Diskretion, die die UNO bietet, gewisse Probleme zu besprechen.

Die UNO hat sicherlich gerade in diesem Jahr eine neue Aufwertung und eine neue Rolle durch die Schaffung der friedenssichernden Kontingente erhalten, an denen Österreich mit einem sehr bedeutenden Kontingent teilnimmt; damit hat es eine neue Rolle im Nahostkonflikt bekommen. Vielleicht ist dies an dieser Stelle auch ein Grund, unseren Offizieren und unseren Soldaten in diesem Kontinent einen Dank auszusprechen, weil sie diese Funktion unter äußerst schwierigen und oft unter äußerst harten Bedingungen durchführen. Es sei ihnen also dieser Dank von diesem Pult aus zum Ausdruck gebracht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! In politischer Hinsicht — das haben wir Ihnen im Vorjahr und bei unseren Begegnungen außerhalb des Parlaments, außerhalb dieser Plenarsitzungen gesagt — ist für uns ungenügend insbesondere das Ergebnis der Terrorismusdebatte im Vorjahr gewesen. Es gibt auch im heurigen Jahr wieder solche Beispiele, wo die UNO uns

eigentlich ein enttäuschendes Schauspiel bietet. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß während der Woche, wo Kollege Czernetz und ich drüben waren, in der 6. Kommission die sogenannte Diplomatschutzkonvention debattiert wurde. Ich kann Ihnen nur den Kurztitel bieten, aber Sie wissen, worauf ich anspiele. Das Dokument habe ich bei der Vorbereitung meiner Rede nicht gefunden. Soweit mir innerlich ist, wollen diese Staaten, von denen ich gesprochen habe, eine Ausnahmeregelung in dieser Konvention, daß sie nicht anwendbar sein soll für Taten im Kampf um die Unabhängigkeit, in der Frage der Befreiung vom Terrorismus und ähnlichem.

Herr Bundesminister! Ich muß Ihnen ganz klar sagen: Wenn wir auf diese Sachen eingehen würden — ich habe den Eindruck, wir werden ja da nicht mittun; aber man muß es klipp und klar sagen —, wäre das die Legitimierung des Mordes. Wenn etwa ein Diplomat oder ein Staatsmann straflos umgebracht werden könnte und wenn dann auf Grund einer Diplomatschutzkonvention nicht ausgeliefert werden könnte, weil das ausliefernde Land entgegengehalten bekommt, hier handelt es sich um eine Tat, die begangen wurde im legitimen Kampf um die Befreiung vom Kolonialismus oder um die Unabhängigkeit des Landes, so wäre das, glaube ich, die Anwendung eines Rechtes, das wir als Recht nicht empfinden, das in einem anderen Kulturkreis vielleicht so empfunden würde, das aber nicht den traditionellen Rechtsvorstellungen des Kulturkreises entspricht, in dem wir leben. Daher glaube ich, daß wir auf eine solche Sache gar nicht erst eingehen könnten. Da wäre es besser, daß wir eine solche Konvention gar nicht erst hätten.

Herr Bundesminister! Ich höre, daß es bei dieser Resolution im heurigen Jahr, die die Dekolonialisierung betrifft, bei der Omnibus-Resolution, um einen ähnlichen Sachverhalt geht. Es geht dabei darum, daß man für die Befreiung von kolonialer Abhängigkeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ankämpfen dürfe. Diese gewissen Staaten verlangen, daß diese Klausel „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ in die Resolution eingeschlossen wird. Wir haben uns bisher der Stimme enthalten, weil wir glaubten, einen solchen Freibrief für gewisse terroristische Möglichkeiten nicht ausstellen zu können.

Nun höre ich aber, daß wir im heurigen Jahr unsere Politik geändert haben sollen. Es dürfte also offenbar die Weisung ergangen sein, in diesem Jahr zuzustimmen. Da, Herr Bundesminister, glaube ich, wären Sie uns eine Aufklärung schuldig, warum das so ist und welche zwingenden Überlegungen, welche

Dr. Karasek

zwingenden Momente dafür sprechen, daß wir jetzt plötzlich von unserer mit Recht geäußerten Vorsicht in den letzten Jahren abgehen.

Ich kann nicht glauben, daß man hier sagen könnte: Hier stehen verschiedene Rechtsgüter gegen andere Rechtsgüter; wir haben ja so viel von der Werthierarchie bei der Strafrechtsdebatte in der vorigen Woche gesprochen. Wir haben die Meinung, daß das Wertgut Leben von uns so hoch angesetzt wird, daß es lange nichts gibt, ehe man es gegen etwas anderes aufrechnen kann. Von der Notwehr haben wir immer gesagt: Bei der Notwehr steht ein Rechtsgut gegen ein anderes Rechtsgut.

Herr Bundesminister! Ich verstehe nicht ganz diese Haltung, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir sagen würden, warum in diesem Jahr in dieser Frage eine Schwenkung vollzogen wurde. Ich muß schon sagen: Nicht daß ich mißtrauisch werde, aber ich werde mir die Dinge künftighin öfter anschauen, als ich es bisher getan habe, wenn wir in einem Punkt zu einem neuen Stimmverhalten übergehen. Denn daß man eine opportunistische Politik zugunsten einer gewissen Staatengruppe macht, auch das ist etwas, was unsere Partei in der Außenpolitik nicht haben will. Wir sind für eine geradlinige, vertretbare, ich will damit nicht sagen, niemals änderbare, aber doch für eine geradlinige und auf gewissen Grundsätzen und Prinzipien aufbauende Außenpolitik. Daher werde ich mir pro futuro noch viel besser anschauen, als ich es bisher getan habe, wie es in diesen Belangen steht.

Aus dem Jahr 1973 — um kurz zum Europarat zu gehen, Herr Bundesminister — ist leider kein Europajahr geworden, obwohl dies Kissinger und Präsident Nixon — Präsident Nixon, glaube ich, im Jänner 1973, Kissinger im April 1973 — vorgeschlagen haben. Und trotz Kissingers Verlangen nach einer neuen Atlantik-Charta, trotz Krisengipfel in Kopenhagen, trotz der fortgehenden Verhandlungen über die KSZE, trotz der Bemühungen im Europarat, die Rolle neu zu definieren, trotz alledem sind wir in Europa im Jahr 1973 — man muß es hier ungeschminkt sagen — nicht weitergekommen.

Ich bin hier auch der Meinung meines Vordrängers, und wir haben das auch gestern sehr offen dem rumänischen Kollegen in der Unterredung gesagt: Für uns Österreicher ist die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa ein wichtiges Element des europäischen Gleichgewichtes. Obgleich wir Neutrale sind, obgleich wir den Bündesystemen nicht angehören, wagen wir, den Wunsch zum Ausdruck zu bringen, und wagen wir zu sagen: Für uns ist die Präsenz der amerikanischen Truppen

in Europa ein wichtiger Bestandteil des europäischen Gleichgewichtes, an dem wir als Neutrale interessiert sind.

Wir verstehen natürlich, daß die amerikanische Politik gewisse Wünsche an die Europäer hat und die Europäer in diesen Punkten etwas schwerhörig sind, insbesondere was die Frage der größeren Lastentragung bei der gemeinsamen Verteidigung Europas anlangt. Sicherlich ist das keine Frage, die Österreich beeinflussen kann, das weiß ich, Herr Bundesminister. Nur können wir vielleicht umso befängener unser Verständnis für die Amerikaner dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir sagen: Wenn diese Europäer schon ständig verlangen, daß die amerikanischen Truppen hier sein sollen, dann muß man Verständnis für die Schwierigkeiten der Amerikaner in dieser Frage haben; man muß Verständnis für den Druck haben, der von ihren Parlamenten, von ihrem Kongreß und von ihrem Senat ausgeht, der darnach ruft, die Lasten zu verringern, der darnach ruft, die Truppen zu verringern. Ich glaube, daß wir hier mit Recht unsere Meinung zum Ausdruck bringen können, daß, wer das eine will, auch das andere wollen muß.

Und ein zweites, Herr Bundesminister, in diesem Zusammenhang — auch das haben wir gestern in dieser Unterredung gesagt —: Uns ist die KSZE in Genf nur dann eine befriedigende Konferenz, wenn die Außenminister von dieser Konferenz in Korb 3 etwas Konkretes mit nach Hause bringen.

Ich habe das dem rumänischen Kollegen deshalb gesagt, damit er nicht mit der Illusion von Österreich nach Hause geht: Die sind ja ohnehin für die Konferenz, die tun ohnehin mit, und es wird schon etwas rauskommen.

Herr Bundesminister! Aus dem Material, das wir von Ihnen zu dieser Frage bekommen haben, habe ich den Eindruck, daß die Konferenz in diesem Punkt auf der Stelle tritt, daß sie über das, was man in Helsinki im Schlußdokument zum Ausdruck gebracht hat, noch nicht hinausgekommen ist, daß es lediglich um neuerliche Affirmationen, um neuerliche Bestärkungen gewisser Grundsätze geht, an die man offenbar in den Ländern, die davon betroffen sind, nicht sehr glaubt.

Ich glaube, wir sollten in Genf unsere Bemühungen fortsetzen und dort mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß die Gesamtbeurteilung dieser Konferenz sehr davon abhängt, wie voll oder wie leer dieser Korb 3 ist.

Zum Abschluß und zum letzten, Herr Bundesminister, sprechen wir über den Dissens in der Außenpolitik, da wir so oft über das

Dr. Karasek

sprechen, was uns gemeinsam ist, wo wir Sie nicht bekämpfen, wo wir Sie unterstützen.

Daß Sie natürlich von der Einstimmigkeit ausgehen, ist nicht nur Ihr gutes Recht, sondern ist sehr anerkennenswert. Sie sagen in Ihrer Rede, die ich leider nicht gehört, aber die ich gelesen habe, vor der Außenpolitischen Gesellschaft:

„Einstimmigkeit in den parlamentarischen Entscheidungen und grundsätzliche Zustimmung in den Massenmedien ist daher für die Außenpolitik eine unbestreitbar sehr wertvolle Basis, die zu schaffen immer aufs Neue gesucht werden soll.“

Ich habe bereits am Anfang gesagt, Herr Bundesminister: Wir, die ÖVP, sind eine Opposition, die gerade in der Außenpolitik nicht die Opposition um der Opposition willen betreibt, sondern wir betreiben hier wirklich eine konstruktive Kritik an dem, was wir glauben, daß nicht gut ist oder das kritikabel ist.

Es hat aber Verhaltensweisen in dieser Außenpolitik gegeben, die die Kritik herausfordern. Wir finden uns zum ersten — ich sage es in diesem Jahr wieder, wie ich es Ihnen schon im Vorjahr gesagt habe, Herr Bundesminister — nicht damit ab, daß Sie in der Frage der militärischen Schwächung Österreichs als Außenminister mit einer relativen Indifferenz reagieren.

Ich bin auch nicht der Meinung des Kollegen Czernetz, daß wir hier die Schlußfolgerungen übernehmen sollten: Was kann denn schon ein so kleines Land militärisch auf die Beine stellen?

Herr Kollege Czernetz! Gerade der Israelkrieg hat Ihnen gezeigt, was ein weit kleineres Land als Österreich unter Umständen bei einer stark gerüsteten Armee bereit und in der Lage ist zu tun. Gerade das Beispiel Israel überzeugt mich, daß es nicht vergeblich ist, daß ein kleines Land versucht, militärisch auf den Beinen zu stehen. Sie sagen: Es ist doch klar, daß wir hinsichtlich einer Nuklearmacht überhaupt keine Chance haben.

Ich habe in einem anderen Zusammenhang gesagt, was ich an Frankreichs Politik bewundere, die vielleicht auch manches Kritikable hat. Es gehört ja nicht in dieses Parlament, Frankreich zu kritisieren, aber man kann sagen, was einem an der französischen Politik unter Umständen gefällt. An der französischen Politik kann einem die Hartnäckigkeit gefallen, mit der sie unbeschadet aller ausländischen Kritik die eigene nukleare Force de frappe aufgebaut haben. Die Franzosen haben sich nicht abhalten lassen, dies zu tun. Wenn man gefragt hat: Wird diese nukleare Force

de frappe militärisch überhaupt je Gewicht haben, hat sie überhaupt einen Sinn — es ist ja auch in Frankreich darüber viel diskutiert worden —, so hat es immer wieder Reden auch im französischen Parlament gegeben, die auf die politische Bedeutung der nuklearen Force de frappe hingewiesen haben. Die Force de frappe als ein politischer Faktor in der Außenpolitik Österreichs — ich würde vergleichbar sagen: Mir würde imponieren, wenn der österreichische Außenminister sagen würde: Das österreichische Bundesheer hat eine eminente Bedeutung, und wenn er sagte, nicht vom militärischen Standpunkt, sondern für mich als Außenpolitiker vom politischen Standpunkt. Das wäre eine Argumentation, die im Zusammenhang mit der ganzen Militärreform eines österreichischen Außenministers würdig wäre. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn der Herr Abgeordnete Czernetz vor einigen Minuten hier an diesem Pult gesagt hat: Warum spricht ihr immer wieder von Schönau; die Sachen sind doch längst vergangen, Schönau ist eine sozusagen klassifizierte Angelegenheit, eine Angelegenheit für die Archive. — Sie haben die Worte „für die Archive“ nicht ausdrücklich gesagt, aber so habe ich Ihre Intervention verstanden. — Wir sollen es also endgültig ad acta legen. — Das war es ungefähr.

Dazu muß ich sagen: Die Affäre Schönau, Herr Kollege Czernetz, hat zwei Aspekte. Der eine Aspekt ist die Frage: Inwieweit ist durch Schönau der Transit von Juden aus der Sowjetunion nach Israel tatsächlich unterbunden, behindert oder eingeschränkt worden? Über diese Frage kann man im Augenblick sagen: Gott sei Dank, der Fluß dieses Emigrationsstromes aus der Sowjetunion geht unbehindert weiter. Aber den anderen Aspekt, Herr Kollege Czernetz, den können Sie nicht wegdiskutieren: das ist die schwere Imageschädigung, die das Verhalten Dr. Kreiskys in dieser Frage im Ausland angerichtet hat. *(Zwischenruf des Abg. Blecha.)* Aber, Kollege Blecha, es ist wahr! Wissen Sie, wieso das wahr ist: Fragen Sie doch den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, wie viele Tausende Briefe die österreichischen Vertretungsbehörden bis in die jüngste Zeit — er soll uns einmal eine Statistik geben — in Washington, in New York und in Los Angeles bekommen haben. Ich gebe Ihnen noch einen zweiten Grund, ein zweites Argument, Herr Kollege Blecha, daß das nicht vorbei ist: Vorgestern bin ich am Frühstückstisch im Hotel in Paris gesessen und schlag den „Figaro“ auf. Da seh ich ein Bild, ein Photo des holländischen Ministerpräsidenten — ein Parteifreund, ein sozialistischer Kollege von Ihnen. Über den ist sehr

Dr. Karasek

Gutes im Figaro unter dem Bild daruntergestanden. (*Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.*) Aber wissen Sie, was mich frap-piert und als Österreicher geärgert hat? — Daß außerdem etwa drunter gestanden ist: Ihm — dem Herrn Den Uyl — traut man Kehrt-wendungen einer Politik, wie sie jüngst sein sozialdemokratischer österreichischer Kollege, der Bundeskanzler Kreisky getan hat, nicht zu!

Kreisky ist unvergessen, und Schönau ist unvergessen. Bis vorgestern. Bis heute. So zu lesen im „Figaro“. Ich sage das nur, um dem Kollegen Blecha zu sagen: Es ist nicht vorbei! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Schließlich möchte ich noch sagen, Herr Bundesminister, daß wir dem Außenminister glauben, daß er unsere Neutralitätsauffassung teilt. Sie haben uns sehr befriedigende Erklärungen im Ausschuß gegeben, aber ich muß auch wieder hier dazu einschränkend sagen, Herr Bundesminister: Wir sehen selbstverständlich kritisch den Kurs Ihrer Außenpolitik dann, wenn er mit diesen Versicherungen nicht ganz in Übereinstimmung zu bringen ist, wie also etwa Lusaka, Georgetown und Algerien. — Das werden Sie eine Weile von uns hören.

Herr Bundesminister! Ich möchte noch ein letztes sagen: Über der Nachbarschaftspolitik der Bundesregierung steht offenbar kein guter Stern. Dr. Kirchschräger hat in dem eben zitierten Vortrag gesagt: „Ich will heute nicht die Beziehungen zu einzelnen Staaten behandeln. Es gibt Zeiten“ — so sagte Dr. Kirchschräger —, „wo man über solche Beziehungen reden muß, und es gibt Zeiten, wo ein Schweigen auch eine Aussage bedeutet, die der Sache selbst nützlich erscheinen kann.“

Heißt dies, Herr Bundesminister, daß der Bundesregierung, daß dem österreichischen Außenminister zur Nachbarschaftspolitik einfach nichts mehr einfällt? Warum schweigen Sie? Warum sagen Sie nichts?

Seit eineinhalb Jahren brodeln die jugo-slawische Sache. Jetzt sagt der Kollege Czernetz: Wir müssen gemeinsam versuchen, gemeinsam eine Lösung herauszuholen! Das wird jetzt gesagt, nachdem man vor einem Jahr, Herr Kollege Czernetz, unsere Mitwirkung, ich möchte sagen in einer sehr hochmütigen Art und Weise, zurückgewiesen hat. Nachdem man die gemeinsame Lösung vor eineinhalb Jahren nicht reklamiert hat, sollen wir es heute gemeinsam machen. Der Fehler liegt auf der sozialistischen Seite, die den Alleingang in der Kärntner Frage vor einem Jahr gemacht hat.

Herr Bundesminister! Ich habe einige kritische Töne zur Außenpolitik gesagt, insbesondere auf dem Gebiete der Neutralität, ins-

besondere auf dem Gebiete der Nachbarschaftspolitik, insbesondere zu bestimmten Stimmverhaltensweisen in der UNO.

Sie dürfen von uns nicht erwarten, Herr Bundesminister, daß die Opposition diesen Tag im Parlament, an dem wir über das Budget sprechen, sozusagen für die Generalabsolution benützt und die großen und kleinen Fehler großzügig nachsieht und die Absolution erteilt. In diesen und ähnlichen Fragen, Herr Bundesminister, sehen wir uns das nächste Jahr wieder. Dann werden wir wieder diese Fragen an Sie stellen. Vorläufig belasten sie noch das Negativkonto in der Außenpolitik. Denn in der Außenpolitik zählt der Erfolg wie überall in der Politik, und nur nach diesem Erfolg werden wir die Politik beurteilen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: Das ist aber eine unchristliche Haltung, nur nach dem Erfolg zu gehen! — Abg. Mitterer: Sind Sie für die Beantwortung dieser Frage zuständig? — Abg. Dr. Fischer: Sind Sie anderer Meinung? — Abg. Mitterer: Verzeihen kann man nur, wenn eingesehen wird, daß man gelehrt hat! Dann sind wir bereit, dem Außenminister zu verzeihen! Ganz christlich!*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe meinen vorjährigen Beitrag zum Kapitel Äußeres mit der Frage Tschu En-lais eingeleitet: Fühlen Sie sich in Österreich sicher? — Das hat der Ministerpräsident der Volksrepublik seine österreichischen Besucher damals gefragt.

Er hat damit die elementare Frage eines neutralen Kleinstaates von heute gestellt. Ob diese Frage guten Gewissens mit Ja beantwortet werden kann, das ist zugleich eine Entscheidung über die Qualität der Außenpolitik des betroffenen Staates.

Diese Frage nach der Sicherheit stellt sich ganz besonders für einen Staat wie Österreich in seiner geopolitischen und geostrategischen Position. Es ist ganz interessant, wenn man im Hinblick auf diese Frage prüft, wie die österreichische Öffentlichkeit über das Sicherheitsproblem Österreichs denkt, was der oft genannte kleine Mann von der Straße dazu meint.

Ich möchte auf jene Arbeit zurückkommen, die schon einer meiner Vorredner zitiert hat, weil sie für die öffentliche Meinung zu dieser vitalen Frage Österreichs außerordentlich aufschlußreich ist.

Dr. Scrinzi

Wie sieht also das Sicherheitsproblem im Spiegel der öffentlichen Meinung aus? — Wir haben von dieser Stelle aus immer wieder geglaubt, vor einer Haltung warnen zu müssen, die Sicherheit für etwas gehalten hat, was sich gewissermaßen self executing aus der Neutralität ohne Eigenleistung ergebe.

Dieser Teil der Österreicher, der die Neutralität primär als eine Prämie betrachtet hat, die weitere Eigenleistungen nicht erfordere, ist sehr nah verwandt mit einer gleichfalls oft anzutreffenden Haltung, die meint, die österreichische Sicherheit als neutraler Kleinstaat sei durch die internationalen Organisationen gewährleistet; im letzteren Punkt ist der Optimismus im Laufe der letzten zehn Jahre auf Grund der zahlreichen Fehlleistungen dieser internationalen Organisationen abgebaut worden.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, auch die heute, wie ich glaube, nicht sehr überzeugend auch vom Kollegen Czernetz angeschnittene Frage zu prüfen, wie das Verhältnis von Außenpolitik und Landesverteidigungspolitik ist.

Alle diese Fragen wurden im Rahmen einer demoskopischen wissenschaftlichen Untersuchung der österreichischen Bevölkerung vorgelegt. Sie hat sehr viel überzeugender als bis vor kurzer Zeit die Sozialistische Partei eindeutig ergeben, daß man überwiegend der Auffassung ist — nämlich 9 von 10 Österreichern sind es —, eine Neutralität, zu der sich Österreich verpflichtet hat, könne nur eine bewaffnete sein.

Wir wollen mit einer gewissen Genugtuung feststellen, daß nach einem langen Lavieren in diesem Zusammenhang, nach einem Immerwieder-in-Frage-Stellen, ob die Landesverteidigung vom rein Völkerrechtlichen her gesehen notwendig ist und ob aus dem Wortlaut unseres Neutralitätsgesetzes die Verpflichtung zur Landesverteidigung abzuleiten sei, in jüngster Zeit die sozialistische Bundesregierung, im besonderen aber auch der Herr Bundeskanzler wiederum auf eine etwas klarere Linie einzuschwenken beginnen.

Umso unzufriedener war ich mit dem, was heute der Sprecher der Sozialistischen Partei zu diesem Thema hier zu sagen hatte. Ich meine: Man kann nicht auf der einen Seite sich zwar zur bewaffneten Neutralität, zur Notwendigkeit der Landesverteidigung und des Bundesheeres bekennen und dann im gleichen Atemzug immer wieder — und das ist nicht das erste Mal geschehen; aber wenn es von diesem Pult aus, von dem außenpolitischen Hauptsprecher der SPÖ geschieht, dann muß es nachdenklich stimmen — zugleich die Frage nach der Sinnhaftigkeit, nach

der Effizienz der Landesverteidigung erörtern, denn das heißt natürlich dieser Landesverteidigung den Boden ihrer Existenz entziehen. Wenn nämlich die Überzeugung nicht mehr vorhanden ist, daß es eben sinnvoll ist, materielle Mittel aufzubringen und auch persönliche Opfer für die Landesverteidigung zu bringen, weil sie im Zeitalter der nuklearen Auseinandersetzung von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt wäre, so ist das ein schlechter Dienst an der Landesverteidigung, aber auch an der Außenpolitik.

Ich hoffe, daß der Herr Bundesminister für Äußeres heute von der Regierungsbank herab eine klare Position in dieser Frage bezieht, ein unmißverständliches Bekenntnis zur Landesverteidigung ablegt und damit auch jene berechtigten Zweifel ausräumt, die sich als Folge an den mehr berüchtigten als berühmten Satz des Herrn Bundeskanzlers entwickelt haben, daß die beste Landesverteidigung eine gute Außenpolitik sei.

Wir wollen hier also keine Frage der Priorität aufwerfen. Wir glauben aber, daß letzten Endes — gesehen von der Zielsetzung sowohl der einen wie der anderen Aufgabe, nämlich der Landesverteidigung und der Außenpolitik — für die Sicherheit eine gute Außenpolitik ebenso notwendig ist wie eine gute Landesverteidigungspolitik, daß aber ganz sicher eine gute Außenpolitik ohne eine glaubwürdige Landesverteidigungspolitik von vornherein unmöglich ist und sich im Bereiche bloßer Deklamation des Wohlverhaltens bewegt.

Gott sei Dank denken auch die Österreicher nicht nur über die Notwendigkeit der Landesverteidigung im Zusammenhang mit unserer Neutralität sehr positiv, sondern sie halten sie auch in bezug auf ihren möglichen Erfolg für sinnvoll, und zwar — und das soll also vor allem jenen progressiven Gruppen ins Stammbuch geschrieben werden, die für die ersatzlose Abschaffung des Bundesheeres sehr laut eingetreten sind, inzwischen allerdings sehr still geworden sind —, ist besonders erfreulich, daß unter den Bejahern der Landesverteidigung die junge Generation so stark vertreten ist. Die 19- bis 35jährigen stellten in diesem example die stärkste Gruppe dar.

Auch jenen Leuten — sie sind auch Gott sei Dank stiller geworden —, die glaubten, der Freiheitlichen Partei im Zusammenhang mit ihrer Haltung in der Neutralitätspolitik eines auswischen zu können, soll gesagt sein, daß in dieser befragten Gruppe der Anteil der FPÖ-Wähler, die sich uneingeschränkt zur Neutralitätspolitik, und zwar auch zur Politik der bewaffneten Neutralität, bekannt haben, besonders stark waren. Das ist sehr viel wich-

Dr. Scrinzi

tiger als die Diskussion darüber, ob das Bekenntnis zur Neutralitätspolitik Gegenstand einer programmatischen Aussage sein soll oder bloß Gegenstand des pragmatischen Verhaltens einer Partei.

Ich brauche also unser Bekenntnis zur aktiven Neutralitätspolitik gerade im Angesicht dieser sehr interessanten Arbeit hier nicht zu wiederholen.

Bemerkenswert und interessant schien mir, weil es zugleich auch etwas von der Kritik an der Außenpolitik enthält, was ich im Laufe meiner weiteren Ausführungen noch artikulieren werde, wie die Stellungnahme der Befragten zur Frage der aktiven Außenpolitik war, das heißt also zur Frage: Wie weit soll Österreich auch in Konflikte, soweit es kann, eingreifen, soll es hier meinungsbildend wirken oder soll es sich eben in den überufen internationalen Organisationen deklarieren.

Wenn wir hier feststellen müssen, daß zwei Drittel der Befragten für eine Abstinenz Österreichs in Konfliktfällen waren, dann ist schon zu prüfen, ob die Haltung der offiziellen österreichischen Außenpolitik hier in Konkordanz mit der öffentlichen Meinung steht. Wenn wir eine Diskordanz feststellen würden, dann ist damit nicht primär gesagt, daß die Außenpolitik falsch ist, sondern dann könnte das auch damit zusammenhängen, daß die gewiß außerordentlich schwierigen Zusammenhänge außenpolitischer Entscheidungen nicht genügend klar und durchsichtig gemacht wurden in der Öffentlichkeit.

Wie sehr man gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik dank weitgehender Unkenntnis mit der öffentlichen Meinung manipulieren kann, hat uns ja der auch heute schon berührte Fall Schönau gezeigt. Denn all das, was angeführt und ins Treffen geführt wurde zu der Behauptung, daß das Ansehen Österreichs durch die Entscheidung der Bundesregierung in der Schönau-Frage eine Belastung erfahren habe, einen Knick, wie es der österreichische Botschafter in Bonn vor wenigen Tagen formuliert hat, beruht ja darauf, daß nicht übersehen werden kann, daß eine manipulierte Reaktion der Meinungsmacher selbstverständlich in der Lage ist, die öffentliche Meinung mindestens kurzfristig zu beeinflussen. Ich werde aus der Erfahrung der Anschauung in den kritischen Tagen in New York beim Thema Schönau, das ich noch berühren werde, dazu noch einiges sagen.

Nicht uninteressant ist auch, daß diese Befragung ergeben hat, daß hinsichtlich der Neutralitätspolitik neun von zehn Österreichern der Politik der Schweiz und Schwedens gegenüber jener Österreichs den Vorzug geben würden. Das heißt, sie glauben, daß die

Außenpolitik und Neutralitätspolitik dieser beiden neutralen europäischen Länder dem einzelnen Bürger bessere Sicherheitschancen gewährleisten.

Ich glaube, daß diese Verunsicherung der österreichischen Öffentlichkeit nicht zuletzt eine Folge des oft wenig sorgfältigen Taktierens — nicht des Außenministers, den möchte ich hier ausnehmen, sondern vielmehr des Herrn Bundeskanzlers — ist. Daß eine ganze Reihe von Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers geeignet war, Zweifel an der neutralitätspolitischen Haltung Österreichs zu erwecken, scheint auch mir nicht bestreitbar.

Weil von christlicher Haltung im Zwiegespräch zwischen SPÖ und ÖVP früher die Rede war, möchte ich sagen: Zur christlichen Haltung gehört auch, das Verzeihen und die tätige Reue positiv zu werten. Ich halte es schon für einen Akt tätiger Reue, wenn man von der Formel, daß die beste Landesverteidigung eine gute Außenpolitik sei, zu der Feststellung übergegangen ist, wie sie der Bundeskanzler am 6. November bei der bekannten Veranstaltung getroffen hat, daß die Landesverteidigung mindestens in den Rang eines Korrelates zur Neutralitätspolitik gerückt ist und ihr damit doch wenigstens Gleichrangigkeit zugebilligt wird.

Ich muß aber in diesem Zusammenhang ganz entschieden zurückweisen, Herr Kollege Czernetz, wenn Sie gesagt haben, letzten Endes müsse man sich darauf verlassen, was die Berufsoffiziere über die österreichische Landesverteidigungspolitik meinen. (*Abg. Czernetz: Nein! In der Durchführung!*) In der Durchführung! Aber Sie können nur im Rahmen jener Möglichkeiten durchführen, die Ihnen die Politik einräumt. Ihr Satz hat sehr verdächtig darnach geklungen, daß Sie die Verantwortung für die Situation, in die wir geraten sind, auch nach dem Motto Ihres großen Meisters etwa beurteilen, das gelaute hat: Für mich sind die Generäle Beamte der VIII. Dienstklasse. In diese Richtung hat sich auch immer wieder die zumindest unterschwellig geführte Argumentation bewegt, die besagte: Was wollen Sie denn? Wir haben ohnedies einen General zum Verantwortlichen der Landesverteidigung gemacht!

Diese Formel ist zu einfach, diese Formel wäre vor allem gegenüber dem Berufsoffizierskorps ungerecht, denn den entscheidenden Widerstand — nicht gerade immer von den Spitzen — haben Sie ja aus der Reihe der Berufsoffiziere in ihrer Haltung zur Landesverteidigung erfahren. Und als die 1800 Berufsoffiziere jenes Dokument unterschrieben haben, das ein Protest gegen die Art, wie die Sozialistische Partei die Landesverteidigung

Dr. Scrinzi

nach 1970 behandelt hat, war, haben Sie das mehr oder weniger als Unbotmäßigkeit abzutun versucht.

Wenn ich das hier anführe, so tue ich es nicht, um einen alten Streit wieder zu erneuern, sondern aus der Verpflichtung und Überzeugung heraus — und sie findet sich in erfreulicher Übereinstimmung mit der Mehrheit der österreichischen Öffentlichkeit —, daß eben Außenpolitik und Landesverteidigung miteinander in der Lage sein müssen und sein können, das Hauptanliegen der österreichischen Außenpolitik, nämlich die Sicherheit unseres Landes, zu gewährleisten. Hier muß man die Gleichrangigkeit der beiden Aufgaben absolut unterstreichen.

Seit der letzten außenpolitischen Debatte hat sich die Weltlage nicht unerheblich verändert. Das ist auch aus den Ausführungen meiner Vorredner hervorgegangen. Weniger klar definiert ist die Frage, ob sich diese Veränderungen in Richtung einer Vermehrung unserer Sicherheit entwickelt haben oder ob die österreichische Situation unter dem Eindruck dieser Veränderungen kritischer geworden ist.

Ich glaube, daß eine Reihe von Faktoren dafür sprechen, daß keineswegs das Maß an Sicherheit, in dem wir leben, in diesem explosiven Raum zwischen Ost und West größer geworden ist. Das sage ich nicht, weil die Opposition zur berufsmäßigen Schwarzmalerei verurteilt ist, sondern ich spreche aus der Überzeugung, die sich durch eine kritische Analyse der Entwicklung im letzten Jahr ergibt.

Es ist eine ganze Reihe von positiven Änderungen zu registrieren. Zweifellos war die Erweiterung der Sechser-Gemeinschaft auf die Neuner-Gemeinschaft ein Fortschritt, der geeignet ist, die westeuropäische Sicherheit insgesamt und damit natürlich auch unsere eigene zu stärken.

Wenn man aber am Jahresanfang noch sehr hoffnungsvoll sein konnte und gemeint hat, daß das Fortschreiten der wirtschaftlichen Integration auch die politische mitfördern werde, so ist man am Ende dieses Jahres bei dieser Frage eher zum Skeptizismus verurteilt. Gerade die leider nur wieder mit einer Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen zur Bewältigung der Ölkrise gestern geendete Konferenz der Außen-, Finanz- und Wirtschaftsminister der EWG-Länder muß eine solche skeptische Haltung verstärken, denn in allen konkreten Fragen ist man leider wieder weitgehend ergebnislos auseinandergegangen — obwohl die Pariser Gipfelkonferenz von Mitte Oktober dieses Jahres sehr viel Hoffnungen geben konnte, daß man sich unter dem

Eindruck der währungspolitischen Krisen, unter dem Eindruck des vierten Nahost-Krieges, unter dem Eindruck der in seinem Gefolge akut gewordenen, aber keineswegs etwa erst aufgetretenen Energiekrise zur Erkenntnis durchgerungen habe, daß die wirtschaftliche Integration allein nicht ausreicht, um die europäische Position in der gegenwärtigen Welt abzusichern.

Es ist zweifellos so, wie es der frühere Präsidentenberater und heutige Außenminister Kissinger in seiner oft nicht sehr verbindlichen Art den Europäern sehr klar gesagt hat: daß mit den Gipfelgesprächen in Moskau im Mai des vergangenen Jahres, die dann im Juni des heurigen Jahres in Washington und San Clemente fortgesetzt und in vier Abkommen konkretisiert wurden, eine radikale — so wörtlich — Veränderung der Weltsituation eingetreten ist. Das nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, hieße, einfach die Augen vor der Wirklichkeit zuzumachen. Die Frage ist nur: Ist diese radikale Veränderung zu unserem Vorteil eingetreten? Was bedeutet sie vom Standpunkt Europas und was bedeutet sie letzten Endes auch vom Standpunkt des neutralen Kleinstaates Österreich?

Ich weiß nicht, ob man so ohne weiteres all jenen westlichen Stimmen widersprechen kann, die sagen, daß mit den Gipfelgesprächen des heurigen Jahres sich ein politisches durch das atomare Patt einerseits notwendig gewordenen, andererseits machtpolitisch abgestütztes Superdirektorium entwickelt, das dem noch immer uneinigen Europa jede Chance einer aktiven Mitentscheidung in weltpolitischen Fragen nimmt.

Man hat unter Berufung auf die Kissinger-schen Affinitäten zu Metternich von der Wiederauflage einer „Heiligen Allianz“, von der Errichtung eines sowjetisch-amerikanischen Kondominiums gesprochen, in dem der westliche europäische Kontinent keine Rolle zu spielen habe.

Wir haben diese politische Entwicklung von der Frage der Sicherheit her, glaube ich, sehr kritisch und sorgfältig zu analysieren. Bei dieser Analyse scheint mir eines unbezweifelbar: War die politische Philosophie der NATO noch im Jahre 1967 darauf angelegt, Elemente der Verteidigung und der Entspannung gleichrangig zu behandeln, so scheint nunmehr unter dem Eindruck der jüngsten Entwicklung die Entspannungspolitik eindeutig Vorrang zu bekommen, was die Gefahr mit sich bringt, daß das für Westeuropa Sicherheitsrisiken heraufbeschwören könnte.

Wenn in diesem Zusammenhang mit Recht vom Kollegen Dr. Fiedler bedauert wurde, daß der erste von den vier in Helsinki ausge-

Dr. Scrinzi

handelten Verhandlungskörben sehr rasch beiseite gestellt und den mehr oder weniger bilateralen Verhandlungen der Supermächte in den ehemaligen MBFR-Gesprächen überantwortet wurde, und wenn Sie gefordert haben, Herr Kollege Fiedler, daß unser legitimes Anliegen als Österreicher, aber auch als europäischer Staat darin besteht, hier laufend und rückhaltlos informiert zu werden, so unterschreibe ich das, darf aber in diesem Zusammenhang eine Frage an Sie richten, weil wir zu dem Verhalten der Bundesregierung, die Konferenz der Blockfreien zu beschicken, einen etwas anderen Standpunkt einnehmen als die Österreichische Volkspartei.

Wir haben die Meinung vertreten, daß gerade ein neutraler Kleinstaat wie Österreich jede Möglichkeit der unmittelbaren Information nutzen sollte. Ich verstehe also nicht, daß man von einer solchen Konferenz, die zweifellos nicht primär neutralitätspolitische Fragen aufwirft — das ist mir schon klar —, mehr Informationen verlangt, aber die Möglichkeit im Rahmen einer Konferenz, deren Zielsetzungen wir absolut nicht unterschreiben, mit der wir uns in gar keiner Weise identifizieren wollen, nicht nutzt, um an Ort und Stelle zu sehen, wie sich der Block der Blockfreien entwickelt und welche Strömungen und Tendenzen dort festzustellen sind. Ich glaube, daß die Möglichkeit, das Atmosphärische dieser Konferenz in unmittelbarer Anschauung studieren zu können, doch gewisse Nachteile, die aus negativer Kommentierung einer solchen Haltung kommen, reichlich aufwiegt.

Ich stimme aber zu, daß — ich meine, das ist in den österreichischen Stellungnahmen geschehen — ein solcher Beobachterstatus in gar keiner Weise einer Mißdeutung ausgesetzt werden darf und daß es notwendig ist, ganz klar zu umreißen, welche Funktion der österreichische Vertreter dort gehabt hat.

Ich habe in diesem Zusammenhang auch schon im Ausschuß das Ersuchen an den Herrn Außenminister gerichtet, über die Ergebnisse der Beobachtung dieses Konferenzverlaufes hinaus zumindest den Außenpolitischen Ausschuß etwas eingehender zu informieren, als es bloß auf Grund der Zeitungsmittelungen und der offiziellen Communiqués möglich war.

Keinesfalls würde ich gelten lassen, wie es zum Teil in der Stellungnahme der ÖVP erfolgt, daß der Umstand, daß dort sehr viel über die Amerikaner geschimpft wird, eine österreichische Teilnahme ausschließt, denn dann müssen wir uns von den meisten internationalen Gremien ausschließen, denn ich kenne kein einziges, in den nicht in erster Linie die Amerikaner die Prügelknaben sind.

Für eine etwas gerechtere Rollenverteilung sorgt seit einiger Zeit die Volksrepublik China, zumindest in der UNO, wo beim Prügelbeziehen nun auch die Sowjetunion einigermaßen in die Lage kommt gleichzuziehen. (Abg. Dr. Karasek: In Algier war es Fidel Castro zum Ausgleich!) Das ist richtig.

Ich glaube, daß wir gerade deshalb die Entwicklung, die sich seit dem Sommer ergeben hat, in den Beziehungen zwischen den beiden Supermächten sehr, sehr kritisch verfolgen müssen und daß wir mit einer gewissen Sorge die nicht zu übersehende Abkühlung der Beziehungen im euroatlantischen Block beobachten sollten. Beeinflussen allerdings, glaube ich, kann sie Österreich nicht; das ist vielfach die Situation, in der wir, aber nicht nur wir und nicht nur wir wegen unserer Neutralität, in der heute alle Kleinstaaten, aber auch jene Staaten sind, die bis zum zweiten Weltkrieg noch schlechthin als Weltmächte gegolten haben.

Wir werden im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten immer und bei jeder Gelegenheit das eminente Sicherheitsinteresse Österreichs anzumelden haben und, wie es auch der Kollege Czernetz zum Ausdruck gebracht hat, bei jeder Gelegenheit betonen müssen, daß wir nach wie vor die amerikanische Präsenz in Europa als ein wesentliches Element dieser unserer Sicherheit zu betrachten haben.

Wir haben schon im vergangenen Jahr, als der unerwartet positive Auftrag in Helsinki noch nicht sicher einzuschätzen war, vor glattem Optimismus in der Frage der Konferenz für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit gewarnt. Wir haben gar keinen Grund, heute diese Warnung zurückzunehmen; im Gegenteil. Ich glaube, daß gerade durch die geschilderte radikale Veränderung in der Weltlage die Chancen, daß diese Sicherheitskonferenz die europäische Sicherheit echt vermehre, eher klein und kleiner geworden sind.

Ich stimme mit den Vorrednern der beiden anderen Parteien überein, man sollte in Genf versuchen, zum Bemühen, die Sicherheit auch des einzelnen Menschen in Europa zu vermehren — denn der Maßstab der Sicherheit des einzelnen ist die Freiheit des einzelnen —, unseren Beitrag zu leisten; wir können zweifellos auf Grund unserer Tradition und unseres Ansehens, das wir bei der Lösung humanitärer Fragen in Wert erworben haben, eine aktive Rolle spielen.

In diesem Zusammenhang darf ich namens meiner Partei sagen, daß wir hinter den Erklärungen des Außenministers, die er in diesem Zusammenhang abgegeben hat, stehen.

Dr. Scrinzi

Meine Damen und Herren! Mit Recht ist immer wieder betont worden, daß bloß die Betonung des Willens zur Entspannung, daß wir in Europa uns bemühen müssen, ein besseres System kollektiver Sicherheit zu finden, nicht geeignet ist, im konkreten Fall tatsächlich mehr Sicherheit und mehr Freiheit zu gewährleisten. Das zeigen uns sowohl gewisse Vorgänge im Ostblock, wo offensichtlich die zunehmende globale Entspannung die Sicherheit und Freiheit der einzelnen Staatsbürger nicht gefördert, sondern erneut in Frage gestellt hat.

Ich stelle mich in diesem Zusammenhang auch hinter die Kritik des Herrn Bundeskanzlers, die er beim Albacher Forum diesen Vorgängen gegenüber geäußert hat, weil ich eben glaube, hier kann man keine doppelgeleisige Politik machen, ohne unglaublich zu werden. Uns selber haben ja die tragischen Zwischenfälle an der österreichisch-tschechischen Grenze sehr eindringlich und schmerzhaft über den Zusammenhang dieser Dinge belehrt. Die Mißachtung der Menschenrechte, gesehen vom einzelnen Menschen her, trägt sich schlecht mit dem Bekenntnis zur Entspannung.

Wenn man in diesem Zusammenhang noch einmal einen Blick auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen der USA und der UdSSR wirft, so ist die Kissinger-Erklärung vom 23. April, die er vor der Associated Press abgegeben hat und wo er seine neue Atlantische Charta verkündet hat, ein Ereignis gewesen, das uns Europäer zum Nachdenken veranlassen sollte. Ein Ereignis, das übrigens klargemacht hat, daß im politischen Leben und in der politischen Auseinandersetzung das Ins-Spiel-Bringen von wirtschaftspolitischen Faktoren gang und gäbe ist; es hängt nur jeweils vom eingenommenen Standort ab, wie man dann derartige wirtschaftspolitische Aktivitäten kommentiert. In einem Fall, wenn es die Araber anwenden, um gewisse politische Ziele — ich werte nicht, ob diese Ziele gutzuheißen sind oder nicht — zu erreichen, dann wird es Erpressung; wenn aber doch sehr unverhohlen die amerikanische Präsenz unter anderem von der Bereitschaft Westeuropas, insbesondere der EWG, abhängig gemacht wird, bestimmte Präferenzen auf wirtschaftspolitischem Gebiet einzuräumen, insbesondere im Sektor des Handels mit Agrarprodukten, wenn die Frage der Ausgleichszahlungen hier ins Spiel gebracht wird, wenn Zugeständnisse und Hilfen im Zusammenhang mit währungspolitischen Problemen sehr deutlich und sehr hart gefordert werden, so ist das also auch nichts anderes als der Versuch, wirtschaftliche Macht eben zur Durchsetzung bestimmter politischer Ziele ins Spiel zu bringen.

Aber es darf dabei nicht übersehen werden, daß sowohl Nixon wie Kissinger zu Recht uns Europäern vorwerfen, daß wir in der politischen Integration auf der Stelle treten, daß wir über unseren wirtschaftlichen Egoismus, über unseren Regionalismus nicht hinwegkommen und daß wir keine überzeugenden Anstalten treffen, der wirtschaftlichen Integration auch die politische folgen zu lassen und diese politische Integration als ein, und zwar als das einzige tragfähige Fundament einer wirksamen europäischen Verteidigungspolitik aufzubauen. Daß diese Mahnungen natürlich auch die amerikanische Sorge über die Veränderung der Wettbewerbsverhältnisse ausdrücken, daß begreiflicherweise die USA, welche sich weltweit in alle Konflikte verstrickt sehen und welche hier einen ganz erheblichen Verteidigungsbeitrag leisten müssen, auf der einen Seite die Entwicklung Japans, das praktisch keinen Beitrag zur Sicherheit der Welt leistet, auf der anderen Seite auch die Entwicklung der EWG als Konkurrenten mit im Auge haben, sollte uns nur verständlich sein.

Aber ich glaube noch einmal sagen zu müssen: zu Optimismus haben wir leider gar keinen Grund. Ich glaube auch nicht, daß hinter den Erklärungen des französischen Außenministers Jobert mehr als eine sehr impulsive Äußerung zu suchen ist. Sollte sie tatsächlich der Anstoß zu einer grundlegenden Änderung der französischen Haltung, vor allem in Fragen der europäischen Verteidigung, sein, so würden wir das außerordentlich begrüßen. Ob allerdings der Weg zur Schaffung einer britisch-französischen Atomstreitkraft geeignet ist, die europäische Sicherheit zu erhöhen, scheint mir sehr zweifelhaft.

Dieser Skeptizismus in bezug auf die Sicherheitslage des westlichen Europas wird von einer ganzen Reihe von verantwortlichen Politikern geteilt, und ich darf stellvertretend nur den bundesdeutschen Finanzminister Schmidt nennen und seine Züricher Rede vom 30. Mai 1973 zitieren. In dieser Rede hat Schmidt mit deutlicher Adresse in Richtung USA gesagt: „Jeder Versuch, die Sicherheit Europas zu einem Regionalproblem herabzustufen, wäre gefährlich.“ Ich kann ihm in dieser Auffassung nur uneingeschränkt zustimmen.

Berechtigt uns die Entwicklung der internationalen Organisationen zu mehr Optimismus? Bedeutet die Tatsache, daß die Vereinten Nationen im Jahre 1973 beinahe jene Universalität, was die Mitgliedschaft anlangt, erlangt haben, die bei ihrer Gründung als Traumziel anvisiert wurde? Berechtigt das zu Optimismus? Können wir feststellen, daß diese Tatsache die Effizienz dieser Organisationen ver-

Dr. Scrinzi

stärkt hätte und sie künftig als Element einer globalen Sicherheitspolitik eine größere Rolle spielen könnten?

Ich glaube, auch diese Frage kann man leider derzeit nicht bejahen. Denn mit der zunehmenden Universalität dieser UNO sind tiefgreifende Strukturveränderungen in diesem Forum vor sich gegangen. Strukturveränderungen, die die Tendenz zur Verlagerung der wichtigen globalen politischen Entscheidungen außerhalb dieses Forums nur verstärkt haben. Wenn wir wissen, daß dort heute jene Länder, die insgesamt knapp 10 Prozent der Weltbevölkerung vertreten, bereits Mehrheitsentscheidungen herbeiführen können, daß dort die auf dem Weg der Entwicklung begriffenen Länder, oder, wie wir sie einfacher nennen, die Entwicklungsländer, praktisch über eine Zweidrittelmehrheit verfügen, muß dies ja zwangsläufig dazu führen, daß dieses Organ sich immer weiter davon entfernt, was es auch einmal werden sollte: ein Weltparlament und eine Weltregierung.

Und das drückt sich auch in den in der letzten Zeit dort gefaßten Beschlüssen sehr deutlich aus. Von 64 Beschlüssen, die in der UNO in der letzten Zeit gefaßt wurden, sind 41 gegen die Stimmen der USA gefällt worden und damit faktisch von vornherein zur Wirkungslosigkeit verurteilt worden, immerhin aber auch 14 gegen die Stimmen der zweiten atomaren Supermacht, der UdSSR, während interessanterweise festzustellen ist, daß China vorerst noch eher auf der Linie der Abstinenz überall dort taktiert, wo es um Streitfragen zwischen den beiden anderen Supermächten geht, aber außerordentlich bemüht ist, die Spannungen zwischen den Supermächten anzuheizen, und nicht zuletzt dieser Umstand hat vielleicht dazu geführt, daß der Bilateralismus zwischen den USA und der UdSSR eine neue Phase der Verstärkung erlebt hat.

Ich glaube also, so unbestritten unsere Mitarbeit in diesem Organ ist, so problematisch mir nach wie vor unsere Tätigkeit im Sicherheitsrat erscheint, kann nicht allzuviel Hoffnung auf dieses Weltforum in der nächsten Zeit gesetzt werden. Ob man sich dem chinesischen Pessimismus anschließen muß, ist zweifelhaft, aber nicht bestritten werden kann die These, die China dort immer wieder vertritt, daß jede Entspannungspolitik bloßes Gerede oder, wie es Kuan Hua letztesmal wieder formuliert hat, imperialistisches Täuschungsmanöver bleiben muß, solange dieser Entspannungspolitik nicht gefolgt, sondern sie antezediert wird von einer effektiven Abrüstungspolitik.

Solange eine solche Abrüstungspolitik nicht Platz greift, das atomare Patt anhält, wird die

Gefahr der sogenannten Stellvertreterkriege, wie es uns die jüngste und vierte Nahostkrise gezeigt hat, eher zunehmen und wird — und das ist wiederum eine Konsequenz, der auch wir uns nicht entziehen können — die Frage der Stärkung der konventionellen Verteidigung der einzelnen Länder notwendig bleiben.

Es ist nicht vermeidbar, da es von den beiden anderen Parteien schon geschehen ist, auch von uns aus noch einmal kurz zur Frage Schönau und all dem, was sich im Zusammenhang damit ergeben hat, Stellung zu nehmen.

Wir wiederholen hier, daß wir den Zusammenhang, in dem die Schönau-Entscheidung gefallen ist, für außerordentlich unglücklich halten, dieser Zusammenhang, den eine, wie wir meinen, sachlich richtige, ja sogar notwendige Entscheidung in einer Situation herbeigeführt oder erzwungen hat, die zu Mißverständnissen in der Weltöffentlichkeit Anlaß geben konnte und Anlaß gegeben hat; aber — das muß auch gesagt werden — zweifellos unter dem Eindruck einer sehr emotionalen Reaktion eines Landes, das sich zweifellos in einer sehr exponierten Situation befand und auch noch befindet.

Diese heftige Reaktion, begünstigt durch gewisse mißverständliche Formulierungen oder zuwenig nachdrücklich durchgeführte Information der Öffentlichkeit, hat ja vor allem zu dieser negativen Kritik in einem großen Teil der Weltpresse geführt, daß nämlich der Zweifel entstehen konnte, Österreich wolle sich hier einer humanitären Aufgabe entziehen, einer humanitären Aufgabe, der aber Österreich zweifellos nicht nur verpflichtet ist, sondern für die Österreich große Leistungen bereits erbracht hat.

Ich selber habe in New York bei der vom Herrn Bundesminister Dr. Kirchschläger veranstalteten Konferenz Gelegenheit gehabt festzustellen, daß die dort möglich gewordene breite Information der maßgeblichen Meinungsbildner entscheidend dazu beigetragen hat, daß die sehr aggressiven, kritischen Stimmen einer nüchternen, ja später sogar durchaus positiven Haltung gewichen sind.

Aber was vor Schönau und vor der durch die Luftpiraterie beziehungsweise die Geiselakte gesetzten Situation sich in Schönau entwickelt hat, war von unserem Standpunkt her neutralitätspolitisch und sogar neutralitätsrechtlich bedenklich. Denn es hat jüngst sogar der Herr Bundeskanzler geäußert, daß sich hier auf österreichischem Hoheitsgebiet etwas entwickelt hat, was nach einem israelischen Territorium ausgesehen hat, daß in diesem Bereich Hoheitsakte gesetzt wurden, welche mit der Souveränität und mit der Neutralität Öster-

8580

Nationalrat XIII. GP — 88. Sitzung — 5. Dezember 1973

Dr. Scrinzi

reichs nicht länger vereinbar waren und die selbstverständlich heftige Kritik der arabischen Länder hervorgerufen haben.

Es war notwendig, hier eine Klärung herbeizuführen, aus dem neutralitätspolitischen Zwielicht herauszugeraten, ohne dadurch die betroffenen jüdischen Auswanderer aus Rußland in irgendeiner Weise zu benachteiligen. Bislang scheint das auch geglückt, und wir hoffen, daß wir damit im Interesse aller Österreicher weiteren Terrorakten auf unserem Gebiet in Zukunft enthoben sind.

Ich glaube auch — das soll ganz offen gesagt werden —, daß diese Haltung im Zusammenhang mit der Ölkrise keine ganz unbedeutende Rolle gespielt hat.

Hier geht es aber nicht darum, daß man humanitäre Verpflichtungen, daß man das Bekenntnis, das aktive Bekenntnis zu Menschenrechten, etwa gegen Öl eingetauscht hätte. Es ist sehr viel darüber von den beiden Sprechern der Österreichischen Volkspartei darüber geklagt worden, daß das österreichische Ansehen im Ausland ganz allgemein im Laufe des abgelaufenen Jahres sich vermindert hätte.

Ich bin so wie die Kollegen von der Österreichischen Volkspartei im Laufe dieses Jahres bei zahlreichen internationalen Veranstaltungen im Ausland gewesen, ich habe Gelegenheit gehabt, mit Politikern der verschiedensten Länder zu reden, und ich kann eigentlich diesen Eindruck nicht bestätigen. (*Abg. Doktor Karasek: Sie sind zu früh von Straßburg weggefahren!*) Ich bin zu früh in Straßburg weggefahren, meinen Sie. Ich bin aber früh genug weggefahren, um die viel wesentlichere Entwicklung — ich habe sie nicht geahnt —, die sich im Zusammenhang mit Schönau ergeben hat, in der UNO verfolgen zu können, und ich glaube, daß die Reaktion der UNO in dieser Situation mindestens so informativ war wie das, was sich weiter in Straßburg abgespielt hat.

Aber davon abgesehen, daß ich nicht diesen Pessimismus teile und ich mich auch gar nicht freuen könnte, wenn es so wäre, daß unser außenpolitisches Ansehen so abgewertet worden wäre, weil das letzten Endes uns allen auf den Kopf fallen würde, ohne Rücksicht auf unser parteipolitisches Bekenntnis, muß zugegeben werden, daß es einige regionale Entwicklungen im letzten Jahr gegeben hat, welche unsere Kritik herausfordern.

Ich komme in diesem Zusammenhang natürlich und in erster Linie auf die Situation in Kärnten zu sprechen. Es ist jetzt etwas billig, wenn auch vielleicht das einzig Mögliche, zu sagen: Man muß jetzt gemeinsam auslöffeln,

was einseitig, fahrlässig, willkürlich, möchte ich sagen, uns vor eineinhalb Jahren hier eingebrockt wurde.

Trotzdem bekennen wir uns dazu, daß dieser gemeinsame Versuch gemacht werden muß, weil wir der Meinung sind, der derzeitige Zustand in Kärnten ist sowohl innen- wie außenpolitisch unerträglich. Außenpolitisch deshalb, weil wir zweifellos gegenwärtig im Hinblick auf die Durchführung des Artikels 7/3 des Staatsvertrages sachfällig wären, weil die Anrufung einer Schiedskommission nach dem Staatsvertrag den Unrechtszustand, wie er jetzt besteht, bestätigen würde.

Man mag zu diesem Ortstafelgesetz stehen wie immer — wir haben es heftig als ungeeignet zur Lösung der Probleme abgelehnt —: Die Mehrheit hat dieses Gesetz beschlossen und sorgt nicht dafür, daß es durchgeführt wird. Sie konnte es nicht durchführen, weil es eben ein Gesetz war, das auf den fast geschlossenen Widerstand aller Kärntner gestoßen ist.

Aber die daraus sich ergebende Konsequenz wäre, daß durch eine Novellierung dieses Gesetzes ein gesetzmäßiger Zustand hergestellt wird, daß damit die Frage des Artikels 7/3 wenigstens aus dem außenpolitischen Streit ausgeklammert bleibt. Dann wären auch die Voraussetzungen auf innenpolitischem Gebiet gegeben, daß wir eine aktive und fördernde Minderheitenpolitik, zu der wir Freiheitlichen uns ausdrücklich bekennen, erfolgreich fortsetzen und auf manchen Gebieten in Angriff nehmen.

Für uns ist es gar keine Frage, daß jede Minderheit Anspruch auf Autonomie, Anspruch auf ihre eigene selbständige kulturelle Entwicklung hat. Ja wir bekennen uns dazu, daß die Vielfalt dieser Entwicklungen im europäischen Raum gefördert werden muß, weil wir diese Vielfalt für einen echten Reichtum Europas halten, weil wir fest davon überzeugt sind, daß in einem vereinigten Europa die Minderheiten — gerade die Minderheiten! — die wesentlichsten Bindeglieder sein werden.

In diesem Zusammenhang ist es eigentlich bedauerlich, daß die Österreichische Volkspartei sich bislang nicht entschließen konnte, im Kontaktkomitee mitzuarbeiten. Ich maße mir nicht an, ihre Haltung etwa mit richterlicher Kompetenz kritisieren zu wollen, aber ich darf aus der Erfahrung in diesem Komitee sagen, daß es dort wirklich möglich war — ich glaube, erstmals möglich war —, daß alle drei politisch verantwortlichen Parteien in das unmittelbare Gespräch mit der Minderheit getreten sind. Es ist keineswegs ein sehr einfaches Gespräch. Wir sehen, daß es Gräben

Dr. Scrinzi

gibt, die noch zugeschüttet werden müssen. Wir sind aber davon überzeugt — da gebe ich ja der Volkspartei recht —, daß ohne Verzögerung in der Frage der Regelung des Ortstafelkonfliktes versucht werden sollte, wirklich dieses Gespräch zur Beilegung der bestehenden beiderseitigen Ressentiments gemeinsam fortzuführen.

Ich kann also auch von der Haltung des Sprechers der Oppositionspartei aus nur noch einmal betonen, daß es wesentlich wäre, wenn das in Zukunft ein Gespräch aller drei Parteien werden könnte.

Ein zweites regionales Problem ist die Tatsache, daß man in der Südtirol-Frage bei der Durchführung des Paketes Italien in Verzug geraten ist. So wie die Dinge heute aussehen, wird die Fallfrist vom 20. Jänner 1974 von Italien nicht eingehalten werden können.

Herr Bundesminister! Sie haben im Budgetausschuß auf meine diesbezügliche Frage, was Sie nun vom Außenressort her zu unternehmen gedenken, mitgeteilt, daß Sie vorerst das Ergebnis der Regionalwahlen in Südtirol abwarten wollen, um dann mit den Vertretern der Südtiroler Minderheit Kontakt aufzunehmen, weil Sie offensichtlich das weitere Vorgehen mit ihnen abstimmen wollen.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang fragen, Herr Bundesminister: Haben diese Fühlungen stattgefunden? Was war deren Ergebnis und was wird von österreichischer Seite her unternommen werden, um den raschesten Abschluß der Paketdurchführung zu gewährleisten und damit vielleicht dann in weiterer Folge den nunmehr seit 1947 anhängigen Streitfall, wenigstens was die bilateralen Beziehungen anlangt, einer Erledigung zuzuführen?

Nicht erfreulich war auch die Entwicklung der Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei. Hier muß man aber gerecht sein und sagen, daß bei der Intransigenz dieses Verhandlungspartners, bei den zweifellos bestehenden innenpolitischen Schwierigkeiten der Tschechoslowakei, die ja seit 1968 nicht aufgehört haben, es außerordentlich schwierig ist, die laufenden Verhandlungen voranzutreiben. Aber, Herr Bundesminister, im Hinblick darauf, daß hier sehr wichtige und für Hunderttausende von Menschen entscheidende vermögensrechtliche Fragen auf dem Spiel stehen, muß doch geprüft werden, ob es nicht zusätzliche und wirkungsvolle Möglichkeiten gibt, die Tschechoslowakei an den Verhandlungstisch zu bringen und die offenen Fragen einer für beide Seiten erträglichen Lösung zuzuführen. Die Sicherheitsverhältnisse an der Grenze sind unbefriedigend, und es wird uns nicht gelingen, auf der anderen Seite die

regionalen, wirtschaftlichen und sonstigen Strukturprobleme dieser östlichen Grenzgebiete zu lösen, solange diese Unsicherheit in diesem Raum besteht, solange das noch immer eine im buchstäblichen Sinne blutige Grenze bleibt.

Ich muß noch einmal sagen, daß unsere konziliante Haltung beim ersten Grenzwischenfall meines Erachtens geradezu eine Herausforderung für die Tschechoslowakei war, im zweiten Fall noch brutaler vorzugehen als im ersten.

Ein weiteres ebenfalls außenpolitisches Problem wurde in den jüngsten Tagen bei der Konferenz der drei sozialistischen Regierungschefs in Schlangenbad aufgeworfen. Es ist die Frage, ob das Erdöl, das Energieproblem in die Verhandlungen der Konferenz für europäische Zusammenarbeit und Sicherheit mit einbezogen werden soll.

Herr Bundesminister! Wir sind es nachgerade schon gewohnt, derartige außenpolitische Initiativen zuerst vom Herrn Bundeskanzler zu erleben. Ich darf Sie aber fragen, ob Sie bereit sind, auch in diesem Zusammenhang — da die Frage nun einmal aufgeworfen wurde — Ihre Auffassung zu äußern. Halten Sie es für aussichtsreich, dieses Thema in Genf durch unsere dortigen Vertreter mit zur Debatte stellen zu lassen? Es ist gar keine Frage, daß die Energieversorgung ein vitales Problem ist, an dem die Außenpolitik nicht stillschweigend vorbeigehen kann. Aber es ist höchst fraglich, ob die genannte Konferenz der Ort ist, wo man das mit einigem Erfolg auch tun kann.

Herr Bundesminister! Wenn wir dem Kapitel Äußeres unsere Zustimmung geben, dann, wie Sie wissen, nicht deshalb, weil wir überzeugt wären, daß der nunmehr etwas zugunsten des Außenministeriums beendete Wettlauf zwischen Defizit der Bundestheaterverwaltung und Budgetvolumen des Außenministeriums doch dafür spricht, daß es Ihnen möglich war, eine gewisse budgetäre Aufwertung Ihres Ressorts zu erreichen, sondern weil wir von der Notwendigkeit der gemeinsamen Außenpolitik auch dann überzeugt sind, wenn einzelne außenpolitische Maßnahmen unsere Zustimmung nicht finden können oder unsere Kritik herausfordern.

Die Entscheidung ist uns umso leichter geworden, als ich sagen muß, daß der „Informationsfluß zwischen Außenministerium und Oppositionsparteien“ — glaube ich sagen zu müssen, mindestens aber kann ich das für meine Partei sagen — befriedigend ist, daß es möglich war, im Laufe des abgelaufenen Jahres tatsächlich eine ganze Reihe von anstehenden außenpolitischen Fragen in dem

Dr. Scrinzi

Informationsausschuß, der sich konstituiert hat, zu behandeln, und daß es möglich war, sowohl in diesem Ausschuß, aber auch in den verschiedenen internationalen Organisationen, in denen wir vertreten sind, die Stimme meiner Partei mit zu Gehör zu bringen und außenpolitische Entscheidungen mit zu beeinflussen.

Das, Herr Bundesminister, ist der Grund, warum wir uns also entschlossen haben, dem Kapitel Äußeres auch heuer so wie im vergangenen Jahr unsere Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor auch ich mich etwas mit den Ausführungen meiner Vorredner befasse, ist es mir ein Bedürfnis, hier folgende Feststellung zu treffen: Ich hatte im Sommer dieses Jahres die Möglichkeit, über Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten einen mehrwöchigen Besuch in den Vereinigten Staaten zu machen und über Einladung der französischen Regierung auch französische Universitäten und andere Institutionen zu besuchen. Ich möchte doch auch hier festhalten, daß ich von unseren Auslandsvertretungen, von den Mitgliedern unserer Diplomatischen Missionen in jeder Hinsicht unterstützt wurde und daß ich dafür sehr dankbar bin.

Ich glaube, daß es wirklich nicht schadet, sondern daß es eine notwendige Aufgabe ist, bei den Anforderungen, die wir an die Beamten immer wieder stellen, auch das einmal hier im Parlament festzustellen, vor allem wenn man selbst Gegenstand dieser aufmerksamen Behandlung war.

Dies umso mehr, als ich dort auch noch die Feststellung machen konnte, daß sämtliche Beamte — ganz gleich, wo sie vielleicht als mündige Staatsbürger politisch stehen — in vollster Loyalität und mit vollem Einsatz die Politik dieser Bundesregierung unterstützen, was, glaube ich, positiv zu vermerken ist, denn alles andere wäre schlecht. Diese Loyalität der Beamten zu der jeweiligen Bundesregierung war immer schon eine Stärke der österreichischen Verwaltung, und wir können nur hoffen, daß dies auch so bleibt. Ich glaube daher, Herr Bundesminister, daß es auch notwendig ist, daß Sie die Beamten unterstützen, damit diese in einer solchen Haltung bestärkt werden.

Ich komme damit noch auf den Vorfall vom 23. Oktober 1973 zu sprechen, wo ich im Zuge der Debatte über Schönau schärfstens

kritisiert habe, daß der Herr Bundeskanzler in rein politischen Aussagen in der „Sendung des Bundeskanzlers“ die Berichte von Beamten aus dem Ausland, die er halt willkürlich ausgewählt hat, namentlich zitiert. Sie sind damals auf dieses Problem nicht näher eingegangen. Sie sind eher auf die Feststellung eingegangen, daß er auch einen Beamten des Außenamtes in seiner Sendung in Anspruch genommen hat, um positive Aussagen zum Abflauen der ausländischen Kritik am politischen Verhalten unserer Regierung zu erhalten. Sie haben damals gemeint, Sie müßten sich dagegen verwahren, daß sozusagen die Beamten als so charakterlos — um nicht zu sagen feige — eingestuft werden, daß sie nur das sagen, was der Herr Bundeskanzler hören will. Sie selbst, Herr Bundesminister, wissen natürlich ganz genau, daß das nie meine Absicht war. Sie wollten natürlich den Herrn Bundeskanzler gegen meine Vorwürfe abschirmen, das heißt, es war Ihnen Ihr persönliches Verhältnis gegenüber dem Herrn Bundeskanzler wichtiger als die Stellung und der Schutz der Beamten. Ich werde solche Dinge, bei denen die Beamten in die Innenpolitik hineingezogen werden, hier immer wieder zum Anlaß schärfster Kritik nehmen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Was ich vorhin gesagt habe, unterstreiche ich nochmals: Die Loyalität aller Beamten — ganz gleich, ob und in welchem politischen Lager sie stehen — ist ein historisches Faktum, ist ein wertvoller Bestandteil unserer Verwaltung in der Gegenwart und soll auch in Zukunft sichergestellt werden. — Das nur als Einleitung.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß eine außenpolitische Debatte und die umfassenden Ausführungen des Herrn Abgeordneten Scrinzi — allein schon von der Quantität der Probleme her, die er aufgeworfen hat — eben nicht darin bestehen sollen, daß man hier analytische einseitige Referate hält, sondern versucht, auch auf Argumente und Feststellungen der Vorredner einzugehen, um so zu einem Gedankenaustausch über die Grenzen der einzelnen Parteien hinwegzukommen.

Über weite Strecken bin ich mit den Ausführungen des Kollegen Scrinzi durchaus einverstanden, was vielleicht gar nicht so etwas Besonderes ist, wenn man auch die vergangenen außenpolitischen Aussprachen näher betrachtet. Ich registriere nur mit Verwunderung, Herr Abgeordneter Scrinzi, daß Sie nach all dem, was Sie gesagt haben, dann dem Kapitel Äußeres Ihre Zustimmung geben.

Ich habe natürlich bemerkt, daß Sie gesagt haben: Oft ist es ja nicht die Schuld des Herrn Außenministers, daß unser außenpolitisches

Dr. Mock

Bild im Ausland gelegentlich abgewertet erscheint, sondern das sind eben wieder die unüberlegten, sorglosen Initiativen des Herrn Bundeskanzlers. Ich möchte dem dem Inhalt nach gar nicht widersprechen. Aber das ändert nichts daran, Herr Abgeordneter Scrinzi, daß der Herr Außenminister die Verantwortung für die Außenpolitik trägt. Wenn ihm der Herr Bundeskanzler in die Quere kommt, muß er sich das in der Regierung ausmachen, aber die Verantwortung vor dem Parlament trägt er. Daher glaube ich, daß sich auch unsere Auffassung bezüglich der Verantwortung des Herrn Außenministers zu artikulieren hat und weniger bezüglich der Verantwortung des Herrn Bundeskanzlers.

Sie selbst haben die Worte gebraucht, daß die Situation in Kärnten — und ich stimme Ihnen völlig zu — innen- und außenpolitisch unerträglich ist. Auch ich maße mir nicht eine überhebliche Kritik richtigerlicher Art über Ihre Ausführungen an — um Ihre Worte zu wiederholen —, aber, Herr Abgeordneter Scrinzi, wenn eine Politik gemacht wird, die außenpolitisch unerträglich ist, so frage ich mich, warum man dann dieser Außenpolitik seine Zustimmung gibt.

Sie haben im Zusammenhang mit Schönau gemeint, daß es natürlich mißverständliche Informationen gegeben hat. Ich muß allerdings von den Mitgliedern der Regierung, vom Herrn Bundeskanzler erwarten, daß er sich in einer ausnahmsweise gravierenden Frage so ausdrückt, daß seine Intentionen klar zum Ausdruck gebracht werden.

Ich unterstelle nicht einmal dem Herrn Minister Lütgendorf, daß er alles so will, wie er es sagt, und wir alle kritisieren schärfstens, wie mißverständlich er sich gelegentlich ausdrückt. Auch dafür gibt es einen verantwortlichen Ressortleiter, über dessen Verantwortung wir uns heute hier im Parlament unterhalten.

Wie gesagt: Ich habe mit Interesse registriert, daß Sie nach all der Kritik, die Sie am Anfang gebracht haben, nach all der scharfen Kritik zu den Vorgängen, vor allem in Kärnten, wo man ja verantwortungslos — ich komme später noch einmal darauf zurück — vorgegangen ist, am Schluß Ihre Zustimmung geben werden. Vielleicht gibt es hier eine höhere Strategie. Ich habe das nur mit Verwunderung registriert.

Aufmerksam habe ich natürlich auch dem Herrn Kollegen Czernetz zugehört. Es ist schon etwas sonderbar gewesen, Herr Abgeordneter Czernetz, als Sie gesagt haben: Arbeiten Sie doch mit bei der Lösung der Pro-

bleme in Kärnten! Wir von der OVP sind ja bereit dazu. Wir haben Ihnen das schon seit vielen Monaten, seit Jahren gesagt.

Ich darf Sie daran erinnern, daß die Fraktion der Volkspartei im Kärntner Landtag seinerzeit gefordert hat, eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern der Minderheit und der Mehrheit aller im Landtag vertretenen Parteien, einzusetzen, um sich mit diesem Problem konstruktiv auseinanderzusetzen. Das wurde abgelehnt. Zu diesem Vorschlag hat sich sogar der Herr Außenminister noch am 4. April 1972 meiner Erinnerung nach bekannt. Aber das wurde abgelehnt. Dann hat man ein Gesetz beschlossen. Es ist auch ganz interessant, sich die Daten in Erinnerung zu rufen. Am 15. Juni 1972 wurde der Antrag eingebracht, am 6. Juli, also knapp drei Wochen später, wurde dieses Gesetz beschlossen, das uns wirklich nur innenpolitisch und außenpolitisch Scherben verursacht hat. Wir arbeiten mit, nur muß die Regierung die Bereitschaft dazu zeigen. Wir können sie nicht dazu zwingen.

Das ist ja nicht das einzige Beispiel. Es gab vor kurzem die Initiative des Bundeskanzlers, die Europäische Sicherheitskonferenz möge sich mit dem Energieproblem beschäftigen. Ich glaube, nicht einmal der Herr Außenminister hat davon gewußt. Ich werde nachher noch die Frage an ihn richten. Wo war das abgestimmt? Wo hat man vorher einmal darüber reden können, wie sinnvoll es ist, daß man das in dieser politisch wichtigen Institution behandelt. Oder die seinerzeitige Initiative des Herrn Außenministers, daß sich ein Ministerkomitee mit der Zukunft des Europarates befassen soll. Wo war das vorher abgestimmt? Nicht einmal mit dem Herrn Bundeskanzler! Dann darf man sich nicht wundern, wenn die Opposition kritisch dazu Stellung nimmt.

Sie haben eine weitere Feststellung gemacht, die ich sehr interessant gefunden habe. Wenn ich richtig zitiere, war es bezüglich Jugoslawien, und zwar: Wenn die Jugoslawen nicht innenpolitische Schwierigkeiten hätten, dann hätte es für uns schwierig werden können! — Das heißt, Sie geben selbst zu, daß es eine unheilvolle Aktion war. Aber Gott sei Dank haben die Jugoslawen innenpolitische Probleme und wurden deshalb davon abgehalten, optimal ihr ganzes Gewicht als Mitglied der internationalen Gemeinschaft gegen uns einzusetzen.

Das ist ja das Eingeständnis — vielleicht soll man das sogar anerkennen, wenn es so gemeint war —, daß man hier ohne den notwendigen Spürsinn einfach verantwortungslos vorgegangen ist. (*Abg. Czernetz: Herr*

Dr. Mock

Kollege! Ist Ihnen nicht bekannt, daß die Kärntner Ereignisse ja auch der ganzen Sozialistischen Partei unangenehm waren? Da ist ja einiges vorgegangen! Ja, aber dann dürfen Sie nicht so tun, wie Sie vorhin gesagt haben, daß wir nicht mitgearbeitet hätten. Sie haben diesen Eindruck gemacht. Wir sind bereit mitzuarbeiten, nur muß die Regierung endlich einmal den Beweis erbringen, daß Kooperation nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich muß hier in Erinnerung rufen, daß dem Herrn Außenminister die Wahrung der außenpolitischen Belange in allen Bereichen obliegt. Das gilt genauso für Fragen der Minderheitenpolitik wie für Fragen der Landesverteidigung. Sie haben ja gemeint, Herr Abgeordneter Czernetz: Belasten wir doch nicht den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten mit Problemen der Landesverteidigung! Niemand wird bestreiten, daß die Landesverteidigung und die Sicherheitspolitik eine eminente außenpolitische Komponente hat. Das ist ja hier von Sprechern aller Fraktionen festgestellt worden. Dem Bundesminister obliegt die Wahrung der außenpolitischen Belange in allen Bereichen der Innenverwaltung, der Landesverwaltung und Bundesverwaltung. Hier hat er eine Mitverantwortung. Daß sie ihm bei dieser Landesverteidigungspolitik und zusätzlich bei diesem Landesverteidigungsminister unangenehm ist, dafür kann man Verständnis haben. Aber er trägt diese Mitverantwortung.

Sie haben vorhin gemeint, 1968 hätten die Russen den Kommandanten in unseren Kasernen die Hände schütteln können. Lesen Sie doch die Kommentare des Jahres 1968 und von 1970 bis 1973 über unsere Landesverteidigung durch! Wenn Sie da eine echte und repräsentative Auswahl treffen, dann werden Sie sehen, daß sie sich — was immer an schwierigen Problemen auch früher in der Landesverteidigung zu lösen war — seit diesem Zeitpunkt nur abwärts entwickelt hat. Und heute ist klar, daß die Glaubhaftigkeit vor allem im Ausland enorm untergraben wurde. Darüber kann man dann nicht mit so netten Feststellungen, wie: Die Russen hätten 1968 den Kommandanten die Hände drücken können!, hinweggehen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie, Herr Abgeordneter Czernetz, vom Nuklearkrieg reden und fragen: Was soll man denn machen, wenn eine Supermacht die Atombombe einsetzt?, ist das doch ein Diskussionsniveau, das ich von einem anerkannten Experten der Außenpolitik eigentlich nicht erwartet habe. Sie wissen genau, daß es einen Krisenfall,

einen Neutralitätsfall gibt, für den wir gleichfalls aktionsfähig sein müssen. Was machen denn andere, viel größere Länder als wir im Fall eines atomaren Krieges? Sie können genausoviel oder genausowenig wie wir machen. Aber wir wissen, daß wir unsere militärische Landesverteidigung für eine Vielzahl von Fällen benötigen. Daß andererseits eine Vielzahl von Fällen überhaupt nicht passiert, das ist der Zweck der militärischen Landesverteidigung! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu gleich wichtigen Punkten, mit denen ich mich anfangs auseinandersetzen will. Die Nahostkrise, der vierte arabisch-israelische Krieg, hat einmal mehr das Sicherheitsbedürfnis in der „Empfindungsskala“ der Öffentlichkeit nach oben schnellen lassen. Man weiß Vorsorgen um die innere und äußere Sicherheit wieder viel mehr zu schätzen. Ich glaube, man ist jetzt wieder bereit, die Möglichkeiten der Sicherheit unseres Landes, international gesehen, wieder etwas nüchterner zu beurteilen und die Notwendigkeit eigener Leistungen für die Sicherheit, Unabhängigkeit und Souveränität dieses Landes wieder realistischer einzuschätzen und anzuerkennen, auch wenn solche Leistungen in wirtschaftlicher beziehungsweise anderer Hinsicht gelegentlich ein Opfer bedeuten.

Meine Damen und Herren! Die internationale Ordnung ist eben noch immer und leider für lange Zeit eine sehr schwache Ordnung, und die Unabhängigkeit eines Landes und die Freiheit der Bürger müssen leider noch für sehr lange Zeit — wahrscheinlich noch für Generationen —, davon bin ich überzeugt, durch die Leistungen des betroffenen Gemeinwesens, des Staatswesens, im Falle Österreichs durch unsere Leistung, sichergestellt werden. So muß die Priorität lauten: Eine nüchterne Beurteilung der Situation!

Was wir von Ihnen, Herr Bundesminister, verlangen: Anerkennen Sie nicht nur diese These — es hat im letzten Jahr schon eine ganze Reihe von Aussagen gegeben, in denen Sie auch die Bedeutung der Landesverteidigungspolitik unterstrichen haben —, sondern sorgen Sie auch dafür, daß man bei der Beurteilung der internationalen Situation etwas nüchterner vorgeht.

Eine Aufgabe dieser Politik der Nüchternheit ist es, die internationalen Verhandlungen, die Bemühungen um kollektive Sicherheit, die Bemühungen um Entspannung und wie das alles im Vokabular der Diplomaten und Politiker, die international tätig sind, heißt, als das darzustellen, was sie wirklich

Dr. Mock

sind: Lobenswerte nützliche Bemühungen in Richtung einer friedlichen Welt, die aber noch lange keine Sicherheitsgarantie für die Unabhängigkeit eines einzelnen, geschweige denn eines kleinen Staates sind.

Natürlich muß Österreich an einer Europäischen Sicherheitskonferenz teilnehmen. Das haben die vergangenen Regierungen betont. Das hat auch die derzeitige Regierung nicht nur unterstrichen, sondern hat dann auch dementsprechend gehandelt. Wir müssen doch auch den tatsächlichen Wert und die Chance für konkrete Ergebnisse realistisch abschätzen.

Meine Damen und Herren! 1954 ist die Europäische Sicherheitskonferenz zum ersten Mal gefordert worden. Jahrelang war das Gegenstand der Couloirgespräche zwischen Ost und West. Seit einigen Jahren hat sich dieses Gespräch verdichtet. Sechs Monate hat man über Vorkonferenzen verhandelt. Ich glaube, es war am 3. Juli 1973, als in Helsinki eine Ministerkonferenz zusammentrat, um einmal die Tagesordnung zu beschließen. Schon aus dieser Vorgangsweise können wir ersehen, was man von einer solchen Institution in einem Konfliktfall erwarten könnte: Außer einigen Sympathieerklärungen nichts!

Wenn man sich mit der Struktur dieser Konferenz beschäftigt, so kann man ersehen, daß sie nach der Tagesordnung drei Aufgabenbereiche hat. Der erste Fragenkomplex beschäftigt sich mit der europäischen Sicherheit schlechthin; um sie auf zehn Grundsätze abzustützen, heißt es da zum Beispiel: Anerkennung der Gleichheit und Souveränität, Gewaltverzicht und Verzicht auf Drohung, Freiheit des Gewissens und der Religion.

Wie oft ist denn das schon in den letzten 25 Jahren verkündet worden? Das steht in der UNO-Charta, die von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen unterschrieben wurde. Nach mehrheitlicher Meinung ist das überhaupt schon Völkerrecht geworden. Das steht auch schon in der Menschenrechtskonvention der UNO, des Europarates und dergleichen mehr. Trotzdem erleben wir, daß 25 Jahre hindurch die Gleichheit und die Souveränität der Staaten, die Freiheit des Gewissens und der Religion immer wieder mit den Füßen getreten werden. Wir sehen doch die geringe Chance dieser Institutionen, uns in dieser Richtung abzusichern.

Das beste ist es, daß aus diesem Tagesordnungspunkt, der „Europäische Sicherheit“ genannt wird, die Frage der militärischen Abrüstung ausgeklammert wurde. Die Behandlung dieser Frage wurde wieder einer eigenen Konferenz, der sogenannten MBFR-Konferenz

in Wien, übertragen. Das heißt: Das Gefährlichste am internationalen Spannungszustand sind ja nicht wirtschaftliche oder politische Spannungen, sondern das ist primär das Risiko des starken Rüstungspotentials, das auf Grund wirtschaftlicher oder politischer Spannungen zum Einsatz gelangen könnte. Die Aufgabe, dieses zu reduzieren, überträgt man wieder einer anderen Konferenz.

Der zweite Korb beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit. Vielleicht gibt es auf diesen Gebieten gewisse Fortschritte.

Meine Damen und Herren! Erinnern Sie sich daran — sofern Sie schon längere Zeit Mitglieder des Hohen Hauses sind —, wie oft Sie sich schon mit Berichten und Konferenzen über eine verbesserte wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit befaßt haben! Diese Aufgabe übernimmt jetzt die Europäische Sicherheitskonferenz, obwohl sich auch damit die Europäische Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Genf und ebenfalls in Genf das GATT, das sich ja nicht nur mit Zollverhandlungen beschäftigt, damit auseinandersetzen.

Hier gibt es ja eine Überaktivität, die in der Öffentlichkeit den Eindruck schafft, daß wir morgen eine verlässliche, exekutierbare, internationale Ordnung, die unser Dasein als freier und unabhängiger Staat sichert, haben. Darin liegt die Gefahr.

Daher sollten Sie immer wieder in Ihren Erklärungen auf den langfristigen, möglichen Nutzen dieser Dinge verweisen, aber gleichzeitig in Erinnerung rufen, daß in der Gegenwart wir es primär sind, die unsere Unabhängigkeit und Freiheit sicherstellen müssen. Ich habe vorhin gesagt, daß das eigentliche Problem, nämlich die militärische Abrüstung, ausgeklammert wurde und daß man darüber in Wien wieder im Rahmen einer eigenen Konferenz verhandelt.

Das bisherige Ergebnis war, daß man den Namen geändert hat. Bisher hat sie „Konferenz über den gegenseitigen ausgewogenen Truppenabbau“ geheißen. Man hat nun monatelang diskutiert, um das Wort „ausgewogen“ wegzubringen. Der neue Name lautet: „Verhandlungen zur gegenseitigen Reduzierung der bewaffneten Kräfte und dazugehöriger Instrumente in Zentraleuropa“.

Inwieweit kann eine derartige Konferenz im Konfliktfall helfen? Dabei müssen wir noch die Grundentwicklung in den internationalen Beziehungen einplanen und bedenken.

Der Erosionsprozeß — Herr Abgeordneter Czernetz, Sie haben, wie ich glaube, voriges Jahr oder vor zwei Jahren darauf verwie-

Dr. Mock

sen — im Gleichgewicht der Supermächte tendiert zu einem Ungleichgewicht, nicht zuletzt im Gefolge der inneramerikanischen Schwierigkeiten, der Führungsprobleme der amerikanischen Regierung und im Bemühen des amerikanischen Kongresses, die Truppen von Europa abzuziehen.

Europa findet für dieses bisherige Gleichgewicht, das eine wesentliche Voraussetzung, nämlich auch eine Voraussetzung für die Stabilität und Sicherheit eines neutralen Landes ist, keinen Ausgleich. Wir wissen doch, in welche Richtung die Bemühungen um die europäische Integration laufen. Die politische Integration hat an Dynamik verloren, da sie sich doch seit langem in einer Sackgasse befindet. Es gibt zähe Bemühungen, in Staatenkonferenzen im wirtschaftlichen Bereich weiterzukommen. Das heißt: Von dem Gleichgewicht geht das eine Gewicht — das politisch-militärische Potential der USA — in seiner Bedeutung zurück, ohne daß es durch ein anderes Gewicht ersetzt wird.

Der Schweizer Abgeordnete Reverdin hat vor kurzem gemeint — er hat es sehr drastisch ausgedrückt —, es bestehe Gefahr, daß der Gemeinsame Markt zu einem wirtschaftlichen Ungeheuer wird, ohne politischen Kopf, ohne Schnabel und Krallen, um sich verteidigen zu können. Anschließend hat es sehr hart geheißen: Westeuropa ist nicht stark, sondern fett geworden.

Ich stimme bezüglich dieser Problematik dem früheren schwedischen Außenminister Wickmann bei, der am 14. Juli erklärt hat:

Die Voraussetzung der Entspannung auf dem Kontinent besteht im Fortbestand des strategischen und interessenmäßigen Gleichgewichts zwischen den beiden Blöcken. Wo indes diese Voraussetzungen fehlen, entstehen labile Regionen.

Nicht, daß wir von vornherein irgendeiner Mittel- oder Großmacht unterstellen, daß sie unsere territoriale Integrität, unsere Souveränität bedroht oder bedrohen will. Aber es gibt eine gewisse Eigengesetzlichkeit der Großmächte, und dieser Eigengesetzlichkeit der Großmächte wollen wir uns in keiner Richtung als freier Staat aussetzen. Daher ist es so wichtig, daß wir bei der Behandlung der internationalen Situation immer wieder realistisch sind und die Entwicklung nüchtern beurteilen.

Gar nicht davon zu reden, meine Damen und Herren, daß alle diese Verhandlungen um Abrüstung vor sich gehen, während gleichzeitig seit mehr als zehn Jahren in Genf

wieder eine andere Abrüstungskonferenz tagt, die vor kurzem, am 30. August, die 626. Sitzung abgehalten hat.

Da sieht man doch, mit wieviel Oberflächlichkeit, mit welcher geringer Chance auf Effizienz dort gearbeitet wird. Ich betrachte es unter diesen Umständen sogar als gefährlich, wenn es in der heute schon einmal zitierten Umfrage über das Neutralitätsbewußtsein der Österreicher heißt, daß 42 Prozent der Österreicher von der UNO am ehesten wirksame Hilfe gegen einen bewaffneten Angriff auf unser Land erwarten.

Das System der kollektiven Sicherheit, wie es sich in der UNO-Charta zur Friedenssicherung niederschlägt, hat doch bisher fast immer noch versagt. Die UNO hat sich als nützlich erwiesen als Ort der Begegnung, zum Gedankenaustausch. Ihre Aussagen haben eine gewisse moralische Kraft, aber in einem Konfliktfall, vor allem wenn die Interessen der Großmächte direkt oder indirekt impliziert sind, hat es das Veto gegeben. Von Vietnam bis zurück zu Korea konnte die UNO — und kann das heute weniger als damals, als noch die Hauptversammlung aktionsfähig war — in keiner Weise entscheidend in einem Krisenfall zur Sicherung der Unabhängigkeit eines bedrohten Staates eingreifen.

Herr Bundesminister! Auch wir wissen und sind der Auffassung, daß die Einrichtung der UNO als solche ein Fortschritt ist. Aber wie ich vorhin gesagt habe: Die internationale Ordnung, die durch sie verrechtlicht werden soll, ist noch lange nicht soweit wie die interne Rechtsordnung in den einzelnen Mitgliedstaaten, wo man schon — zugegebenerweise sehr unvollkommen, aber doch — den einzelnen Menschen in seinem Freiheitsraum gegen Willkür, Unterjochung und Verbrechen schützen kann. Wir sind noch lange nicht soweit im internationalen Bereich, und es wird noch Generationen dauern, um zu diesem Zustand zu kommen.

Was den Generalsekretär anlangt, der ja eine außerordentlich bedeutsame Rolle auf dem internationalen diplomatischen Parkett spielt, so weiß jeder von uns, daß er natürlich ein Exekutivorgan ist, ein Exekutivorgan des Sicherheitsrates und der Hauptversammlung.

Außerdem kommt hinzu — ich glaube, auch das sollten wir uns in Erinnerung rufen —, daß im Konfliktfall es ja in der Natur des immerwährend neutralen Staates liegt, daß er keine vertraglich Verbündeten hat, daß er niemanden hat, der vertraglich verpflichtet wäre, ihm zu Hilfe zu kommen. Auch das unterstreicht die Notwendigkeit eigener Anstrengungen.

Dr. Mock

Sie sehen, meine Damen und Herren, auf welch bescheidene internationale Hilfe man in einer Konfliktsituation rechnen kann, wie notwendig es ist, das unseren Menschen immer wieder in Erinnerung zu rufen, sie darüber zu informieren und nicht der Täuschung zu erliegen — es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte —, daß man ohnehin irgendwo Hilfe erhält, wenn man in eine Auseinandersetzung zwischen Großmächten oder auch nur in eine andere Auseinandersetzung kriegsmäßig eingebunden wird. Ich hoffe, daß im Falle Österreichs nie der Test gemacht wird, wie effizient die Vereinten Nationen oder eine andere ähnliche Institution ist.

So nebenbei möchte ich nur noch bemerken: Wenn man die Situation analysiert, kommt einem wirklich ins Bewußtsein, wie notwendig es wäre — und das, Herr Bundesminister, können wir wirklich nicht von Ihnen verlangen —, daß in den Bereichen der internationalen Organisationen endlich einmal eine institutionelle Flurbereinigung stattfindet. Wenn man bedenkt, wie da übereinander, parallel, gegeneinander gelegentlich gearbeitet wird und wie man sich gegenseitig beschäftigt, wie ein Bericht bei der OECD ausgearbeitet, zur Stellungnahme dem GATT gesandt, einem gemeinsamen Komitee zur Abstimmung vorgelegt, in den Jahresbericht der OECD eingebaut und im Ministerkomitee des Europarates behandelt wird — und das alles um unser Geld —, so glaube ich, daß mein Wunsch völlig berechtigt ist.

Ich gebe zu: Es geht nicht, daß man sie für alles verantwortlich macht, daß es für einen mittleren und umso mehr für einen kleineren Staat sehr schwer ist, Abhilfe zu schaffen. Vielleicht könnte man sich aber gelegentlich leisten, diese Dinge kritischer im undiplomatischen Ton draußen in Erinnerung zu rufen. Unter vier Augen bekommt man ja auch von jedem Ländervertreter die Zustimmung zu dieser Beurteilung.

Weil ich schon so lange von der Sicherheitskonferenz gesprochen habe, muß eines mit Aufmerksamkeit registriert werden. Ich habe mir vorhin erlaubt, an den Herrn Bundesminister die Frage zu richten, ob er über den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers, daß sich die Europäische Sicherheitskonferenz mit dem Energieproblem beschäftigen soll, vorher unterrichtet war. Wenn das nicht der Fall ist, wäre das ein Parallelfall, wie es seinerzeit geschehen ist, als der Herr Bundeskanzler in Straßburg vorgeschlagen hat, auf die Tagesordnung der Europäischen Sicherheitskonferenz die Nahost-Frage zu setzen. Das hat bis heute bei keinem entscheidenden Mitglied der

Sicherheitskonferenz ein positives Echo gefunden. — Der Herr Außenminister war auch in Moskau und hat dort Schwierigkeiten gehabt, das zu explizieren. Es wird gelegentlich — ich habe das voriges Jahr erwähnt — von der Lust zum Fabulieren des Herrn Bundeskanzlers gesprochen. Ich kann und will ihm das in seinem privaten Bereich auch gar nicht verbieten, aber nicht um den Preis der politischen Koordination in der österreichischen Bundesregierung und um den Preis unseres Ansehens! Ich wäre daher dankbar, wenn Sie auch dazu Stellung nehmen könnten.

Herr Bundesminister! Ich habe mir voriges Jahr auch die Freiheit genommen, Sie um Stellungnahme zu vier Fragen zu bitten, die sich mit Verteidigungsbereitschaft, Sicherheitspolitik und Außenpolitik beschäftigt haben. Ich wiederhole nur die letzte Frage. Sie lautet: Sind Sie der Auffassung, daß die gegenwärtige Landesverteidigungspolitik wirklich nirgends Zweifel hervorgerufen hat und unsere Glaubhaftigkeit als immerwährend neutraler Staat und unsere Kalkulierbarkeit im Fall einer internationalen Krise gestärkt hat?

Sie haben mir dazumal keine Antwort gegeben, Herr Bundesminister. Ich weiß, daß ich Sie dazu nicht zwingen kann. Ich habe mir erlaubt, zumindest diese eine Frage zu wiederholen.

Ich wäre Ihnen auch dankbar, wenn Sie zu dem folgenden Problem noch Stellung nehmen könnten: Sind Sie der Auffassung, daß die militärische Landesverteidigung nicht nur einen wesentlichen Teil unserer Sicherheitspolitik, sondern nach den anerkannten Regeln des Völkerrechtes einen unabdingbaren Teil unserer immerwährenden Neutralität bildet? — Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch dazu Stellung nehmen könnten.

Gesamthaft gesehen, meine Damen und Herren: Wie hat sich denn die Außenpolitik dieser Bundesregierung seit dem Jahre 1970 entwickelt?

Sie, Herr Bundesminister — und damit die ganze Bundesregierung —, haben im Jahre 1970 die Verantwortung für eine Außenpolitik übernommen, die ausgezeichnet war durch freundschaftliche und kooperative Beziehungen zu den Signatarmächten des Staatsvertrages, durch gute, großteils ausgezeichnete Beziehungen zu den Nachbarländern, wo sich die Entwicklung außerdem laufend verbessert hat. Sie haben bezüglich Italien eine Außenpolitik übernommen, wo wir das schwierigste seit 1945 anhängige Problem, den Südtirolkonflikt, durch die Paketlösung beseitigt haben. Die Bundesregierung ist dann nach Rom gefahren

Dr. Mock

und hat das dort gefeiert. Es schadet auch nicht für die historische Wahrheit, diese Arbeitsteilung auseinander zu halten: daß die einen hier im Parlament gegen die heutige Regierungsfraktion die Paketlösung im Interesse Südtirols und Österreichs beschlossen haben und die anderen dann das gefeiert haben.

Das war die Situation 1970. Und jetzt frage ich mich, Herr Bundesminister, wie sich in diesen beiden Bereichen die Beziehungen zu den Staatsvertragsmächten — eine wesentliche Basis unserer Außenpolitik — und zu den Nachbarmächten seither fortentwickelt haben.

Dazu muß ich feststellen: Mit einem Großteil der Staatsvertragsmächte konnten Sie den Status quo aufrechterhalten.

Mit Frankreich haben sich die Beziehungen eher abgekühlt — man braucht sich nur anzuhören, was über die Tischrede des abschiednehmenden französischen Botschafters gesprochen wird —, was sehr bedauerlich ist.

Ich möchte auch darauf verweisen: Das hat schon mit dem fulminanten Besuch des Herrn Bundeskanzlers wenige Wochen vor den französischen Wahlen bei der Sozialistischen Internationale in Paris begonnen, und zwar mit einem Besuch zur moralischen Unterstützung — auch das muß in diesem Hause gesagt werden, meine Herren von der sozialistischen Fraktion — einer sozialistisch-kommunistischen Koalition, die im französischen Wahlkampf angetreten ist.

Wo bleibt die Aussage Ihres Parteiprogramms: Zwischen Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinschaft!? — Ich glaube, daß Sie das ernst nehmen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schnell.*) Ich glaube das. Aber dann müssen Sie Ihren Bundeskanzler zur Ordnung rufen, Herr Abgeordneter Schnell! (*Beifall bei der ÖVP.*)

All das hat zu einer Abkühlung unserer Beziehungen zu Frankreich geführt.

Wie sieht es mit den Nachbarstaaten aus? — Sie haben mit einem Großteil der Nachbarstaaten den Status quo aufrechterhalten.

Die Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zur Tschechoslowakei haben vorläufig zu keinem Ergebnis geführt.

An unserer Südgrenze Kärnten-Jugoslawien kam es zu einer substantiellen Verschlechterung der Beziehungen zu einem wichtigen Nachbarstaat; die gesamte Außenpolitik der letzten 20 Jahre war stolz darauf, daß es uns gelungen ist, zu einem Staat mit anderen

gesellschaftlichen Verhältnissen so positive und freundschaftliche Beziehungen herzustellen.

Das ist heute der Stand 1973. Ich frage Sie, Herr Bundesminister, wo es irgendwo zu einer substantiellen Verbesserung gekommen ist, ich frage Sie, wo Sie weitergearbeitet haben.

Vielleicht würde der Kollege Scrinzi sagen: Ja der Herr Bundeskanzler, die Innenpolitik, die SPÖ, der Ortstafelkonflikt! — Es ist Ihre Verantwortung.

Ich glaube aber, Herr Dr. Scrinzi, Sie haben einmal das Wort von Jaspers gebraucht: Der Friede beginnt im eigenen Haus.

Sehr wohl, sehr richtig: in einem friedlichen Verhältnis der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, in einem friedlichen Verhältnis sprachlich unterschiedlicher Gruppen, von Mehrheit und Minderheit. Das wurde zum ersten Mal in Österreich seit dem Jahre 1945 substantiell gestört.

Ich wiederhole: Ich registriere mit Aufmerksamkeit Ihre Zustimmung zu dieser Politik.

Der Herr Bundeskanzler hat vorgestern das Wort von einer notwendigen Fortführung der Normalisierung verwendet, der Normalisierung unserer Beziehungen. — Wenn sich etwas entwickelt hat, so waren es einige Ent-Normalisierungen in der Außenpolitik. Diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen.

Vielleicht sagt man: Die übliche Kritik der Opposition! — Aber, Herr Bundesminister, Sie haben das Pech, daß der Herr Bundeskanzler immer die Argumente liefert. Sie haben das Pech, daß der Herr Bundeskanzler selbst vom außenpolitischen „Scherbenhaufen“ gesprochen hat.

Sie haben zwar später einmal gemeint, daß Sie nicht dieser Auffassung sind — ich hoffe, daß Sie das im Rahmen des Kabinetts einmal bereinigen können —, aber einen besseren Zeugen für die Qualität der Außenpolitik als den Herrn Bundeskanzler kann ich wohl nicht anrufen. Wichtig ist nicht eine tatsächliche Beschreibung der Situation oder die Wünschbarkeit oder der Inhalt der Intentionen der Bundesregierung, sondern wichtig ist, welche Stellung andere Länder zu unserer Politik beziehen, welches Echo in anderen Ländern unsere Politik findet.

Glauben Sie, daß so eine Politik richtig ist, daß sie kalkulierbar ist, daß sie verlässlich ist, daß man auf die Kontinuität unserer Politik vertrauen kann, oder glauben Sie es nicht? Die Reaktion im Ausland ist Ihnen bekannt, und der Herr Bundeskanzler hat das selbst entsprechend qualifiziert.

Dr. Mock

Ich habe mich vorhin mit der Außenpolitik 1970/73 beschäftigt. Wie sieht es mit der Außenpolitik im Jahre 1973 aus?

Wir haben einen Stufenplan zur Beilegung des arabisch-israelischen Konfliktes entwickelt. Er ist sofort verschwunden. Er wurde abgetrieben. Man hat nichts mehr davon gehört.

Wir haben im Sicherheitsrat hinsichtlich einer Nahost-Resolution, die wir unterstützt haben, eine heftige Kritik der Araber erlebt.

Wir haben im Juli 1973 wieder einer anti-israelischen Resolution zugestimmt, die am US-Veto gescheitert ist.

Sie selbst, Herr Bundesminister, haben eine Initiative bezüglich der Zukunft des Europarates ergriffen. Ich habe sie vorhin kurz erwähnt.

Wie sieht es mit der Zukunft des Europarates aus? — Ich möchte unterstreichen, daß ich diese Bemühungen für sehr positiv halte, aber ich glaube, auch hier waren Sie nicht gut vorbereitet.

Sie haben meiner Erinnerung nach vorge schlagen, daß sich vier Außenminister des Ministerrates des Europarates damit beschäftigen: Was ist die Zukunft des Europarates, wenn sich nebenbei ein Parlament, die Kommission einer erweiterten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, immer mehr Kompetenzen arrogiert?

Am 14. Mai wurden nicht die vier Minister beauftragt, sondern es wurden sechs Missionschefs beauftragt, und da waren nicht einmal Österreicher dabei: Es wurde zwar ein schwedischer Missionschef ersucht mitzuarbeiten, ein schweizerischer Missionschef, aber wir blieben ausgeschlossen.

Soviel ich bisher höre, war eine der wesentlichen Aussagen dieses Berichtes, daß man über die gegenwärtigen siebziger Jahre hinaus über die Zukunft des Europarates überhaupt nichts sagen kann. Das ist also ein etwas dürres Ergebnis.

Herr Bundesminister! Ich glaube daher, daß man das Jahr 1973 außenpolitisch durchaus als glückloses Jahr einstufen kann. Ich möchte gar nichts dramatisieren — die Gefahr in der innenpolitischen Auseinandersetzung ist immer sehr groß —, aber die Schatten auf der Glaubhaftigkeit unserer Außenpolitik, die Zweifel an einer klaren Linie unserer Neutralitätspolitik sind gegeben. Das ist für uns Anlaß genug, daß wir nie einer solchen Außenpolitik, nie einem solchen Kapitel zustimmen könnten.

Überhaupt, was diese vielen Initiativen anbelangt, meine Damen und Herren: Es wird ja sehr oft von der aktiven Neutralitätspolitik gesprochen. Die aktive Neutralitätspolitik eines immerwährend neutralen Staates muß ihre klaren Schwerpunkte haben und soll sich im politischen Bereich zurückhalten. Wir müssen nicht überall politische Adabais spielen. Ich glaube sogar, daß das gefährlich ist, und möchte das Wort des Schweizer Außenministers gebrauchen, der am 5. März 1968 gesagt hat, daß sich der Schweizer Bundesrat bei seinen Vermittlungsbemühungen auch von dem Wunsche nach einer maximalen Wirksamkeit bei seinen Handlungen und Haltungen leiten lasse, und er fügte hinzu:

Diese Wirksamkeit ist an gewisse Regeln der Zurückhaltung gebunden. Das Vertrauen, das in einer solchen Situation einem möglichen Vermittler von beiden Seiten entgegengebracht werden muß, erwirbt man nicht am öffentlichen Platz.

Das ist eine Regel, die eine Außenpolitik der Nüchternheit auch bei uns stärker beachten sollte.

Natürlich kann sich der immerwährend neutrale Staat nicht freuen und sagen: Fein, daß es uns gut geht, die anderen lassen wir streiten! Es leitet sich aus der Tatsache und dem Vorteil der neutralen Stellung natürlich auch eine moralische Verpflichtung ab, sich auch in der internationalen Gemeinschaft für den Frieden einzusetzen. Aber in einer anderen Art.

Ich glaube zum Beispiel, daß sozusagen die vierte Säule der Außenpolitik, wie sie der Kollege Karasek einmal genannt hat, die Tätigkeit im sozial-humanitären Sektor, eine wesentliche und prioritäre Aufgabe des immerwährend neutralen Staates sein soll.

Meine Damen und Herren! Weil gestern beim Kapitel Bundeskanzleramt mein Name im Zusammenhang mit der Kritik im Bereich der Entwicklungshilfe Österreichs genannt wurde: Wir könnten sehr viel an moralischem Ansehen und auch an Potenz gewinnen, wenn wir zeigen würden, daß es uns ernst ist mit dem, was von unseren Vertretern zwischen New York, Paris und Wien verkündet wird. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Ich darf daran erinnern, Herr Bundesminister, daß Österreich, was die Prozentsätze des Bruttonationalproduktes anlangt, in seinen Leistungen von 1970 von 0,67 Prozent auf 0,54 Prozent im Jahre 1972 abgefallen ist. Was die öffentliche Leistung, die Leistung der öffentlichen Hand anlangt, ist Österreich von einem Prozentwert, der ohnehin schon tief genug war, weiter zurückgefallen.

Dr. Mock

Bei der Prüfung im Entwicklungshilfekomitee in Paris hat es im Jahre 1972 geheißt, daß angesichts der gefestigten wirtschaftlichen Lage in Österreich weder der mangelnde Fortschritt in Richtung auf die Zielsetzungen der Entwicklungshilfe in den finanziellen Bedingungen noch die volumensmäßige Abnahme der öffentlichen Hilfe gerechtfertigt ist. Die Bundesregierung wurde also für ihre geringen Anstrengungen im Bereich der Entwicklungshilfe offiziell kritisiert. Es wäre eine moralische Verpflichtung Österreichs, sich hier stärker zu profilieren, wobei das Ganze noch dadurch unterstrichen wird, daß der Ministerrat am 8. September 1970 diese Verpflichtung Österreichs auch offiziell zur Kenntnis genommen hat.

Ich weiß, Herr Bundesminister, daß das nicht leicht ist. Aber das ist eine Komponente unserer Außenpolitik, wo Sie aktive Neutralitätspolitik betreiben können. Man soll sich nicht von jenen Gebieten der Außenpolitik zurückziehen, die die schwierigsten sind. Statt dessen beschäftigt man sich viel mit jenen Elementen der internationalen Politik, die am leichtesten sind, weil die zu nichts verpflichten. Man redet über Entspannung oder legt den einen oder anderen Vorschlag mehr — es ist wahrscheinlich der zweihundertste — in irgendeinen Korb der Sicherheitskonferenz.

Das alles verstehen wir unter der Forderung nach einer mehr nüchternen Außenpolitik.

Ich möchte, meine Damen und Herren, diese Ausführungen doch in einigen Grundsätzen zusammenfassen.

Ich glaube, daß eine verlässliche Sicherheitspolitik für unser Land sowohl eine kontinuierliche kalkulierbare Außenpolitik wie auch eine glaubwürdige Politik der geistigen, wirtschaftlichen und militärischen Landesverteidigung benötigt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Keine Alternative, Herr Bundesminister, sondern „sowohl als auch“. Es wäre auch das ein kleiner Beitrag, wenn Sie das so deutlich aussprechen würden.

Ich möchte zweitens unterstreichen, daß die Aufrechterhaltung des strategischen und interessenmäßigen Gleichgewichts zwischen den beiden Blöcken in unserem Interesse, im Interesse des immerwährend neutralen Staates liegt.

Gleichzeitig soll dieses politische, dieses militärische Spannungsverhältnis durch langfristige realistische Entspannungsbemühungen auf einer jeweils tieferen Ebene stabilisiert werden. Die wachsende Zusammenarbeit über ideologische Grenzen hinweg ist ein wesentlicher Beitrag zum Abbau des Spannungsverhältnisses auf einer jeweils tieferen Ebene

bei der Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes zwischen den großen Staaten, vor allem den beiden Blöcken.

Zur Sicherung dieses Gleichgewichtes und auch zur Vermeidung irgendwelcher Friktionen in Mittel- und in Westeuropa in der Zukunft liegt es im Interesse des immerwährend neutralen Staates, daß nicht nur die wirtschaftliche, sondern die politische Integration der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wächst und sich laufend intensiviert, auch wenn wir als immerwährend neutraler Staat an dieser wachsenden Integration nicht teilnehmen können.

Fünftens: Der Abschluß von Sonderabkommen, die wir mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angestrebt haben. Was vielleicht in Zukunft wieder eines Tages notwendig sein wird, ist nicht das Anstreben einer einseitigen Privilegienstellung durch Österreich. Solche Sonderabkommen — wir haben im vergangenen Jahr ein solches mit der EWG abgeschlossen — liegen nicht nur im Interesse Österreichs, sondern auch im Interesse der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, denn die Sicherung des Status der immerwährenden Neutralität ist ein spezifischer Beitrag zur Stabilität im europäischen Raum.

Ich würde sagen, daß die immerwährende Neutralität überhaupt ein unspezifischer Beitrag zu den allgemeinen Entspannungsbemühungen ist. Sorgen Sie dafür, Herr Bundesminister, daß die Außenpolitik nach all diesen Ereignissen, wie ich sie hier kritisch aufgezählt habe — nach Schönau und nach dem Ortstafelkonflikt, um nur zwei Beispiele zu nehmen —, wieder auf einer verlässlichen, den Schwankungen der Tagespolitik und dem Parteienstreit entzogenen Maxime begründet wird.

Wir sind bereit, die Außenpolitik wieder außerhalb des Parteienstreits zu stellen. Aber es muß hier eine entsprechende Leistung der Bundesregierung erbracht werden. Wir haben nie erklärt, wir seien zur Mitarbeit nicht bereit. Es liegt an der Bundesregierung und an der Mehrheit in diesem Haus zu beweisen, daß Sie nicht nur in Worten, sondern auch in Taten die Zusammenarbeit aller Parteien diesbezüglich anstreben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Luptowits. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Luptowits** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Kollege Fiedler hat heute eine Rede zur Außenpolitik gehalten, eine Rede, die von vorgestern mit Schablonen von vorgestern war. Ich glaube, er hat eine Rundum-Attacke

Luptowits

geritten. In diesen Tonfall ist ja auch mein geschätzter Vorredner, Kollege Mock, verfallen.

Ich glaube: Wenn man eine Politik der Bundesregierung — vornehmlich die Außenpolitik — kritisiert, dann sollten doch in dem Konzept, das hier vorgetragen wurde, auch neue Schwerpunkte, neue Skizzen erkennbar sein. Es sollte erkennbar sein, wie man neue Modelle, wie man diese Außenpolitik gestaltet. Es scheint mir also, daß das strategische Prinzip wirklich nur die Rundum-Attacke war, ausgenommen die Ausführungen vom Kollegen Karasek, der sehr differenziert gesprochen hat. Ich werde darauf aber auch noch zu sprechen kommen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das, was Kollege Fiedler heute hier gesagt hat, wirklich nicht dazu angetan war, daß man ein Konzept mit knapp gesetzten Schwerpunkten erkennen konnte, sondern er hat nur vage Überlegungen hier plakativ vorgetragen, ohne konkrete Ziele zu skizzieren. Das scheint mir aber wirklich zuwenig zu sein. Da fällt mir ein, wie es in der „Arabella“ heißt: „Aber der Richtige, wenn's einen gibt ...“

Ich glaube, meine Damen und Herren — vor allem Herr Kollege Fiedler —: Wenn Sie schon nicht Geschichte machen können in der Außenpolitik, dann sollten Sie doch Politik machen, die einer kritischen Analyse standhält. (*Beifall bei der SPÖ.*) Denn das, was Sie heute hier gesagt haben, Herr Kollege Fiedler, wird sicher einer kritischen Überprüfung nicht standhalten können.

Es ist interessant und es ist vielleicht immer wieder gut, wenn man vor solchen Debatten in Büchern schmökert und nachliest, was Forscher, was Wissenschaftler, was Politiker zu solchen Fragenkomplexen gesagt haben.

Ich habe mir Max Weber ... (*Abg. Doktor Fiedler: Es wäre besser, wenn Sie die Protokolle von 1966 bis 1970 lesen würden!*) Herr Kollege Fiedler, Sie kommen noch dran, ich werde Sie ... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Fiedler.*) Herr Kollege Fiedler, Sie kommen mir nicht ungeschoren heute weg. Das muß ich hier ganz offen sagen. (*Heiterkeit.*)

Aber ich werde Sie, Herr Kollege Fiedler, nicht mit meinen Worten strafen, sondern ich werde Max Weber zu Hilfe nehmen. Was heißt zu Hilfe nehmen? — Er hat das so treffend gesagt, daß ich es auf keinen Fall besser könnte. Man soll doch den anderen, die es besser können, die Aufgabe überlassen.

Max Weber verlangt vornehmlich drei Qualitäten, die für den Politiker entscheidend sind. Er verlangt Leidenschaft, Verantwor-

tungsgefühl und Augenmaß, wobei er unter Leidenschaft die Hingabe an eine Sache, an den Gott oder Dämon, wie er sagt, versteht, der ihr Gebieter ist. Und er sagt: Sie, die Leidenschaft, macht nicht zum Politiker, wenn sie nicht als Dienst an einer Sache die Verantwortlichkeit gegenüber dieser Sache zum entscheidenden Leitstern des Handelns macht. Und dazu bedarf es — und das ist die entscheidende psychologische Qualität des Politikers — des Augenmaßes, der Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken lassen, also: der Distanz zu den Dingen und Menschen.

Und letztlich — sagt Max Weber so treffend — wird Politik mit dem Kopfe gemacht, nicht mit anderen Teilen des Körpers.

Einen ganz trivialen, allzu menschlichen Feind hat der Politiker täglich und stündlich zu überwinden: die ganz gemeine Eitelkeit, die Todfeindin aller sachlichen Hingabe und aller Distanz, in diesem Fall, der Distanz sich selbst gegenüber.

Er schließt dieses Kapitel ab und sagt: Denn es gibt letztlich nur zwei Arten von Todsünden auf dem Gebiet der Politik: Unsachlichkeit und Verantwortungslosigkeit. Dann die Eitelkeit: das Bedürfnis, selbstmöglich in den Vordergrund zu treten, führt den Politiker am stärksten in Versuchung, eine von beiden oder beide zu begehen.

Meine Damen und Herren! Dem, was Max Weber gesagt hat, habe ich nichts hinzuzufügen. Natürlich konzedere ich auch der großen Oppositionspartei, daß sie für eine einheitliche Außenpolitik und für Übereinstimmung in außenpolitischen Entscheidungen eintritt. Dr. Kirchschläger hat das in seinem Vortrag vor der „Gesellschaft für Außenpolitik“ in großartiger Weise dargestellt und hat gemeint: Wenn diese Außenpolitik auch in den Medien den Widerhall findet — das heißt, wenn die Außenpolitik der Bundesregierung mit den in den Medien vertretenen Meinungen konform geht —, dann ist diese Außenpolitik doch wirklich von einer breiten Öffentlichkeit getragen.

Trotzdem kann es kein Dogma sein, daß alle politischen Entscheidungen immer einstimmig erfolgen müssen, vielmehr gibt es natürlich auch in der Außenpolitik Mehrheitsentscheidungen. Und bei einer aktiven Außenpolitik — wie es quasi vom Kollegen Mock etwas spöttisch bemerkt wurde — wird es natürlich immer Mehrheitsentscheidungen geben müssen. Ich habe verstanden: Sie meinten das Wort „aktiv“ unter Anführungszeichen, wollten also zum Ausdruck bringen, daß wir uns nicht in Dinge einmischen sollen, die uns quasi nichts angehen.

Luptowits

Ich frage mich nur, ob das heute bei einer rotierenden Welt überhaupt denkbar ist. Wenn Kissinger mit dem Flugzeug um die Erde rast, wenn sich die Weltpolitik täglich, fast stündlich ändert, da sollen wir in unserem Schneckenhaus stillsitzen und sagen: Laßt doch die anderen Politik betreiben! — Wir, glückliches Österreich, sollten daran nicht teilhaben? Ich nehme an, daß Sie, Herr Dr. Mock, es nicht so drastisch gemeint haben, glaube aber, daß man so etwas ein bißchen überspitzen soll, damit die Dinge, die Dr. Mock kritisiert hat, richtig verstanden werden.

Meine Damen und Herren! Rational läßt sich auch in der Politik erörtern, ob ein bestimmtes Ziel zu erreichen ist, welche Mittel es erfordert und welche Folgen, welche Konsequenzen — in Verfolgung dieses Zieles — sich ergeben. Aber wenn die Alternativen soweit geklärt sind, dann geht die eigentliche politische Entscheidung — so glaube ich — um den Vorrang des einen oder des anderen Zieles. Hier, meine Damen und Herren, wo es um die Rangordnung von Interessen, um die Rangordnung von Werten geht, kann man selbst nicht immer — das ist fast nicht möglich — rational sein. Daraus ergeben sich eben die differenten Auffassungen.

Ich glaube, keine der Entscheidungsphasen in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart hat zu einer Krise des Staates geführt. Man kann daraus keine Gefahr für die Stellung Österreichs in der Welt ableiten. Ich glaube, daß die eine oder andere Entscheidung, die vielleicht einen Knick gebracht hat, unterdessen gebilligt wurde. Der Außenminister wird von den Nachrichten, die er von den Diplomaten bekommen hat, mehr Details hier zur Sprache bringen können.

Meine Damen und Herren! Natürlich entspricht es der Natur der pluralistischen Demokratien des Westens, daß sie auf einem Konsens der übergroßen Mehrheit, der tragenden Parteien über die Grundwerte der Gemeinschaft beruhen. Aber über die Rangordnung und über die Wertordnung — das ist der Dissens — gibt es eben geteilte Auffassungen. Das hat sich in der Geschichte bei allen großen Entscheidungen immer manifestiert. Ich sehe daraus keine Gefahr für den Staat, ich sehe in dieser Polarisierung keine Gefahr, denn die wesentlichen Erfahrungen aus der alten Demokratie haben gezeigt, daß gerade auch Phasen der Polarisierung zu einer besseren Erhellung und Klarstellung der einzelnen Parteien geführt haben.

Natürlich könnte es — theoretisch ist es nicht auszuschließen — zu Staatskrisen führen, wenn eine Partei in einer Totalfeindschaft zur anderen verharret. Das gibt es bei uns nicht,

denn ich glaube, daß wir eine auf Gewaltenteilung und auf Minderheitenschutz, also auch Schutz der Oppositionsparteien, gegründete Demokratie haben und daß wir uns immer wieder bemühen, Kompromisse und Konsens zu finden. Wenn dieser Konsens nicht möglich ist, ist natürlich die Regierung, ist die Mehrheitspartei verpflichtet, Beschlüsse zu fassen.

Meine Damen und Herren! Die Frage der Neutralität wurde immer wieder hier angeschnitten. Über dieses Problem wurde schon x-mal auf hohem Niveau diskutiert. Kollege Karasek hat — wie gesagt — zu diesem Thema sehr differenziert gesprochen, im Gegensatz zu Kollegen Fiedler. Aber aus einer Sackgasse kommt auch er nicht heraus. Ich verstehe Sie, Kollege Karasek, wirklich nicht, daß Sie immer wieder in dieser Sackgasse bei der Frage der Teilnahme Österreichs an der Konferenz in Algier verharren.

Kollege Scrinzi hat diese Teilnahme auch in meinem Sinne interpretiert. Ich kann mich nur dem anschließen, denn man kann doch wirklich nicht in einer Welt, die so bewegt ist, plötzlich sagen: Wir sind einfach nicht da. Gerade bei diesen Staaten ist es notwendig, Kontakte zu knüpfen. Man sollte jede Gelegenheit, jede Chance nützen, mit diesen Staaten ins Gespräch zu kommen.

Warum soll das unseren Neutralitätsstatus verletzen? Neutralität kann man doch nicht als ein statisches Problem auffassen, sondern Neutralität muß dynamisch sein, muß sich immer den neuen Gegebenheiten anpassen. Natürlich werden wir die im Staatsvertrag festgelegten Verpflichtungen erfüllen. Das kann uns jedoch nicht hindern, eine Außenpolitik zu betreiben. Würden wir eine Politik in dem Sinne betreiben, daß wir uns sozusagen aus der Weltpolitik absentieren, dann möchte ich die Kritik, die geäußert würde, gerne hören. Eine Absenz aus der Weltpolitik ist auch für Österreich undenkbar! (*Beifall bei der SPÖ.*) Die Neutralität unseres Landes ist viel, viel besser geschützt, wenn wir an der Weltpolitik aktiv teilnehmen und uns aktiv einschalten.

Meine Damen und Herren! Wir vergessen immer wieder, daß jede Neutralität — die Neutralität der Schweiz, Schwedens und auch unsere — aus historischen Gegebenheiten doch völlig anders — vielleicht in Grundlagen manchmal ähnlich — ist. Unsere Neutralität ist doch aus einer geschichtlichen Epoche geboren worden, in der der Zwang dazu so stark war. Ich bitte mich jetzt nicht festzunageln, wenn ich sage: Es war vielleicht eine genußte Neutralität. Das heißt, daß es gar keine andere Möglichkeit gab. Das war die Chance für Österreich, um aus diesem

Luptowits

Dilemma herauszukommen! Aus dieser geschichtlichen Tatsache heraus muß man unsere Stellung als neutraler Staat verstehen. Unser Neutralitätsstatus ist kein Exportartikel, er eignet sich nicht dafür. Aber daß die Neutralität für unser Land und auch für die Sicherheit anderer europäischer Staaten Nutzen bringt — das, glaube ich, ist doch unbestritten und sollte wirklich nicht in Streit gestellt werden.

Kollege Karasek hat beklagt, daß das Image Österreichs in der Welt gelitten habe. Dem steht das gegenüber, was Dr. Gredler vor wenigen Tagen in einem Vortrag gesagt hat: daß sicherlich das berühmte Ereignis von Schönau einen Knick gebracht hat, aber daß diese Dinge unterdessen auch längst überholt sind und die Welt zu anderen Themen übergegangen ist.

Man sieht also, wie schnelllebig die Zeit ist, und man sollte nicht krampfhaft Dinge suchen, die einfach nicht mehr existent sind. Gerade Kollege Karasek als gelernter Diplomat kennt ja das Instrumentarium der Diplomatie und sollte Bescheid wissen, wie sich die Dinge entwickeln.

Kollege Scrinzi hat sich zu einer aktiven Minderheitenpolitik bekannt, er hat ein Bekenntnis zur Minderheit abgelegt. Die Gespräche in der Kontaktkommission, in der ich als Vertreter meiner Partei, des Klubs sitze, sind wirklich so, wie er es hier geschildert hat. Ich bin voller Hoffnung, daß auch die ÖVP eines Tages doch den Weg zu diesem Kontaktkomitee finden wird, denn es war ja der ÖVP-Landeshauptmannstellvertreter Bacher, der dieses Komitee angeregt hat. Man sollte sich wirklich diesen Wünschen nicht verschließen. (*Abg. Deutschmann: Was soll denn das heißen? Das stimmt doch nicht!*) Der Bacher hat die Ortstafelkommission vorgeschlagen. (*Abg. Deutschmann: Aber nicht das Komitee!*) Ja, die Kommission — ich sage es jetzt noch einmal — hat er vorgeschlagen. Aber ich würde es begrüßen, wenn Sie auch am Kontaktkomitee teilnehmen würden. Vielleicht ergäbe sich hier eine Gesprächsbasis mit der Minderheit. Ich kann das unterstützen, was der Kollege Scrinzi hier dazu gesagt hat. Alles andere möchte ich hier nicht diskutieren, weil ich meine Stellungnahme in diesem Hohen Haus schon zwei- oder dreimal fixiert habe. Ich habe von dem, was ich damals gesagt habe, nichts zurückzunehmen, weil ich mir immer gut überlege, was ich hier sage und dazu stehe.

Kollege Mock hat Kritik geübt, das heißt, ich wußte gar nicht, wohin er hinaus will. Er hat hier eine Philippika gegen internationale Institutionen geritten, nur den Adressaten hat er nicht genannt. Ich habe

immer den Adressaten vermißt, denn der Adressat Außenminister oder der Adressat Parlament ist sicher sehr interessant, ich möchte das nicht missen wollen; aber ich glaube, daß die Möglichkeiten, hier auf eine wesentliche Änderung einzuwirken, doch sehr beschränkt sind. Das Segment, das uns zur Verfügung steht, ist wirklich sehr klein. Sie kennen wahrscheinlich selbst diese Möglichkeiten.

Er hat sich auch etwas kritisch geäußert zur Frage der Sicherheitskonferenz, der auch ich etwas kritisch gegenüberstehe. Ich muß es ganz offen sagen: Ich halte von der Wiener Konferenz viel mehr, ich glaube, daß die praktischen Ergebnisse in der Wiener Konferenz eher da sein werden als die bei der Sicherheitskonferenz. Ich halte diese Dinge wirklich für sehr problematisch.

Ich habe einen Artikel in die Hand bekommen, was der französische Außenminister Jobert in diesem Zusammenhang in Helsinki gesagt hat. Er wurde gefragt, was er wohl seinem Sohn sagen würde, und zwar verständlich, ohne zu lügen, wenn er die Bedeutung der Europäischen Sicherheitskonferenz zu erklären hätte. Jobert sagte, er gebe sich selbst die Antwort, daß er sie eine Hoffnung nennen würde.

An anderer Stelle kehrt seine tiefgründige Skepsis wieder, und er sagt: Was ist diese Konferenz? Ein zu ehrgeiziges Unternehmen? Ein Versuch ohne Zukunft? Ein praktischer Test für die Entspannung? Ich glaube, daß diese Konferenz ein Versuch, eine Hoffnung ist, eine Hoffnung für die Menschheit, ich glaube, für uns alle.

Damit möchte ich die kritischen Bemerkungen, die Kollege Mock hier gemacht hat, abschließen, weil ich noch zu einigen Dingen etwas sagen möchte und ich mich ja an meine Redezeit halten will.

Es ist noch von keinem Redner etwas über die Auslandskulturpolitik gesagt worden, die ab kommendem Jahr völlig in die Kompetenz des Außenministers übergeht. Ich glaube, daß die kulturelle Außenpolitik als eine dritte Säule der Außenpolitik angesehen werden kann. Neben der politischen und der wirtschaftlichen halte ich die kulturelle Außenpolitik für eine sehr entscheidende dritte Säule. Ich bin sogar der ketzerischen Auffassung, daß die kulturelle Außenpolitik in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wahrscheinlich einen stärkeren Akzent in der gesamten Außenpolitik haben wird. Ich würde das nur begrüßen. Ich kann heute nicht im Detail auf diese Dinge eingehen. Wir haben ja einmal sehr ausführlich im Jahre 1968 bei einer Enquete, die Herr Kollege Karasek organisiert

Luptowits

hat, über die Ziele und Formen der kulturellen Außenpolitik diskutiert.

Wir sollten, glaube ich, unsere kulturelle Außenpolitik neu überdenken und auch neu orientieren. Denn es sind, so meine ich, neue Gesichtspunkte dazugekommen. Ich habe damals bei dieser Konferenz im Jahre 1968 schon gesagt, man sollte sich nicht nur auf die schönen Künste und auf die Wissenschaft konzentrieren, denn was die Länder der Dritten Welt vor allem brauchen, ist ja tätige Hilfe. Ich habe damals wörtlich gesagt: ihnen zu helfen, ihre geschichtliche Vergangenheit sozusagen ausgraben zu helfen. Es müßten also Anthropologen, es müßten Ökonomen da sein, und es müßten Leute da sein, die etwas vom Genossenschaftswesen verstehen. Das, meine Damen und Herren, verstehe ich unter einem erweiterten Kulturbegriff, denn nur so können wir diesen Ländern der Dritten Welt helfen.

Ich glaube, daß gerade die Gesamtheit des menschlichen Lebens in der kulturellen Außenpolitik eine Rolle spielen sollte.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir schon einmal über dieses Problem diskutiert haben; ich möchte mich also nicht wiederholen. Nur eines möchte ich noch dazu sagen: Es kommt mir bei der kulturellen Außenpolitik nicht nur darauf an, was wir bieten können, sondern wir sollten die anderen Völker zum Gegenangebot animieren, um ein Wechselspiel zu erzielen. Unsere Auslands-kulturpolitik muß sich an den Interessen, an den Bedürfnissen unserer Partnerländer orientieren. Dazu wird natürlich notwendig sein, daß wir die Menschen, die Beamten, die damit zu tun haben werden, entsprechend ausbilden, daß sie Fortbildungskurse besuchen. Das gilt für alle diejenigen, die in der auswärtigen Kulturpolitik tätig sein wollen. Wir werden uns wahrscheinlich darauf einigen müssen, daß wir die spektakulären Dinge, wie die Entsendung großer Orchester oder anderer Gruppen, zugunsten anderer Aktivitäten, die ich vorhin genannt habe, etwas reduzieren.

Wir müssen natürlich auch in den einzelnen Räumen Schwerpunkte setzen. Aber ich will das jetzt nicht im Detail sagen, das war ein konkreter Vorschlag, Herr Bundesminister. Berufen wir eine neue Enquete über dieses Problem in etwas kleinerem Rahmen mit einem gezielten Personenkreis ein und überdenken wir die Neuorientierung der gesamten Auslandskulturpolitik. Ich glaube, daß hier sicherlich neue Gesichtspunkte und neue Gedanken geboren und formuliert werden können.

Einen zweiten Vorschlag erlaube ich mir hier zu machen. Ich habe den Eindruck, daß es vielleicht gar nicht so schlecht wäre, wenn

wir für diese kulturelle Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene eine ständige Kommission einrichten würden, besetzt mit Parlamentariern, mit interessierten Kollegen dieses Hauses, mit Leuten aus der Auslandskulturpolitik, mit Künstlern. Diese ständige Kommission wäre sozusagen das Korrektiv für die Auslandskulturpolitik; aber gleichzeitig wäre sie das Gremium, wo man über weitere Entwicklungen reden könnte, wo man über die Ausbildung, über die Fortbildung diskutieren könnte. Ich weiß nicht, wie Sie darüber denken, ob sich das realisieren läßt.

Hier wäre auch eine intensive Zusammenarbeit von Bundes- und Landesbehörden mit den kulturellen Mittlerorganisationen zu ermöglichen, mit der Arbeit, die von kirchlicher Seite, vom Österreichischen Gewerkschaftsbund und anderen Mittlerorganisationen bereits geleistet wird. Aber alles läuft so nebeneinander. Das kommt mir so vor, wie wenn ich griechische Säulen nebeneinanderstelle und es fehlt der große überwölbende Bogen. Ich glaube, gerade in der kulturellen Außenpolitik sollte man dieses System der intensiven Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Mittlerorganisationen, die ja heute schon zum Teil im Ausland tätig sind, fördern. Dadurch gäbe es ein besseres Informationssystem, die Zusammenarbeit im Personalwesen wäre effektiver, und auch eine Rationalisierung in der Mittlertätigkeit ergäbe sich.

Damit würde ich also sagen: Es sind Organisationsfragen, und es sind Fragen der geistigen Grundlagen. Sekundäres und Wesentliches miteinander gemischt, sollte in dieser ständigen Kommission beraten werden. Denn die Hauptfrage ist für mich immer — wenn ich im Ausland bin, höre ich das immer wieder von unseren beamteten Diplomaten, von unseren beamteten Kulturschaffenden draußen —: Wie kann ein Dauerkontakt zwischen den leitenden Verwaltungsstellen im Inland und allen freien geistigen Kräften ohne Bevormundung einer Seite erzielt werden? Das ist das Problem. Wie spielt sich das in Wirklichkeit ab? In Wirklichkeit spielt sich das im Rahmen der Auslandskulturpolitik hauptsächlich im privaten Bereich ab. Die wesentlichen Kontakte und Anregungen bekommt man im persönlichen Gespräch, und das, glaube ich, sollte man für die gesamte Auslandspolitik nutzen.

Ich bin also der Meinung, daß gerade die auswärtige Kulturpolitik solche Anregungen von draußen bekommen sollte, und wir sollten sie als Anregung für unsere Arbeit hereinholen.

Meine Damen und Herren! Die österreichische Außenpolitik ist geprägt vom Staatsvertrag und von der Neutralität. Die österreichi-

Luptowits

sche Außenpolitik ist aber darüber hinaus geprägt von den jeweiligen Persönlichkeiten, die diese Außenpolitik entscheidend beeinflussen. Ich glaube, ohne überheblich zu sein, mit Stolz sagen zu können, daß sich die österreichische Außenpolitik, wie sie heute von der Bundesregierung, aber auch von den Parlamentariern geprägt wird, überall sehen lassen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Professor Dr. Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Ich bin an sich darauf abgestellt, über die Südtirolfrage etwas Näheres zu sagen, aber gestatten Sie mir doch eine Gruppe antikritischer Bemerkungen in bezug auf die improvisierten Anfangsausführungen des Herrn Abgeordneten Czernetz, Ausführungen in bezug auf die Ausführungen und die Kritik des Herrn Abgeordneten Luptowits und dann auch eine kritische Bemerkung zu den abgerundeten Versuchen des Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi zu machen.

Wenn Herr Abgeordneter Luptowits davon gesprochen hat, daß er gewisse Zweifel an der Leidenschaft, dem Verantwortungsbewußtsein und dem Augenmaß von Ausführungen eines Vorredners hegt, so möchte ich doch deutlich machen, daß Sie niemandem die Leidenschaft für die Politik in diesem Hause absprechen können. Ich glaube, Sie können auch niemandem das Verantwortungsbewußtsein an einer richtigen Außenpolitik und vor allem das Bewußtsein für eine kontinuierliche Außenpolitik absprechen; was das Augenmaß angeht, Herr Abgeordneter Luptowits, so darf ich doch auf eine Formulierung verweisen, die der Herr Außenminister Kirchschläger in einem Vortrag vor der Außenpolitischen Gesellschaft gebracht hat, die man auch in einem Aufsatz, den Herr Nationalratspräsident Benya in der „Republik“ über den modernen Parlamentarismus geschrieben hat, findet, nämlich daß die Minderheit das Recht hat, ihre Bedenken geltend zu machen. Hier, Herr Abgeordneter Luptowits, macht die Opposition ihre Bedenken in bezug auf die Schwerpunkte dieser Außenpolitik geltend. Wenn Sie nun sagen, daß man sich eben den Mehrheitsentscheidungen in einer Demokratie unterwerfen müsse — ich gestehe ein, daß dieser Gedanke der Mehrheitsentscheidung von Locke aufwärts bis zur Gegenwart sicherlich die Prägung des Parlamentes bietet —, so muß ich dazu feststellen, daß Sie uns keine Möglichkeit bieten, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren oder nicht zu akzeptieren, denn es gibt im Hause außer der Zustimmung zu Verträgen überhaupt keine Mehrheitsentscheidungen; die Außenpolitik wird von der Regie-

rung gemacht, und daher gibt es überhaupt keine Mitentscheidungsmöglichkeit über die Schwerpunkte als die Kritik zu diesen. Das ist die Problematik der Außenpolitik. Wo es eine Mehrheitsentscheidung im Hause gegeben hat, die die Außenpolitik berührt hat, Herr Abgeordneter Luptowits, da war diese Mehrheitsentscheidung so fehlerhaft, daß Experten jetzt schon ein Jahr daran arbeiten, um diese Mehrheitsentscheidung wiederum umzuändern. Konkret meine ich die Kärntner Ortstafelfrage; das war die einzige Frage in diesem Hause, die eine außenpolitische Bedeutung hatte, wo das Problem der Entscheidung der Außenpolitik — sieht man von Staatsverträgen ab — parlamentarisch transparent gewesen ist.

Daher ist Ihre von Max Weber bezogene Dreieigenschaftstheorie des Politikers — übertragen auf dieses Haus und auf Abgeordnete der Opposition — vom Fachlichen her sicher nicht so zutreffend, wie Sie es überzeugend haben darstellen wollen.

Ich möchte aus dem Referat des Herrn Abgeordneten Czernetz die Frage nach der Zuständigkeit des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten in Fragen der Landesverteidigung herausstellen. Das neue Bundesministerengesetz enthält in der Anlage 1 die deutliche Aussage, daß jeder Bundesminister in Angelegenheiten der Landesverteidigung in seinem Ressortbereich zuständig ist. Der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten ist in dem Moment ganz allgemein für Fragen der Landesverteidigung zuständig, wenn in diesen Fragen der Landesverteidigung die Außenpolitik eine entscheidende Rolle spielt, denn der Herr Bundeskanzler hat vor einigen Tagen deutlich gemacht, daß eine gute Außenpolitik in Kombination mit einer Landesverteidigungspolitik eine gute Sicherheitspolitik ausmacht; also schon vom Politischen her gesehen trägt der Herr Bundesminister die Verantwortung und selbstverständlich vom Außenpolitischen her; das gehört zum Problembereich des Artikels 13 des Staatsvertrages.

Ich finde es — ich würde nicht sagen, ungeheuerlich, das wäre eine Übertreibung — doch befremdend, wenn der Herr Abgeordnete Czernetz von den Illusionen über die Verteidigungsmöglichkeiten des Kleinstaates gesprochen hat. Wir sollen keine Illusionen haben, sondern wir sollen den Willen haben, diese Verteidigungsbereitschaft zu tragen! Geradezu falsch war es, wenn er pathetisch von der Existenz der Bereitschaftstruppe gesprochen hat, denn wenn er von einer 15.000 Mann starken Bereitschaftstruppe spricht, dann kennt er die Heeresorganisation 1972 nicht und kennt damit auch nicht die Ant-

Dr. Ermacora

worten, die der Herr Bundesminister Lütgendorf im Budgetausschuß beim Kapitel Landesverteidigung zu dieser Frage gegeben hat. Es kann keine Rede davon sein, daß wir eine 15.000 Mann starke Bereitschaftstruppe haben.

Herr Abgeordneter Czernetz hat vergessen, auf eine Erfahrung, die aus dem vierten Nahostkrieg zu ziehen ist, hinzuweisen und die nach meiner festen Überzeugung Berücksichtigung in unserer Verteidigungspolitik wird finden müssen, nämlich auf die Erfahrung, daß es zu Konfliktsituationen ohne Vorwarnung kommen kann und daß damit die Mobilmachung nicht mehr das geeignete Mittel ist, um einem Konflikt, der ohne Vorwarnung eintritt, entgegenzutreten. Diese Erkenntnis militärstrategischer Natur ist von solcher Bedeutung, daß sie nach meiner festen Überzeugung alsbald Eingang in die Beurteilung der österreichischen Verteidigungsfähigkeit finden müßte.

Der Herr Abgeordnete Czernetz hat relativ lebhaft, als ob er es uns zum Vorwurf machen wollte, von der Eröffnung der Generalversammlung und von der Möglichkeit gesprochen, daß man darüber nicht diskutieren konnte. Ich möchte aber dazu sagen, daß die provisorische Tagesordnung der Generalversammlung in einem UNO-Dokument, dessen Symbol ich nicht vor mir habe, um den 15. Juni herum schon erhältlich gewesen ist. Ich wollte schon immer fragen, warum man denn nicht schon dieses Dokument der provisorischen Tagesordnung den Vertretern im Außenpolitischen Ausschuß — wobei ich nur Ersatzmitglied bin, das möchte ich hinzufügen — zur Verfügung gestellt hat und warum man nicht schon im Juli über diese Frage diskutieren konnte.

Ich komme nun zu jenem Teil meines Debattenbeitrages, den ich mir vorbereitet habe, den ich nicht improvisiert hier halte.

Ich habe mich gefreut, daß man den Beamten des Hauses dankt. Natürlich gilt auch mein Dank den Beamten des Hauses. Aber nur symbolisch die Hände schütteln ist etwas zu wenig. Man muß hier doch etwas tiefer greifen und ernsthaft die Frage nach den Auslandsbezügen stellen. Im Jahre 1972 wurden die Auslandsbezüge der im Ausland tätigen Beamten um 10 Millionen erhöht. Aber die ungeheuren Teuerungen der westlichen Welt wurden im wesentlichen nicht abgegolten und konnten nicht aufgefangen werden, insbesondere jene Teuerungen, die sich durch die Abwertung des Dollars ergeben haben.

Es ist auch die Frage zu stellen, ob das Wohnungszuschlagssystem befriedigend gelöst ist, insbesondere in jenen Staaten beziehungsweise Orten, wo die Wohnungsmieten

unverhältnismäßig höher sind als die sonstigen Lebenskosten. Ich denke hier insbesondere an unsere Beamten in Genf, wo die Kosten-schere bei größerem Wohnraumbedarf unweigerlich in die Gehälter der Beamten eingreift. Ich würde doch die Frage stellen, ob man im Zusammenhang mit diesem Problem im Hause, in Ihrem Hause, Herr Bundesminister, die entsprechenden Berechnungen angestellt hat. Hiefür sind die Berechnungen nicht allzu schwierig, weil der Personalstand in Ihrem Ministerium ja nicht so groß ist. Was beabsichtigt man hier ernsthaft, um die Härten des Einzelfalles, die da und dort erhebliche sind, auszugleichen? Ich glaube, das ist mein Beitrag für den Dank an die Beamten, indem ich mich in diesem Moment für diese Frage, die meiner Meinung auch eine Frage der Dienstfreudigkeit ist, einsetze.

Herr Bundesminister! Sie sprachen kürzlich über die Demokratie und die Außenpolitik in der Außenpolitischen Gesellschaft. Hier möchte ich nur ein Wort über die Transparenz verlieren. Es genügt nicht immer, daß die Kritik der Entscheidungen in irgendwelchen Gremien transparent gemacht wird. Ich glaube, es ist einfach notwendig, daß Ihre Außenpolitik, bevor Entscheidungen getroffen werden — Entscheidungen, die Ihnen natürlich zukommen, das bestreite ich natürlich überhaupt nicht —, im Hause transparent gemacht wird. Die parlamentarische Transparenz scheint mit ein wesentliches Element der Demokratie der Außenpolitik zu sein.

Herr Bundesminister! Verehrte Damen und Herren! Ich darf auf einzelne Fragen der Südtirolpolitik zu sprechen kommen. Ich möchte hier hervorheben, daß Sie, Herr Bundesminister, im Budgetausschuß des Parlamentes nach wie vor — auf Fragen des Dr. Scrinzi und auf meine Frage — die Südtirolproblematik und die Südtirolpolitik als eine Hauptaufgabe der österreichischen Außenpolitik angesprochen haben.

Es gibt zwei Hauptfragen hiebei und eine Frage, die etwa im entfernten damit zusammenhängt. Die Hauptfrage ist das Problem des Paketes und die Durchführung des Paketes. Die zweite Hauptfrage ist das Bemühen um die Hochschulausbildung der Südtiroler, sei es in Österreich, sei es in Italien, sei es gar in Südtirol. Und das dritte Problem, das mit diesen beiden Fragen zusammenhängt, ist Ihre Haltung zum alpenländischen Regionalismus.

Was die Frage des Paketes angeht, so hat sie zwei Komponenten: auf der einen Seite die Durchführung des Paketes an und für sich und auf der anderen Seite die Durchexerzierung des Operationskalenders. Diese Komponenten sind heute hineingestellt in die italieni-

Dr. Ermacora

sche Gesellschaftspolitik, in die Beziehungen von Wien zu Innsbruck und in die Südtiroler Gesellschaftspolitik. Gerade in der letzteren hat sich seit zwei Wochen nach meiner Meinung ein ganz tiefgreifender Wandel manifestiert, indem der parteipolitische Pluralismus nunmehr zu einem Element der Südtiroler Landschaft geworden ist.

Ich spreche deshalb von einem tiefgreifenden Wandel, weil in der Situation, in der sich Südtirol befindet, nämlich nach wie vor eine Minderheit im italienischen Staatsvolk zu sein, die Zersplitterung einer Minderheitenvertretung an sich ein grundlegendes Problem ist, das nicht nur die Minderheitenpolitik in Südtirol betrifft, sondern allgemein ein Problem der Minderheitenpolitik ist.

Ich persönlich könnte mir vorstellen, daß dieser Entwicklungsvorgang als ein Reife-prozeß zu bezeichnen ist, wenngleich in diesem Entwicklungsprozeß auf der anderen Seite möglicherweise sozusagen eine offiziöse Verelsässerung des Südtirolproblems Platz greifen könnte. Das ist eine Feststellung, kein Urteil. Ich spreche mich nicht für das eine oder gegen das andere aus, sondern möchte nur die beiden Positionen herausstellen.

Nach wie vor ist Österreich nach dem Pariser Abkommen eine Schutzmacht für die Interessen der Südtiroler oder Südtirols. Eine Schutzmacht hat diese Entwicklung mit zu berücksichtigen. Damit hängt nun eng zusammen die Frage, wie die österreichische Außenpolitik zum Standpunkt der Paketdurchführung und zum Stand des Operationskalenders steht.

Ich würde im Gegensatz zu Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi sagen, daß die Paketdurchführung — gemessen an den italienischen politischen Bedingungen, gemessen an der geschichtlichen Entwicklung italienischer Außenpolitik in bezug auf die nationale Frage und die Brennergrenze — als befriedigend zu bezeichnen ist, wenngleich, und das möchte ich hervorheben, in Schlüsselfragen bei der Durchführung des Paketes, die das Pariser Abkommen unmittelbarst betreffen, bis heute keine Ergebnisse erzielt wurden.

Das würde sich, wenn man es nicht informativ durch Privatgespräche erfahren wollte, aus einem Artikel Benediktors ergeben, der deutlich macht, daß die Durchführungsbestimmungen hinsichtlich Proporz und Sprachgebrauch noch nicht erlassen wurden, daß die Anstrengungen, diese auszuarbeiten, ein Hauptansatz der nächsten Monate sein soll. Gerade dieses Problem — Proporz und Sprachenfrage — ist mit ein eigentliches Problem des Artikels I des Pariser Abkommens. Wir haben wohl befriedigende Paketdurch-

führung auf allen jenen Gebieten, die im Zuge des Trendes zum italienischen Regionalismus hin liegen, aber wir haben hier in diesen beiden Punkten, wo es um die Stellung der Volksgruppe als solche geht, keineswegs diese Fortschritte zu verzeichnen. Ich möchte das einfach formal feststellen, auch hier, ohne ein Urteil über offiziöse Verelsässerung auf der einen Seite, Reife-prozeß auf der anderen Seite oder Europäisierung auf der dritten Seite abzugeben.

Was nun die Meinung des Herrn Dr. Scrinzi angeht, so möchte ich ganz ausdrücklich feststellen, daß, vom Formalen her gesehen, die Italiener in der Durchführung des Operationskalenders nach meiner Kenntnis der italienischen Abwicklung des Operationskalenders — und ich möchte hier von mir behaupten, daß ich für eine geraume Zeit sowohl der Tiroler Landesregierung als auch der österreichischen Bundesregierung als Experte gedient habe und mich daher in der Sache wirklich gut auskenne — schon beim Punkt 10 und beim Punkt 11 stehen, während die österreichische Position vor dem Punkt 9 hält.

Punkt 9: Parlamentarische Verabschiedung des IGH-Vertrages. Punkt 10: Verabschiedung der einfachen italienischen Gesetze — das ist geschehen. Punkt 11: Erlassung der Durchführungsbestimmungen zum italienischen Verfassungsgesetz — das ist etwa halb, halb geschehen.

Wir sind also heute in einer Kompromiß-situation insofern, als die Italiener zwei Punkte weiter sind, als Sie es sein sollten, aber wir dennoch wissen, daß es bis zum 20. Jänner 1974 nicht zu einer vollen Erlassung der Durchführungsbestimmungen kommen kann. Das ist wohl richtig. Hier ergibt sich nun, nach meiner festen Überzeugung ... (Abg. Dr. Scrinzi: Davon habe ich geredet!) Bitte, aber das muß man im Zusammenhang mit 9, 10, 11 sehen, Herr Primarius.

Hier steht nun die österreichische Außenpolitik nach meiner festen Überzeugung vor einer sehr prekären außenpolitischen Entscheidung: wie sie die Problematik der Operationskalenderpunkte 9, 10, 11 lösen will. Und hier, Herr Bundesminister, habe ich eine Anregung auszusprechen, die sicherlich die Anregung aller sein kann: daß man sich nach der veränderten politischen Landschaft in Südtirol so rasch wie möglich, sei es in Wien oder in Innsbruck, an einen Tisch setzt und unter Beziehung aller, die in der Südtirolfrage etwas auszusagen haben, über die Notwendigkeit des nächsten Schrittes berät. Ich glaube, dieses Zusammentreffen könnte auch wesentlich dazu beitragen, daß wieder einmal größere Harmonie herrscht, als sie in der Vorwahlzeit in Südtirol bestanden hat.

8598

Nationalrat XIII. GP — 88. Sitzung — 5. Dezember 1973

Dr. Ermacora

Ich brauche hier nicht weiter darauf einzugehen, daß es Personen der SPÖ gewesen sind, die in den Wahlkampf um Jenni eingegriffen haben — ich stelle das nur fest. Und hier hat sich eine gewisse Disharmonie ergeben, und es gilt, wieder die Harmonie herzustellen.

Als zweites wesentliches Problem in der Durchführung des Paketes und in der Verwaltung der Autonomie ist da das Personalproblem wichtig. Hat die Provinz genug ausgebildetes Personal, um die ihr hier zukommenden neuen Aufgaben zu tragen? Und da erhebt sich nun die Grundsatzfrage: Wo soll diese Ausbildung erfolgen, wie soll sie erfolgen und wer soll diese Ausbildung durchführen, soweit das eine Ausbildung ist, die auf akademischem Boden erfolgen soll?

Wie Sie, Herr Bundesminister, im Ausschuß gesagt haben, laufen unter Ihrer Verantwortung Verhandlungen zwischen Italien und Österreich bezüglich der Frage Innsbruck—Padua—Bozen an. Wie nun diese Verhandlungen laufen, das ist nicht transparent, nur einige wenige wissen es. Ich weiß es zum Beispiel nicht, wie die Verhandlungen laufen, welches die einzelnen Schwerpunkte sind. Ich glaube, auch hier müssen gemeinsame Wege alsbald gegangen werden, um einen nach allen Seiten abgesicherten Plan in dieser Angelegenheit verfolgen zu können.

Diese Frage ist insofern eine außenpolitische — selbstverständlich —, als Sie die Verhandlungen führen, verantwortlich führen, aber darüber hinaus als sie tief in die Problematik des europäischen Regionalismus hineinreicht. Wir alle wissen vom Regionalismus der Alpenregion, über sozialistische Vorstellungen vom Regionalismus. Ich glaube, hier wäre es eine Aufgabe der Außenpolitik, Herr Bundesminister, daß man sich auch an einen Tisch setzt und einmal den Begriff des Regionalismus, bevor man ständig verschiedene Bedeutungen in der Öffentlichkeit verwendet, klarstellt.

Was heißt Regionalismus? Ich persönlich, Herr Bundesminister, meine, daß man sich zum Regionalismus im Sinne des Begriffes des Europarates bekennen muß, zu dem grenzüberschreitenden Regionalismus, der Teile eines Staates in eine regionale Verbindung bringt. Ich glaube, so ist auch von Tirol aus der Regionalismusbegriff zu verstehen beziehungsweise wird er in der Arbeit, die vor allem vom Landeshauptmann Wallnöfer initiiert wurde und nun vom Institut Duo Regio Alpina getragen wird, verstanden. Es wäre notwendig, das Problem in den Griff zu bekommen, insbesondere die Frage der Begriffsbildung herauszustellen.

Herr Bundesminister! Ich möchte zum Abschluß eine Frage stellen, die ich gestern vergeblich an den Herrn Bundeskanzler gestellt habe; ich möchte hier nur die Frage stellen, möchte aber keine weiteren Überlegungen anknüpfen.

Aufmerksam geworden bin ich durch eine Tanjuk-Meldung vom 23. November dieses Jahres, wo es heißt, daß von Vertretern Jugoslawiens und Österreichs zu Anfang dieses Jahres diplomatische Gespräche über die Forderung nach Rückgabe des jugoslawischen Archivmaterials aus Österreich stattgefunden haben. Es haben dann lebhaft Diskussionen in parlamentarischen Gremien Jugoslawiens stattgefunden.

Ich darf Sie aufmerksam machen — das werden Sie ja wissen —, daß es sich hier um den Vertrag 602 aus 1923 handelt, und hier wäre ich für die Auskunft darüber dankbar, obwohl die Auskunft nur zu einem Teil in Ihre Verantwortung fällt, zu einem anderen Teil in die Verantwortung des Herrn Bundeskanzlers bezüglich des Archivmaterials an und für sich und zu einem Teil in die Länderverantwortung. Wie haben Sie auf diese parlamentarischen Interventionen in jugoslawischen Regionen reagiert, und wie steht es um die Behandlung dieser Frage?

Herr Bundesminister! Ich möchte am Ende meiner Ausführungen eine Kritik anbringen, wieder im Kreis der kritischen Bemerkungen, die ich in Form einer Antikritik zu Herrn Luptowits gebracht habe, zu Herrn Dr. Scrinzi und zu Herrn Professor Czernetz.

Es geht mir bei der Außenpolitik um das Problem der Vorausschaubarkeit der Außenpolitik und der Koordination der Außenpolitik. Die Frage der Koordination der Außenpolitik hat zwei Ebenen: eine Ebene, die die Oppositionsparteien betrifft, und eine andere Ebene, die Ihr Ressort selbst betrifft. An der Spitze dieser Ressortkoordinationsfragen möchte ich Sie noch einmal auf die Frage aufmerksam machen, die ich im Ausschuß gestellt habe und die Sie mir nicht beantwortet haben. Nach dem Bundesministeriumsgesetz werden Sie die Möglichkeit haben, durch Verordnungen Kompetenzen Ihres Ministeriums auf andere Bundesministerien zu übertragen. Werden Sie von dieser Kompetenz alsbald oder zumindest in absehbarer Zeit Gebrauch machen?

Was nun die Koordination angeht, Herr Bundesminister, habe ich eine ganze Liste von Fakten, aus denen hervorgeht, daß die Koordination mit Ressorts oder mit dem Herrn Bundeskanzler entweder überhaupt nicht stattgefunden hat oder nicht befriedigend war. Koordination Außenpolitik — Landesverteidi-

Dr. Ermacora

gung; Koordination in bezug auf die sehr deutlichen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers in der ungarischen Akademie der Wissenschaften — Sie wissen um den Rapatzkyplan; Sie haben mir daraufhin eine Antwort gegeben, aber die Antwort war in bezug auf die Koordinationsfrage nicht befriedigend —; Koordination in bezug auf den Lütgendorf-Besuch in Cypern und seine allen Konventionalregeln widersprechende militärische Benivolenz gegenüber türkischen Einheiten, weiters — ich brauche das nicht zu fragen, ich stelle dieses Problem auf — die undichte Kooperation in der Schönau-Angelegenheit, das Problem der Kooperation im Regionalismusbereich. Das ist nicht nur eine Frage der Außenpolitik, das ist auch eine Frage der Innenpolitik. Ich glaube, hier müßten Sie abklären beziehungsweise müßte abgeklärt worden sein.

Eine Koordination in einem sehr schlagzeilenhaft vorgetragenen Antrag des Herrn Bundeskanzlers Kreisky, schon vor einiger Zeit, er werde die Frage der Wehrdienstverweigerung auf das Programm der Europäischen Sicherheitskonferenz setzen, vermisse ich ebenfalls. Ich hatte mir gestern erlaubt, des Herrn Bundeskanzlers Ideen oft als färbige Seifenblasen zu bezeichnen. Das ist in der Zeitung groß gestanden, aber seither hört man nichts mehr. Er mußte aber wissen, daß das eine völlig unrealistische Unternehmung gewesen wäre; ich brauche das nicht weiter zu erklären.

Die Konferenz der arabischen Botschafter mit dem Herrn Bundeskanzler war meiner Meinung ein Problem der Koordination. Ebenso der Bericht über die Zukunft des Europarates — er liegt nun heute vor, nicht hier vor uns, aber er liegt vor, Herr Bundesminister —, wie ist das koordiniert?

Herr Bundesminister! Man wird natürlich die Frage stellen, wo denn die Ursachen all dieser Koordinationsschwächen, so wie ich sie sehe, sind. Ich habe darauf eine klare Antwort: Die eine, die grundlegende Ursache, ist in der ambitionierten Stellung des Herrn Bundeskanzlers in Fragen der Außenpolitik zu suchen, und hier kommt er mit Ihnen, Herr Bundesminister, in gewissen Problemen in Konkurrenz.

Herr Bundesminister, wenn man von einer einheitlichen Auffassung spricht — in dem Vortrag, den Sie in der Außenpolitischen Gesellschaft gehalten haben, suchen Sie eine einheitliche Auffassung in der Außenpolitik —, so muß es ein Forum geben, um diese Einheitlichkeit herzustellen. Das kann nicht — so sehr ich es schätze — ein Privatgespräch sein, sondern das kann nur das Par-

lament und der parlamentarische Ausschuß sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Peter. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei einer Budgetdebatte liegt es in der Natur der Sache, daß sich die Kräftekonzentration der Oppositionsparteien gegen die Bundesregierung richtet, besonders dann, wenn dieselbe mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet ist.

Ich hatte heute nicht die Absicht, die Österreichische Volkspartei von diesem Platze aus anzusprechen. Da aber der Herr Abgeordnete Mock seiner Verwunderung Ausdruck verliehen hat, daß die freiheitliche Fraktion nach den Ausführungen des Abgeordneten Scrinzi dem Kapitel Äußeres zuzustimmen beabsichtigt, darf ich mich mit dieser „Verwunderung“ auseinandersetzen, zumal ja der Herr Abgeordnete Mock im Zusammenhang mit dieser Frage die Problematik einer etwaigen „höheren Strategie“ der Freiheitlichen Partei aufgeworfen hat.

Herr Abgeordneter Mock, die Zustimmung der FPÖ-Fraktion hat grundsätzlich nichts mit einer „höheren Strategie“ zu tun, sondern ist vielmehr in einer Überlegung begründet, die uns Freiheitlichen von Haus aus nicht fremd war und deren sich die Österreichische Volkspartei in den letzten Wochen mehr und mehr zu bemächtigen scheint. Während wir Freiheitlichen seit Jahren und schon in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung eine differenzierte Oppositionspolitik gegenüber der jeweiligen Regierung betrieben haben und betreiben, hat die Österreichische Volkspartei erst auf ihrer allerjüngsten Klausurtagung in Badgastein den Wert einer differenzierten Oppositionspolitik entdeckt. Aber anscheinend haben sich der Parteiobermann und der Klubobermann der Österreichischen Volkspartei mit dieser differenzierten Oppositionspolitik in den Reihen der eigenen Partei und in den Reihen des eigenen Klubs noch nicht durchgesetzt, denn sonst hätten Sie ja nicht Ihrer „Verwunderung“ Ausdruck verleihen brauchen, Herr Abgeordneter Mock.

Die differenzierte Oppositionspolitik besteht für uns Freiheitliche unter anderem darin, daß wir dort, wo die staatspolitischen Gemeinsamkeiten gegenüber den Gründen für die Kritik überwiegen, eben differenziert entscheiden und trotz der kritischen Bemerkungen, wie sie der Abgeordnete Dr. Scrinzi heute zum Ausdruck gebracht hat, dem Kapitel Äußeres zustimmen werden.

Aber lassen Sie mich — da Sie ja das Thema aufgeworfen haben; ich hatte nicht die Absicht,

Peter

es zu tun — auf diese von Ihnen aufgeworfene Frage etwas näher eingehen.

Ich darf Ihnen zur Auffrischung Ihres Gedächtnisses und weil die beiden Persönlichkeiten, die ich jetzt zitiere, für Sie überzeugender sind als meine Argumente, den Herrn Bundesparteiobermann der Österreichischen Volkspartei und den Herrn Klubobmann der OVP-Nationalratsfraktion erwähnen, die in Gastein unter anderem folgendes zum Ausdruck brachten. Ich zitiere zuerst Herrn Doktor Schleinzner:

Oppositionspolitik auf Schwerpunkte konzentrieren. Das wird uns nur gelingen, wenn wir in Zukunft eine differenzierte Oppositionspolitik betreiben. Klubobmann Professor Koren formulierte es so: Die Volkspartei wird eine differenzierte — also verfeinerte — Oppositionspolitik betreiben.

Sie postulieren die differenzierte Oppositionspolitik, wir Freiheitlichen praktizieren die differenzierte Oppositionspolitik seit Jahren. Es hat also, Herr Abgeordneter Mock, durchaus nichts mit „höherer Strategie“, sondern mit staatspolitischer Einsicht und mit realpolitischer Vernunft zu tun, wenn wir Freiheitlichen dem Kapitel Äußeres heute die Zustimmung erteilen.

Aber wie sehr sich die Österreichische Volkspartei im Stadium des Plagiats gegenüber der Freiheitlichen Partei befindet, will ich Ihnen an einem weiteren Beispiel demonstrieren. Ich zitiere vorerst das freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik, worin es in einem Kapitel heißt: Aufstieg ist das Ziel. Wir verstehen die freiheitliche Gesellschaft als eine Gesellschaft des Aufstieges. Das Wort Aufstieg meint hier jede Art von Aufwärtsentwicklung, die der einzelne Mensch nehmen kann, sei es kulturell-geistig, sei es wirtschaftlich und sozial.

Eine Woche nach den Herbstwahlen, also nach dem 21. Oktober 1973, nahm der Herr Bundesparteiobermann der Österreichischen Volkspartei Dr. Karl Schleinzner in Niederösterreich zum selben Thema wie folgt Stellung: Im Interesse der österreichischen Jugend will die OVP in Zukunft eine Politik vertreten, in deren Mittelpunkt verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten stehen.

Wir freuen uns, Herr Abgeordneter Mock, über die Überzeugungskraft unserer programmatischen Aussage und wir freuen uns auch darüber, daß die Österreichische Volkspartei immer mehr auf die Linie der Freiheitlichen Partei einschwenkt, was die Politik des Aufstieges anbelangt. (*Allgemeine Heiterkeit.*)

Wie sehr, Herr Abgeordneter Dr. Mock, die Österreichische Volkspartei gegen die Grund-

sätze ihrer eigenen Entscheidung von Badgastein heute wieder einmal verstößt, geht ja auch aus der Berichterstattung der „Salzburger Nachrichten“ über diese Klausurtagung vom 31. Oktober 1973 hervor, worin es heißt: „Die OVP hat sich Dienstag in ihrer Klausursitzung in Badgastein auf eine neue und, wie sie glaubt, wirkungsvollere Oppositionspolitik festgelegt, um das Image einer ‚Neinsagerpartei‘ zu korrigieren.“

Sie können beim Image einer Neinsagerpartei, Herr Abgeordneter Dr. Mock, bleiben. Wir Freiheitlichen betrachten die Opposition als harte, aber sachliche Kontrolle gegenüber einer mit absoluter Mehrheit ausgestatteten Bundesregierung. Diese demokratische Kontrollfunktion nehmen wir auch dann wahr, wenn wir der einen oder anderen Haushaltsgruppe des Bundesfinanzgesetzes 1974 unsere Zustimmung erteilen.

Lassen Sie mich noch in einem weiteren Punkt, Herr Abgeordneter Dr. Mock, Ihr Gedächtnis auffrischen. Bis Außenminister Doktor Kreisky dieses Ressort übernahm, gab es für die freiheitlichen Abgeordneten keine Informationen über Außenpolitik, gab es für die freiheitlichen Abgeordneten kein Mitgestaltungsrecht auf dem Gebiet der Außenpolitik und gab es zwischen dem jeweiligen Ressortchef im Außenministerium und der freiheitlichen Nationalratsfraktion keine Kontakte.

Unter dem damaligen Außenminister Doktor Kreisky wurden dann die Kontakte in die Wege geleitet und sind abrupt abgerissen, als die OVP-Alleinregierung ihr Amt antrat. Der damalige OVP-Außenminister Dr. Lujo Tončić „ignorierte die Freiheitlichen nicht einmal in Fragen der Außenpolitik“.

Nach dem Amtswechsel und Funktionsübergang auf den späteren Außenminister Dr. Kurt Waldheim trat auch keine entscheidende Besserung der Situation aus freiheitlicher Sicht ein.

Seit Außenminister Dr. Kirchschläger im Amte weilt, funktioniert die Information gegenüber den freiheitlichen Abgeordneten, besteht ein uns angemessenes Mitgestaltungsrecht auf dem Boden der Gemeinsamkeiten der Außenpolitik, und besteht auch eine gewisse Einflußnahme der Freiheitlichen im Bereich internationaler Organisationen.

Das ist für uns ein Gewinn. Zudem wurde die Basis staatspolitischer Gemeinsamkeiten verbreitert.

Wir sehen und sahen bis heute im derzeitigen Außenminister einen Garanten konsequenter Prinzipien und einen Vertreter einer flexiblen Diplomatie. Solange der derzeitige Ressortchef des Außenministeriums gegen die

Peter

konsequenten Prinzipien österreichischer Außenpolitik nicht verstößt, stehen auch die außenpolitischen und staatspolitischen Gemeinsamkeiten zwischen dem derzeitigen Ressortchef Dr. Kirchschräger und der freiheitlichen Nationalratsfraktion nicht in Frage.

Ich muß Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Mock, noch etwas in Erinnerung rufen. Gerade die Minister Tončić und Waldheim waren für uns weder Beispiel noch Vorbild, was eine aktive Neutralitätspolitik anbelangt. Sie waren beide nicht zu einer aktiven Neutralitätspolitik zu bewegen. Diese wird allerdings unter dem Außenminister Dr. Kirchschräger versucht. Etliche beachtenswerte Ansätze sind in den abgelaufenen Jahren erzielt worden — also ein außenpolitisches Aktivum, das wir bei der kritischen Betrachtung einzelner Probleme nicht übersehen wollen.

Ich hatte nicht die Absicht — das darf ich am Ende meiner Einleitung noch einmal festhalten —, die Österreichische Volkspartei anzusprechen, bitte aber um Verständnis dafür, daß ich auf die „Verwunderung“ des Herrn Abgeordneten Mock eingehen mußte und ebenso meiner Verwunderung Ausdruck geben darf, wie wenig die ÖVP bis zur Stunde Ansätze zu einer differenzierten Oppositionspolitik zu schaffen in der Lage war.

Herr Bundesminister! Etwas liegt mir noch am Herzen. Es besteht allmählich der Eindruck, und es besteht meines Erachtens auch die Gefahr, daß — weniger vielleicht durch Absicht, sondern durch ein eklatantes Ungeschick der Regierungsfraktion — die Außenpolitik mehr und mehr in das Schlepptau der Innenpolitik und noch mehr in das Schlepptau der Verteidigungspolitik gebracht wird. Das mache ich nicht Ihnen als Ressortchef zum Vorwurf, sondern, was den heutigen Tag anbelangt, dem außenpolitisch so versierten Abgeordneten Czernetz, der heute ein Musterbeispiel negativer Art geliefert hat, wie man es meines Erachtens auf dem Gebiet der Außenpolitik nicht machen soll und nicht machen darf.

Gerade diese ungeschickte Vorgangsweise der Regierungsfraktion, Herr Bundesminister, schadet der Außenpolitik im allgemeinen und nicht zuletzt auch Ihrem persönlichen Ansehen.

Hier sind zweifelsohne auch Dinge passiert — darauf ist mein Fraktionskollege Dr. Scrinzi bereits eingegangen —, die in die Kompetenz des Bundeskanzlers fallen. Je mehr der Bundeskanzler den Geist seiner eigenen Formulierung beschwört, daß eine gute Außenpolitik die beste Sicherheitspolitik ist, umso mehr Hypothesen legt er Ihnen auf, wenn er andererseits für die Verteidigungspolitik so wenig Verständnis bekundet, wie das bis zum heutigen Tag der Fall war.

Nun zu einem besonderen Problem, Herr Bundesminister, das ich alle Jahre von diesem Platz aus vorbringe und das alle Jahre wieder mit so bescheidenen Antworten versehen wird, wie es auch für das Jahr 1974 der Fall ist. Wenn ich richtig informiert bin, so werden Sie im Jahre 1974 in der Lage sein, eine Botschaft in Abidjan und ein Generalkonsulat, das noch nicht endgültig feststeht, neu zu errichten. Darf ich dem gegenüberstellen, daß in den letzten zwölf Monaten 15 Staaten ihre diplomatischen Vertretungen in der Republik Österreich neu errichtet haben.

Osterreich wird also 1974 zwei neue Auslandsvertretungen eröffnen, und im abgelaufenen Jahr haben 15 Staaten ihre Missionen in unserem eigenen Land neu errichtet.

Was würde besser die Situation charakterisieren als diese aufschlußreichen Ziffern? Was würde eindrucksvoller unterstreichen als diese wenigen Ziffern, wie wenig Verständnis der Bundesminister für Finanzen weiterhin den finanziellen Erfordernissen der Außenpolitik entgegenbringt?

Hier hineinspielt auch die These des Bundeskanzlers, daß eine gute Außenpolitik die beste Sicherheitspolitik ist. Wenn Ihnen aber zu wenig Diplomaten, zu wenig Auslandsvertretungen zur Verfügung stehen, dann werden Sie diese gute Außenpolitik nicht im erforderlichen Maße praktizieren können.

Persönlich bin ich der Meinung, daß von Österreich durchaus keine schlechte Außenpolitik betrieben wurde und betrieben wird. Daß es auf dem Gebiet der Außenpolitik Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze gibt, liegt in der Natur der Sache. Gerade weil ich der Auffassung bin, daß von unserem Ministerium und seinem diplomatischen Korps eine qualitativ wertvolle Arbeit geleistet wird, möchte ich auch heuer wieder den Dank für jene Arbeit zum Ausdruck bringen, die unsere Diplomaten in allen Teilen der Welt in so erfolgreicher Weise geleistet haben und leisten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich will heute einmal etwas Ungewöhnliches tun und beziehe in diesen Dank nicht nur die Diplomaten selbst, sondern auch ihre Gattinnen mit ein, die einen besonderen Anteil daran haben, daß das Ansehen Österreichs in der Welt erfolgreich gemehrt wurde und weiterhin gemehrt wird. *(Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.)*

Außenpolitik eignet sich meines Erachtens wenig zum Gegenstand scharfer Worte. Ausdrücke wie „Scherbenhaufen“ scheinen mir bei einer außenpolitischen Debatte nicht richtig am Platze zu sein, auch dann nicht, wenn wir kritisch zu werten und zu wiegen haben.

Peter

Ein besonderes Anliegen meinerseits, Herr Bundesminister, geht dahin, daß wir uns in der weiteren Entwicklung nicht allein auf Lobesworte und Worte der Anerkennung aus dem Ostblock beschränken sollen. Der Begriff Österreich soll in allen Teilen der Welt noch bekannter werden, als er bisher war. Im abgelaufenen Jahr dürfen wir, glaube ich, Erfolgsansätze in dieser Richtung sowohl in den schwarzafrikanischen wie auch in einigen arabischen Staaten verzeichnen. Ebenso ist es gelungen, in Lateinamerika den Begriff Österreich bekannter zu machen als er war.

Wir sollten aber auch darauf bedacht sein, die altbewährten und traditionellen Beziehungen zu unseren nächsten und besten Freunden nicht zu vernachlässigen, sondern sie weiterhin intensiv zu pflegen.

Ich glaube auch, daß es richtig ist, was Sie, Herr Bundesminister, in Ihrem Vortrag am 15. November vor der Außenpolitischen Gesellschaft ausführten, wenn Sie sagten, die Neutralitätspolitik darf keinen Exklusivcharakter bekommen. Sie meinten damit, daß es für die Republik Österreich in ihrer gegenwärtigen Stellung in der Welt nützlich und vorteilhaft ist, sich mit allen Staaten dieser Erde in einer Gesprächsbasis zu befinden. Wenn Sie dieses Ziel erreichen wollen — und ich halte es für richtig —, dann müssen Sie auch in die Lage versetzt werden, Ihren personellen Apparat überzeugender zu verstärken, als es im Jahre 1974 möglich sein wird.

Hier hinein fallen auch die Bemühungen, die Politik Österreichs im Bereich der Dritten Welt zu aktivieren. Ich möchte das Problem in Frageform kleiden, Herr Bundesminister, weil uns in diesem Zusammenhang von seiten des Herrn Bundeskanzlers nicht allzu viele Informationen zur Verfügung gestellt wurden und weil vielleicht in diesem Zusammenhang auch von Ihrer Seite einige Informationen nachgeholt werden sollten.

Auf der einen Seite verfügen wir über ausgezeichnete Beziehungen zu den arabischen Staaten, und auf der anderen Seite trifft uns als neutrales Österreich die Ölpolitik der arabischen Staaten genauso hart wie andere Teile des freien Europa. Ist hier etwas verabsäumt worden beziehungsweise worin bestehen die Schwierigkeiten, daß die Ölrestriktion Österreich in einem so harten Maß trifft?

Oder darf ich die Frage dahin gehend stellen: Was kann von unserer Außenpolitik getan werden, um in diese Richtung besser und wirkungsvoller abzustützen, als es bisher möglich war? Ist vielleicht eine der Ursachen darin gegeben, daß unsere diplomatische Präsenz in einer Reihe dieser Erdölländer eine so schlechte ist? Daß wir uns zum Beispiel in

Kuweit, Jemen und Syrien nur auf Mitbeglaubigungen stützen können, daß wir in diesem Bereich eigentlich nur auf dem Papier vertreten sind? Ist es angesichts der gegebenen Lage erwägenswert, den Ausbau der diplomatischen Präsenz Österreichs in diesem Bereich des Nahen Ostens voranzutreiben oder stehen solchen Überlegungen gewichtige Gründe entgegen? Was könnte denn in diesen Ländern für ein besserer Anwalt für Österreich in Erscheinung treten als das neutrale Österreich selbst? Österreichische Diplomaten sind die besten Anwälte unserer ureigensten Anliegen an Ort und Stelle.

Ich möchte bewußt unterstreichen, daß diese meine Intervention ganz und gar nichts mit einer Parteinahme nach der einen oder anderen Seite im Nahost-Konflikt zu tun hat. Es erscheint vielmehr mir selbst verständlich, daß man angesichts der Erdölkrise diese Fragen aufwirft, um sie auch vom außenpolitischen Aspekt zu beleuchten.

Wie erscheint die Versorgungsproblematik im Lichte der Außenpolitik? Das, Herr Bundesminister, ist ein Aspekt, der bis zur Stunde überhaupt nicht erörtert wurde. Ich weiß nicht, ob heute der gegebene Anlaß ist, dazu Stellung zu nehmen. Es könnte auch eine andere Form der Beantwortung gefunden werden, weil es mir ganz und gar nicht um einen deklamatorischen Aspekt geht, sondern darum, wie der österreichische Außenminister die Versorgungsproblematik aus seiner Sicht her und aus seinen Erfahrungswerten her beurteilt.

Haben wir die Möglichkeiten, eine intensive, objektive und konstruktive Beobachtung aller in diesem Zusammenhang relevanten Tendenzen in den aktuellen Ländern vorzunehmen? Oder fehlen uns dazu entscheidende Voraussetzungen?

Herr Bundesminister! Ich möchte darauf verweisen, daß auch nach dem großen Kompetenzgesetz die Entwicklungshilfe meines Erachtens noch nicht so gediehen ist, wie es wünschenswert wäre. Welche Probleme ergeben sich aus der neuen Kompetenzlage für Ihr Ministerium, nachdem ja nunmehr dem Bundeskanzleramt das entscheidende Wort zukommt und ich das Gesamtkonzept des Bundeskanzleramtes zur Thematik der Entwicklungshilfe nicht kenne.

Auf Grund eigener Beobachtungen stehe ich unter dem Eindruck, daß wir mit Detail- und Einzelprojekten auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe bis jetzt relativ gute bis äußerst positive Erfahrungen gesammelt haben.

Allerdings muß ich der Bundesregierung den Vorwurf machen, daß sie nicht immer in der Lage war, aus solchen Einzelprojekten das

Peter

erforderliche Kapital durch eine entsprechende Ausstrahlung in jenem Land zu schlagen, in dem das Entwicklungshilfeprojekt errichtet wurde. Wie schaut es zum Beispiel mit Sattahib aus? Wie lange mußte man sich hier bemühen, bis man dieses äußerst günstige Berufsschulprojekt in Thailand in Betrieb setzen konnte. Vielleicht sind die Tendenzen dort überhaupt erst zu spät zum Tragen gekommen.

Hier einmal etwas mehr auch vom Außenminister zu erfahren, wäre für uns Freiheitliche überaus interessant. Ist eine Bestandsaufnahme auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe notwendig? Inwieweit haben sich Botschafterkonferenzen im partiellen Bereich mit dieser Frage beschäftigt und welche Berichte liegen Ihnen, Herr Bundesminister, vor?

Nun möchte ich mich einem Thema zuwenden, das der Herr Abgeordnete Luptowits angeschnitten hat und das ich im Vorjahr sehr intensiv von diesem Platze aus abgehandelt habe. Ich gebe meiner Genugtuung Ausdruck, daß die Auslandskultur in die angestammte Heimat des Außenministeriums zurückgefunden hat, daß das Zwischenspiel im Unterrichtsministerium, das unter dem Herrn Gesandten Karasek einen hoffnungsvollen Anfang nahm, aber dann nicht mehr weiter gediehen ist, nunmehr seine Beendigung erfahren hat.

Welches Kapital, Herr Bundesminister, haben Sie übernommen? Wie schaut die Konzeption aus, die Ihnen als Vermächtnis und Erbe vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst hinterlassen wurde?

Gerade weil Sie vor rund einem Jahr so zurückhaltend bei der Beantwortung dieses Problems waren, darf ich Sie bitten, heute aus dieser Reserve herauszugehen. Sie sagten damals wörtlich: „Ich rede nicht gern von Dingen, die im Parlament noch nicht beschlossen worden sind.“ Jetzt liegt der Beschluß vor. Ich bitte Sie, über die so wesentlichen „Dinge“ heute, Herr Bundesminister, gerne zu reden. Das große Kompetenzgesetz ist vom Parlament beschlossen. Die Auslandskulturpolitik untersteht nunmehr Ihrer Kompetenz. Ich möchte wissen, ob Sie meine Auffassung teilen, daß auf dem Gebiet der Auslandskulturpolitik ein eklatanter Nachholbedarf besteht, der meiner Meinung nach einer raschen Bewältigung bedarf.

Ich bin darüber hinaus der Auffassung, Herr Bundesminister, daß Koordinierung im Bereich der österreichischen Auslandskulturpolitik ein Gebot der Stunde ist, und mich interessiert weiter, wie Sie nunmehr jenen Impuls zu setzen beabsichtigen, der nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann und darf.

Bei der Diskussion dieses Themas darf ich die Gegenposition zum Herrn Abgeordneten Luptowits beziehen. Er sprach von einer „Ständigen Kommission“, die errichtet werden soll. An und für sich ist das ein erwägens- und überlegenswerter Gedanke. Aber mir scheint er schon eine zu sehr definitive Ausprägung zu haben, und es läßt sich schwer voraussagen, inwieweit mit einer „Ständigen Kommission“ auf dem Gebiet der Auslandskulturpolitik das Auslangen gefunden werden kann beziehungsweise inwieweit eine „Ständige Kommission“ überhaupt vonnöten ist.

Es kann sein, daß Sie den zweiten Schritt richtig sehen. Ich stehe aber unter dem Eindruck, daß Sie den ersten Schritt außer acht gelassen haben. Ich würde als ersten Schritt eine Enquete zur Auslandskulturpolitik vorschlagen. In der Zusammensetzung einer solchen Enquete wird wahrscheinlich relativ rasch Übereinstimmung zu finden sein. Ich ziehe folgende Beteiligung in Erwägung:

Vertreter aus allen Bereichen der Kunst,

Vertreter der Kulturredaktionen der Massenmedien,

Vertreter wichtiger Kulturzeitschriften,

Vertreter der Bundestheaterverwaltung — die dürfte man meiner Meinung nach nicht ausklammern — und, was mir sehr wichtig erscheint,

die Vertreter aller beteiligten Ministerien einschließlich des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie, weil auch der Bereich der Fremdenverkehrswerbung in diesen Bereich mit hineinspielt, und schließlich

die Vertreter der drei im Nationalrat vertretenen Parteien. Hier möchte ich sowohl den Außenpolitischen Ausschuß, als auch den Ausschuß für Unterricht und Kunst mit einbezogen wissen.

Herr Bundesminister! Vielleicht ist es Ihnen möglich, diesen Vorschlag zu prüfen und ihn zu akzeptieren. Ich sehe in ihm keinen abschließenden sondern einen ersten Schritt, der Aufschluß darüber geben könnte, ob ein praktikables Konzept vorhanden ist beziehungsweise ob ein solches überhaupt erst erarbeitet werden muß.

Über eine konkrete Absichtserklärung werden Sie wahrscheinlich heute nicht hinauskommen. Es wäre für uns Freiheitliche verlockend gewesen, Ihnen dazu einen Entschließungsantrag zu unterbreiten. Ich entschieße mich jedoch für einen Vertrauensvorschuß, indem ich bitte, daß Sie zuerst sagen, welche Initiativen Sie zu ergreifen beabsichtigen, und daß wir im Nationalrat so rasch wie möglich in einen konkreten Gedankenaustausch eintreten können.

Peter

Ich knüpfe an bei sehr allgemein dargelegten Auffassungen Ihrerseits. Sie sprachen einmal, Herr Bundesminister, von einer besonderen kulturellen Präsenz Österreichs im Südostraum. Sie sprachen weiter davon, daß man etwas verstärkt aufbauen soll, was sich noch nicht zufriedenstellend entwickelt hat, nämlich eine ausgeprägtere kulturelle Präsenz Österreichs im skandinavischen Raum.

Ich darf an das erinnern, was ich im vergangenen Jahr als besonderes Anliegen meiner Fraktion zum Ausdruck gebracht habe: Einer der Schwerpunkte der österreichischen Auslandskulturpolitik soll auch der Zentralraum Europas unter Einschluß der deutschsprachigen Teile Mitteleuropas sein, wobei man vor allem Südtirol nicht vergessen soll.

In diesem Sinne bitte ich Sie, Herr Bundesminister, um eine Stellungnahme zu ihrem jüngsten Kind, zur Auslandskulturpolitik. Ich hoffe, daß es aus dem Zustand eines Stiefkindes herausgeführt und 1974 einen besonderen Wachstumsimpuls erhalten wird.

Mit gutem Recht erwarte ich, daß Sie ein guter Vater dieses Kindes der Auslandskulturpolitik sein mögen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Fachleutner. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Fachleutner** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Wenn man die heutige Debatte verfolgt hat, kann man erkennen, daß jene nicht recht haben, die manchmal zum Ausdruck bringen, daß längere Debatten ermüdend wirken könnten. Die Ausführungen fast aller Abgeordneten waren zum Großteil mit einer gewissen Sorge verbunden, wie internationale Entwicklungen gemeistert werden können, wie die Verteidigungspolitik Österreichs gemeistert werden kann. Auch die Fragen des Ortstafelgesetzes, die für Österreich mit Schwierigkeiten verbunden waren, bereiteten Sorgen.

Bevor ich mich mit dem eigentlichen Thema — Vermögensvertrag, Grenzverletzungen an der ČSSR-Grenze — befasse, möchte ich eingangs klarstellen, warum Mock sein Unbehagen zum Ausdruck gebracht hat. Auch Herr Kollege Abgeordneter Scrinzi hat gerade im Zusammenhang mit der Verteidigungspolitik, der Ortstafelkrise in Kärnten und internationalen Fragen, sprich Schönau, schwere Kritik am Außenminister geübt. Mock hat sich darüber gewundert, daß trotz dieser Kritik, die diese Außenpolitik zur Folge hatte, die Freiheitliche Partei diesem Kapitel ihre Zustimmung gibt. Sonst wollte Mock nichts zum Ausdruck bringen! *(Abg. Dr. Tull zum Abg. Dr. Mock: Fachleutner ist Ihr Interpret!)*

Wir sind der Meinung, daß ein Außenminister nicht nur ein guter Diplomat beziehungsweise ein guter Beamter sein soll, sondern daß ein Außenminister bei Kernfragen Aussagen machen muß, um Dinge ins richtige Lot zu bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube daher, Herr Bundesminister, daß die Verteidigungsfrage auch für den Außenpolitiker, sprich unabhängigen Kirchschläger, nicht uninteressant sein kann. *(Abg. Minkowitsch: Wieso unabhängig?)*

Wenn die Verteidigungspolitik von der Regierung so betrieben wird, daß fast niemand mehr Interesse daran hat, als Offizier oder Unteroffizier tätig zu sein, dann glaube ich, ist das auch für den Außenminister ein ernstes Problem.

Man kann nicht, wie der Herr Bundeskanzler einmal gemeint hat, die Verteidigungspolitik durch eine gute Außenpolitik ersetzen. Als Diplomat wissen Sie sicher besser als ich, daß eingegangene Verträge nur so weit Halt haben, soweit sie beide Partner ernst nehmen. Ich glaube, die Vergangenheit hat uns gezeigt, daß Verträge oft nicht eingehalten, sondern über Bord geworfen werden. Wenn ein Staat keine Verteidigung besitzt, dann ergibt sich die Frage: Wie soll er einem Aggressor entgegenreten können?

Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit fragen: Was haben Sie in der Bundesregierung unternommen, um diesen Demolierungsprozeß, den Ihr Kollege Lütgendorf eingeleitet hat, zu verhindern? *(Abg. Robak: Demoliert hat das Bundesheer der Prader! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ich möchte Sie weiters fragen: Glauben Sie, Herr Außenminister, daß man ohne Soldaten eine Verteidigungspolitik betreiben kann? — Das glauben Sie nicht. Dann möchte ich feststellen — deswegen sollen Sie nicht beleidigt sein —: Wenn Sie glauben, ohne Soldaten keine Verteidigungspolitik betreiben zu können, würde mich sehr interessieren, wie Sie sich in dieser Regierung zum § 144 gestellt haben. *(Abg. Bregartner: Welche Rolle spielt das da?)* Das spielt eine große Rolle. Wenn keine Menschen mehr geboren werden, wird es auch keine Soldaten geben. In der Folge wird man auch keine Verteidigungspolitik betreiben können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine weitere Frage — sie wurde heute schon angeschnitten — ist das Ortstafelgesetz, das dieses Haus beschlossen hat.

Wenn Abgeordneter Czernetz uns zur Zusammenarbeit einlädt, um dieses Problem zu lösen, muß ich daran erinnern, daß Herr Bundesparteiobmann Schleinzer und viele Spitzen-

Fachleutner

politiker dieses Hauses Sie gewarnt haben, dieses Gesetz ad hoc über die Bühne zu bringen. Sie haben in dieser Frage überhaupt keine Neigung zur Zusammenarbeit gezeigt, sondern haben dieses Gesetz mit 93 Mandaten brutal beschlossen. So ist die Tatsache!

Daß Ihnen der Beschluß heute sehr weh tut, ist menschlich und politisch verständlich. Die Kärntner haben — wie ich glaube — eine entsprechende Antwort gegeben. Auch außenpolitisch ist dieses Kapitel noch nicht abgeschlossen. Der gute Diplomat, aber anscheinend schwächere Außenminister Kirchschräger wird hoffentlich wissen, wie er diesen Konfliktstoff mit der Volksrepublik Jugoslawien lösen wird.

Ein weiteres Problem, das heute aufgezeigt wurde, war Schönau. Hier war die Haltung zwiespältig. Der Herr Bundeskanzler hat gemeint, daß sich die UNO mit dieser Frage befassen und sie auch lösen soll. Diplomaten haben aber bekanntgegeben, daß die UNO überhaupt keine Möglichkeit im Fall Schönau hat, dieses Flüchtlingsproblem zu lösen. Wir seien nämlich verpflichtet, innerösterreichisch mit diesem Problem zu Rande zu kommen.

Diese Fragen, Herr Kollege Scrinzi, hat Mock angeschnitten. Mock hat sich darüber gewundert, daß die Freiheitliche Partei trotz ihrer Kritik plötzlich ja zum Kapitel Äußeres sagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein weiteres Problem, das schon Jahre hindurch in diesem Hause zur Debatte stand, ist der Vermögensvertrag mit der Tschechoslowakei. Er konnte bis zur Stunde nicht erledigt werden.

Wenn Sie die Regierungserklärung der „bestvorbereiteten Regierung“ vom Jahre 1971 lesen, werden Sie feststellen, daß Bundeskanzler Kreisky dem Sinn nach sagte: Wir werden uns bemühen, den Vermögensvertrag mit der Tschechoslowakei rasch zu erledigen.

Bis zur Stunde konnten die „bestvorbereitete Regierung“ und der Fixstarter Außenminister Kirchschräger auch diese Frage nicht lösen. Ich weiß wohl, daß Schwierigkeiten mit der Tschechoslowakei derzeit bestehen. Wenn man aber weiß, daß rund 90.000 Anträge betreffend Schadensfälle im Finanzministerium angemeldet sind und daß rund 50.000 Österreicher — dazu kommen noch Tausende in der Tschechoslowakei lebende Menschen — auf eine Erledigung ihrer Anträge warten, so möchte ich auch in diesem Zusammenhang eine Frage stellen, weil bei der vorjährigen Budgetdebatte der Abgeordnete Schieder gemeint hat, diese Frage sei im laufen, quasi vor der Erledigung. Da, wie ich bereits gesagt

habe, bis zur Stunde keine Erledigung stattfand, frage ich Sie: Sind die Besprechungen, die Sie, Herr Außenminister, mit den Botschaftern und, wenn ich mich jetzt nicht irre, mit dem Außenminister Marko geführt haben, im vermögensrechtlichen Fall Österreich einer Erledigung zugeführt worden?

Eine weitere Frage, die uns Abgeordnete des Grenzlandes im Nordosten Niederösterreichs sehr berührt, sind die dauernden Grenzwischenfälle zwischen der Tschechoslowakei und Österreich. Ich erinnere an die Flüchtlinge und an die dramatischen Zwischenfälle im letzten Jahr, wo zwei Privatflugzeuge brutal abgeschossen wurden. Es gab Empörung bei der Grenzbevölkerung, aber auch bei der gesamten Bevölkerung Beunruhigung infolge der dauernden Zwischenfälle.

Meine Frage, Herr Minister, an Sie: Inwiefern konnten Sie Einfluß nehmen und die Tschechen überzeugen, damit sie in Zukunft bei solchen Zwischenfällen humaner vorgehen?

Es wurde vorerst die Protestnote zurückgewiesen. Man hat den optischen Eindruck erweckt, die Regierung habe sich gegen die Vorstellungen des Botschafters der Tschechoslowakei gestellt. Aber in der weiteren Folge scheint auch diese Frage eingeschlafen zu sein. Sie haben damit nicht jene Stärke repräsentiert, die viele Österreicher von Ihnen erwartet haben.

In diesem Zusammenhang eine Bemerkung: Erinnern Sie sich — hier sind Sie nicht mitschuldig —, als im August 1968 die russischen Truppen die Okkupation der Tschechoslowakei mit Hunderttausenden Russen durchgeführt haben? Ständig fanden damals Grenzwischenfälle statt. Der heutige Bundeskanzler Kreisky hat den damaligen Kanzler Klaus und den damaligen Außenminister der Schwäche bezichtigt, denn sie hätten härter vorgehen können. Dazu muß ich sagen, daß die Härte, die Sie damals gefordert haben, in diesem Fall anscheinend im Schwinden begriffen ist. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Eine weitere Frage, Herr Außenminister: Es wurde die Ölkrise einige Male zitiert. Durch das neue große Kompetenzänderungsgesetz haben nicht wir Sie in der Regierung, sondern der Bundeskanzler entmachtet.

Werden Sie im Jahre 1974 mit wirtschaftlichen Kompetenzen vertraut sein? Diese Frage betrifft einen Großteil der österreichischen Landwirtschaft. Ich bin überzeugt, daß Sie die Schwierigkeiten, die wir auf dem englischen Markt haben, kennen. Ich bin überzeugt, daß Sie die Schwierigkeiten auf dem italienischen Markt mit den Viehexporten kennen. Die Maßnahmen dieser Regierung, die

Fachleutner

zum Großteil zu diesen Schwierigkeiten geführt haben, die Aufwertung des Schillings, haben Tausende Bauern Österreichs in die größten Schwierigkeiten gebracht. Meine Frage geht dahin: Sind Sie bereit, in der EWG bei diesen Staaten, die ich genannt habe, bezüglich jener Fragen, die uns wirtschaftlich sehr interessieren, mit dem Handelsminister gemeinsam einen Vorstoß zu unternehmen, um die Belastungen auf ein Minimum herabzudrücken?

Eine weitere Frage, die alle Österreicher, besonders aber die Landwirtschaft sehr berührt, betrifft die Erdölprodukte. Werden Sie versuchen, durch das Kompetenzänderungsgesetz — sprich EWG — in wirtschaftlichen Angelegenheiten, wo Sie eine Mitverantwortung tragen, also auch in der Frage Erdöl, initiativ zu werden, um Erleichterungen für Österreich durchzusetzen und so auch die Landwirtschaft kontinuierlich zu versorgen?

Ich brauche in diesem Hause nicht zu erklären, welcher wichtiger Bestandteil eine gut florierende Landwirtschaft für die Versorgung des gesamten österreichischen Volkes darstellt. Wir haben hier einige Ansätze, die wir mit Sorge verfolgen. Ich glaube, wenn diese Regierung mit dem schwächer gewordenen Außenminister Kirchschläger durch neue Initiativen, die vielleicht von Erfolgen gekrönt sind, wieder einen stärkeren Außenminister präsentieren kann, wird vielleicht in der weiteren Folge bei entscheidenden Fragen, die die Außenpolitik betreffen, eine zustimmende Haltung gegeben sein. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube daher zusammenfassen zu können: Wir meinen nicht, daß Ihre Politik, die anfangs gut war, aber in der weiteren Folge nicht die nötigen Erfolge gezeitigt hat, im Interesse der Bevölkerung gelegen ist. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang noch einmal fragen: Wenn Sie persönlich eine andere Politik betreiben wollen, die wirtschaftlich und außenpolitisch besser wäre, wer hindert Sie dann daran, eine solche andere Politik zu betreiben?

Weil Unsicherheit vorliegt und weil sich keine Aussichten ergeben, gerade bei diesen brennendsten Problemen bessere Lösungen für dieses Land herbeizuführen, können wir diesem Kapitel unsere Zustimmung nicht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Anneliese Albrecht.

Abgeordnete Anneliese **Albrecht** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich zuerst dafür entschuldigen, daß meine ersten Sätze nicht zum Thema gehören. Aber Herr

Abgeordneter Fachleutner hat hier einen Satz ausgesprochen, den ich fürchte richtig verstanden zu haben. Er meinte nämlich, wenn nicht genug Kinder zur Welt gebracht würden, dann gebe es nicht genug Soldaten. Sie meinten das doch wohl so; ich habe das jedenfalls so verstanden.

Nun darf ich dazu sagen: Die Hoffnung, daß durch die Fristenlösung, durch die freie Entscheidung der Frau mehr Kinder zur Welt kommen können, verbinden wir keinesfalls mit der Hoffnung, daß das deswegen geschehen soll, damit mehr Soldaten da sind. *(Beifall bei der SPÖ und auf der Galerie.)* Ich muß ganz ehrlich sagen bei allen Meinungsunterschieden zu diesem ...

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich muß unterbrechen. Ich bitte die Besucher der Galerie, sich Beifallsäußerungen zu enthalten.

Abgeordnete Anneliese **Albrecht** *(fortsetzend)*: Ich habe eigentlich schon die Überzeugung gehabt, daß auch innerhalb der ÖVP die Mentalität „der Kaiser braucht Soldaten“ nicht mehr vorhanden ist. *(Abg. Fachleutner: Das ist eine billige Antwort!)*

Nun zum Thema Außenpolitik. Ich möchte mich auf die Bemühungen in der österreichischen Außenpolitik beziehen, die heute in den Debatten bereits angeklungen sind. *(Zwischenrufe bei der ÖVP: Sind Sie also gegen eine Verteidigungspolitik?)* Als Kriegerwitwe gebe ich Ihnen hier keine Antwort.

Ich möchte nun zum Thema kommen: Es geht um die Bemühungen in der österreichischen Außenpolitik, die in den Debatten schon angeklungen sind, und zwar um die Aufnahme und um die Betreuung von Flüchtlingen in unserem Land, weiters geht es um die Bemühungen, getrennte Familien wieder zusammenzuführen, und es geht schließlich auch um jene Interventionen von seiten der österreichischen Regierung, jenen Österreichern zu helfen, die auch unverschuldet in eine fremde Justiz geraten sind.

Es ist doch so, daß die Schicksale einzelner Menschen nicht gerade vor dem Vorhang des Weltgeschehens stehen. Es sind die sichtbaren Zerstörungen, die Kriege mit sich bringen, auch die sichtbaren Zerstörungen, die notgedrungen nach der Herrschaft von Gewaltregimen da sind, augenfälliger, und doch ist es besonders grausam, wenn politische Ereignisse brutal in das persönliche Leben der Menschen eingreifen.

Aus der Erkenntnis heraus, daß schließlich nicht nur für Systeme, sondern daß für den Menschen, für den einzelnen Menschen Politik

Anneliese Albrecht

gemacht werden soll und Politik gemacht werden muß, versucht nun Österreich, den verfolgten, den bedrängten Menschen zu helfen.

Vielleicht sollte man an die Spitze der humanitären Aufgaben eines neutralen Landes das Asylrecht stellen, das Recht, das allen jenen gewährt werden soll, die aus politischen, aus rassistischen oder aus religiösen Gründen in ihrer Heimat verfolgt werden, sich bedroht fühlen und fliehen müssen.

Unsere Grenze — das steht ja außer jeder Diskussion — soll aber auch allen Transitflüchtlingsen offenstehen, die sich in ihrem Heimatland schwer diskriminiert fühlen und nun freiwillig ihr Land verlassen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, daß Sie, wenn Sie heute die Tageszeitungen durchblättern, gewiß nicht eine Meldung übersehen werden, die darüber berichtet, daß unser Außenminister einen Appell an die Sowjetunion gerichtet hat, man möge doch jene Rückwanderungswilligen aus Israel einreisen lassen, man möge ihnen die Einreise leichter machen. Auch hier zeigt sich also Österreich bereit, eine hilfreiche Hand zu bieten, bereit zum Versuch, Not zu lindern, den Menschen zu helfen, Schaden gutzumachen, den andere angerichtet haben.

Wir können vielleicht nicht mit großen, nicht mit imponierenden Erfolgszahlen aufwarten. Aber überlegen wir doch, meine Damen und Herren: Hinter jeder positiven Zahl, die gebracht wird, steht doch ein zum Guten gewendetes Menschenschicksal!

Nur einige Beispiele aus dem vergangenen Jahr: Im September 1972 hat die Bundesregierung beschlossen, 200 Menschen, die aus Uganda flüchten mußten, in Österreich definitiv aufzunehmen. Wir haben heute noch 254 Uganda-Flüchtlinge bei uns, 239 werden in Lagern betreut, und es waren weit über 1000 Menschen — 1514 Menschen genau —, die als Transitflüchtlinge aus Uganda bei uns Raum und Aufenthalt und Betreuung gefunden haben.

Das aktuelle Flüchtlingsproblem ist aber das Problem der chilenischen Flüchtlinge. Ich darf wieder auf die heutigen Zeitungen verweisen, die da einen Spiegel geben; ein kleines Beispiel, aber es ist ein Spiegel, wie es in Chile derzeit aussieht: Es ist der ehemalige sozialistische Abgeordnete Espinosa bei einem Transport zu einem chilenischen Gefängnis aus dem Hinterhalt erschossen worden.

Österreich hat sich bereit erklärt, 200 chilenische Flüchtlinge aufzunehmen. Allerdings dauern die sehr intensiven Verhandlungen mit

dem chilenischen Außenministerium noch weiter an, denn es geht ja darum, diesen Menschen eine schriftliche Zusicherung des freien Geleites zu verschaffen. Wenn sie diese Zusicherung haben, dann soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, bei uns ein neues Leben zu beginnen.

Wer das Glück hat, in einer intakten Familie zu leben, der wird sich schwer vorstellen können, was das heißt, wenn eine Familie auseinandergerissen wird. Vielleicht kann sich jene Generation, welche die Nachkriegszeit bewußt erlebt hat, noch am ehesten in diese Situationen hineindenken.

Auch diesbezüglich sind Bemühungen von österreichischer Seite in Zusammenhang mit dem Ausland von Erfolg gekrönt gewesen. Es hat der gegenwärtige rumänische Besuch, der Präsident des Außenpolitischen Ausschusses des rumänischen Parlaments, erst gestern wieder während eines Gespräches seine Bereitschaft auch zu diesen Kontakten gezeigt.

Gerade mit Rumänien war es also möglich, im vergangenen Jahr die Verhandlungen gut voranzubringen. Man konnte im Jahre 1972 in 187 Fällen Familien zusammenführen, im Jahre 1973 war das in 73 Fällen möglich.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und die Botschaft in Bukarest haben sich im vergangenen Jahr erfreulicherweise glücklich als Heiratsvermittler gezeigt. Es war möglich, in 19 Fällen Ausreisegenehmigungen und Heiratsansuchen zu gewähren.

Weniger erfreulich und zäher gehen die Verhandlungen mit der DDR vor sich. Es liegen noch 28 Gesuche um Heiratserlaubnis und um Ausreisegenehmigungen unerledigt vor. Auch bei den Bemühungen um die Familienzusammenführungen ist hier nicht ein so schöner Erfolg aufzuzeigen. Es war in vier Fällen möglich, die Familien zusammenzuführen, die Ausreise zu ermöglichen; 15 Fälle sind noch anhängig.

In allerjüngster Zeit hatte das Außenministerium auch noch die Aufgabe, Repatriierungen aus den Ländern im Nahen Osten wenn schon nicht durchzuführen, so jedenfalls doch angesichts der Situation vorzubereiten.

Ganz kurz noch zu Verurteilungen, die im Ausland Österreicher betroffen haben. Es gab auch im vergangenen Jahr wieder Verurteilungen und Anklagen wegen Spionageverdacht. Es hat bedauerlicherweise auch Rauschgiftdelikte gegeben, in die Österreicher verwickelt gewesen sind, vor allem aber und in zunehmendem Maße geht es um die Verkehrsunfälle.

Anneliese Albrecht

In diesem Zusammenhang kann man es begrüßen, daß mit Ungarn ein Auslieferungsvertrag bereits paraphiert worden ist, obwohl eigentlich auch ohne vertragliche Grundlage die betreffenden Strafverfahren — im letzten Jahr waren es 19 — an die österreichischen Gerichte abgetreten werden konnten.

Zu den humanitären Aufgaben eines demokratischen und neutralen Staates wie Österreich gehört es aber auch, gefährliche, bedrohliche Entwicklungen, die sich in der Welt abspielen, nicht einfach zu ignorieren, vielleicht deshalb zu ignorieren, weil sie das Land nicht unmittelbar betreffen. Ich glaube, es ist sehr erfreulich, daß sich Österreich an einer weltweiten Kampagne gegen die Folter beteiligt, der Kampagne, die von Amnesty International gestartet wird, einer internationalen Organisation zur Unterstützung von Menschen, die auf Grund ihres Gewissens, ihrer politischen, ihrer religiösen Überzeugung oder ihrer Abstammung wegen der Freiheit beraubt worden sind. Man kann das als sehr positiv vermerken, daß alle Vorsitzenden der drei im Parlament vertretenen Parteien anlässlich der Tagung der Amnesty International in Wien den Aufruf gegen die Folter unterzeichnet haben.

Ich möchte auch auf Artikel 5 der Erklärung der Menschenrechte verweisen. Hier heißt es:

„Kein Mensch soll der Folterung oder grausamer, unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung oder Bestrafung unterworfen werden.“

Wir wissen: Die Folter ist nicht politisch oder geographisch fixiert, obwohl es zweifellos in einer echten Demokratie weit weniger leicht zu Folterungen kommen wird. Wir werden aber gleicherweise leidenschaftlich dagegen zu protestieren haben, wenn ein Mensch seiner Überzeugung wegen in ein sowjetisches Irrenhaus eingeliefert wird oder wenn er zum Opfer der sehr ausgeklügelten südamerikanischen Foltermethoden wird.

Man ist ja in der Anwendung alter und neuer Foltermethoden durchaus nicht zimperlich, und die Wissenschaft hat hier ja auch neue Wege entdeckt und eröffnet. Es wäre eine große, eine vornehme internationale Aufgabe, eine Aufgabe der internationalen Politik, dem Mißbrauch der Wissenschaft entgegenzutreten. Es muß Möglichkeiten einer Lösung geben!

Amnesty International hat eine Liste von Ländern vorgelegt, von denen man weiß, daß dort gefoltert wird: Es sind dies Chile, die Sowjetunion, Bolivien, die Türkei, Spanien

— auch Priester werden gefoltert —, der Iran; in Brasilien steht ein ganzer Polizeiapparat zur Folterung zur Verfügung.

Wir haben auch Nachrichten aus Griechenland, die besagen, daß es dort zu Folterungen gekommen ist. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Was in diesen Horrorkabinetten des politischen Sadismus geschieht, ist gewiß nicht dazu angetan, um in den betreffenden Ländern eine demokratische Gesinnung zu wecken. Hier liegt doch auch eine große Gefahr, an der man nicht vorbeisehen soll und nicht vorbeisehen darf.

Es ist doch ein Hohn, daß in die Stadien verschiedener Länder — ein Stadion ist doch ein Schauplatz sportlicher Wettkämpfe und Auseinandersetzungen; dem Sport sagt man ja, mit Recht oder Unrecht, völkerverbindende Funktion nach — Menschen ihrer Gesinnung wegen wie das Vieh in die Koppel getrieben werden und dann vielleicht nur einer unbedachten Äußerung wegen abgeurteilt und verschleppt werden.

Ein Indikator, und ein sehr wesentlicher, der Freiheit eines Landes ist das freie Wort, ist die Pressefreiheit. Wo der Verlust des freien Wortes und der Pressefreiheit zu beklagen ist, da weiß man um die Zustände, die in diesem Lande herrschen. Freiheit der Medien — was nicht die Schaffung von Meinungsmonopolen heißen soll — verbunden mit dem Schutz der Persönlichkeit, mit einer Garantie einer umfassenden vielseitigen Information ist ein sehr wesentlicher Bestandteil der Demokratie.

Es ist ja nicht nur bei uns in Österreich so — aber wohl auch hier bei uns —, daß der Schaffung eines demokratischen Mediengesetzes höchste parlamentarische Aufmerksamkeit — aber nicht nur höchste parlamentarische Aufmerksamkeit — geschenkt wird.

Wir leben in einer Welt des zunehmenden Terrors, auch des zunehmenden Terrors vom Konsum her. Wir sind drauf und dran, uns selbst unsere Umwelt zu zerstören. Wir leben schließlich in einer Welt der immer größeren Vereinsamung bei den schönsten Chancen internationaler Solidarität und Zusammenarbeit.

In dieser überhitzten Atmosphäre also stellen sich uns die Fragen des Lebens und des Überlebens. Angesichts einer so dramatischen Situation muß sich wohl jeder den Worten unseres Außenministers anschließen, die er nicht nur in einem Referat vor der Außenpolitischen Gesellschaft gesagt hat, sondern

Anneliese Albrecht

mehrmals schon geäußert hat. Er sagte: „Im Zweifelsfall muß man sich für die humanitären Verpflichtungen entscheiden.“

Österreich als kleines Land kann keine großen Wunder wirken. Es sollte bei aller gebotenen Bescheidenheit doch mit Nachdruck auf die humanitären Initiativen und Leistungen in der österreichischen Außenpolitik hingewiesen werden. Sie sind zweifellos ein Beitrag zu internationaler Entspannung und Verständigung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Radinger.

Abgeordneter **Radinger** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich mit einem Thema befassen, das heute in der Debatte schon einige Male, wenn auch zum Teil nur am Rande, berührt wurde, das aber Herr Abgeordneter Fachleitner ausführlicher behandelt hat und bei dem er eine gewisse Sorge zum Ausdruck gebracht hat, zugleich aber auch Vorwürfe erhoben hat, und zwar sowohl gegenüber dem Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten als auch insbesondere der Regierung insgesamt gegenüber. Das ist das Problem unseres Verhältnisses mit der ČSSR beziehungsweise die Tatsache, daß ein Vermögensvertrag mit diesem Staat bisher noch nicht zustande gekommen ist.

Wenn man hier dem Außenminister beziehungsweise der Regierung einen Vorwurf daraus macht, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß dieses Problem seit 28 Jahren ansteht und daß von allen Regierungen versucht wurde, dieses Problem zu lösen. Bisher leider ohne greifbare Erfolge.

Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi hat mit Recht darauf hingewiesen, daß unser gestörtes Verhältnis zur ČSSR, das sich gerade im vergangenen Jahr so deutlich und klar manifestiert hat, einen Grund wohl auch darin hat, daß seit 1968 in diesem unserem nördlichen Nachbarstaat eben besondere innenpolitische Schwierigkeiten die Wege, die Möglichkeiten erschweren.

Ich möchte nur sagen, daß es der österreichischen Außenpolitik gelungen ist, mit allen Staaten — auch mit jenen, die einem anderen gesellschaftspolitischen Gesellschaftssystem angehören — gutnachbarliche oder zumindest korrekte Beziehungen herzustellen. Ich erwähne dabei unsere Beziehungen zur Sowjetunion, zu Ungarn, aber auch — trotz aller Schwierigkeiten — zu Jugoslawien, zu Polen, zu Rumänien, zu Bulgarien und schließlich zur DDR. Wir haben gesehen, daß Besuche von Staatsmännern und Politikern dieser Länder in Österreich, andererseits Besuche des

Herrn Bundespräsidenten und österreichischer Regierungsmitglieder in solchen Ländern schon lange den Charakter des Spektakulären beziehungsweise der Sensation verloren haben und daß solche Besuche zu sehr wertvollen Ergebnissen für alle Teile geführt haben.

Es ist heute schon gesagt worden. Gerade in diesen Tagen weilt der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der Volksrepublik Rumänien zu Besuch in Österreich, und Abgeordnete dieses Hohen Hauses hatten die Möglichkeit, mit diesem Politiker offen bilaterale Fragen, aber auch Probleme der Weltpolitik zu besprechen.

Die Ergebnisse solcher Besuche, das wissen wir, sind Abschlüsse von Abkommen kultureller, aber auch wirtschaftlicher Natur. Wir wissen auch, daß österreichische Touristen unbeschwert den Urlaub in vielen Ländern des Ostens verbringen.

Was unsere beiden anderen kommunistischen Nachbarstaaten betrifft, so kann man fast sagen, daß durch diese Nachbarschaft die Ruhe, die wirtschaftliche und die kulturelle Entwicklung in den an sie angrenzenden Bundesländern nicht beeinträchtigt werden. Es gibt sogar weitgehend fruchtbare Kooperationen über die Grenzen hinweg.

Was unsere Beziehungen zu Ungarn betrifft, so werden sie, glaube ich, am besten durch die Stellungnahme charakterisiert, die Bundeskanzler Dr. Kreisky anlässlich seiner Gespräche mit dem ungarischen Ministerpräsidenten im Frühjahr dieses Jahres abgab. Kreisky sagte damals im ORF über diese Beziehungen unter anderem:

„Die Beziehungen mit Ungarn wurden das erste Mal vor neun Jahren in Ordnung gebracht und haben sich seither vollkommen frictionsfrei entwickelt.“

Er sagte weiter:

„Die beiden Staaten, die Nachbarstaaten sind, die zueinander in einem jahrhundertalten Nahverhältnis gestanden sind, sind zwei Kernländer Mitteleuropas, und wir betrachten es als unsere Aufgabe, in Mitteleuropa unseren Beitrag zur Entspannung des Kontinentes zu leisten.“

Schließlich meinte er:

„Ich möchte noch einmal betonen, daß wir uns natürlich bei allem, was wir tun, der Verschiedenartigkeit der gesellschaftlichen Systeme bewußt sind, daß wir aber dennoch nicht übersehen, daß wir nebeneinander leben, daß wir auf diesem Kontinent Frieden erhalten wollen, weil es nur so möglich sein wird, die Zukunft unserer Völker zu gewährleisten.“

Radinger

Meine Damen und Herren! Obwohl gerade in der Amtszeit der derzeitigen Bundesregierung — und ich möchte sagen: gerade in der Amtszeit dieses Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten — zu verschiedenen Malen die Situation eintrat, in der eine Regelung unseres Verhältnisses zur ČSSR in greifbare Nähe gerückt schien, können wir zu unserem aufrichtigen Bedauern — das müssen wir zugeben — den bestehenden Zustand keineswegs als befriedigend bezeichnen. Ich möchte nur im Telegrammstil einige der markantesten Etappen der Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern im heurigen Jahr beleuchten.

20. Jänner 1973: Dr. Kirchschläger wird bei einer Zwischenlandung in Prag auf dem Flug von Helsinki nach Wien von Außenminister Čhnupek begrüßt.

Dr. Kirchschläger anerkennt diese freundschaftliche Geste, spricht von einer freundlichen und guten Atmosphäre und drückt die Hoffnung aus, daß dieses Gespräch ein Ausgangspunkt für eine Entwicklung sein könnte, wie wir sie uns eigentlich vorstellen und wie er sie vor dem Nationalrat als wünschenswert dargestellt hat.

3. März 1973: Dr. Kirchschläger trifft sich mit seinem tschechoslowakischen Kollegen in Bratislava. Es wird Übereinstimmung in der Frage gefunden, daß eine Kommission für außerordentliche Fälle, für Zwischenfälle an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze, gebildet werden soll. Auch das seit Jahren — man könnte fast sagen: seit Jahrzehnten — ungelöste Problem der Entschädigung österreichischen Vermögens ist neuerdings Gegenstand der Unterredung. Wie Dr. Kirchschläger betont, hat er gerade diesem Problem immer wieder seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Die Meinung des Außenministers zu dem Gespräch — auch bezeichnend für die Härte, die diesen Verhandlungen trotz allem zugrunde liegt —:

„Was wir aber tun wollen, ist, Stück für Stück die Steine aus dem Weg zu räumen, die bisher einer guten Entwicklung der Beziehungen entgegengestanden sind. Das heißt, wir müssen schauen, daß wir in der Vermögensfrage ein Stück vorwärts kommen; wir müssen schauen, daß wir in der Grenzfrage ein Stück vorwärts kommen.“ — Weiters betont er, daß wir in der guten Lage sind, keine strittigen Grenzprobleme mit der Tschechoslowakei zu haben, und daß doch die Voraussetzungen für eine entsprechende Lösung gegeben wären.

Die Pressekommentare sprechen damals von einem „Tauwetter Wien—Prag“.

Es folgt eine Fortsetzung dieses Gesprächs am 8. Juni 1973 im Linzer Landhaus. Čhnupek spricht von einer Annäherung der Standpunkte, und unser Außenminister bezeichnet es als ein nützliches Gespräch, das uns ein Stück weitergebracht hat.

Meine Damen und Herren! Diesen so hoffnungsvoll begonnenen Gesprächen der „kleinen Schritte“ folgen die bekannten traurigen Grenzzwischenfälle, als deren Ergebnis das Leben von vier Österreichern zu beklagen ist.

Der Außenminister begibt sich selbst an die Grenze, er ist in Gmünd und drückt dort neuerdings, trotz der Vorfälle, die österreichische Bereitschaft aus, weitere Gespräche zu führen, allerdings stellt er fest: „Österreich kann nicht über vier Tote zur Tagesordnung übergehen.“

Nach dem Ministerrat am selben Tag sagt er:

„Wir haben in der Bundesregierung mit Bedauern festgestellt, daß die vielen Bemühungen, die gerade diese Bundesregierung unternommen hat, um mit der Tschechoslowakei in ein gutnachbarliches Verhältnis zu kommen, durch diese unmenschliche Art der Jagd, würde ich fast sagen, auf österreichische Flugzeuge, auf österreichische Zivilflugzeuge, beeinträchtigt wurden und daß es sehr schwer ist, unter diesen Umständen an den guten Willen zu einer guten Nachbarschaft zu glauben.“

Schließlich die bekannte Äußerung des Außenministers anlässlich seines Aufenthaltes in Straßburg beim Europarat, die darin gipfelt, daß er sagt:

„Vier Tote innerhalb fünf Wochen jenseits unserer Grenze stehen bei unserer Einschätzung des menschlichen Lebens in einem Verhältnis zu der objektiven Fahrlässigkeit der beiden Piloten.“ Schließlich fällt der Ausdruck von einer „Atmosphäre der Kälte, die wir längst der Vergangenheit zugehörig meinten“.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht unbekannt, daß uns mit dem nördlichen Nachbarn sehr viel verbindet. Bis 1918 gab es Jahrhunderte hindurch zwischen Wien und Prag praktisch keine Grenze; mit der Öffnung des böhmisch-mährischen Raumes haben unsere Alpenländer eine natürliche und wertvolle Ergänzung erfahren. Die Mannigfaltigkeit der seinerzeit sehr tiefgehenden wirtschaftlichen und vor allem kulturellen Beziehungen zeigt sich noch heute. Die vielen verwandtschaftlichen Beziehungen haben Weltkriege und Nachkriegszeiten überdauert. In unserem

Radinger

Lande leben viele Menschen, die ein starkes Interesse an einem vernünftigen Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten haben.

Es muß einmal mehr — so wie ich schon gesagt habe — auf die große Anzahl der Vermögensgeschädigten verwiesen werden, deren berechnete Ansprüche nach nunmehr 28 Jahren noch immer nicht erfüllt sind. Da sind aber auch die vielen Probleme des Grenzlandes, die Schwächen in der wirtschaftlichen Struktur in diesen Gebieten und die insgesamt — man möchte sagen — fast feindselige, zumindest wenig freundliche Atmosphäre, die den Menschen das Ausharren dort so schwer macht.

Von der Grenzlandbevölkerung in Oberösterreich und Niederösterreich wurden Anträge gestellt, um den grenzüberschreitenden Verkehr zu erleichtern, neue Grenzübergangsstellen zu eröffnen und vor allem eine Verbesserung der Verkehrsmöglichkeiten in die Wege zu leiten.

Wir glauben, daß in einer Gesellschaftsordnung, durch die wir uns verpflichtet fühlen, die Lebensbedingungen der durch ihre wirtschaftliche Randlage benachteiligten Mitbürger zu verbessern, diese Probleme nicht nur die Menschen betreffen, die in einer 10 oder 20 km breiten Zone entlang der Grenze leben, sondern alle Österreicher davon berührt sind. Besonders betrifft dies natürlich die an die ČSSR angrenzenden Bundesländer. All das sind Umstände, meine Damen und Herren, denen eine Partei, die die Regierungsverantwortung trägt, Rechnung tragen muß.

Wir sind fest davon überzeugt, daß auch bei den Menschen in der ČSSR ein Interesse an einem guten Nachbarschaftsverhältnis mit Österreich besteht und daß ein solches auch für den Staat selbst einen objektiven Wert hätte. Man bedenke nur, wie viele Regionalprobleme heute nur auf Grund einer über die Grenzen reichenden Zusammenarbeit vernünftig gelöst werden können, wie etwa durch die regionale Zusammenarbeit der Alpenländer oder durch die Zusammenarbeit zwischen Kärnten, Slowenien und Friaul.

Nachbarschaft ist eben nicht nur ein geographischer Begriff, sondern ist auch eine politische Realität, an der nicht zu rütteln ist. Auf Grund unserer Vorstellungen vom internationalen Zusammenleben und angesichts der weitreichenden Verflechtung zwischen den Staaten kann es nur eine zwingende Schlussfolgerung aus dieser Realität geben: Eine Nachbarschaft muß eine gute Nachbarschaft sein! Eine andere Politik im Zentrum Europas wäre widersinnig und entspräche weder den Interessen der ČSSR noch denen Österreichs.

Wir verstehen daher nicht die gelegentlich extremen tschechischen Reaktionen, mit denen uns unfreundliche, ja feindselige Absichten unterstellt werden. Was die jüngsten Grenzwischenfälle betrifft, bei denen Menschen ums Leben gekommen sind, und zwar Grenzwischenfälle von jener Art und Weise, wie sie absolut nicht notwendig gewesen wären und anders hätten enden können, möchte ich doch auch von dieser Stelle aus unserem Außenminister dafür Dank sagen, daß er so unmißverständlich, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat, wie schwerwiegend für uns der Tod der vier Menschen ist.

Wir empfinden den tragischen Ausgang dieser Zwischenfälle als besonders befremdend, nicht nur weil ein solcher hätte vermieden werden können, sondern weil man diese Zwischenfälle im Europa von heute für ausgeschlossen gehalten hat. Ich bin überzeugt, daß doch die Erkenntnis überall Platz greifen müßte — die Menschen diesseits und jenseits unserer gemeinsamen Grenze haben im Verlaufe unserer Geschichte die bitteren Erfahrungen gemacht —, daß Fanatismus und Haß, von wenigen gepredigt und geschürt, zu unendlichem Leid für alle führt.

So verstehen wir auch den Satz, den Doktor Kirchschräger trotz allem gefunden hat, wenn er an dieser Grenze sagte: Ich kann halt so furchtbar schwer hassen!

Meine Damen und Herren! Wenn man bedenkt, daß der derzeitige Spannungsprozeß selbst die schärfsten Antagonisten der Vergangenheit zu gemeinsamer Verantwortung veranlaßt hat, daß es durch die Ostpolitik der deutschen Regierung zu einer Normalisierung des so belastenden Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Polen beziehungsweise der Sowjetunion und damit zu einer weitgehenden Normalisierung in Mitteleuropa gekommen ist, daß sich in Genf die europäischen Staaten, unbeschadet ihrer gesellschaftspolitischen Ausrichtungen, um ein wirksames System von Sicherheit und Zusammenarbeit bemühen, dann scheinen die Verhältnisse an unserer nördlichen Grenze einfach nicht mehr in die politische Landschaft zu passen.

Nicht nur Österreich, ganz Europa kann erwarten, daß dieser Anachronismus ein Ende findet.

Österreich seinerseits hat nichts getan, um eine Spannung herbeizuführen oder zu erhöhen. Es liegt nun an der ČSSR zu demonstrieren, ob sie bereit ist, auf die österreichische Bereitschaft zur Zusammenarbeit einzugehen, durch geeignete praktische und vertragliche Maßnahmen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich Vorfälle wie die des heurigen Sommers oder ähnliche nicht wieder-

Radinger

holen und mit Österreich zum Zwecke einer umfassenden Regelung aller noch offenen Fragen zusammenzuarbeiten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte abschließend nur eines sagen: Im Interesse der Menschen in diesen beiden Staaten, im besonderen aber jener, die in Grenznähe wohnen, appellieren wir, die wir hier in diesem Staat Verantwortung tragen, an jene, die drüben Verantwortung tragen, ihren Beitrag zu leisten, daß zwischen den beiden Staaten normale nachbarliche Beziehungen hergestellt werden, und wir ersuchen zugleich den Herrn Bundesminister, seine Bemühungen, seine bisher leider von so geringen Erfolgen gekrönten Bemühungen, die er seit Jahren anstellt, um Verständigung und Normalisierung mit unserem nördlichen Nachbarn fortzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Melter.

Abgeordneter **Melter (FPO):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Vorarlberger habe ich Anlaß dazu, auch in aller Kürze ein besonderes Problem zur Sprache zu bringen. Denn seit wenigen Jahren hat auch das Land Vorarlberg ein außenpolitisches Problem, und zwar von ganz besonderer Bedeutung. Es handelt sich um die Errichtung eines Atomkraftwerkes in unmittelbarer Nachbarschaft des Landes, in Rüthi. Es ist dies eine Anlage, die uns Vorarlbergern Anlaß zu größter Sorge und zu einigen Bedenken gibt.

Das Land Vorarlberg hat mit dem Außenministerium sehr gute Kontakte, was sich etwa bei dem Vertragswerk über den kleinen Grenzverkehr erwiesen hat, wo alles einvernehmlich geregelt werden konnte.

Zum Thema Rüthi hat Kollege Dr. Scrinzi mit mir vor etwa eineinhalb Jahren eine Anfrage an den Herrn Außenminister gerichtet, der freundlicherweise geantwortet hat, daß mit der schweizerischen Regierung schon Kontakte aufgenommen wurden und daß die Schweizer zugesagt haben, die Unterlagen für das Kraftwerksprojekt zur Verfügung zu stellen, damit auch seitens der österreichischen Behörden und Dienststellen, sowohl des Landes als auch des Bundes, Prüfungen vorgenommen werden könnten, wobei hoffentlich ein Ergebnis herauskommt, welches zeigt, daß allenfalls vorhandene Befürchtungen doch nicht begründet sind. Vorläufig besteht jedoch kein Anlaß, ein solches Ergebnis schon anzunehmen. Die bestehende und wahrscheinlich sehr weitgehende Gefährdung bereitet der Bevölkerung und der Regierung des Landes außerordentliche Sorgen. Das ist ganz klar, weil die Fragen der Gesundheit und des Umweltschutzes besondere Bedeutung haben und weil

es sich im Zusammenhang mit einem derartigen Großprojekt doch um eine Lebensfrage für Land und Leute handelt.

Es hat in Vorarlberg besonders der „Weltbund zum Schutze des Lebens“ sehr frühzeitig und sehr nachhaltig auf die mit dem Projekt zusammenhängenden Probleme aufmerksam gemacht. Es ist wohl ein Verdienst dieser Organisation, zusammen auch mit den „Vorarlberger Nachrichten“, die sich bemüht haben, die Argumentation der Bevölkerung verständlich zu machen, daß auch in Liechtenstein insbesondere und seit einiger Zeit sogar in der Schweiz selbst diese Sorgen und Nöte mehr in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt worden sind. In der Schweiz hat sich besonders der Schweizer Heimat- und Naturschutzbund eingeschaltet und versucht, sowohl die Kantonsregierung als auch die Bundesregierung zu beeinflussen, daß dem Gedanken des Umweltschutzes und der Frage der Gefährdung besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Wir wissen nun, daß gerade die Energiekrise besonders im Zusammenhang mit den zurückgehenden Öllieferungen mehr in den Vordergrund rückt, daß auf jeden Fall der zunehmende Bedarf an Energie gedeckt werden muß und daß dazu unter Umständen auch Kraftwerke mit der Energiebasis Atom benötigt werden. Man weiß aber auch, daß seit langem sehr eingehende Studien im Gange sind, die Atomspaltung durch andere Systeme abzulösen, durch andere technologische Möglichkeiten. Je weiter die Zeit fortschreitet, umso mehr besteht wohl die Aussicht, daß Möglichkeiten gefunden werden, die etwa Gefährdungen auszuschließen oder doch wesentlich weiter herabzusetzen vermögen.

Vom Standpunkt Vorarlbergs und damit auch der Republik Österreich, die ja die Interessen der eigenen Bürger zu schützen und wahrzunehmen hat, ergibt sich im Zusammenhang mit dem Standort Rüthi in erster Linie die Frage, ob nicht gerade auf Grund des freundschaftlichen Verhältnisses mit der Schweiz, welches ja schon seit erheblicher Zeit besteht, die Möglichkeit wahrgenommen werden könnte, gerade die Frage der Standortwahl sehr nachhaltig ins Treffen zu führen, um etwa darauf hinzuwirken, daß ein Standort gewählt wird, der nicht besondere Bevölkerungskonzentrationen beeinträchtigt.

Es ist ja bekannt, daß Vorarlberg seine Bevölkerungskonzentration im Rheintal zwischen Feldkirch und Bregenz hat, daß dort der größte Teil der Vorarlberger Bevölkerung wohnt, und das ist innerhalb des Einflusbereiches eines Atomkraftwerkes mit dem Standort Rüthi. Gerade dieses Problem steht

Melter

nun im engen Zusammenhang mit den Sicherheitszonen, wenn man die Vorschriften etwa in Amerika beachtet, wo es heißt, daß Standorte von Atomkraftwerken nur dort festzulegen sind, wo praktisch keine Bevölkerung durch allfällige Unfälle von Kraftwerksanlagen betroffen werden kann. Es ergibt sich allein aus diesem Gesichtspunkt die Tatsache, daß nach diesen Regelungen der Standort Rütli nicht in Fragen kommen könnte. Es müßte also möglich sein, auch im Schweizer Bereich noch einen Standort zu finden, wo ein wesentlich geringerer Bevölkerungsanteil gefährdet wäre.

Für uns Vorarlberger ergibt sich heute die Frage, wie weit die Verhandlungen zwischen dem Außenministerium und den Vertretern der Schweiz gediehen sind, wie weit nun die Unterlagen über die Gestaltung des Kraftwerkes vorliegen, ob alle Gutachten, insbesondere jene, die im Zusammenhang mit der Sicherheit der Bevölkerung stehen, bereits vorliegen und zu welchem Untersuchungsergebnis diese Gutachten gekommen sind.

Die Schweiz hat ja auf Grund der ersten Interventionen erfreulicherweise zugesagt, daß sie bereit ist, vor der Zustimmung zum Gesamtprojekt mit den österreichischen Dienststellen Verhandlungen zu führen. Seitens der Vorarlberger Bevölkerung darf ich an Sie, Herr Bundesminister, der Sie sich ja in dieser Frage bereits sehr wohlwollend und im Interesse des Landes eingesetzt haben, den Appell richten, weiterhin in dieser Art und Weise tätig zu sein und besonders dann, wenn die abschließenden Gutachten vorliegen, diese einer intensiven Beurteilung durch österreichische Sachverständige unterziehen zu lassen, damit Sie in der Lage sind, bei den Abschlußverhandlungen die Interessen Österreichs und der Bevölkerung Vorarlbergs mit allem Nachdruck wahrzunehmen und dabei alle Möglichkeiten internationalen Rechtes auszuschöpfen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. **Kirchschläger:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der erste Sprecher der größeren Oppositionspartei hat seinen Diskussionsbeitrag damit geschlossen, daß er drei Zielvorstellungen für die Außenpolitik dargelegt hat. Er sagte, seine Partei wünsche spannungsfreie Beziehungen zu allen Nachbarstaaten und zu den Signatarstaaten des Staatsvertrages. Ich kann dazu nur sagen: Ja, auch die Regierung wünscht das; sie hat es in der Regierungserklärung klar zum Ausdruck gebracht. Vielleicht noch etwas mehr: Wir wünschen nicht nur spannungsfreie, sondern freundliche Beziehungen, und wir glauben auch, daß wir uns neben den Nachbarstaaten nicht nur auf

die Signatarstaaten des Staatsvertrages beschränken, sondern daß wir hier alle Staaten dieser Welt miteinbeziehen sollen.

Der Herr Abgeordnete Fiedler hat als zweiten Punkt gesagt, er wünsche, daß Österreich ein stabilisierendes Element in Europa sei und daß die österreichische Außenpolitik auf eine Europapolitik ausgerichtet sei. Ja, auch das wünschen wir, auch damit sind wir einverstanden.

Und er hat im dritten Punkt gesagt — und zwar mich zitierend —, daß der Mensch im Mittelpunkt des Handelns stehen und daß Österreich dem humanitären Handeln verpflichtet sein soll. Die Frau Abgeordnete Albrecht hat in ihrem Diskussionsbeitrag dargelegt, wie sehr diese Regierung dem humanitären Handeln verpflichtet ist. Ich verweise nur auf Durchwanderer durch Österreich und ich verweise auf die Flüchtlinge aus Uganda und Chile, um nur die letzten Ereignisse zu erwähnen.

Wenn aber nunmehr, Hohes Haus, eine so breite gemeinsame Auffassung über die Ziele der Außenpolitik besteht, dann ist es für mich unverständlich, wieso der Herr Abgeordnete Fiedler davon sprechen konnte, daß es eine Inflation der Außenpolitik gebe, daß ein fortschreitender Verfall des Prestiges in der Welt vorhanden sei, und anderes mehr.

Hohes Haus! Dieser angeblich fortschreitende Verfall des Prestiges in der Außenpolitik Österreichs wirkt sich dahingehend aus, daß im vergangenen Jahre 16 neue Staaten diplomatische Beziehungen mit Österreich aufgenommen und zwei davon auch in Österreich ständige Missionen eingerichtet haben. Damit ist die Anzahl der Staaten, mit denen Österreich Beziehungen unterhält, auf 107 angestiegen.

Aber irgendwie sind wir ja das eigentlich schon gewohnt. Das war in der ganzen Vergangenheit seit 1970 so. Als die Regierung mit der Chinapolitik begann, da war dies eine sehr gefährliche, eine sehr obskure Politik für manche Abgeordneten. Ich habe hier noch Zitate des Herrn Abgeordneten Fiedler, die er dazu verwendet hat. In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, daß die österreichische Chinapolitik genau jene Politik gewesen war, die man als unabhängiger Staat machen mußte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und dasselbe war bei der Sicherheitskonferenz. Hier hat der Herr Abgeordnete Fiedler gesagt: Der Gedanke nur, das Nahostproblem in die Europäische Sicherheitskonferenz in irgendeiner Form mit einzubeziehen, sei „geradezu dilettantisch“. In der Zwischenzeit, Hohes Haus, haben wir vielleicht gesehen,

Bundesminister Dr. Kirchschräger

daß sich Europa aus dem Nahostkonflikt so hinausmanövriert hat, daß gegenwärtig nur mehr die zwei Superstaaten dort tätig sind. Man beginnt nunmehr tatsächlich auch von Europa her, dieser Frage jene Bedeutung beizumessen, die wir ihr von Anfang an beigemessen haben.

Ein nächstes Beispiel: die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat. Auch dazu meinte damals der Herr Abgeordnete, daß diese Mitgliedschaft bei vielen befreundeten Staaten als problematisch angesehen werde. Heute wird diese Mitgliedschaft bestenfalls noch in Österreich als problematisch angesehen. Bei den befreundeten Staaten wird sie als eine Selbstverständlichkeit und als ein sehr nützlicher Beitrag Österreichs zu einer Friedenspolitik in der Welt genommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vielleicht erinnern Sie sich noch, was für eine große Aufregung im Juli oder im August über die Abstimmung Österreichs in der Sitzung des Sicherheitsrates vom 26. Juli war. Ich bitte alle Herren, die damals so sehr Kritik geübt haben, doch vielleicht die Resolution des Sicherheitsrates mit der Resolution, die die Außenminister der Neun vor wenigen Tagen beschlossen haben, zu vergleichen. Vielleicht wird es Ihnen dann schwerfallen, hier Ansätze für eine neutralistische Politik zu finden, die Sie damals zu finden glaubten. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und so ließen sich die Beispiele fortsetzen.

Die österreichische Außenpolitik, Hohes Haus, war geradlinig. Sie versuchte immer, geradlinig zu sein. Und vielleicht war nicht die Außenpolitik, sondern die Kritik daran manchmal etwas sprunghaft.

Es wurde heute wiederholt die Arbeit der Herren Dr. Neuhold und Dr. Wagner über das Neutralitätsbewußtsein der Österreicher zitiert. Nicht zitiert wurde dabei die Antwort auf die Frage 6. In dieser Frage 6, bei jenem Sample, das heute immer wieder erwähnt wurde, hieß es: „Glauben Sie, daß sich der österreichische Staat für die Erhaltung seiner Neutralität genügend oder nur ungenügend einsetzt?“ Und erläuternd fügten die Autoren hinzu: „Das Ziel dieser Frage war die Feststellung der Einschätzung der gesamten Neutralitätspolitik Österreichs durch seine Staatsbürger, wie sie in ihren beiden Hauptstoßrichtungen, Erhöhung der Attraktivität und der Glaubwürdigkeit der Außenpolitik, in der Einleitung kurz dargestellt wurde. Fast drei Viertel der Österreicher stellen ihrer Regierung in dieser Hinsicht ein positives Zeugnis aus und bewerten damit den positiven Aspekt der Neutralitätspolitik höher als den defensiven.“ So in der selben Arbeit.

Als dann in der Frage 7 jene rund 25 Prozent, die nicht mit der österreichischen Politik einverstanden waren, gefragt wurden, welche Maßnahmen Österreich verstärkt treffen solle, um seine Neutralität im Krisenfall auch behaupten zu können, und es wurden als Alternativen Festigung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Stärkung des Militärs und verstärkte Aufklärung der österreichischen Bevölkerung über die Neutralität sowie Ausbau des Zivilschutzes als mögliche Lösungen angegeben, antwortete die Mehrheit dieses Bevölkerungsteiles wieder damit, daß sie sagte, eine Intensivierung der Neutralitätspolitik in der Information der Bevölkerung sei das Wichtigste und — mit deutlichem Abstand nach dieser Untersuchung — die Stärkung des Militärs. Soweit diese Untersuchung. Es ist tatsächlich eine ständige und notwendige Aufgabe, den Informationsfluß von der Außenpolitik zum Hohen Haus, aber auch zur Bevölkerung stärker fließen zu lassen und ihn auch in der Gegenrichtung stärker zur Geltung zu bringen.

In der Relation für Österreich — die Frage wurde heute bereits vom Herrn Abgeordneten Scrinzi gestellt — besteht ein guter Informationsfluß über die Verhandlungen über die Truppenreduktion in Wien. Ich bitte um Verständnis, daß, wenn die Außenminister der teilnehmenden Staaten vor ihrem eigenen Parlament — es handelt sich bei vielen um demokratische Staaten unserer Prägung — nicht darüber sprechen, es trotz der Informationen, die mir zuteil geworden sind, auch ich nicht kann.

Zum Informationssektor noch eine Antwort an Herrn Abgeordneten Ermacora. Wenn ein UN-Dokument Mitte Juni erscheint, dann glaube ich, daß es praktisch unmöglich ist, dieses Dokument noch bis zum Ende der Session Mitte Juli im Hohen Haus zur Behandlung bringen zu können. Das ist einfach zeitlich nicht möglich.

Auch in der heutigen Diskussion, Hohes Haus, hat die Neutralitätspolitik vor allem in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Karasek einen sehr breiten Raum eingenommen. Es ist richtig, wir müssen das Interesse Dritter an der österreichischen Neutralität wachhalten, und ich teile vollständig Ihre Auffassung, daß wir keine Ingerenz von außen, woher sie auch immer kommen möge, wünschen. Hier gehen wir völlig konform.

Ebenso gehen wir in der Auffassung konform, daß die Neutralität den Staat und nicht den Staatsbürger bindet. Ich glaube, daß das für mich sicher kein abstrakter Lehrsatz ist, denn ich habe nie einen Versuch unternommen, in irgendeiner Weise auf die Presse einzuwirken, um dem Ausdruck ihrer Meinung

Bundesminister Dr. Kirchschräger

keinen freien Lauf zu lassen. Im Gegenteil, ich habe in der sehr kritischen Zeit im Jahre 1968 auch in Prag die Meinung vertreten, daß nicht derjenige, der etwas wiedergibt, was wirklich geschehen ist, einen Unrechtsstatbestand setzt, sondern derjenige, der diese Fakten setzt, die dann wiedergegeben werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Eine Konvergenz, Herr Abgeordneter Karasek, zu den blockfreien Staaten wird nicht angestrebt und findet auch nicht statt, und sie ist, das erkläre ich hier auch sehr offen, sicher auch nicht wünschbar und sicher nicht im österreichischen Interesse, wie ich überhaupt mit großer Skepsis alle Konvergenzentwicklungen ansehe, ob sie sich nun zwischen Ost und West, oder, wie in diesem Fall, zwischen Nord und Süd anbieten. Aber — darüber wurde schon oft in diesem Hause gesprochen — daß die Teilnahme an der Blockfreien-Konferenz in Algier nicht ein Ausdruck einer solchen Konvergenz, sondern ein Ausdruck eines echten Interesses an den Sorgen, an den Entwicklungen in diesen Staaten ist, das haben wir immer unterstrichen und so wollten wir sie auch verstanden wissen, und so wurde sie auch von den Teilnehmerstaaten dieser Konferenz verstanden.

Nun zum Themenkreis Österreich und internationale Organisationen. Es stimmt, die Vereinten Nationen haben mit verschiedenen Problemen zu kämpfen und sie werden dies, so wie in der Vergangenheit, auch in der Zukunft zu tun haben. Dies ist für diese Weltorganisation einfach nicht vermeidbar. Wenn wir heute manchmal nach mehr Autorität der Vereinten Nationen rufen, dann dürfen wir dabei auch nicht die andere Seite dieser Autorität vergessen, nämlich jene einer Notwendigkeit, daß für eine Autorität beschlußfassende Organe vorhanden sind. Ob die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer gegenwärtigen Struktur ein solches beschlußfassendes Organ sein kann, wage ich zu bezweifeln.

In der Terrorismusfrage vertreten wir, glaube ich, alle, die in diesem Haus sind, dieselben Auffassungen, und ich habe selbstverständlich auch, als bei der Diplomaten-schutzkonvention jenes Amendment eingebracht wurde, von dem Sie, Herr Abgeordneter, gesprochen haben, den Auftrag gegeben, dagegen zu stimmen, denn hier ist tatsächlich ein Nein besser als ein faules Kompromiß, als ein Abkommen, das niemandem hilft.

Nun zur allgemeinen Dekolonialisierungsresolution. Die Abstimmung über diese Resolution hat noch nicht stattgefunden. Wir haben uns in allen Teilresolutionen, also in allen Resolutionen, die Teilaspekte der Dekoloniali-

sierung, aber auch andere Maßnahmen betreffen, also überall dort, wo der Kampf „mit allen Mitteln“ zulässig erklärt wurde, bisher der Stimme enthalten. Es ist die Frage, ob wir bei der allgemeinen Dekolonialisierungsresolution, für die wir in der Vergangenheit immer gestimmt haben, auf eine Stimmenthaltung abgehen können. Mir scheint es deswegen gefährlich, weil dadurch der Eindruck erweckt werden könnte, daß wir in unserer Politik gegen die Apartheid, in unserer Ablehnung der Rassendiskriminierung und in unserer Politik für die Dekolonialisierung eine Änderung vorgenommen hätten. Es ist hier jener Passus, der in diesem Jahr eingefügt wurde, gegenüber den anderen Resolutionen insofern abgeändert worden, als nicht von „mit allen Mitteln“ sondern von „mit allen notwendigen Mitteln“ gesprochen wird und dadurch eine gewisse Entschärfung dieser Formel eingetreten ist. Aber, wie gesagt, die Abstimmung ist noch nicht erfolgt.

Auch ich bedaure, Hohes Haus, daß dieses Jahr nicht jenes „Europajahr“ geworden ist, das wir uns nach den Erklärungen, die von jenseits des Ozeans gekommen sind, aber auch nach verschiedenen Initiativen, die aus den europäischen Ländern kamen, vorgestellt haben; ich teile vollständig die Auffassung des Herrn Abgeordneten Scrinzi, daß das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten eines Überdenkens bedarf, und zwar nicht das spezifische Verhältnis Österreichs zu den Vereinigten Staaten, sondern das Westeuropas zu den Vereinigten Staaten, und daß sich jene, die nicht an den Verhandlungen über diese sogenannte neue Atlantik-Charta teilnehmen, ein gewisses Maß an Mitwirkung bewahren müssen, das scheint mir außer Zweifel zu stehen.

Nun zur Sicherheitskonferenz. Es ist richtig, daß die Verhandlungen in Genf gegenwärtig in eine sehr „technische Phase“, wollen wir das so nennen, getreten sind. Man könnte auch sagen, daß sie zum Teil auf der Stelle treten. Nicht richtig ist, daß, wie der Herr Abgeordnete Mock gemeint hat, im Juli in Helsinki nur etwas mehr als die Tagesordnung beschlossen wurde. Die Schlußempfehlungen der Helsinki-Konferenz enthalten bereits eine völlig klare Aufgliederung des gesamten Programms für die Sicherheitskonferenz, und es wird, so scheint es mir, auf diesem Weg auch fortgefahren werden müssen. Daß dabei nicht erkannt wurde, daß die Einfügung des Prinzips der Gewissens- und Religionsfreiheit als ein Prinzip, das die internationale Sicherheit verlangt, in den Helsinki-Resolutionen neu ist, hat mich an dem Diskussionsbeitrag des Herrn Abgeordneten Mock gewundert.

Bundesminister Dr. Kirchschräger

Der Herr Abgeordnete Mock hat auch sehr negative Stellung zur Truppenreduktionskonferenz eingenommen, die gegenwärtig in Wien stattfindet. Hier erlassen Sie mir eine Stellungnahme. Ich persönlich nehme an, daß es sich die 18 oder 19 Staaten, die an dieser Konferenz teilnehmen, mit ihren sehr umfangreichen Stäben hinreichend überlegt haben, ob diese Konferenz von Nutzen sein soll oder nicht.

Eine internationale Flurbereinigung auf dem Feld der internationalen Organisationen halte ich mit dem Herrn Abgeordneten Mock für nützlich und für recht. Aber so sehr ich dafür bin, glaube ich, daß diese Flurbereinigung nicht auf Kosten des Europarates gehen darf. Und diese Gefahr bestand im heurigen Jahr. Ich wundere mich, daß dabei vom Herrn Abgeordneten Mock kritisch bemerkt wurde, daß ich mich bei der Ministerkonferenz des Europarates für eine Initiative auf Außenministersebene eingesetzt habe, um den Europarat vor Abbröckelungserscheinungen in der Zukunft zu sichern. Wenn er sagt, diese Initiative war nicht genug vorbereitet, ja sie war nicht einmal mit dem österreichischen Bundeskanzler und schon gar nicht mit dem Parlament abgestimmt — Hohes Haus! Welchen Sinn hat eine Teilnahme eines Ministers an einer Konferenz, wenn er jedes Wort, das er dort sagen muß oder sagen will, zuerst zu Hause der Länge und Breite nach der Genehmigung unterwirft? Dann kann man auch einen Legationssekretär dritter Klasse hinschicken. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und daß das Ergebnis der dann eingesetzten sechs Ministerdelegierten, wie der Herr Abgeordnete Mock meint, dürr ist — ich enthalte mich einer Stellungnahme, denn das Ministerkomitee wird ja darüber erst in der Jänner-Sitzung entscheiden —, dazu kann ich nur sagen: Wir — oder sagen wir besser — ich habe ja davor gewarnt. Ich habe gesagt, daß es nur einen Sinn hat, wenn sich Menschen, die im politischen Leben stehen, und nicht Missionschefs über diese Frage unterhalten. Und das war auch der Grund, warum wir in diese Sechser-Gruppe nicht hineingegangen sind. Nicht, wie der Herr Abgeordnete Mock meint, daß wir nicht hineingewählt worden wären.

Nun zu einem ganz anderen Fragenkomplex — aber dazu ist schon eine lange Debatte abgehalten worden —: zu Schönaun.

Hohes Haus! Ich glaube, daß durch die Ergebnisse seit dem 28./29. September Österreich in einem Ausmaß rehabilitiert ist, wie wir uns dies vielleicht nie erwartet haben. Und zwar sowohl auf dem humanitären Bereich als auch im politischen Bereich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zu den Nachbarstaaten: Ich habe, Herr Abgeordneter Karasek, in meinem Referat vor der Außenpolitischen Gesellschaft über das Verhältnis zu den Nachbarstaaten nicht deswegen nichts gesprochen — wie Sie meinen —, weil mir nichts eingefallen ist, sondern deswegen, weil ich glaube, daß es Zeiten in der Außenpolitik gibt, wo es nützlicher ist, einzelne Verhältnisse nicht im Detail zu zergliedern. Vor allem dann nicht, wenn gewisse Prozesse im Gange sind — und die sind im Gange —, sowohl in der Relation zu Jugoslawien, das heute wiederholt angeführt wurde, als auch in der Relation zur Tschechoslowakei.

Es hat der Herr Abgeordnete Fachleutner gesagt, daß der Vermögensvertrag von der bestvorbereiteten Regierung bisher nicht gelöst werden konnte. Ja, Herr Abgeordneter, wollen Sie damit sagen, daß die Regierungen von 1956 bis 1970 nicht gutvorbereitete Regierungen waren? Was haben die in der ganzen Zeit gemacht? *(Beifall bei der SPÖ.)* Es wird das tschechoslowakische Außenministerium mit großem Vergnügen hören, daß es im österreichischen Parlament Abgeordnete gibt, die der Meinung sind, daß der österreichische Außenminister dafür die Schuld trägt, daß die Vermögensfrage nicht gelöst wurde beziehungsweise daß die Grenzzwischenfälle nicht verhindert werden — und nicht die Regierung in Prag! *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe der Abg. Fachleutner und Minkowitsch. — Abg. Ofenböck: Unternommen haben Sie nichts! — Abg. Fachleutner: Dagegen getan haben Sie nichts!)* Was ich, Herr Abgeordneter, gegenüber der Tschechoslowakei unternommen habe, das hat der Herr Abgeordneter Radinger sehr breit dargestellt. *(Abg. Fachleutner: Nachher! — Abg. Doktor Mussil: Erteilen Sie keine Belehrungen, Herr Minister!)* Ich wollte, Herr Abgeordneter, niemand belehren, aber mir steht auch eine gewisse Waffengleichheit zu. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zur Frage des Nahen Ostens. In der Relation zum Nahen Osten hat die Bundesregierung von allem Anfang an — und nicht erst jetzt, seit dort gewisse Ölschwierigkeiten und andere Dinge bestehen — eine konsequente Politik verfolgt. Die Bundesregierung wollte und will und ist bemüht, mit jedem der im Streit und teilweise im Kampf befindlichen Teile dieser Region gute Beziehungen zu unterhalten. Ich glaube, daß diese Politik einen Erfolg getragen hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, daß es auch richtig war, daß die österreichische Außenpolitik von allem Anfang an darauf hingewiesen hat, daß dem

Bundesminister Dr. Kirchschräger

Problem des Nahen Ostens für die gesamte Europapolitik eine große Bedeutung zukommt. Wir haben daher auch dort, wo wir mit unseren Auffassungen kein positives Echo gefunden haben, doch immer diese Auffassungen vertreten. Das gilt für den Stufenplan für eine friedliche Lösung, von dem der Herr Abgeordnete Mock heute gesprochen hat, das gilt auch für unser Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen und das gilt auch für unsere humanitären Interventionen in der Lösung der Kriegsgefangenenfrage. Wir werden auch in Zukunft dieser Politik eines geraden Weges, der Politik eines Verständnisses für die Rechte und Anliegen der beiden Seiten im Rahmen der Vereinten Nationen folgen.

Und nun zu dem heute wie auch in der Vergangenheit immer wieder erwähnten Kapitel Landesverteidigung, Sicherheit. Ich habe wiederholt eindeutig klargestellt, daß die Sicherheit eines Landes auf zwei Pfeilern steht: auf der Außenpolitik und auf der Landesverteidigung. (*Abg. Fachleutner: Die sind aber schwach!*) Ich bin noch nicht fertig, Herr Abgeordneter. Ich habe auch immer das Hauptgewicht darauf gelegt, daß diese beiden Pfeiler miteinander verbunden sein müssen. Denn nur so ist es erklärlich, daß ich — ich habe das schon einmal gesagt — der erste Außenminister der Zweiten Republik bin, der verlangt hat, daß er den Sitzungen des Landesverteidigungsrates ständig zugezogen wird.

Ich habe aber auch immer die Auffassung vertreten, daß gegenwärtig das Hauptgewicht der österreichischen Sicherheitspolitik auf der Außenpolitik liegt. Das ist keine Theorie, sondern das ist eine Lehre aus der Geschichte seit 1955. Wir haben uns unsere Stellung in der Welt nicht durch eine sehr starke überzeugende militärische Abwehrkraft in den Jahren 1956 und in den kommenden schwierigen und kritischen Jahren erworben, sondern wir haben uns unsere Stellung in der Welt seit 1955 — ich reklamiere dies nicht für diese Regierung — dadurch erworben, daß eine gute und vernünftige Außenpolitik geführt wurde. Diese hat die Voraussetzungen geschaffen, daß wir heute für die Welt ein Wertelement darstellen. Und solange wir ein Wertelement für die Welt darstellen, werden wir auch in dieser Welt sicher sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber sehr richtig: Es darf keine Komponente für sich allein gesehen werden, daher ja auch die Bejahung der umfassenden Landesverteidigung, ihre Aufgliederung, wie es im Entwurf eines Verfassungsgesetzes vorgesehen ist, in eine politische, militärische, gei-

stige, zivile und wirtschaftliche. Es müssen alle Elemente zusammenhelfen; und daß sie zusammenhelfen, dafür bin ich absolut.

Der Herr Abgeordnete Fachleutner hat es auch zuwege gebracht, einen ungemeinen kühnen Sprung von der Verteidigungspolitik zum neuen Straßgesetz zu tun. Er hat an mich eine Frage gestellt, die in meiner Abwesenheit auch schon vom Herrn Abgeordneten Bauer gestellt wurde. Lassen Sie mich auch dazu antworten.

Sie haben gefragt, wie ich zu dem neuen Straßgesetz stehe. Ich sage Ihnen dazu folgendes: Ich habe der Regierungsvorlage mit der Indikationenlösung aus Überzeugung zugestimmt, weil ich die Lücken und die Schwierigkeiten des alten § 144 aus meiner Richterzeit bei Gott kenne. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Ich halte eine Erklärung vor dem Parlament über die Zustimmung oder über die Ablehnung eines Initiativantrages für einen Minister, der dem Parlament nicht angehört, nicht für geboten. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Meine persönlichen Gedanken zu Alternativlösungen zu der von der Regierung beschlossenen Indikationslösung habe ich den mit diesem Fragenkomplex befaßten Freunden in der Regierungspartei gesagt, und wir haben diese gemeinsam besprochen. Dazu brauchte ich und brauche ich weder eine Aufforderung des Herrn Abgeordneten Fachleutner im Zusammenhalt mit der Sicherheitspolitik noch brauche ich dazu einen Offenen Brief der Jungen ÖVP. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Sehr transparent, Herr Minister!*)

Nun zur Frage Erdöl und Energie. Der Herr Abgeordnete Scrinzi hat gefragt, ob ich die Behandlung des Themas Erdöl oder des Themas Energieversorgung vor der Sicherheitskonferenz für aussichtsreich halte. Ja, ich halte eine solche Behandlung dieses Themas für aussichtsreich, und zwar im Rahmen des Punktes 36 der Schlußempfehlungen von Helsinki, der auf Projekte gemeinsamen Interesses im Bereich der Energiequellen und der Nutzbarmachung von Rohstoffen abzielt. Wenn dazu der Herr Abgeordnete Mock gefragt hat, ob ich von diesem Vorschlag vorher unterrichtet war, so kann ich Ihnen dazu sagen, daß sich dieser Vorschlag aus der Diskussion der drei Regierungschefs ergeben hat, daß wir aber über die Durchführung sehr eingehende Gespräche geführt haben.

Zur Frage des Herrn Abgeordneten Peter, was die Außenpolitik tun kann, um in der Ölpolitik einen Beitrag zu einer Entspannung der Situation in Österreich zu leisten, möchte ich zuerst feststellen, daß uns an sich die gegenwärtige Ölsituation nicht in demselben

Bundesminister Dr. Kirchschräger

Maße trifft wie andere Staaten, und zwar deswegen nicht, weil Österreich schon früher dazu übergegangen ist, Verträge über die Lieferung von Öl auch in zwischenstaatliche Abkommen einzugliedern und sie nicht allein den multinationalen Gesellschaften zu überlassen. Wir haben von den Partnern, die bisher unsere Ölversorgung sichergestellt haben, auf der zwischenstaatlichen Ebene die Zusage, daß die abgeschlossenen Lieferverträge im vollen Umfang erfüllt werden.

Ich glaube, daß weniger eine Präsenz in dem einen oder anderen Ölproduzierenden Land hier eine Hilfe sein kann, sondern daß hier der Kontakt mit der OPEC, die in Wien ihren Sitz hat, sehr nützlich ist, ein Kontakt, der sich sehr positiv auswirkt, und ich glaube, daß auch die grundsätzliche Haltung der österreichischen Außenpolitik dazu beigetragen hat, daß diese Öllieferungsverträge weiter gehalten werden. Schwierigkeiten entstehen dort, wo bisher von den Raffinerien der internationalen Gesellschaften gekauft wurde. Hier wird nach Lösungen zu suchen sein.

Zum Thema Südtirol: Es ist richtig, daß am 20. Jänner, wenn bis dahin die Durchführungsverordnungen nicht erlassen werden können, die noch offen sind, ein Verzug eintreten wird. Ich stimme hier dem Herrn Abgeordneten Ermacora zu, daß es dann oder schon vorher nützlich ist, in einer gemeinsamen Begegnung von Südtirolern und Nordtirolern und Experten, wie wir das immer hatten, diese Frage zu prüfen. Ich glaube auch, daß die Frage der Hochschulausbildung sicher eine Frage von sehr großer Bedeutung für die Südtiroler ist. Auch hier haben wir immer versucht, einen abgestimmten Weg zu gehen, aber Sie, Herr Abgeordneter, wissen sehr gut, daß innerhalb der Südtiroler hier sehr verschiedene Auffassungen entstanden sind.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang die Frage des Regionalismus erwähnten: Ich bin gerne zu einer Besprechung bereit.

Die Frage der nicht abgegoltenen Teuerung in den Auslandsbezügen ist auch dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bewußt. Wir versuchen, hier mit einem Mindestmaß an Administration der ständigen Inflationswelle im Ausland Rechnung zu tragen.

Was die Erfüllung des Archivabkommens mit Jugoslawien aus dem Jahr 1923 betrifft, so hat im Jahre 1955 oder 1956 die österreichische Bundesregierung zugesagt, daß die Erfüllung nunmehr stattfinden werde, aber in der Zwischenzeit ist es noch zu keiner einheitlichen Auffassung der innerösterreichischen Stellen über diese Erfüllung gekommen. Es wurden und konnten daher Jugoslawien auch

keinerlei Zusagen in einer bestimmten Richtung gemacht werden.

Wenn Sie auf das neue Kompetenzgesetz hinweisen und fragen, ob ich von der Verordnungsermächtigung des Artikels 15 Gebrauch machen werde, kann ich darauf nur sagen: Ja, das wird geschehen, und zwar im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern. Hier sind die Besprechungen noch im Gange.

Um bei den neuen Kompetenzen zu bleiben: Der Herr Abgeordnete Fachleitner hat verlangt, daß ich auf Grund der künftigen Zuständigkeit für Integrationsfragen bei den Europäischen Gemeinschaften die Interessen der Landwirtschaft stärker oder stark wahrnehmen solle. Ich darf darauf hinweisen, daß die Durchführung der bisherigen Übereinkommen nach wie vor in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie liegt, daß aber neue Initiativen im Einvernehmen mit allen, in deren Interesse solche erfolgen oder die solche verlangen, ergriffen werden, wenn Aussicht auf einen gewissen Erfolg besteht.

Zum Abschluß noch zur kulturellen Auslands politik. Der Herr Abgeordnete Luptowits und der Herr Abgeordnete Peter haben angeregt, daß eine Enquete über die künftige Auslands kultur politik stattfinden solle. Ich halte eine solche Enquete für durchaus nützlich und auch die Zusammensetzung, die hier vorgeschlagen wurde, mit vielleicht der einen oder anderen Ergänzung für wertvoll. Ich glaube, daß ein solcher umfassender Gedankenaustausch nunmehr, nachdem die gesamte Auslands kultur politik wieder an einer Stelle konzentriert ist, notwendig ist, wobei ich auch an dieser Stelle schon jetzt für die bisherige gute Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium und dem Unterrichtsministerium danken und gleich klarstellen möchte, daß wir diese Zusammenarbeit auch in Zukunft für eine zielführende und auf das heutige Österreich abgestellte, aber auch die österreichische Außen politik stark in Rechnung stellende Kultur politik benötigen werden.

Ich glaube, daß neben den Räumen, die Sie, Herr Abgeordneter Peter, für eine kulturelle Aktivität besonders erwähnt haben, vielleicht auch eine Beobachtung gewisser kultureller Aktivitäten im weitesten Sinn des Wortes in den Europäischen Gemeinschaften notwendig sein wird, da ja dort im Zuge der Erweiterung der Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften viele Fragen, wie zum Beispiel Bildungspolitik, bereits eine sehr große Rolle spielen werden. Ich bitte mir zu erlassen, daß ich hier nunmehr ein breites Konzept künftiger Kultur politik entwerfe; das würde zu weit führen.

Bundesminister Dr. Kirchschräger

Ich darf schließlich noch auf Rütli zu sprechen kommen. Der Herr Abgeordnete Melter hat auf dieses dringliche Anliegen der Vorarlberger Politik hingewiesen. Mir ist dieses Anliegen sehr bewußt; ich habe es ja auch in Bregenz mit den Mitgliedern der Vorarlberger Landesregierung eingehend erörtert. Ich hoffe und erwarte, daß wir hier eine Lösung und eine Regelung finden werden, die den Interessen des Vorarlberger Rheintales und der Menschen, die darin wohnen, Rechnung trägt.

Zum Abschluß nur noch ein Wort: Der Herr Abgeordnete Mock erinnert mich seit 1970 jedesmal daran, daß ich als Außenminister die volle Verantwortung für die Außenpolitik trage. Ich glaube, diese Erinnerung ist nicht notwendig; ich bekenne mich zu dieser Verantwortung, und ich trage sie auch gern! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Karasek.

Abgeordneter Dr. **Karasek** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf die Schlußerklärung des Herrn Bundesministers und auf einige Äußerungen von ihm eingehe, gestatten Sie mir auch, daß ich zum Verlauf der Debatte noch einiges sage.

Zuvor etwas eher Angenehmes: Ich bin während meines Aufenthaltes in den Couloirs Kollegen aus dem Außenministerium entgegengelaufen, die mich darauf aufmerksam machten, daß ich in meiner ersten Rede heute lediglich jenen Kollegen gedankt hätte, die in der multilateralen Diplomatie tätig sind, und die mich fragten, ob man daraus den Schluß ziehen könnte, daß ich ab nun alle die verachte, die in der bilateralen Diplomatie tätig sind. Das kann aus zwei Gründen nicht der Fall sein. Erstens einmal war ich selbst acht Jahre in der bilateralen Diplomatie tätig und keinen einzigen Tag in der multilateralen. Diese Form ist mir erst jetzt durch den Europarat erschlossen. Schon das ist ein Grund, daß ich diese nicht verachte. Der zweite Grund ist, daß ich selber, wie gesagt, lange genug draußen war und daher allen Kollegen im Außenministerium Dank sagen möchte, weil ich auch sehr oft bei Auslandsreisen merke, von welchem großem Nutzen sie für alle Abgeordneten, nicht nur für den Kollegen Karasek, sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nicht unwidersprochen lassen kann ich einige Bemerkungen meines geschätzten Kollegen Luptowits, insbesondere wenn er gegen den Kollegen Fiedler polemisiert, daß er heute keine Konzepte und Alternativen in seiner Rede vorgelegt hätte. Ich muß dem

deshalb widersprechen: Erstens einmal hat der Herr Bundesminister selbst in seinem Schlußwort von drei Zielvorstellungen gesprochen, die der Kollege Fiedler entwickelt hätte. Wenn er es wirklich nicht gesagt hätte, könnte ihm nicht so geantwortet worden sein, Herr Kollege Luptowits!

Dann möchte ich hier etwas sehr klar und sehr deutlich sagen, meine Herren: Wenn ein Abgeordneter von diesem Pult hier nur Kritisches sagt und nichts Lobendes, so ist dies ein Grundrecht der Opposition — der Herr Bundeskanzler selbst, glaube ich, hat uns einmal in einem Ausspruch gelehrt, daß es nicht Aufgabe der Opposition ist, Wohlverhaltenszeugnisse auszustellen. Davon macht jeder Abgeordnete Gebrauch, der kritisch über die Regierung redet; das sei hier hervorgehoben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Alternativen haben die Österreichische Volkspartei und ihre Abgeordneten nicht der sozialistischen Fraktion und nicht der Regierung gegenüber zu vertreten, sondern nur ihren Wählern gegenüber. Das werden wir bis zu den nächsten Wahlen sicherlich tun! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Etwas Ähnliches, Kollege Luptowits, gilt ja, wenn Sie dem Abgeordneten Mock vorwerfen, daß er sich desselben Fehlers befleißigt hätte. Schließlich hat auch der Herr Bundesminister auf die Vorschläge zur Flurbereinigung bei den internationalen Organisationen und auch auf einige andere Punkte geantwortet. Wenn man die Zusammenfassung dieser fünf Punkte in der Schlußrede vom Abgeordneten Mock durchliest, so muß ich sagen, daß er Vorstellungen hier zur Außenpolitik entwickelt hat, die durchaus legitim an die Adresse der Regierung gerichtet sind.

Was meine eigene sogenannte Sackgasse anlangt — die Zeit ist schon fortgeschritten —, so will ich in das Problem der Teilnahme an der Konferenz der Blockfreien nicht nochmals tief eingehen. Ich stelle jetzt nur die eine Gegenfrage: Wer, welcher westliche Staat war denn sonst noch außer Österreich in Algier anwesend? Sie werden mir jetzt antworten: Schweden und Finnland. Aber waren die auch schon in Lusaka, waren die auch schon in Georgetown? Nein! Die haben sich offenbar von den Österreichern überreden lassen, dort hinzugehen. Es gibt überhaupt keinen westlichen Paktstaat, der dort aufgetreten ist.

Wenn von der freiheitlichen Seite gesagt wird — ich glaube, der Abgeordnete Scrinzi hat das gesagt —, daß es so wertvoll ist, wenn man Informationen bei den Blockfreien sammelt, dann muß ich sagen: Herr Kollege Scrinzi! Ob die Regierung jetzt, nach ihrer Teilnahme, um so viel gescheiter ist als vor-

Dr. Karasek

her, diese Frage bleibt offen. Ich habe keine Informationen darüber bekommen, worüber dort geredet und was dort gesagt wurde. Ich bezweifle den Wert dieser Teilnahme. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Abgeordneter Peter in der Oppositionsrolle seiner Partei so schön sagt, sie mache jetzt eine differenzierte Opposition, so muß ich dazu sagen: Das ist ein ganz großes Modewort. Von differenzierter Opposition hat auch Herr Abgeordneter Scrinzi gesprochen, hat Abgeordneter Luptowitz gesprochen, hat heute der Abgeordnete Peter gesprochen, vielleicht hat das Wort auch jemand von der ÖVP verwendet.

Nur möchte ich Ihnen zur Frage der differenzierten Opposition im Zusammenhang mit der Außenpolitik sagen: Im Sinne der Definition des Abgeordneten Peter ist es ein vollkommen alter Hut, der gar nichts Neues ist. Denn diese Form, die sachlich differenzierte Opposition machen wir schon lange, Herr Abgeordneter Peter! *(Zustimmung und Beifall bei der ÖVP.)* Ich habe ja selbst gesagt, daß wir nicht Opposition um der Opposition willen machen.

Keine zwingende Logik ist es allerdings, daß man deshalb beim Budget im Kapitel Äußeres für die Regierung stimmen soll — trotz differenzierter oder, wenn Sie wollen, auch mit undifferenzierter Opposition. *(Ruf bei der SPÖ: Die Gasteiner Mode ist aber ohne Hut! — Heiterkeit.)*

Noch etwas muß ich Ihnen sagen, Herr Kollege Peter! Ich kann nicht verhindern, daß Sie die ÖVP-Minister abqualifizieren, wie Sie es hier getan haben, und den Tončić und den Waldheim als keine für Sie sehr nützlichen und guten Außenminister bezeichnet haben, im Gegensatz zum guten Kreisky und zum guten Kirchschläger. Das aber hat keine sachlichen Gründe — wenn ich Ihnen genau gefolgt bin —, das hat nichts mit der Außenpolitik zu tun. Sondern die von der Sozialistischen Partei gestellten Außenminister sind die guten Buben dieses Hauses, und die anderen sind die bösen Buben dieses Hauses. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist Ihre Qualifizierung, Herr Kollege Peter! Sie haben keinen sachlichen Grund gebracht. *(Abg. Peter: Der Parteibossmann Schleizer redet auch mit den Freiheitlichen, der Tončić und der Waldheim haben nicht mit den Freiheitlichen geredet! — Gegenrufe bei der ÖVP.)* Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie wegen Verkürzung der Redemöglichkeit gekränkt sind. Ich nehme zur Kenntnis, daß pro futuro Sie jetzt ein besseres Treatment haben; zugegeben. Aber dann, Herr Kollege Peter, bin ich immer noch nicht damit einverstanden, daß Sie an die Adresse dieser

Regierung, mit tiefer Verbeugung und mit tiefem Hutziehen, sagen: Dies ist eine gute aktive Neutralitätspolitik — das haben Sie nämlich auch gesagt —, während die ÖVP-Minister ... *(Abg. Peter: Vor dem Mann ziehe ich den Hut, nicht vor der Regierung!)*

Aber kommen wir auf die berühmte aktive Neutralitätspolitik zurück. Dazu möchte ich, Herr Kollege Peter, jetzt sachlich sagen: Aktive Neutralitätspolitik muß ich sogar beim Herrn Bundeskanzler Kreisky anerkennen. Schon 1964/66 haben wir eine aktive Neutralitätspolitik gemacht, als es noch eine große Koalition gegeben hat. Ich habe oft gesagt: Herr Kanzler! Ich schätze den Außenminister, ich schätze weniger die Tätigkeit des Bundeskanzlers. Aber so darf ich es ja zum Ausdruck bringen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Aber das möchte ich jetzt auf Ihre Kritik, die Sie in Ihrer Rede angebracht haben, sagen: Aktive Außenpolitik hat die ÖVP 1966 bis 1970 gemacht. Jetzt um halb fünf habe ich leider keine Zeit mehr, Ihnen das zu beweisen, aber ich stehe jederzeit dazu zur Verfügung.

Zu den Ausführungen der Kollegin Albrecht möchte ich noch ganz kurz etwas sagen. Sie hat in sehr menschlich-ergreifenden Worten von der humanitären Rolle, die Österreich in der Außenpolitik spielen soll, gesprochen. Ich teile hier vollkommen ihre Auffassungen. Es tut mir leid, daß keiner der Männer an diesem Pult auf dieses Problem zu sprechen gekommen ist. Denn die humanitäre Rolle Österreichs, die wir ausführen sollten, betrachte ich nicht nur als ein Recht des neutralen Staates, sondern als ein Privileg des neutralen Staates, das man benützen soll. Ich unterstütze auch — ich sage das ganz ausdrücklich — jene Kampagne der Amnesty International gegen die Folter, von der Sie so ausführlich gesprochen haben. In diesem Punkt können sich, glaube ich, wirklich die Demokraten aller Seiten dieses Hauses vereinen, weil sie hier zu Felde ziehen gegen eine der abscheulichsten Degenerationen menschlicher Tätigkeit. In diesem Sinne bin ich ganz hinter der Sache, von der Sie gesprochen haben. *(Allgemeiner Beifall.)*

Zum Abschluß ganz kurz, Herr Bundesminister, noch zu Ihren Ausführungen. Ich weiß nicht, warum Sie in den Fragen der China-Politik und der Sicherheitsratskandidatur dem Kollegen Fiedler Vorhaltungen gemacht haben, die offenbar noch aus einer Zeit stammen, in der diese Fragen noch nicht voll und ganz entschieden wurden. Es ist Ihnen heute oft bescheinigt worden, daß Sie ein relativ informationsfreudiger Außenminister sind. In diese Qualifikation gehört hinein, daß Sie die Frage „China — Aufnahme diplomatischer Be-

Dr. Karasek

ziehungen“ und die Frage „Sicherheitsratkandidatur“ vor das Parlament gebracht haben. Sie haben das im Ausschuß anhängig gemacht.

Das war mehrere Monate da. Man soll niemandem vorhalten, daß er in der Zeit dieser Beratungen gegenteilige Auffassungen vertreten hat. Denn das war ja nachgerade, glaube ich, der Zweck Ihres Schrittes, eine möglichst einhellige Auffassung zu erzielen. Zum Herbeiführen einhelliger Auffassungen gehört auch das Bekanntgeben gegenteiliger Auffassungen. Ich finde darin nichts Schlechtes.

Ich betone nur: In zwei wesentlichen Fragen der Außenpolitik, die Sie heute auf Ihr Erfolgskonto buchen, haben Sie die Opposition befaßt und unsere Zustimmung und unser grünes Licht bekommen. Wenn es mit China so glatt gegangen ist — Herr Bundesminister, Sie werden mir das bestätigen müssen —, dann nicht zuletzt deshalb, weil die Opposition mitgegangen ist und weil wir mitgezogen haben, und zwar auf Grund eigener Überzeugung und nicht, weil Sie uns getrieben haben. Sie kennen sehr gut die Gespräche, die wir in dieser Frage geführt haben, und das, glaube ich, können wir für uns reklamieren.

Ich bin nicht Ihrer Auffassung, daß bloß die Nichtbefassung der europäischen Sicherheitskonferenz der Grund ist, daß Europa in der Nahost-Frage nichts zu reden hat.

Es hängt, glaube ich, damit zusammen, daß nur die Machträger in dieser Frage zu reden haben; die, die hinter den Kriegsparteien stehen. Hinter der einen Kriegspartei steht die Sowjetunion, und hinter der anderen Kriegspartei stehen die Vereinigten Staaten. Da kann die Sicherheitskonferenz beraten, da können die „Neuner“ beraten, da kann der Europarat beraten — wenn Sie mich fragen, dann muß ich in realistischer Einschätzung der Dinge sagen: Daran hätte das nichts geändert. Sie müssen jetzt nicht triumphieren und sagen: Seht her, der Bundeskanzler Kreisky und ich, wir haben es euch immer gesagt: hätten wir das Problem nur vor das richtige Forum gebracht, wir hätten uns viel erspart! — Zu dieser Schlußfolgerung kommen wir nicht.

Das, Herr Bundesminister, was Sie mir zu meiner konkreten Anfrage in der Dekolonisierung gesagt haben, befriedigt mich nicht ganz. Denn wenn Sie jetzt tatsächlich dazu übergehen, von unserer bisherigen Stimmeneenthaltung auf eine Prostimme überzugehen, obgleich die Seite, nämlich diese große afroasiatische Gruppe, die bekannte Klausel durchgesetzt hat, den Kolonialisierungskampf mit allen notwendigen Mitteln zu führen — selbst wenn Sie das Wort „notwendig“, wie ich aus Ihrer Antwort weiß, jetzt sehr nuanciert inter-

pretieren —, dann muß ich sagen, begeben wir uns auf eine sehr gefährliche Bahn. Es ist ein gefährlicher Anfang, wenn wir jetzt dazu ja sagen. Es fragt sich, mit welchen weiteren Forderungen sie bei der nächsten und übernächsten Generalversammlung kommen werden.

Sie sind die Regierung, Sie, Herr Bundesminister, werden also die Weisung geben, wie Sie sie im Lichte unserer Diskussion und unserer Warnungen für richtig halten. Aber ich behalte mir das Recht vor, allenfalls bei einer Eskalierung dieser ganzen Entwicklung hier zu stehen und zu sagen, daß ich gesagt habe, daß das ein gefährlicher Anfang ist.

Zum Allerletzten, zum Allerbedauerlichsten, Herr Bundesminister. Die Antwort, die Sie in der ČSSR-Vermögensfrage dem Kollegen Fachleutner gegeben haben, qualifiziere ich schlicht und einfach als einen Ausrutscher. Wenn Sie damit sagen wollen: Da hat halt die ÖVP-Regierung durch Jahre versagt, daß sie das Problem nicht gelöst hat!, dann antworte ich Ihnen nur mit einem: Wer war Missionschef in Prag unter dieser ÖVP-Regierung? Wenn ÖVP-Regierungen versagt haben, dann hat auch der Gesandte Kirchschräger versagt. *(Starker Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter ein Schlußwort? — Es ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Kapitel 20 in der Fassung der Regierungsvorlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Mit Mehrheit angenommen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe IV

Kapitel 11: Inneres

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe IV.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Robak. Ich ersuche um den Bericht.

Spezialberichterstatter **Robak:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bringe den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971, Spezialbericht zu Beratungsgruppe IV, Kapitel 11: Inneres.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe IV enthaltene Kapitel 11

Robak

„Inneres“ (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag) des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 in seiner Sitzung am 13. November 1973 der Vorberatung unterzogen.

Bei Kapitel 11 sind im Bundesvoranschlag 1974 für das Bundesministerium für Inneres insgesamt

Ausgaben von 4.458.847.000 S vorgesehen.

Hievon entfallen auf den Personalaufwand 3.624.966.000 S, also 81,3 Prozent, und auf den Sachaufwand insgesamt 833.881.000 S, somit 18,7 Prozent.

Trotz gleichbleibendem Dienstpostenstand und trotz Überstellung der Ausgaben für Familien- und Geburtenbeihilfen in den Sachaufwand erfahren die Personalkredite gegenüber dem Vorjahr infolge der durchgeführten Bezugserhöhung sowie durch die Neuregelung der Nebengebühren eine Steigerung um 715.465.000 S.

Für den Sachaufwand stehen dem Bundesministerium für Inneres im Jahre 1974 833.881.000 S, das ist um 245.798.000 S mehr als 1973, zur Verfügung. Von dieser Steigerung entfallen allerdings rund 109 Millionen Schilling auf die bereits erwähnte verrechnungstechnische Überstellung des Beihilfenaufwandes vom Personal- zum Sachaufwand.

Beim Titel 110 sind 70.481.000 S für den Aufwand der Zentralleitung veranschlagt. Hier sind insbesondere weiterhin die Kosten für die Isolierung der im Steinfeld lagernden Kampfstoffgranaten berücksichtigt worden.

Beim Titel 111 sind für den Zweckaufwand des Bundesministeriums für Inneres 31.020.000 S vorgesehen. Hievon entfallen auf die Flugpolizei und den Flugrettungsdienst 12.206.000 S. Der Flugpolizei werden im Jahre 1974 insgesamt zehn Hubschrauber, fünf zweiseitige Einsatzflugzeuge und ein Schulflugzeug zur Verfügung stehen.

Zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit sind die Flugzeuge auf die sechs Einsatzstellen Wien (Meidlinger Kaserne), Flughafen Salzburg/Maxglan, Flughafen Innsbruck/Kranebitten, Flughafen Graz/Thalerhof, Flughafen Klagenfurt/Wörthersee und Flugplatz Hohenems/Dornbirn verteilt. Jede der genannten Einsatzstellen ist grundsätzlich mit einem Hubschrauber und fallweise auch mit einem Flächenflugzeug besetzt. Das Bundesministerium für Inneres ist ständig bestrebt, die Ausstattung der Flugeinsatzstellen entsprechend dem letzten Stand der Technik und der gewonnenen Erfahrungen zu ergänzen und zu verbessern.

Im Jahre 1973 wurden bisher rund 1600 Einzeleinsätze aller Art durchgeführt, außerdem zwei Großeinsätze bei Naturkatastrophen beziehungsweise Fahndung nach

Verbrechern. Die Anzahl an flugpolizeilichen Einsätzen zur Lenkung und Kontrolle des Straßenverkehrs, insbesondere in den Ballungszentren um die Bundeshauptstadt und um die Landeshauptstädte, zeigt weiterhin eine stark steigende Tendenz.

Für den Zivilschutz stehen im Jahre 1974 5.319.000 S zur Verfügung. Mit diesen Kreditmitteln sollen die Lehrgänge für alle mit Zivilschutzaufgaben betrauten Personen fortgesetzt, die Strahlenspürtruppe weiter ausgebildet und ausgerüstet, die Mietkosten für die Ringleitung für den Alarm- und Warndienst bestritten und Förderungsmittel für den Zivilschutzverband und für die Feuerwehren bereitgestellt werden.

Für Wahlkosten ist im Jahre 1974 ein Betrag von 4.545.000 S vorgesehen. Aus diesen Krediten sollen die Restkosten für die Nationalratswahl im Jahre 1971 erstattet werden. Außerdem ist hierin auch der Kostenersatz an die Gemeinden für die Führung der Wählerevidenz inbegriffen. Die Wählerevidenzkosten zeigen eine steigende Tendenz.

Für das Wanderungswesen ist ein Kredit von 705.000 S veranschlagt, der vor allem für die Rückführung mittellos gewordener Österreicher aus dem Ausland vorgesehen ist.

Die Aufwendungen für die Anlagenkredite des Entminungsdienstes sind mit 1.200.000 S und die Aufwendungen für die Kennzeichnung der Staatsgrenze mit 160.000 S veranschlagt.

Der Sachaufwand für das Österreichische Polizeikontingent in Cypern ist mit 6.885.000 S veranschlagt. Derzeit beträgt der Stand des Kontingentes 55 Mann.

Beim Titel 112 sind die Ausgaben für die Kriegsgräberfürsorge in Höhe von 2.266.000 S veranschlagt.

Titel 113 enthält die sachlichen Aufwendungen für die Bundespolizei im Gesamtbetrag von 341.431.000 S. Gegenüber 1973 ergibt sich eine Erhöhung um 100.726.000 S. Dieser Mehraufwand ist, abgesehen von den Ausgaben für Familien- und Geburtenbeihilfen, im wesentlichen durch den weiteren Ausbau der elektronischen Datenverarbeitungsanlage bei der Bundespolizeidirektion Wien sowie der Datenstationen für das Elektronische Kriminalpolizeiliche Informationssystem, durch die Gewährung einer Aufwandsentschädigung für Nachtdienste, durch die Einstellung und Unterbringung weiterer weiblicher Straßenaufsichtsorgane, weiters durch den vermehrten Einsatz von Streifen- und Patrouillenwagen sowie schließlich durch die Anschaffung von Begutachtungsplaketten für Kraftfahrzeuge bedingt.

Bei den Anlagen sind als Schwerpunkte der Kfz-Bereich und der Fernmeldebereich anzu-

Robak

sehen. Hiefür werden 1974 rund 23,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Auf dem Kfz-Sektor erstreckt sich das Anschaffungsprogramm hauptsächlich auf den Austausch einer Reihe nicht mehr einsatzfähiger Kraftfahrzeuge. Eine Vermehrung des systemisierten Gesamtstandes tritt im Jahre 1974 nicht ein. Demnach werden der Bundespolizei in diesem Jahr ebenso wie 1973 989 Kraftfahrzeuge zur Verfügung stehen. Auf dem nachrichtentechnischen Sektor liegt die Hauptarbeit vor allem in der Fortsetzung der Verbesserung, Modernisierung und Erweiterung der Anlagen für den Fernsprech-, Fernschreib- und Funkverkehr.

Im letzten Jahr hatte die Bundespolizei 2 Tote als Opfer in Ausübung ihres Berufes zu beklagen, 80 Beamte erlitten in Dienstesausübung schwere und 590 leichte Verletzungen.

Beim Titel 114 ist neben dem Personalaufwand auch der Sachaufwand der Bundesgendarmerie mit 368,058.000 S veranschlagt.

Die Ausgabenbeträge wurden gegenüber dem Vorjahr sowohl für die laufenden Aufwendungen wie auch für Investitionen erhöht. Die Mehrausgaben bei den Aufwendungen treten unter anderem durch die Gewährung einer Aufwandsentschädigung für Nachtdienste, durch erhöhte Kosten für Treibstoffe, Energiebezüge, Mieten, Reisegebühren, Leistungen der Post und Innenausstattung neuer Gendarmerieunterkünfte ein. Die erhöhten Anlagekredite dienen vor allem der nachrichtentechnischen Ausrüstung der Gendarmerie und der Ausstattung des neuen Dienstgebäudes für das Landesgendarmeriekommando für Steiermark in Graz.

Für das Fernmeldewesen sind im Budget 1974 12,5 Millionen Schilling vorgesehen. Damit kann voraussichtlich die Umrüstung des UKW-Netzes vom 4- auf das 2-Meter-Band abgeschlossen werden. Derzeit ist die Umrüstung im letzten Bundesland, nämlich in der Steiermark, im Gange. Mit der Beendigung der Automatisierung des öffentlichen Fernsprechnetzes konnte auch die seit Jahren einheitlich konzipierte, jedoch nur mit der Automatisierung schrittweise mögliche Aktivierung des Gendarmerie-Telephon-Notrufes 133, der in allen Bezirksposten und in besonders wichtigen Hauptposten installiert ist, abgeschlossen werden.

Für das Kraftfahrwesen sind im BVA 1974 rund 14 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesen Mitteln ist die Neuanschaffung von 37 Einsatzfahrzeugen sowie der Austausch von etwa 210 Kraftfahrzeugen geplant. Insgesamt werden der Gendarmerie im Jahre 1974

2370 Kraftfahrzeuge zur Verfügung stehen. Es verfügt nunmehr schon seit einigen Jahren jede Dienststelle mindestens über ein mehrspuriges Kraftfahrzeug.

Die sicherheitsdienstlichen Aufgaben der Bundesgendarmerie zeigen weiterhin eine steigende Tendenz. Die gefährvolle Tätigkeit erforderte 1972 abermals erhebliche Opfer. In Ausübung des Dienstes wurde 1 Gendarmeriebeamter getötet und 92 schwerverletzt. Auch im Jahre 1973 sind schon vier Todesopfer zu beklagen. Seit 1945 hat sich die Zahl der Toten auf 167 erhöht. Schwerverletzt wurden in diesem Zeitraum 1938 Beamte.

Im Wirkungsbereich der Bundesgendarmerie ereigneten sich im Jahre 1972 32.079 Verkehrsunfälle mit Sachschaden und 34.840 solche mit Personenschaden. Bei diesen Unfällen wurden 2179 Personen getötet und 51.795 verletzt. Die Einsätze bei Verkehrsunfällen und die verstärkte Verkehrsüberwachung stellen eine große personelle Belastung und einen erhöhten finanziellen und materiellen Aufwand dar. Auch der alpine Rettungsdienst erfordert oft einen längeren, sehr gefährvollen Einsatz von Gendarmeriebeamten. Im Jahre 1972 war die Bundesgendarmerie bei 869 alpinen Rettungsunternehmen und 158 alpinen Bergungsaktionen beteiligt, wobei 687 Personen lebend und 106 Personen tot geborgen wurden.

Mit den für 1974 für Mietenvorauszahlungen vorgesehenen Krediten von 3 Millionen Schilling können neuerlich für etwa acht bis zehn Gendarmerieposten zweckentsprechende Unterkünfte angemietet werden.

An sachlichen Ausgaben für Besondere Einrichtungen sind beim Titel 115 insgesamt 20,625.000 S veranschlagt. Gegenüber 1973 ergibt sich ein Mehraufwand von 6,9 Millionen Schilling, der vor allem durch die steigende Flüchtlingszahl und durch die Betreuung der Uganda-Vertriebenen verursacht wird. Derzeit werden zur Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen die Lager Traiskirchen, Kreuzen, Reichenau, Vorderbrühl und die Pflegeanstalt für chronisch Kranke in Thalham, Oberösterreich, geführt. Für die letztgenannte Anstalt mußten die Ausgaben infolge Erhöhung des Patientenstandes ebenfalls erhöht werden. Die Aufwendungen für das Öffentliche Denkmal und Museum Mauthausen wurden gegenüber 1973 geringfügig vermindert.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß durch die Erhöhung der Anlagenkredite eine weitere Verbesserung der technischen Ausstattung der Sicherheitsexekutive möglich sein wird.

Robak

An der Debatte beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatte die Abgeordneten Suppan, Thalhammer, Dr. Schmidt, Kern, Dr. Pelikan, Hietl, DDr. Hesele, Kraft, Ofenböck, Glaser, Brandstätter und Linsbauer.

Der Bundesminister für Inneres nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 22. November 1973 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe IV unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 11: Inneres (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag) des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 (880 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte in einem abzuführen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit dem Budgetkapitel Inneres behandeln wir heute den Abschnitt des Haushaltsvoranschlages für das kommende Jahr, in dem es vielleicht nicht so sehr — so wie bei den anderen Kapiteln — auf die Einnahmen und Ausgabenansätze, also auf die Zahlen und Zahlensummen ankommt, als vielmehr auf das Geschehen, das hinter diesen Zahlen steckt, auf die Situation, die sich uns heute darbietet, die Situation, in der sich dieser Staat, das ist die Republik Österreich, im Inneren befindet. Ich glaube, die gilt es bei diesem Budgetkapitel vor allem zu beleuchten. Sie wird, glaube ich, Gegenstand unserer Diskussion zu sein.

Meine Damen und Herren! Wer möchte es leugnen, daß diese Situation, in der wir uns und vor allem die ganze Bevölkerung sich befindet, eine zur Zeit sorgenvolle ist. Sorgenvoll deswegen, weil wir uns ja plötzlich in einem Unsicherheitszustand, in einem krisenhaften Zustand der Versorgung befinden. Ein Zustand, der nicht durch interne, innerösterreichische Vorgänge und Anlässe ausgelöst worden ist, sondern eben ausgelöst durch die bekannten Ereignisse im Nahen Osten. Dieser Versorgungsengpaß an Energie — von dem wir alle nicht wissen, wie lang er noch andauern wird, ob er sich verstärken wird, ob dieser Versorgungsengpaß schmaler werden wird und von dem sogar befürchtet werden

muß, daß in zunehmendem Maße andere Versorgungsgebiete in Mitleidenschaft gezogen werden ja daß es unter Umständen sogar in unserer gesamten wirtschaftlichen Situation zu Rückschlägen kommen kann, zu Rückschlägen in Teilgebieten unserer Wirtschaft hat es ja schon geführt, wenn ich nur an die Fremdenverkehrssituation in unseren westlichen Bundesländern denke — hat mit großer Deutlichkeit doch zweierlei, und zwar ganz schonungslos aufgezeigt: nämlich erstens, daß diese Regierung recht unsicher, um nicht zu sagen, ratlos ist und keineswegs weiß, was in einer derartigen Situation zu tun ist, welche Maßnahmen zu setzen sind.

Ich glaube, es kann keine Beruhigung für die Bevölkerung bedeuten, wenn zunächst der Herr Bundeskanzler meint, daß wir einmal abwarten sollen, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, und auf der anderen Seite meint der Handelsminister — er hat ja wie ein Zauberer an die Hunderte Rezepte in seinem Hut —, er wird schon zur richtigen Zeit das richtige Rezept herausuchen, um dieser Situation zu begegnen.

Bis jetzt ist eine einzige Maßnahme getroffen worden, und das ist die Festsetzung des Tempos 100 auf unseren Straßen. Eine Maßnahme, von der ich sagen muß, daß sie uns verfassungsrechtlich gar nicht so unbedenklich erscheint, denn eine Maßnahme, gestützt auf die Straßenverkehrsordnung, eine Sparmaßnahme, auf dieses Gesetz gestützt, scheint mir nicht mit der Verfassung im Einklang zu stehen.

Man wird mir vielleicht entgegenhalten: Tempo 100 auf Autobahnen und Bundesstraßen ist ja nur aus Sicherheitsgründen verfügt worden. — Aber, meine Damen und Herren, wer nimmt das schon ab? Wer nimmt das dem Herrn Handelsminister schon ab? Da ist wochen- und monatelang geredet worden, daß man überlegt, dieses Tempo 100, mit Ausnahme der Autobahnen, auf den Straßen einzuführen. Aber der Herr Handelsminister hat gesagt, das wird er seinem Nachfolger, dem Herrn Verkehrsminister, ab 1. 1. 1974 — ab dann ist ja der Verkehrsminister zuständig — überlassen, und der Verkehrsminister Lanc hat gesagt, er überlegt, er wird erst einmal die Dinge prüfen und wird sich aus der Bundesrepublik Gutachten kommen lassen, welche Erfahrungen man dort gemacht hat, wahrscheinlich wird er sich für das Tempo 100 entschließen.

Die Dinge waren in Fluß, und plötzlich, als die Benzinkrise aufgetreten ist, plötzlich wird Tempo 100 auf Autobahnen und allen Straßen verfügt. Da kann doch kein Mensch

Dr. Schmidt

sagen, daß das eine Maßnahme der Verkehrssicherheit sei. Es ist doch ganz eindeutig, daß dies aus Ersparnisgründen gemacht worden ist.

Es ist also jetzt die entscheidende Frage, ob man solche Sparmaßnahmen aufgrund der Straßenverkehrsordnung erlassen kann. Wir bezweifeln das hinlänglich.

Wir sehen also in Wirklichkeit, daß die Regierung unsicher ist, daß sie konzeptlos ist. Es sind, wie ich eben am Beispiel Bundeskanzler—Handelsminister aufgezeigt habe, deutliche Zeichen mangelnder Koordination erkennbar.

Aber auch ein zweites wurde in dieser Situation mit aller Deutlichkeit erkennbar. Das trifft aber nicht nur diese Regierung, sondern das trifft auch die Regierungen vor ihr. Und zwar wurde mit aller Deutlichkeit erkennbar, daß man in den vergangenen Jahren sorglos dahingelebt hat, daß man sich niemals so recht mit dem Gedanken befaßt hat, was zu tun ist, wenn es plötzlich zu einer Verknappung an Rohstoffen kommt. Man hat niemals echte Maßnahmen zur Bevorratung ins Auge gefaßt. Und diese Regierung schon gar nicht!

Heute ist doch die größte Sorge der Bevölkerung: Wie wird man den Winter überstehen? Wird man heizen können? Wird es genügend Heizöl geben? Wird man genügend Benzin haben?

Die Industrie hat die größten Sorgen: Wird sie genügend Treibstoffe und sonstige Energieträger bekommen?

Aber die Regierung hat in der Vergangenheit anscheinend nur die Sorge gehabt, wie man das Rundfunkgesetz ändern muß. Sie hat sich um diese wesentlichen und lebenswichtigen Dinge nicht gekümmert. Jetzt aber, wo die Situation bedrohlich wird, jetzt auf einmal jagt eine Konferenz die andere, jetzt jagt ein Krisengipfel den anderen, und jetzt, wo die Güter knapper und daher natürlich auch teurer werden, überlegt man, wie man aufkaufen und bevorraten muß. Das ist so typisch für die Kurzsichtigkeit. Wenn einem das Wasser bis zum Hals steht, dann beginnt man das zu tun, was man schon längst als bestvorbereitete Regierung, wie man sich nennt, als vorausschauende Staatslenkung, hätte tun müssen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Nichtsozialistischen Regierungen wird immer vorgeworfen, daß sie keine Planungen haben, daß sie keine Konzepte haben, daß es nur in das Konzept und in das Programm von Sozialisten gehört, mit Planungen zu arbeiten. Ich möchte sehen, was zum Beispiel die Regie-

rungspartei in dieser Situation, die wir heute haben, getan hätte, wenn sie in Opposition gewesen wäre, was sie da einer anderen Regierung für heftige Vorwürfe gemacht hätte.

Gerade die sozialistische Regierung spricht bei jeder Gelegenheit von vorausschauender Politik, bekennt sich bei jeder Gelegenheit zur Planung, zum Konzept. Die Sozialistische Partei hat sich, wie es in vergangenen Jahren hieß — es war, glaube ich, noch die Zeit der großen Koalition —, als die „bessere Partei für die schlechteren Zeiten“ angeboten. Nun, meine Damen und Herren, wo sind heute die Maßnahmen dieser „besseren Partei für die schlechteren Zeiten“? Hier und heute wäre doch der Beweis anzutreten gewesen, hier und heute ist dieses Rhodos, wo man springen könnte. Und was sehen wir? Das Ergebnis ist Unsicherheit, keinerlei Konzept, nur Blabla.

Warum sage ich das? Warum leite ich damit meine Ausführungen ein? Weil wir auf einem ähnlichen Gebiete, nämlich auf dem Gebiete des Zivilschutzes, das zumindest in einigen Ansätzen zu diesem Kapitel ressortiert, genau das gleiche erleben. Was ist auf diesem Sektor in den vergangenen Jahren getan worden? Doch bitter wenig! In diesem Budget sind — der Herr Berichterstatter hat es heute gesagt — für Zivilschutzmaßnahmen 5,3 Millionen dotiert. In diesen läppischen 5,3 Millionen, möchte ich sagen, kommt doch die ganze Sorglosigkeit dieser Regierung auf diesem Gebiete zum Ausdruck!

Andere Staaten unternehmen seit Jahren, seit vielen Jahren, gewaltige Anstrengungen, um bei Katastrophen, aber auch bei Kriegsfällen die Bevölkerung zu schützen, bei Kriegsfällen, in die sie nicht hineinbezogen werden, sondern die ihre Auswirkungen auf das Gebiet dieser Staaten haben. In Schweden, das bei uns immer als Vorbild gilt, und in der Schweiz ist das der Fall. In der Schweiz werden jährlich 300 S pro Kopf der Bevölkerung hierfür ausgegeben. In Schweden 97 S pro Kopf. Ich habe diese Zahlen hier schon einmal genannt. In Österreich ist es sage und schreibe 1 S pro Kopf der Bevölkerung.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister für Inneres hat im Finanz- und Budgetausschuß einmal mehr darauf hingewiesen, daß ihm auf diesem Gebiete eben keine Kompetenz, keine Zuständigkeit zukomme und er also zu dieser Frage Zivilschutz nichts sagen könnte. Kein Minister dieser Regierung ist zuständig, die ganze Regierung fühlt sich nicht zuständig, in den Fragen des Zivilschutzes irgend etwas zu unternehmen.

Dazu kommt — und das ist ja der Grund dafür —, daß es auf Bundesebene keine rechtliche Grundlage für den Zivilschutz gibt. Ich

Dr. Schmidt

kann mich des Eindrucks nicht erwehren: Man ist anscheinend recht froh darüber, daß man sich um diese Dinge nicht zu kümmern braucht, so wie man anscheinend auch bei der Bevorratung bisher recht froh war, daß diese unangenehmen Dinge rechtlich nicht abgesichert sind. Man überläßt den Zivilschutz den Ländern; die sollen sozusagen nach eigenem Gutdünken und Dafürhalten den Zivilschutzgedanken propagieren. Das einzige, was man von Bundesebene her getan hat, ist, das Warnschutzsystem zu organisieren. (*Präsident Dr. M a l e t a übernimmt den Vorsitz.*)

Die Bundesländer agieren auf dem Gebiete des Zivilschutzes recht unterschiedlich. In manchen Bundesländern, zum Beispiel in Niederösterreich, das muß man sagen, ist man hier sehr ambitioniert; in anderen wieder sehr, sehr reserviert. Zum Beispiel gibt die sozialistisch verwaltete Bundeshauptstadt Wien seit Jahren in ihrem Budget ganze 200.000 S für den Zivilschutz der Millionenstadt aus. Das ist ein Trinkgeld. Das heißt, sie gibt es nicht aus — das war jetzt ein Irrtum von mir —, sie veranschlagt es, sie gibt nur ungefähr 10 Prozent dieser veranschlagten Summe von 200.000 S aus, also rund 20.000 bis 30.000 S. Das ist doch ein Armutszeugnis in dieser sehr wichtigen Frage.

Es gibt für den U-Bahnbau, der in Wien jetzt durchgeführt wird, keine einzige Richtlinie, ob gleichzeitig mit dem U-Bahnbau an die Schaffung von Schutzräumen gedacht ist. In der Schweiz gibt es heute bereits drei Millionen Schutzraumplätze im Lande, in Schweden noch mehr, in Dänemark zwei Millionen. Was gibt es bei uns? — Gar nichts! Hier gibt es überhaupt nichts, hier wird überhaupt nicht vorgesorgt!

Die Bundesregierung, der keinerlei Zuständigkeit zukommt, beruhigt ihr Gewissen damit, daß sie eben den Großteil der 5,3 Millionen, die im Budget veranschlagt sind, als Subvention an private Zivilschutzverbände und an Feuerwehren ausgibt. Aber eine ernste Initiative zu ergreifen, den Zivilschutz als Aufgabe selbst in die Hand zu nehmen, zu einer Sache des Bundes zu machen, zum Beispiel anzuordnen, daß Schutzräume gebaut werden, daß sonstige Schutzmaßnahmen für den Ernstfall getroffen werden müssen: darüber macht sich niemand in dieser Regierung Gedanken.

Oder vielleicht wird das so wie bei der Bevorratung sein. Wenn der Ernstfall da ist — ein Ernstfall, meine Damen und Herren, der auf dem Gebiete des Zivilschutzes natürlich viel katastrophaler ist als auf dem Gebiete der Knappheit, ein Ernstfall, von dem wir alle hoffen, daß er nie eintreten möge, es muß gar

kein kriegerischer Ernstfall sein, es kann eine Katastrophe, eine Naturkatastrophe sein, es kann eine, davor sind wir nicht gefeit, atomare, nukleare Katastrophe sein, das ist als Ursache denkbar — wenn dieser Ernstfall eintreten wird, dann werden wir wahrscheinlich alle dastehen, und dann wird es, wenn nichts vorhersehend geschehen ist, uns viel ärger ankommen als bei der Bevorratung.

Die ernste Situation, die durch die Drosselung der Energielieferungen entstanden ist, die die Regierung jetzt dazu zwingt, über Bevorratungsmaßnahmen zu beraten und Entschlüsse zu fassen und damit Versäumtes nachzuholen, sollte der Anlaß sein, auch die Einstellung zum Zivilschutz neu zu überdenken und die bisherige Haltung in dieser Frage einer Revision zu unterziehen und wenigstens die rechtliche Voraussetzung in dieser Frage dergestalt zu ändern, daß man zumindestens dem Bund eine Kompetenz für die Grundsatzgesetzgebung einräumt. Aber ich glaube, nichts zu tun, die Zügel schleifen zu lassen, ist sträflich und könnte sich eines Tages bitter, bitter rächen!

Meine Damen und Herren! Die Frage Bevorratung, Zivilschutz, umfassende Landesverteidigung, müßte unserer Meinung nach, nach Meinung der Freiheitlichen, überhaupt in ein umfassendes Krisenschutzkonzept eingebettet werden, und für dieses Krisenschutzkonzept müßte eine rechtliche Verankerung geschaffen und umfassende Überlegungen angestellt werden.

Vielleicht ist die Schwierigkeit, die wir jetzt in der Versorgung haben, der ernste Anlaß, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, nicht mit Nebenfragen, die die Regierung jetzt so als Augenauswischerei schon seit Monaten betreibt. Das ist eine Frage, die an den Lebensnerv unserer Bevölkerung geht.

Neben diesen höchst aktuellen Fragen bewegt die Bevölkerung in unvermindertem Ausmaß eine weitere Frage, die natürlich jetzt echt zum Budgetkapitel Inneres gehört: Das ist die Sicherheit in Österreich.

Es gibt da in letzter Zeit so Schalmeientöne, die ganz darauf abgestellt sind, die Situation zu verniedlichen und uns alle irgendwie in Illusionen zu versetzen. Der Herr Innenminister sagt, daß Österreich in der Entwicklung der Kriminalität einen günstigen Platz im Vergleich mit anderen Staaten einnehme. Der Herr Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit erklärt in Salzburg, die Kriminalität sei nicht besorgniserregend, und der Wiener Polizeipräsident sagt, wie ich dem „Kurier“ vom Samstag, dem 1. Dezember entnehme: „Jetzt kann man wieder durch das nächtliche

Dr. Schmidt

Wien bummeln, ohne an der nächsten Ecke abgeknallt zu werden. Im Vergleich zu der Hafenstadt Hamburg und West-Berlin steht unsere Bundeshauptstadt in der Kriminalität mit Abstand an letzter Stelle.“

Meine Damen und Herren! Ich möchte gar nicht bezweifeln, daß Wien im Vergleich zu Hamburg oder New York, die der Herr Bundeskanzler unlängst bei der Fernsehdiskussion vor dem Wahlsonntag angezogen hat, immer eine Stadt mit besseren Sicherheitsverhältnissen gewesen ist. Aber das ist ja alles sehr relativ, das beweist doch noch gar nichts. Das Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung — und das ist vorhanden — hat ja auch Niederschlag gefunden in dem Ergebnis einer Umfrage, die das Institut für empirische Sozialforschung durchgeführt hat. Das Ergebnis zeigt deutlich, daß das Problem der Unsicherheit der Bevölkerung sehr unter die Haut geht. Das geringste Sicherheitsgefühl hat — so ergab die IFES-Umfrage — die Bevölkerung in den Städten. Diesem Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung, vor allem in den Städten, kann man nicht mit Vergleichen, die nicht ganz stichhaltig sind, kommen. Denn die alte Frau, der man im Dunkel des Abends — ich sage nicht einmal bei Nacht — in der Inneren Stadt in Wien das Handtascherl wegnimmt, hat nichts davon, daß es in Hamburg, West-Berlin oder New York an dem Abend öfters geschieht. Den Bankkassier einer Raiffeisenkassa im Innviertel, der überfallen und schwer verletzt wird, kann man nicht damit trösten, daß derartiges in Texas oder in Nordrhein-Westfalen mehrmals am Tag passiert.

Was will ich damit sagen? Man soll aufhören damit, uns mit derartigen Vergleichen einzulullen und zu beruhigen. Für die Menschen in Österreich sind die Verhältnisse hier, hier und nirgend anderswo maßgebend. Die Menschen in Österreich erwarten von niemandem anderen als von unseren Sicherheitsbehörden Schutz und Abhilfe. Das ist die vorrangigste Aufgabe, die unsere Sicherheitsbehörden wahrzunehmen hätten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber leider, Herr Minister, hat man sich bei uns offiziellerseits längst daran gewöhnt, die Dinge eben — no ja — nicht so arg anzusehen, zu verniedlichen, zu bagatellisieren. Man ist in Österreich heilfroh, daß es woanders viel schlimmer ist und daß — man hat sich angewöhnt, großzügig einfach darüber hinwegzugehen — in den letzten zehn Jahren bei uns in Österreich faktisch jedes zweite Verbrechen unaufgeklärt bleibt. Ich weiß schon, daß das ein ganz grober Durchschnitt ist und daß diese Aufklärungsquote schwankt, je nachdem, ob es sich um Verbrechen gegen

Leib und Leben oder um Vermögensdelikte handelt. Aber ist es nicht besorgniserregend, daß sich die Vermögensdelikte, also die Diebstähle, die Raubüberfälle und die Betrügereien, aber vor allem die Diebstähle, innerhalb der letzten zehn Jahre verdreifacht haben? 1953 hatten wir noch 28.048 Delikte, 1972 93.050.

Von allen Verbrechen dieser Kategorie konnten im Jahre 1971 nur 37 Prozent und im Jahre 1972 laut Sicherheitsbericht nur mehr 34 Prozent aufgeklärt werden. Also nahezu zwei Drittel der Einbrüche, Diebstähle und Betrügereien, die in Österreich begangen werden, legt man unaufgeklärt zu den Akten.

Verstehen Sie, meine Damen und Herren, warum die geschädigten Personen oftmals nicht einmal mehr eine Anzeige erstatten? Sie wissen, daß es ohnehin keinen Zweck hat, denn der Beamte, der dort die Anzeige entgegennimmt, sagt mit einem gewissen Achselzucken: „Na ja, vielleicht haben Sie Glück, aber wahrscheinlich werden wir nicht eruieren können, wer der Täter ist.“

Wenn der Herr Finanzminister Androsch in seiner Budgetrede erklärt hat, daß der Nachtwächterstaat der Geschichte angehört, in der Vergangenheit liegt, so kann ich nur wiederholen, was mein Parteifreund Doktor Broesigke gesagt hat: Der Nachtwächterstaat von ehemals hat selbstverständlich eine Aufgabe wahrgenommen, die der heutige Staat anscheinend nicht mehr wahrzunehmen in der Lage ist, nämlich die Sicherheit und das Eigentum seiner Bürger zu schützen.

Wenn man die Sprache auf diese Dinge bringt, sagt der Herr Innenminister resignierend: Es sind halt — was soll man machen? — viel mehr Autos zugelassen worden, und dadurch haben eben die Einbruchsdiebstähle zugenommen. Da kann man nichts machen! — Das wird als eine Art höhere Gewalt angesehen.

Ich glaube, wenn man feststellen muß, daß bei der weitaus größten Verbrechenstypengruppe eine so steile und kontinuierliche Zunahme zu verzeichnen ist, die noch dazu von einem ebenso kontinuierlichen Abnehmen des Anteils an aufgeklärten Fällen begleitet wird, dann liegt doch der Schluß nahe, daß unsere Exekutive einfach überfordert ist, und zwar überfordert nicht nur in personeller und organisatorischer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich der technischen Ausstattung.

Meine Damen und Herren! Wir wissen um die Misere, um die Malaise auf dem Personalsektor der Exekutive, vor allem der Polizei, vor allen Dingen der Polizei in den Großstädten, zum Beispiel der Polizei in Wien.

Dr. Schmidt

Ich weiß, daß bei der Gendarmerie die Verhältnisse besser liegen, obwohl die Vorgänge Marchegg/Schönau uns nicht gerade vom Gegenteil überzeugt haben.

Aber wir haben auch mit Aufmerksamkeit und Interesse die Bemühungen registriert, durch eine Änderung des Dienstsystems, der Dienstordnung, bei der Bundespolizei mehr Beamte auf die Straße zu bekommen. Das kann man auch beobachten, dies muß man zugeben. Man muß aber auch sagen, daß da auch eine Nebenwirkung vorhanden ist, nämlich daß sich durch dieses neue Dienstsystem in der Nacht eine Halbierung der Präsenz ergibt, und das bedeutet gerade in einer Großstadt wie Wien eine echte Kalamität. Hier ergibt sich doch kein wesentlicher Unterschied zu den früheren tristen Verhältnissen.

Ich muß hier wieder einmal sagen: Die Bevölkerung vermißt nach wie vor den zu Fuß patrouillierenden Rayonsposten, der die Gegend kennt, der die Menschen, die dort wohnen, kennt und dessen Anwesenheit allein bereits einen Gutteil des Sicherheitsbedürfnisses der Menschen befriedigt. Denn Funkstreifenwagen mit einer oft ortsunkundigen Besatzung sind ebenso wenig ein echter Ersatz wie die spärlichen Notrufsäulen, deren Anzahl ja in der Bundeshauptstadt geradezu ver-schwindend klein ist.

Ich möchte mich nicht weiter über die Personalsituation in der Wiener Polizei verbreiten. Die Erfolge der Werbeaktion in diesem Jahr haben, wie man hört, zu einer sehr optimistischen Betrachtungsweise bezüglich der Überwindung des Personalmangels geführt.

Es ist zu hoffen, daß aus den Feststellungen des Untersuchungsberichtes des Ford-Institutes die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden, dies vor allem, meine Damen und Herren, was die Verbesserung des Betriebsklimas innerhalb der Polizei betrifft. Das scheint mir persönlich die wichtigste Voraussetzung zu sein, um den Anreiz, den die Exekutive auf junge Menschen ausübt, zu erhöhen.

Daß unsere Polizei und unsere Gendarmerie und innerhalb dieser beiden Exekutivkörper die Kriminalpolizei sehr wohl imstande sind, im Kampf gegen die Kriminalität Beachtliches zu leisten, zeigen ja die relativ hohen Aufklärungsziffern bei Mord und Totschlag. Unsere Exekutivbeamten sind genauso fähig und tüchtig wie die anderswo, aber eine Entwicklung, wie sie sich im Bereiche des Kampfes gegen die Verbrechen gegen das Vermögen abzeichnet, kann man nicht in den Griff bekommen, ohne einschneidende Reformen zu setzen.

Nun muß ich wieder sagen: Es ist meines Erachtens nicht in erster Linie eine Frage der Bezahlung, wenn es darum geht, die Anziehungskraft der Exekutive als Lebensberuf zu erhöhen. Ich sage das, obwohl uns das, was unsere Polizisten, unsere Exekutivbeamten, an Lohn, an Sold bekommen auch nicht gerade vom Sessel reißt. Das, was mir da vor einiger Zeit unter die Finger gekommen ist — zum Beispiel eine Annonce, die ich Ihnen nicht vorenthalten darf —, ist sehr bemerkenswert. Da annonciert eine Firma, sie sucht Möbeltransportarbeiter:

„20 Möbeltransportarbeiter (keine Tischlerkenntnisse), Führerschein C, Stundenlohn S 40,—.“ Das sind in der 42-Stunden-Woche 1680 S, im Monat 7280 S.

Ferner: „3 Lagerarbeiter (an sorgfältiges Arbeiten gewöhnt), Stundenlohn S 40,—.“

Im Monat sind das 7280 S.

Weiter: „6 Tischler (für Aufstellung und Montage), Führerschein B“ und so weiter. Monatlich 8190 S.

Vergleichen Sie das mit unserem Besoldungsschema! Im ersten Dienstjahr bekommt der Polizist 3739 S und nach 30 Dienstjahren 5753 S, also rund 6000 S, wenn man die Zulagen dazurechnet.

Hier muß man schon sagen: Das sind natürlich Unterschiede: Der eine setzt sein Leben ein, und der andere montiert einen Kasten. Das gebe ich doch zu bedenken, denn hier liegen doch die Dinge etwas schief.

Aber es sei zugegeben, es hat sich einiges in dieser Hinsicht gebessert, wir erkennen das ja an den Personalausgaben im Voranschlag.

Viel wesentlicher erscheint es uns zu sein, Maßnahmen zu setzen, die das Berufsethos des Exekutivbeamten heben. Der Exekutivbeamte in Österreich darf nicht das Gefühl haben, daß er zum Fußabstreifer der öffentlichen Meinung und zum Prügelknaiben in diesem Staate herabgewürdigt wird und dabei — und das, meine Damen und Herren, ist entscheidend — von seinen vorgesetzten Dienststellen im Stich gelassen wird. Man kann zum Beispiel nicht eine Aktion Scharf anordnen und dann, wenn Proteste aus allen Teilen der Bevölkerung, vor allem von den Kraftfahrern kommen, sagen: Das ist ein Mißverständnis, so war das nicht gemeint, das hat der Beamte auf der Straße schlecht verstanden.

Wenn man so argumentiert, verspielt man das Vertrauen der Bediensteten. So fördert man vor allen kein gutes Betriebsklima und stößt damit die Leute ab, statt sie zu gewinnen.

Dr. Schmidt

Es ist ja auch (bezeichnend, daß die Unzufriedenheit innerhalb der Polizei, vor allem der Wiener Polizei, mit der polizeilichen Führung zu den hervorstechendsten Klagen gehört. Diese Erkenntnisse gewinnt man, wenn man in die Kollegenschaft (hineinhört. Und nicht wenige Beamte, die täglich in vorderster Linie Dienst machen, klagen über eine nicht genügende Auslastung leitender Beamter, um das Wort Drohnendasein nicht zu verwenden.

Die derzeit noch immer angespannte personelle Lage im Bereich der Sicherheitswache in Wien, aber auch bei der Kriminalpolizei, und zwar bei der Kriminalpolizei wegen der zahlreichen berufsfremden Nebenbetätigungen, die der Kriminalbeamte zu erfüllen hat, die ich heute gar nicht aufzählen möchte, diese angespannte personelle Lage führt doch zu einer physischen Überlastung gerade der „kleinen“ Beamten. Sicherheitswachebeamte, soweit sie noch einigermaßen gesund sind, stehen in Wien bis zum 60. Lebensjahr im Außendienst. Nach unseren Informationen gibt es derzeit zirka 500 von insgesamt 5000 Sicherheitswachebeamten, die das 50. Lebensjahr überschritten haben und Außendienst machen müssen.

Dem gegenüber steht jedoch keine besonders eindrucksvolle Auslastung der leitenden Beamten. Sie (beschränkt sich auf administrative Tätigkeit, die für sich allein kaum tagesfüllend sein dürfte. Ich möchte an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit die Bitte an den Herrn Minister richten, dafür zu sorgen, daß zumindest in Zeiten des drückenden Personalmangels leitende Beamte mehr als bisher über ihre Schreibtischtätigkeit hinaus zu konkreten Aufgaben des Sicherheitsschutzes herangezogen werden.

Als Beispiel dient mir hier im Bereiche der Bundeshauptstadt folgender Vergleich: In der Sicherheitswacheabteilung Josefstadt gibt es einen Oberstleutnant, einen zugeteilten Offizier und 65 Beamte — in dem relativ kleinen Gebiet des 8. Bezirkes. Im Gegensatz dazu der Gendarmerie-Abteilungskommandant von Mödling, in dessen Bereich drei Bezirke fallen, nämlich Baden, Mödling und Bruck; ein Major mit zirka 200 Beamten. Das sind doch Vergleiche, die zu denken geben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß im Bereiche der Wiener Polizei doch noch sehr viel geändert gehört, um Verhältnisse zu schaffen, die dazu angetan sind, das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung dadurch zu befriedigen, daß man die Einheiten der Exekutive schlagkräftiger macht.

Lassen Sie mich bitte jetzt noch einige Worte zu einem anderen Kapitel sagen, das auch im Sicherheitsbericht für das Jahr 1972

verankert ist. Ich glaube, man muß auch über den Sicherheitsbericht etwas sagen, denn der Sicherheitsbericht für das Jahr 1972 wurde aus mir nicht ganz erklärlichen Gründen in diesem Jahr nicht behandelt. Sollte er nächstes Jahr behandelt werden, so ist er schon zum größten Teil entwertet; man kann also diese Thematik nicht weiter hinausschieben.

In diesem Sicherheitsbericht ist vor allem ein Kapitel einer Art der Kriminalität gewidmet, das vor allem für unsere Jugend eine sehr starke Gefährdung bedeutet, das ist die Suchtgiftkriminalität. Aus diesem Sicherheitsbericht entnehme ich, daß die bekanntgewordenen Fälle der Suchtgiftübertretungen und -verbrechen ständig im Steigen begriffen sind. Waren es im Jahre 1967 69 Fälle, so waren es im Jahre 1968 122, 1969 265, 1970 963, 1971 1387 und 1972 1609.

Im Sicherheitsbericht ist bei dieser Aufstellung der Hinweis enthalten, daß trotz weiteren Ansteigens der absoluten Zahlen ab 1970 die perzentuelle Zuwachsrate im Sinken begriffen ist. Das ist richtig. Aber ich glaube, das kann und darf uns doch nicht dazu verleiten, diese Probleme zu bagatellisieren. Denn die Zahlen allein sprechen für sich und sind alarmierend.

Die besondere Kriminalitätsbelastungsziffer zeigt für 1971 folgendes Bild: In der Altersgruppe der 18- bis 21jährigen gab es im Jahr 1971 40 Verbrechen und 146 Übertretungen. Die Verbrechen beinhalten den Handel mit Suchtgift und die Übertretungen den Kleinhandel, den Kauf beziehungsweise die Einnahme von Suchtgift. Bei den 14- bis 18jährigen gab es fünf Verbrechen — das sind die absoluten Zahlen — und 105 Übertretungen. Ich muß sagen: Beruhigend ist das nicht, was sich auf dem Sektor der Suchtgiftkriminalität bei uns tut.

Wenn man sich die Daten vor Augen führt, die für das Jahr 1973 — also für heuer; diese Zahlen sind im Sicherheitsbericht noch nicht vorhanden — bis 30. September 1973 vorliegen, so ist das noch weniger beruhigend, denn bis zum 30. September 1973 ist ein 27prozentiger Anstieg der Delikte zu verzeichnen. Also die Kurve dieses Verbrechens steigt wieder.

Grundsätzlich muß man hier eines bedenken: Im Gegensatz zur weitaus überwiegenen Zahl der anderen Verbrechen ist gerade bei der Suchtgiftkriminalität die Dunkelziffer besonders hoch, da es kaum Anzeigen gegen Rauschgiftsüchtige gibt, weil es außer den Betroffenen und eventuell ihren Angehörigen kaum Personen gibt, die geschädigt sind.

Dr. Schmidt

Zweitens muß man, glaube ich, bedenken, daß Suchtgifte, die heute im Handel sind, überwiegend weitaus gefährlicher sind als die bisher gehandelten; es handelt sich um Opiate.

Drittens muß man bedenken, daß die Täter in dieser Kriminalität in ihren Methoden weitaus raffinierter geworden sind. Denn die Händler sind heute schon dazu übergegangen, nicht mehr an Unbekannte ihre Ware zu verkaufen, sondern die Geschäfte werden nur noch über Vertrauensmänner abgewickelt.

Meine Damen und Herren! In diesem Punkt erhebt sich nun die Frage, ob die Methoden, die die Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität bei uns anwenden, in bezug auf einen entscheidenden Effekt überhaupt noch modern sind, ob sie überhaupt noch dem internationalen Standard entsprechen.

In der Bundesrepublik Deutschland stehen den Sicherheitsbehörden, seitdem überhaupt dieses Suchtgiftproblem akut ist, seitdem es so bedrohlich geworden ist, ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung, um — sagen wir es offen — Konfidenten zu bezahlen; es sind also Konfidentengelder. In der Bundesrepublik gibt es genau fixierte Sätze in dieser Hinsicht.

Man mag dazu stehen, wie man will, aber es ist eine bedauerliche Tatsache, und zwar eine weltweite Tatsache, daß die Sicherheitsbehörden einfach mit diesen Mitteln der Konfidentengelder arbeiten müssen, so wenig uns das vielleicht befriedigen mag. Und es ist auch gerade bei dieser Kriminalität notwendig, um wertvolle Hinweise aus dem Personenkreis zu bekommen, auf den es ankommt, und um wertvolle Hinweise über ganz bestimmte Sachverhalte zu erlangen. Die sind natürlich nur zu haben, wenn sie entsprechend honoriert werden.

Man geht in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Ländern so weit, bei der Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität, aber auch bei anderen schweren Verbrechen, die eine besondere Bedrohung des Staates und der Gesellschaft darstellen, den Agent provocateur einzuschalten und zuzulassen; das ist sicherlich eine Methode, gegen die man sehr ernste Bedenken geltend machen muß, und in Österreich stehen ja, soviel ich weiß, die Bestimmungen der Strafprozeßordnung dem entgegen. Es wird also nicht gehen. Aber ich glaube, umso nachdrücklicher muß man verlangen, daß wenigstens in dem Bereich — wenn uns Informanten mit wichtigen Hinweisen freiwillig versorgen, wenn sie sich freiwillig zur Verfügung stellen — den Sicherheitsbehörden ein entsprechender finanzieller

Spielraum gegeben ist. Das erscheint uns notwendig und gerechtfertigt angesichts der sehr ersten Bedrohung unserer Jugend durch diese Suchtgiftkriminalität.

Ich möchte es gerne als positiv vermerken, daß seinerzeit auf Initiative des Herrn Innenministers in der Rossauerkaserne eine Zentralstelle für Suchtgiftbekämpfung eingerichtet worden ist, weil es unserer Meinung eine wichtige Voraussetzung für die koordinierte Vorgangsweise bei der Bekämpfung dieser Verbrechen ist. Es muß aber dahingestellt bleiben, meine Damen und Herren, ob diese Suchtgiftbekämpfungszentrale wirklich personell ausreichend besetzt ist. Sie ist ja bekanntlich unterstellt dem Gruppenleiter D in der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit. Der Leiter ist ein A-Beamter, der Stellvertreter ist ein A-Beamter; dann sind dort zwei B-Beamte, ein Kriminalbeamter, ein C-Beamter, eine Schreibkraft; und bei konkreten Anlässen kann diese Zentralstelle auf Beamte anderer Polizei- und Gendarmeriebehörden zurückgreifen. Und hier liegt unserer Meinung nach ein Mangel vor. Es wurden zwar im Bereiche der Bundespolizeidirektion und der Gendarmerie sogenannte Untergruppen zur Bekämpfung dieser Suchtgiftkriminalität geschaffen, aber eine laufende Tätigkeit wird auf diesem Gebiet, auf diesem Spezialgebiet von diesen Untergruppen nicht entwickelt. Sie werden laufend für hundert andere Aufgaben herangezogen, und die Suchtgiftbekämpfung muß von ihnen zwangsläufig mit der linken Hand auch noch mitbewältigt werden, und ich glaube, das ist doch nicht Sinn der Sache. Hier ist eine laufende Tätigkeit und auch eine laufende Ausbildung auf diesem Spezialgebiet notwendig, gelegentliche Schulungskurse sind dafür kein Ersatz. Ich muß leider nach meinen Informationen feststellen, daß diese Untergruppen der Suchtgiftbekämpfung eigentlich nur auf dem Papier stehen, was die Schlagkraft mindert. Herr Minister, vielleicht könnten Sie hier nach dem Rechten sehen!

Vielleicht könnten Sie auch Sorge tragen, daß in diesem Bereich — das ist eine Detailangelegenheit, aber eine nicht unwichtige — andere Kraftfahrzeugtypen angeschafft werden, denn man muß ja nicht in den einschlägigen Kreisen der Verbrecher gleich nach Farbe und Type des PKW erkennen, daß nun auf einmal die Polizei auftaucht. Vielleicht könnte man hier doch — ich nenne keine Autotype, Sie wissen es selber — von dem abgehen und andere Typen anschaffen, denn wie mir versichert wird, benützen die Beamten aus diesem Grunde bereits ihre eigenen Kraftfahrzeuge, natürlich verbunden mit all den Risiken, die ein Beamter hat, wenn er unerlaubt sein eigenes Fahrzeug verwendet.

Dr. Schmidt

Hohes Haus! Ich habe mich verpflichtet gefühlt, im Rahmen dieser Spezialdebatte zum Kapitel Inneres auch auf diesen Bereich im Interesse unserer Jugend hinzuweisen; der Jugend, die gerade durch das Verbrechen der Suchtgiftkriminalität heimtückisch gefährdet wird.

Ich stehe nicht an — das gilt jetzt allgemein —, namens meiner Fraktion zu sagen, daß sich bei den Verhältnissen unserer Exekutive sicherlich Ansätze zu einem Umdenken ergeben haben, einem Umdenken, das im Interesse der Bevölkerung hoch an der Zeit ist, aber wir doch den Eindruck haben, daß vor allem die geistige Einstellung, die ideelle Einstellung, die diese Regierung auf dem Sektor der Sicherheit, der inneren Sicherheit Österreichs aufweist, noch zu sehr vom Gedanken der Humanitätsduselei und der „weichen Welle“ in der Bekämpfung des Verbrecherwesens — des Verbrecherunwesens, muß man sagen — getragen ist und daß die Regierung sich allzu leicht mit dem Gedanken abfindet, mit dem Verbrecherunwesen zu leben, statt das Verbrechen energisch zu bekämpfen. Diese Einstellung vertreten wir Freiheitlichen ganz und gar nicht, und aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, lehnen wir vorerst dieses Kapitel Inneres im Budget noch ab! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hesele. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter DDr. **Hesele** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich stimme mit meinem Vorredner überein, wenn er feststellt, daß es bei der Beurteilung des Spezialkapitels Inneres nicht so sehr auf die Beträge ankommt, die in diesem veranschlagt sind, sondern auf die Maßnahmen, die das Innenressort im Laufe der Zeit gesetzt hat und im Laufe des nächsten Jahres setzen wird. Ich habe ursprünglich geglaubt, wie ich den Ausführungen des Kollegen Dr. Schmidt zugehört habe, daß wir bereits das Kapitel Handel behandeln, weil er den ganzen Komplex der Bevorratungswirtschaft zur Sprache gebracht, aber dann trotzdem erklärt hat, das gehöre nicht direkt zum Spezialkapitel Inneres.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute das Spezialkapitel Äußeres behandelt, und alle Redner einschließlich des Ministers haben sich mit der Frage befaßt: Wie sicher lebt dieses Österreich? Wie sicher ist der Staat Österreich im Rahmen der Staatengemeinschaft? Wurden seitens der Verantwortlichen für die Außenpolitik alle Maßnahmen gesetzt, daß wir uns wirklich sicher fühlen können?

Es ist Aufgabe des Innenressorts, und es ist unsere Aufgabe, zu fragen: Sind die notwendigen finanziellen Mittel in diesem Spezialkapitel vorhanden? Sind die notwendigen personalpolitischen Maßnahmen getroffen? Sind die notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen, um den Grad der höchstmöglichen Sicherheit zu erreichen? Ich darf namens meiner Fraktion feststellen, daß wir der Auffassung sind, daß im Rahmen des Gesamtbudgets für das Kapitel Inneres vor allem die notwendigen finanziellen Mittel vorhanden sind, um auch im nächsten Jahr den Grad der Sicherheit — soweit das von administrativer Seite möglich ist — zu erhöhen.

Meine Damen und Herren! Die Frage der Sicherheit, die jetzt schon im zweiten Spezialkapitel behandelt wird, ist eine so wesentliche Frage, daß man sie nicht emotionell behandeln kann. Ich muß dem Vorredner Doktor Schmidt eines sagen, und das hat auch gestern Dr. Halder ausgesprochen. Man kann — und ich werde mich heute mit konkreten Ziffern befassen — aus dem Kapitel Sicherheit nicht einige Fakten herausnehmen und verabsolutieren und die anderen Fakten — es handelt sich um den Sicherheitsbericht — nicht feststellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sicherheitsbericht für 1972, der heute zitiert wurde, gibt nur einen bestimmten Bereich der Sicherheit wieder. Ich werde mich ausführlich damit befassen und Ziffern nennen, weil es notwendig ist, auch auf dem Gebiet der inneren Sicherheit Ziffern zu nennen und nicht nur einzelne Dinge herauszugreifen. Der zweite Teil dieses Sicherheitsberichtes zählt die personell und organisatorisch getroffenen Maßnahmen auf, um den Grad der Sicherheit zu erhöhen.

Meine Damen und Herren! Die Fragen der Sicherheit, die im Sicherheitsbericht behandelt werden, sind ein sehr spezieller und sehr wesentlicher Teil. Es gibt aber für den einzelnen Staatsbürger noch andere Fragen der Sicherheit, die durch die Vertreter der Exekutive getragen werden. Daß das Innenministerium wesentlich für die Sicherheit verantwortlich ist, zeigt auch der Personalstand. Von den 27.399 Dienstposten, die 1974 zur Verfügung stehen, sind nur 727 für die Zentraleitung vorgesehen, 171 für besondere Einrichtungen, 14.828 für die Bundespolizei und 11.673 Dienstposten für die Bundesgendarmerie. 26.000 Dienstposten sind also für die Exekutive, die sich in erster Linie mit der Sicherheit des Staatsbürgers zu befassen hat, vorhanden.

DDr. Hesele

Meine Damen und Herren! Worin besteht denn die Sicherheit des Staatsbürgers und wovon soll er geschützt werden?

Damit komme ich auf den Sicherheitsbericht für das Jahr 1972 zu sprechen, dessen Fakten, die in diesem Bericht enthalten sind, beim Kapitel Inneres auf jeden Fall behandelt werden müssen.

Der Sicherheitsbericht gibt uns nicht nur einen detaillierten Überblick über die begangenen Verbrechen, sondern auch über die Maßnahmen, die im Rahmen des Innenministeriums und der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit zur Verhütung und zur Verminderung von Verbrechen getroffen werden.

Zur Verbrechensverhütung ist es notwendig, nicht nur die absolute Anzahl der begangenen Verbrechen zu kennen, sondern man muß auch die langjährige Entwicklung der einzelnen Verbrechenarten und ihre Häufigkeit beobachten und herausarbeiten.

Grundsätzlich gebe ich Ihnen recht, Herr Dr. Schmidt: Es ist eine internationale Tatsache und sicherlich keine Beruhigung für Österreich, daß die Kriminalität — international gesehen — besonders in hochindustrialisierten Staaten im Steigen begriffen ist.

Dr. Halder hat gestern hier erklärt — ich habe es schon erwähnt —, daß 19 Prozent der Vermögensdelikte in Wien unaufgeklärt sind. Das ist richtig, es stammt aus dem Sicherheitsbericht. Aber, meine Damen und Herren, man muß ja die Komplexität aller Verbrechen sehen, um die Leistungen der Exekutive überhaupt beurteilen zu können. Ich habe schon gesagt: Sicherheitsfragen, sei es Sicherheit und Schutz vor kriminellen Handlungen oder sei es Schutz an der Grenze und so weiter, soll man nüchtern und sachlich behandeln, und man soll der Bevölkerung kein Gefühl der Unsicherheit geben.

Herr Dr. Schmidt! Das ist der Fehler. Man redet hier von Suchtgiftdelikten, von diesen und jenen Dingen und trägt damit in die Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit hinein, anstatt hier mit Fakten aufzuwarten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Schon in der Debatte der vergangenen Woche wurde bei der Behandlung des neuen Strafrechtes festgestellt, daß die einzelnen Deliktstypen, die im Strafrecht vorhanden sind, je nach dem Grad der Wertung in der Gesellschaft einer dauernden Änderung unterliegen. Auch die Erscheinungsformen der Verbrechen unterliegen einem dauernden Wandel. Jede Gesellschaftsordnung — das können Sie in der Geschichte verfolgen, auch

wenn Sie sich mit Kriminologie befassen — hat ihre besonderen Erscheinungsformen der Verbrechen und auch ihre Tätertypen. Herr Dr. Schmidt hat heute ein gutes Beispiel zitiert: Die Suchtgiftdelikte sind Ausfluß der Wohlstandsgesellschaft. Aber es ist Aufgabe dieser Gesellschaft, sich mit diesen Verbrechen und mit den Tätern auseinanderzusetzen. Das ist die Aufgabe des Innenressorts und der Exekutive.

Ich habe schon davon gesprochen, daß der Sicherheitsbericht die zahlenmäßigen Grundlagen über begangene Verbrechen in einem Jahr liefert. Die Schlüsse haben wir daraus zu ziehen, die notwendigen vorbeugenden Maßnahmen haben wir zu treffen.

Der Sicherheitsbericht behandelt nur einen Teil — ich habe das schon erwähnt — der öffentlichen Sicherheit, der inneren Sicherheit, nämlich jenen Ausschnitt der Kriminalität, in dem, wie aus dem Bericht hervorgeht, herkömmlicherweise eine Gefährdung oder Beeinträchtigung der inneren Sicherheit erblickt werden kann. Es sind gerade die Delikte, mit denen die Öffentlichkeit täglich in Presse und Rundfunk konfrontiert wird.

Wenn man von öffentlicher und innerer Sicherheit spricht, meint man, wie es im Bericht zum Ausdruck kommt, die Delikte gegen Leib und Leben, gegen die Sittlichkeit und gegen das Vermögen. Ein besonderer Teil behandelt die Suchtgiftdelikte.

Ich möchte einige Grundsätze dieses Berichtes hervorheben, weil das Aufzeigen der Anzahl der begangenen Verbrechen für die Beurteilung der Effizienz der Exekutive, auf die es ja letztlich immer ankommt, zu wenig ist. Daher ist es notwendig, zwischen den bekanntgewordenen Fällen, den aufgeklärten Fällen, der Anzahl der Täter und deren Charakteristika eine Relation herzustellen.

Für die Beurteilung und administrative Bearbeitung der Kriminalität — und damit kann man aufzeigen, daß auch im Innenministerium seit einigen Jahren die moderne Technik eingesetzt ist — steht die polizeiliche Kriminalstatistik zur Verfügung. Es erfolgte die Umstellung auf elektronische Datenverarbeitung. Es gibt das EKIS im Innenministerium und die EDV bei der Bundespolizeidirektion.

Als weiterer Gradmesser für die Beurteilung der Kriminalität, meine Damen und Herren, wenn wir uns mit dem Verbrechen und der Kriminalität befassen, ist die Belastung der Bevölkerung mit bekanntgewordenen Straftaten von besonderer Bedeutung. Das ist die sogenannte Kriminalitätsbelastungsziffer, die zum Ausdruck bringt, wie viele Delikte

DDr. Hesele

auf je 100.000 Einwohner entfallen. Man kann nicht mit absoluten Ziffern laborieren, man muß eine bestimmte Relation, so hart das klingt — und die Kriminologie ist eine nüchterne Wissenschaft —, zur Bevölkerung herstellen, um Vergleichsmöglichkeiten zu haben.

Für die Verbrechensforschung und Verbrechensverhütung ist es notwendig — ich habe das schon erwähnt —, auch die Charakteristika der Täter zu kennen. Daher sieht dieser Bericht — es ist ja fast eine wissenschaftliche Arbeit — die besondere Kriminalitätsbelastungsziffer vor, die die Täter, nach Alter aufgegliedert, in Relation zu je 100.000 Einwohner setzt. Die Altersgliederung erfolgt nicht, wie es im Gesetz steht, sondern entwicklungsmäßig; die Kinder reichen von 6 bis 14 Jahren, die Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren, und man hat bei der statistischen Erfassung der Täter eine Gruppe eingeschoben, und zwar die Heranwachsenden von 18 bis 21 Jahren. Die Jungerwachsenen reichen von 21 bis 25 Jahren, und als Erwachsene nimmt man Menschen über 25 Jahren an.

Diese Gliederung ist besonders bedeutsam, für die Beurteilung der Kriminalität im besonderen aber sie ist notwendig, und sie ist wichtig für die vorausschauende Planung, weil sie uns neben den soziologischen Voraussetzungen ja auch die Charakteristika und die Typen der Täter vor Augen führt.

Ich habe das schon erwähnt: Wenn man von Kriminalität redet, wenn man sagt, daß die Leute unsicher sind, dann ist es notwendig, auch Zahlen zu nennen. Sie werden mir erlauben, daß ich einige Zahlen herausgreife.

Ich habe von den Deliktgruppen „Leib und Leben“, „Sittlichkeit“ und „Vermögen“ gesprochen.

Im Jahre 1972 sind bekanntgeworden: Verbrechen gegen Leib und Leben 3459, Verbrechen gegen die Sittlichkeit 2334 und Verbrechen gegen das Vermögen 93.060 Fälle.

An Tätern wurden ermittelt: Bei Verbrechen gegen Leib und Leben bei 3459 bekanntgewordenen Fällen 3608, bei Verbrechen gegen die Sittlichkeit bei 2334 bekanntgewordenen Fällen 2100, und nur bei den Vermögensdelikten — ich werde mir dann erlauben, auch die Gründe aus dem Sicherheitsbericht anzuführen — wurden bei 93.060 bekanntgewordenen Fällen nur 29.249 Täter zur Anzeige gebracht.

Meine Damen und Herren! Wenn man von der Kriminalität redet, meint man im landläufigen Sinn die Verbrechen gegen Leib und Leben: den Mord, den Mordversuch, den Tot-

schlag und die schwere körperliche Beschädigung. Dieser Bericht gibt uns darüber sehr deutlich Auskunft.

Man spricht zum Beispiel von etwa 93.000 Vermögensdelikten. Das ist auch eine nüchterne Feststellung, weil ja jeder Einzelfall so furchtbar dramatisch ist: im Jahre 1972 gab es 63 Morde, 80 Mordversuche, insgesamt 143 Fälle. Das ist ein Anteil von 4,3 Prozent gemessen an den gesamten Verbrechen gegen Leib und Leben. Die Kriminalitätsbelastungsziffer, also auf 100.000 Einwohner umgerechnet, ergibt 2.

Ich wiederhole noch einmal: Es ist für uns kein Trost, daß es „nur“ so viele waren, aber man soll die Relationen und die absoluten Größen feststellen.

Interessant ist auch die Aufstellung über die Aufklärungsquote. Der Herr Bundesminister hat im Finanz- und Budgetausschuß beim Kapitel Inneres bereits festgestellt, daß gerade bei den Schwerstverbrechen, also bei den Verbrechen gegen Leib und Leben, die Aufklärungsquote sehr hoch ist. Bei Mord beträgt sie 93,6 Prozent, beim Mordversuch 92,5 Prozent, bei Totschlag 100 Prozent und bei schwerer körperlicher Beschädigung 93,2 Prozent.

Das ist nicht nur auf die Maßnahmen und auf die Ausrüstung der Exekutive, sondern auch auf die Leistung und auf den hohen Ausbildungsstand unserer Exekutive in Österreich zurückzuführen, welcher der besondere Dank der sozialistischen Fraktion dieses Hauses gehören soll. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Gerade bei Verbrechen gegen Leib und Leben gibt auch die Altersgruppierung der angezeigten Täter einen weiteren Aufschluß: 3440 Täter wurden zur Anzeige gebracht. Es ist interessant: die Gruppe von 18 Jahren und darüber ist mit 86,5 Prozent beteiligt, die Gruppe von 14 bis 18 Jahren mit 6,3 Prozent, die von 6 bis 14 Jahren mit 7,2 Prozent.

Das zeigt, daß die Gruppe von 18 Jahren und darüber für eine Quellenforschung in der Kriminalistik und Kriminologie zu ungenau ist, weil die Herausarbeitung der Besonderen Kriminalitätsbelastungsziffer, nach den Altersgruppen abgestimmt, ergibt, daß sie von 6 bis 14 Jahren 2 ist, von 14 bis 18 Jahren 53, in der Altersgruppe von 18 bis 21 Jahren 131, und in der von 21 bis 25 Jahren ist die Ziffer 165.

Das ergibt ganz eindeutig, daß der Schwerpunkt der als Täter bei den genannten Verbrechen ermittelten Personen in den Altersgruppen von 18 bis 25 Jahren liegt.

DDr. Hesele

Meine Damen und Herren! Das ist betrüblich, aber dieses Wissen ist notwendig für die Verbrechensforschung, für die Verhütung von Verbrechen und für die Stellen, die zu planen haben.

Die Verbrechen gegen die Sittlichkeit gehören zu den traurigsten Verbrechen. Im Jahre 1972 sind 2334 Fälle bekanntgeworden. 1779 Täter wurden angezeigt.

Wieder zeigt sich, daß auch bei diesen Delikten die Gruppe der Jugendlichen mit 90 und die der Heranwachsenden mit 84 am größten ist, während die Kriminalitätsziffer der Erwachsenen über 25 Jahre deutlich geringer ist.

Ich will einige Sätze zu den Verbrechen gegen das Vermögen sagen, weil Dr. Schmidt dieses Thema angeschnitten hat. Er hat die absoluten Zahlen genannt, aber ich möchte doch auch einige Begründungen aus diesem Sicherheitsbericht herausnehmen.

Bedauerlicherweise sind im Jahre 1972 etwa 93.000 einschlägige Verbrechensfälle bekanntgeworden, davon allein etwa 84.000, die Diebstahl, Raub und Betrug zum Gegenstand hatten. Es ist bedauerlich, daß beim Diebstahl die Belastungsziffer 1128 ist.

Im Rahmen des Diebstahls überhaupt liegt wieder der Einbruchsdiebstahl mit etwa 57.000 Fällen an der Spitze.

Meine Damen und Herren! Nun komme ich zu dem, was mir an diesem Bericht so wesentlich erschienen ist, weil es auch für uns für die Beurteilung des Verbrechens nicht nur vom strafrechtlichen und verfolgungsrechtlichen Standpunkt aus, sondern auch vom Beurteilungsstandpunkt, vom soziologischen Standpunkt her notwendig ist.

Wenn man die Diebstahlskriminalität analysiert, ergibt sich, daß den Kraftfahrzeugen und den sich im Kraftfahrzeug befindlichen Gegenständen als Angriffsobjekt besondere Bedeutung zukommt. Diese besondere Erscheinungsform — das muß man leider als nüchterner Betrachter dieser Dinge feststellen — ist ein Ausfluß des Wohlstandes, wenn — ich werde mir dann doch erlauben, einige Zahlen zu nennen — nicht nur gerade das Auto an sich, sondern auch die Gegenstände im Auto, die KFZ-Gegenstände ein besonderes Objekt des Diebstahles sind. Ich werde auch die Gründe nennen, warum die Aufklärungsquote sehr gering ist.

Bei Diebstahl beträgt die Aufklärungsquote 27,9 Prozent, bei Raub 60,4 Prozent und bei Betrug 98,4 Prozent.

Bei den Kraftfahrzeugdiebstählen, die im Sicherheitsbericht angeführt sind, sind auch die Vergehen und die Übertretungen angeführt.

Ich will Sie vor weiteren Zahlen verschonen. Es ist eine Aufstellung vorhanden, und zwar besagt die, daß die Häufigkeit der unbefugten Inbetriebnahme von Kraftfahrzeugen keine Zunahme aufweist.

Die Erklärung, die dafür gegeben wird und die mir einleuchtend erscheint, ist die, daß die potentiellen Täter bereits auf legale Art ein Kraftfahrzeug erworben haben, daß andererseits aber durch das Ansteigen der Motorisierung vermehrte Gelegenheit gegeben ist, auf der einen Seite die im Kraftfahrzeug leichtfertig liegengelassenen Wertgegenstände, auf der anderen Seite Zubehör an sich zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Das Kraftfahrzeug ist kriminellen Angriffen besonders ausgesetzt. Es kommt eine unbegrenzte Anzahl von Tätern in Betracht, die durch die relativ leichte Zugänglichkeit des Diebstahlobjektes wenig verwertbare Spuren liefern, wodurch die Ausforschung noch erschwert wird. Und die niedrige Aufklärungsziffer bei Diebstählen — und diesen Ausführungen des Berichtes muß man sich, glaube ich, anschließen — ist insbesondere auf die Diebstähle der KFZ-Bestandteile und der Sachen, die im Auto liegen, zurückzuführen.

Noch ein weiterer Umstand ist gerade bei diesen Vermögensdelikten zu berücksichtigen, wenn man von der öffentlichen und von der inneren Sicherheit spricht und damit die Kriminalität meint, daß nämlich auch die Größe des Siedlungsgebietes einen gewissen Einfluß auf die Ausforschung und auf die bekanntgewordenen Deliktsfälle hat. Und zwar ist das ja selbstverständlich, daß Wien hier an der Spitze liegt. Wie Dr. Halder gestern ganz richtig gesagt hat — ich habe das Gefühl gehabt, mit einem gewissen Unterton —, können in Wien nur 19 Prozent dieser Vermögensdelikte ausgeforscht werden. Ich kann das auch von anderen Städten sagen. In meiner Heimatstadt Baden ist das auch schwierig. Man wird, wenn ein Autodiebstahl vorliegt, ihn aufklären können, aber man wird Autoaufbrüche sehr schwer aufklären können, obwohl der Bezirk Baden ein gutes Gendarmierikkommando und die Stadt Baden eine gute Stadtpolizei hat. Aber das sind Dinge, meine Damen und Herren, die eben nicht leicht lösbar sind, und da muß ich sagen: Letztlich kann man doch die Schuld nicht auf die Exekutivbeamten abschieben, die ihr Mög-

DDr. Hesele

lichstes tun, um hier überhaupt etwas ausforschen zu können.

Ich möchte abschließend zu diesen Fragen der Kriminalität eines sagen: Herr Dr. Schmidt hat von der Suchtgiftkriminalität gesprochen. Es steht im Bericht, was auch keine Entschuldigung sein soll, sondern das sind eben Facts, die dargelegt werden: Die Fälle sind zwar im Steigen begriffen, der prozentuelle Zuwachs aber wird geringer. Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn sich bei der Altersschichtung zeigt, daß der als Verbrechen qualifizierte Handel mit Suchtgiften überwiegend von Personen über 18 Jahren besorgt wird, während unter den Konsumenten und Kleinhändlern der Anteil der Jugendlichen sehr groß ist, so ist diese Erscheinungsform der Kriminalität zweifelsohne ein Ausfluß der Wohlstandsgesellschaft. Ich könnte aus meinem engeren Wahlkreis sagen, daß es die Mittelschüler sind, die anfällig sind, und es ist deshalb diese Kriminalität neben den Schwerverbrechen wirklich besonders gefährlich, weil in erster Linie junge Menschen gefährdet werden, der Kriminalität verfallen, letztlich aber hiedurch eine Gefährdung der Volksgesundheit eintritt. Daher sind wir dem Herrn Bundesminister dankbar, daß er darauf sein besonderes Augenmerk legt. Er hat das im Finanz- und Budgetausschuß berichtet, es ist im Interesse der heranwachsenden Jugend notwendig, hier nicht nur die Mittel zur Verfügung zu stellen, sondern es ist auch eine dringende Notwendigkeit, die Schulung der Beamten und der Exekutive vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Der Schutz vor der Kriminalität ist sicherlich die wichtigste Form der Sicherheit für den Staatsbürger. Aber unsichtbarer gibt es noch einigen Schutz, den die Exekutive leistet, den wir nur in den geringsten Fällen wahrnehmen. Das ist eine ganz besondere Frage der Sicherheit, die sicher nicht den einzelnen Staatsbürger betrifft, sondern den Staat an sich, aber doch indirekt auch die Sicherheit der einzelnen Staatsbürger garantiert: Das sind, speziell auf Wien gemünzt, die Sicherheitsvorkehrungen bei Staatsbesuchen, Kongressen und Großveranstaltungen.

Mit der zunehmenden Bedeutung Österreichs mehren sich auch Besuche, die von ausländischen Staatsoberhäuptern oder sonstigen offiziellen Persönlichkeiten in Österreich absolviert werden. Darüber hinaus ist Österreich, bedingt durch die Erklärung seiner dauernden Neutralität, Sitz von internationalen Organisationen, wo eine große Anzahl von Staaten und Völkern, die oft feind-

lich gegenüberstehen, zusammenkommt, und es ist Aufgabe der Exekutive, auch diese Gäste und ihre Angehörigen, die hier ihren vorübergehenden Sitz haben, zu schützen. Dies erfordert, glaube ich, von unseren Exekutivorganen besonders vorgeplante und intensive Sicherheitsmaßnahmen, weil bei irgendwelchen Vorfällen der gesamte Staat — wenn nicht mehr — in Mißkredit gebracht wird.

Ich darf nur ein Beispiel für die große Leistung der Exekutive — es liegt schon einige Zeit zurück — in diesem Zusammenhang erwähnen: die sowjetische SALT-Delegation, die ihren Sitz in Baden gehabt hat, aber die Verhandlungen in Wien durchgeführt hat; ich habe selbst, noch als Mitglied der Gemeindevertretung, beobachten können, wie viele Sicherheitsmaßnahmen notwendig waren, die Delegation, die im Parkhotel residiert hat, nach Wien und zurück zu bringen, welcher Apparat an Sicherheitsorganen hier aufgebracht werden mußte. All das ist auch eine Leistung der Exekutive.

Ich möchte noch eine Frage der Sicherheit hier besprechen, das sind die Gastarbeiter. Ich habe nicht die Absicht, hier über die wirtschaftliche Notwendigkeit der Gastarbeiter zu sprechen oder Fragen zu behandeln, die zweifellos in das Innenressort gehören, die sich mit der Fremdenpolizei und mit dem Fremdenpolizeigesetz befassen.

Meine Damen und Herren! In allen Städten, wo es notwendigerweise eine größere Anzahl von Gastarbeitern gibt, ist in der Bevölkerung das Gefühl einer Gefährdung vorhanden. Der Herr Bundesminister hat die Frage, ob durch die Anwesenheit der Gastarbeiter eine besondere Gefährdung der Sicherheit gegeben sei, auf Grund seiner Kenntnisse und Unterlagen verneint. Aber dieses potentielle Gefühl, meine Damen und Herren, das die Bevölkerung hat, stellt auch die Exekutive — und auf die will ich heute meinen Debattenbeitrag hier abgestellt haben — vor besondere Probleme. Einerseits hat die Exekutive als Ordnungshüter gleich vorzugehen gegen Österreicher und gegen Ausländer, auf der anderen Seite aber stehen die Gastarbeiter, die aus einem anderen Kulturkreis kommen, der deutschen Sprache nicht mächtig sind oder, wenn wir die Gastarbeiter aus der Türkei nehmen, vollkommen andere Umgangsformen haben. All das stellt die Exekutive vor besondere Aufgaben. Und speziell — weil heute auch im außenpolitischen Kapitel darüber diskutiert wurde — sind die Leistungen der Exekutive zur Besicherung unserer Grenzen, insbesondere der Grenzen gegenüber der tschechoslowakischen Volksrepublik, zu erwähnen. An sich ist dies eine

DDr. Hesele

außenpolitische Frage. Innenpolitisch ist gerade für die Einwohner Niederösterreichs sehr entscheidend, daß diese Grenze durch die Exekutivorgane abgesichert ist. Allerdings — und das hat auch der Herr Bundesminister sehr deutlich gesagt — kann es sich ein demokratischer Staat nicht leisten, die Grenze durch einen Stacheldraht abzusichern, denn diese Grenze gegenüber den Oststaaten, gerade gegenüber der Tschechoslowakei, soll auch das Fenster für die dortigen Leute sein. Was würden sich die Leute denken, wenn sie sähen, daß auch Österreich einen Stacheldraht ziehen müßte. Daher gebührt auch den Männern Dank, die den Dienst an der Grenze versehen. Es ist bereits — auch das wurde schon im außenpolitischen Kapitel besprochen — ein Grenzvertrag mit der ČSSR in Ausarbeitung. Er ist noch nicht ratifiziert, aber in Vorbereitung; der Abschluß hängt mit der Lösung der Vermögensfrage zusammen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir von der Sicherheit des Österreichers reden, so ist nicht nur die Sicherheit vor der Kriminalität gemeint. Ein ganz kleiner Betrag, der im Kapitel „Inneres“ aufscheint, 705.000 S sind für die Sicherheit des Österreichers, der im Ausland mittellos wird oder unverschuldet in Notlage gerät, vorgesehen. Er kann von der dortigen Vertretungsbehörde ein Heimreisedarlehen in Anspruch nehmen. 1972 haben 344 Österreicher im Ausland diese Hilfe in Anspruch genommen. Es ist oft schwer, bei der ausländischen Vertretungsbehörde zu beurteilen, ob er unverschuldet in Notlage geraten ist, aber ich glaube, es ist dem Prinzip eines humanen Staates entsprechend — „im Zweifel für den Beklagten“, sagt die Strafprozeßordnung —, daß dem Menschen, dem Österreicher, der draußen ist, auch wenn er ein bißchen selbst schuld ist, geholfen wird. Im Budgetüberschreitungsgesetz gibt es darüber eine sehr interessante Darstellung. Wenn man mit diesen Dingen zu tun gehabt hat, weiß man, daß viele junge Menschen mit wenig Barmitteln ins Ausland reisen und dann in Ländern stehen, wo es eben keine öffentliche Stelle, sondern nur die österreichische Vertretungsbehörde gibt. Daher ist es Ausfluß eines humanen Denkens, eines humanen Staatsdenkens, wenn man diesen Österreichern im Ausland Geld bevorschußt.

Meine Damen und Herren! Es ist ein finanziell nicht sehr großes, aber menschlich sehr wichtiges Problem, das beim Kapitel Innenministerium besprochen werden muß: das Flüchtlingswesen. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist eben dieses Flüchtlingsproblem zu einem weltweiten Problem geworden. Es ist eine Frage der Außenpolitik,

zu beurteilen, ob ein Staat Flüchtlinge aufnehmen soll oder nicht.

Jedenfalls hat sich Österreich — und ich glaube, dazu bedarf es keiner Debatte — als neutraler Staat und als humaner Staat — wie heute schon gesagt wurde: Humanität am richtigen Platz — diesen internationalen Konventionen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge angeschlossen und die notwendigen Gesetze hier im Hohen Haus beschlossen. Immerhin haben 1972 1838 Personen um die Gewährung des Asylrechtes in Österreich angesucht. Wie man erfährt, soll 1973 die Zahl der Flüchtlinge steigen. Die Gründe, die angegeben werden, sind hauptsächlich politische Gründe, im weiteren Maß noch wirtschaftliche und sonstige Gründe.

Österreich hat sich — und das entspricht seiner Funktion als neutraler Staat — in zwei Situationen dem Appell der Vereinten Nationen angeschlossen, auf dem Sektor des Flüchtlingswesens tätig zu werden. Es hat seinerzeit die Flüchtlinge aus Uganda aufgenommen, und Österreich hat sich jetzt bereit erklärt, 200 Flüchtlinge aus Chile anzunehmen.

Meine Damen und Herren! Man soll diese Frage nicht nur vom Standpunkt der Finanzen und des Geldes betrachten. Ich kann das auch wieder aus Erfahrung sagen. Auch das Flüchtlingsproblem ist ein Sicherheitsproblem, weil der größere Teil der Flüchtlinge in Lagern untergebracht ist. Es bedarf hier eines besonderen Geschickes der Exekutivorgane, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Das ist verständlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Flüchtlinge in diesen Lagern rekrutieren sich aus Menschen, die aus einem ganz anderen Regime kommen, aus Ländern mit einer ganz anderen Regierungsform. Sie beherrschen die Sprache nicht, und sie haben das Gefühl der Isolierung, weil ihnen der Kontakt fehlt. Aber es sind Aufgaben, die die Exekutive im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung zu lösen hat.

All diese Fragen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fragen der inneren Sicherheit und der Kriminalität, sind von unseren Exekutivorganen durchzuführen.

Der Personalstand — ich habe das schon erwähnt — wird im Jahre 1974 bei Bundespolizei und Bundesgendarmerie insgesamt unverändert bleiben. Bei der Bundespolizei sind 11.828 Dienstposten minus 29, bei der Bundesgendarmerie sind es 11.673, plus 29, vorgesehen. Damit ist keine Verringerung des Personalstandes eingetreten.

Ich möchte doch einige Sätze zum Personalstand der Exekutive sagen, weil er auch schon zitiert wurde. Wesentlich ist — auch das muß

DDr. Hesele

bemerkt werden —, daß trotz gleichbleibendem Personalstand die Aufgaben, mit denen die Exekutive betraut wird, immer größer werden. Die Hebung der Schlagkraft und die Effizienz kann nur durch erhöhte Aufwendungen bei den Anlagekrediten und bei den Investitionen ausgeglichen werden.

Meine Damen und Herren! Die Bundespolizei hat mit 1. 11. 1973 einen Fehlbestand von 709 Personen. Es ist jedoch bekannt — wie uns der Herr Bundesminister bereits im Finanz- und Budgetausschuß mitgeteilt hat —, daß durch neue Werbemethoden besonders im Burgenland und in Niederösterreich 600 Bewerber rekrutiert werden konnten, die in nächster Zeit eingestellt werden sollen. Es werden sicherlich — das weiß man, wenn man mit Personaldingen zu tun hat — nicht 600 kommen, aber es besteht doch eine berechtigte Chance, den Stand der Bundespolizei wieder aufstocken und den Fehlbestand abbauen zu können.

Was sind denn die Gründe, meine Damen und Herren? Wir sehen ja, die wir aus Niederösterreich kommen, die vollkommen unkonventionellen Werbeplakate, die ganz anders sind wie jene, mit denen man früher für die Exekutive geworben hat. Es erfolgt eine Individualwerbung. Man spricht von einem Service-system. Man wirbt für die Exekutive wie für andere Berufe. Es wird auf den Abgang vom Dreieradl, auf das neue Dienstsysteem hingewiesen, des weiteren — alles ist relativ — auf die bessere Bezahlung in den letzten Jahren im Rahmen des öffentlichen Dienstes und auch auf das neue Ausbildungssystem, das einen sinnvollen Wechselturnus von Theorie und Praxis vorsieht. Nach einer kürzeren theoretischen Ausbildung soll der Polizeischüler mit der praktischen Ausbildung vertraut gemacht werden.

Weil ich von den Anlagen und den Investitionen gesprochen habe: Es ist der weitere Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung bei der Bundespolizeidirektion Wien sowie der Datenstation für das elektronische Kriminalpolizeiliche Informationssystem vorgesehen. Es wurde bereits erwähnt, daß ein Fehlbestand an Personal oft nur mit technischen Investitionen ausgeglichen werden kann. Damit wird auch die Schlagkraft erhöht.

Man kann das alles aus dem Budget ersehen. Der Herr Berichterstatter hat bereits darüber gesprochen. Es ist die Erweiterung der Anlagen für den Fernsprech-, Fernschreib- und Funkverkehr vorgesehen. Der Kfz-Stand wird bei der Bundespolizei zwar unverändert bleiben, jedoch ist an die Auswechslung altgedienter Fahrzeuge gedacht. Das 2. Budgetüberschreitungsgesetz, das wir vergangene Woche

beschlossen haben, hat bereits zusätzliche Mittel für die Erneuerung des Fuhrparks vorgesehen.

Bei der Bundesgendarmerie, meine Damen und Herren — auch das ist ja bekannt —, ist der Personalstand mit Stand vom 1. November 1973 um 65 Personen überzogen. Der Ministerrat hat den Beschluß gefaßt, diese Aufstockung zu genehmigen. Allerdings ist damit zu rechnen, daß es natürlich nicht bei diesem Überhang von 65 Bediensteten bleiben wird; durch die kommenden Pensionierungen wird dieser Überhang sicher wieder abgebaut.

Und was vielleicht sehr entscheidend ist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Trotz des Überhanges von 65 Bediensteten gegenüber dem Gesamtpersonalstand fehlen im Bundesland Niederösterreich noch 24 und in Tirol noch 18 Bedienstete. Man wird sich sicher auch hier bemühen, durch die besondere Art der Werbung diesen Personalstand aufzustocken.

Die Gendarmerie wird 1974 wieder über 2370 Kraftfahrzeuge verfügen. Es verfügt somit in Hinkunft jede Dienststelle über mindestens ein mehrspuriges Fahrzeug.

Bei gleichbleibendem Personalstand, erhöhten Anforderungen an die Exekutive und moderner technischer Ausrüstung darf nicht vergessen werden, daß für die Durchführung der Exekutivaufgaben die Menschen zuständig sind, die 26.000 Exekutivbeamten. Die Technik oder sonstige Dinge können nur Hilfsmittel sein.

Man muß den Menschen beruflich ausbilden. Es gibt der Sicherheitsbericht Aufschluß, daß neben den einschlägigen Vorschriften die Führungskräfte, die ja die Vorbilder für die zugeteilten Bediensteten sein sollen, auch modern ausgebildet werden.

Bei der Bundespolizei wurde 1972 mit der Schulung aller leitenden Wachebeamten in Führungskräfte-Seminaren begonnen. Es wird die Psychologie in den Vordergrund gestellt. Es wird als technisches Hilfsmittel mehr der Film herangezogen, was eigentlich schon längere Zeit geschieht. Auch bei der Gendarmerie wird das ebenfalls schon in allen Kursen so gehandhabt. Ich werde mir abschließend noch etwas zu sagen erlauben: Neben dem Fachlichen werden die Betreffenden in Psychologie und Pädagogik ausgebildet, um ein partnerschaftliches Verhältnis mit der Bevölkerung zu erreichen.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang wurde auch über die Tätigkeit des österreichischen Polizeikontingents in Zypern berichtet. Nicht zuletzt gerade wegen der guten und gediegenen Ausbildung sind die

DDr. Hesele

Mitglieder des österreichischen Polizeikontingents im Rahmen des Mandats, das die Vereinten Nationen in Zypern haben, sehr beliebt.

Noch eine traurige Tatsache: In Ausübung dieses sehr schwierigen Dienstes sind bei der Bundespolizei im letzten Jahr 2 Tote, 80 Schwerverletzte und 900 Leichtverletzte zu beklagen gewesen. Bei der Bundesgendarmarie sind es im Jahre 1973 bereits 4 Todesopfer und 92 schwerverletzte Beamte, die in Ausübung dieses aufopferungsvollen Dienstes von uns gegangen sind beziehungsweise verletzt wurden.

Es wurde, da man von der Exekutive gesprochen hat, auch gefragt, was das Ministerium tut, vor allem was die leitenden Beamten tun. Im Bundesministerium für Inneres soll mit 1. Jänner 1974 probeweise in zwei Abteilungen eine neue Geschäftsordnung mit dem Ziel eingeführt werden, den Erfordernissen des modernen Managements auch in der Verwaltung Rechnung zu tragen. Die Grundlagen hierfür hat das Hohe Haus durch die Beschlußfassung über das Bundesministeriengesetz im Jahre 1973 geschaffen. Dieses Gesetz wird mit 1. Jänner 1974 in Kraft treten. Dieses Gesetz schafft neben der Kompetenzregelung und der Kompetenzvereinheitlichung auch die gesetzlichen und rechtlichen Möglichkeiten, die Bundesministerien zu modernisieren und sie an die Erfordernisse des modernen Managements heranzuführen.

Diese Gelegenheit auf Grund dieses Gesetzesauftrages hat das Innenministerium vorerst probeweise für zwei Abteilungen ergriffen. Mit 1. Jänner 1975 soll diese Geschäftsordnung in allen Abteilungen eingeführt werden. Dadurch sollen die Mitarbeiter im Ministerium in den Mittelpunkt gestellt werden. Durch Delegierungen soll die Arbeitsfreudigkeit gehoben, und es soll der einzelne Mitarbeiter zu mehr Verantwortung herangezogen werden.

Herr Dr. Schmidt! Ich möchte an das anschließen, was Sie am Schluß gesagt haben. Sie sprachen vom Berufsethos. Ich glaube, daß das nicht nur auf die Exekutivbeamten zutrifft, sondern das trifft auf alle Beamten zu. Die Stellung des Beamten ist auf der einen Seite durch eine richtige und eine vernünftige Gehaltsregelung zu lösen. Das trifft ganz besonders auch auf die Exekutivbeamten zu. Aber um das Image des Beamten, des öffentlich Bediensteten und des Exekutivbeamten zu erhöhen, dazu bedarf es einer zielbewußten Öffentlichkeitsarbeit von uns allen. Im Zeitalter, in dem Strukturänderungen in dieser Gesellschaft vor sich gehen, und in einem Zeitalter, in dem Autoritäten abgebaut werden sollen, muß dem Exekutivbeamten im

Rahmen der Staatsverwaltung und im Rahmen der Gesellschaftsordnung der notwendige Raum zugestanden werden. Das halte ich für sehr notwendig. Der Herr Polizeipräsident von Wien, der auch zitiert wurde, hat erklärt, es sollte ein Servicedienst der Polizei zur Verfügung gestellt werden. Ich habe schon gesagt: Auf der einen Seite die gute Besoldung im Rahmen des öffentlichen Dienstes, auf der anderen Seite die viel wichtigere Arbeit der Imagebildung des Exekutivbeamten, was eine Sache von uns allen ist.

Die Sozialisten werden dem Kapitel Inneres ihre Zustimmung geben, weil sie der Auffassung sind, daß im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Gesamtbudgets die notwendigen Mittel für die Erhaltung und für die Verbesserung der inneren Sicherheit bereitgestellt werden. Darüber hinaus werden wir mit diesem Budget 1974 für das Innenministerium wieder einen Teil unseres Regierungsprogramms erfüllen. — Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Suppan. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Suppan** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Schon im Vorjahr habe ich den Wunsch geäußert, daß es eigentlich sehr sinnvoll wäre, wenn wir bei der Beratung des Kapitels Inneres jeweils auch den vorliegenden Sicherheitsbericht mitbehandeln könnten.

Meine beiden Vorredner haben sich sehr ausführlich — vor allem der Redner der Regierungspartei hat das getan — mit dem Sicherheitsbericht beschäftigt. Ich will darin nicht eine Absicht sehen. Sonst müßte ich nämlich sagen, daß er vielleicht zum Kapitel Inneres wenig auszuführen gehabt hätte.

Mir ist folgendes unverständlich, Hohes Haus: Dieser Sicherheitsbericht liegt seit 10. Juli dieses Jahres im Haus. Der vorjährige Sicherheitsbericht ist ebenfalls noch nicht durchberaten. Mir persönlich ist es unverständlich, warum diese Sicherheitsberichte im Verfassungsausschuß nicht durchberaten und hier im Haus dann diskutiert werden.

Hohes Haus! Der Herr Bundesminister für Finanzen hat, glaube ich, in einer der längsten Budgetreden, die ein Finanzminister hier im Hause je gehalten hat, ganze 68 Worte auf Seite 99 seines Manuskriptes dem Kapitel Inneres gewidmet. Das Manuskript, das uns der Herr Finanzminister zur Verfügung gestellt hat, war immerhin 112 Seiten lang. Das Kapitel Inneres ist dabei eigentlich, das möchte ich hier feststellen, sehr knapp weggekommen.

Suppan

Wir wissen schon, daß die Regierungspartei behauptet, mit den Ansätzen zum Kapitel Inneres würde auch im heurigen Jahr das Auslangen gefunden werden. Wir allerdings können dieser Annahme nicht beipflichten. Schon im Finanz- und Budgetausschuß haben wir die Meinung vertreten, daß das Kapitel Inneres unterbudgetiert ist.

Wir haben vor kurzem das 2. Budgetüberschreitungsgesetz des Jahres 1973 beschlossen. Es waren immerhin 102 Millionen Schilling, die für den Sachaufwand im Kapitel Inneres zusätzlich erforderlich waren. Wieviel der Herr Bundesminister für Finanzen auf Grund des Artikels III Abs. 5 des Bundesfinanzgesetzes von den rund 1.800.000.000 S für das Kapitel Inneres zur Verfügung gestellt hat, wissen wir im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht. Wir werden das dann beim Rechnungsabschluß feststellen können.

Der Herr Finanzminister verwendet jedes Jahr eine andere Einbegleitungsmethode zum Budget. So hat er erklärt, das Budget 1972 stelle eine Wende dar, beim Budget 1973 hat der Bundesminister für Finanzen erklärt, nun werde eine neue Seite im Buch der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs aufgeschlagen, und beim Budget 1974 hat der Herr Finanzminister gemeint, mit diesem Budget werde nun ein neues Budgetkonzept verwirklicht.

Dieses Budgetkonzept sieht so aus, daß wir ein Grundbudget, eine Stabilisierungsquote und ein Konjunkturbelebungsbudget haben.

Ich glaube, daß alle Budgets von der Wende im Jahre 1972 an ein Umstand auszeichnet, und zwar, daß es Inflationsbudgets sind: Im Jahre 1972 6,3 Prozent, im Jahre 1973 7,5 Prozent, und was für das Jahr 1974 kommen wird, das werden wir ja noch erleben.

Das Kapitel Inneres ist von dieser Dreiteilung des Budgets nicht betroffen. Wir haben bei diesem Kapitel keine Stabilisierungsquote. Allerdings finden wir ein sogenanntes Konjunkturbelebungsbudget in der Höhe von 11.418.000 S, und es wird ein Mehrbedarf von weiteren 11.268.000 S ausgewiesen.

Der Berichterstatter und auch die Regierungsmitglieder weisen auf eine enorme Steigerung der Ansätze im Kapitel Inneres hin. Ich glaube, daß sich anteilmäßig zum Budget sehr wenig verändert hat.

1969 hat der Anteil des Kapitels Inneres immerhin noch 2,84 Prozent am Gesamtbudget ausgemacht. In der Folge begann er abzusinken: Im Jahre 1971 betrug er 2,66 Prozent, im Jahre 1972 betrug er 2,56 Prozent, im Jahre 1973 betrug er 2,51 Prozent, um, wie schon gesagt, im Jahre 1974 auf 2,82 Prozent des Gesamtbudgets anzusteigen.

Hohes Haus! Meine beiden Vorredner haben bereits davon gesprochen: In Österreich ist die Kriminalität im Ansteigen begriffen, der Straßenverkehr fordert immer mehr Opfer. Mit einem Wort: Die Sicherheitsverhältnisse in Österreich bessern sich nicht, sondern die Bevölkerung hat das Gefühl — und das beweisen auch Zahlen und Tatsachen —, daß sich die Sicherheitsverhältnisse in Österreich verschlechtern.

Wir sind der Meinung, daß der Herr Bundesminister für Inneres mit 833 Millionen Schilling, das sind 18,7 Prozent des Budgets, für das Kapitel Inneres — wie der Herr Berichterstatter ausgeführt hat —, die unter dem Titel Sachaufwand zur Verfügung gestellt werden, der gegenwärtigen Entwicklung nicht wirksam wird entgegenzutreten können, wir sind der Meinung, daß der Herr Bundesminister für Inneres mit diesem Budget keine neuen Akzente für die Sicherheitspolitik in Österreich wird setzen können.

Aus dem Dargelegten glaube ich sagen zu können, daß wir aus diesen Gründen das Kapitel Inneres des Budgets 1974 ablehnen müssen.

Hohes Haus! Ich möchte mich nun nicht mit dem Sicherheitsbericht auseinandersetzen, sondern gestatten Sie mir, daß ich mich mit einigen anderen Dingen im Zusammenhang mit dem Kapitel Inneres beschäftige. Auf legislativem Gebiet ist das Innenministerium — das ist keine Kritik, sondern eine Feststellung — nicht besonders aktiv. Immerhin haben wir im Vorjahr das Zivildienstgesetz ins Haus bekommen. Wenn man allerdings den Ministerialentwurf mit der Regierungsvorlage vergleicht, dann kann man doch wesentliche Unterschiede feststellen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich heute — ich glaube, wir werden als Opposition so lange urgieren müssen, bis hinter mir wieder ein OVP-Innenminister sitzen wird (*Abg. Skritek: Da haben Sie lange Zeit! Sie warten auf die nächsten Jahrzehnte!*) — das Polizeibefugnisgesetz urgieren. Kollege Skritek! Wenn es wieder einen OVP-Innenminister geben wird, dann wird wahrscheinlich das Polizeibefugnisgesetz endlich verwirklicht werden. Jahr für Jahr erklärt uns der Herr Innenminister Rösch: Ja, wir werden schon fertig! Es sind nur noch einige Dinge zu ordnen! Die Materie ist sehr kompliziert! Er könne nicht sagen, wann dieses Gesetz ins Haus kommen werde.

Herr Abgeordneter Skritek! Nun zu Ihrem Zwischenruf. Ich lasse mich ungern abbremsen, wenn ich rede. Ich bin überzeugt — zutiefst überzeugt — davon, Herr Abgeordneter Skritek, daß nach der nächsten Nationalratswahl

Suppan

auf der Regierungsbank hinter mir wieder ÖVP-Minister sitzen werden. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Sie können sich auch irren, Herr Kollege!)*

Hohes Haus! Das Polizeibefugnisgesetz, in dem die Befugnisse der Organe geordnet werden sollen, ist doch schon längst überfällig. Es ist gelungen, ein einheitliches Waffengesetz zu verabschieden, daher glaube ich, Herr Bundesminister, daß es doch möglich sein müßte, das Polizeibefugnisgesetz endlich ins Haus zu bringen und hier zu beraten.

Hohes Haus! Nun zu einer anderen Angelegenheit. Ich habe im Finanz- und Budgetausschuß an den Herrn Bundesminister die Frage gestellt, ob er mir mitteilen könne, wie viele Führerscheine in Österreich pro Jahr entzogen werden. Weiters habe ich ihm mitgeteilt, daß es nach meiner Kenntnis eine Zentralsachverhaltungsstelle gäbe. Etwas schmunzelnd hat mir der Herr Bundesminister geantwortet: Herr Abgeordneter! Hier sind Sie einer Fehlinformation unterlegen, denn diese Zentralsachverhaltungsstelle gibt es nicht.

Herr Bundesminister! Ich darf Ihnen den § 78 des Kraftfahrzeuggesetzes aus dem Jahre 1967 vorlesen. Dort heißt es:

„Die Bundespolizeidirektion Wien hat einen Zentralsachverhaltungsstellen für Lenkerberechtigungen zu führen. Die Behörde hat die Bundespolizeidirektion Wien zu verständigen

a) von der Abweisung eines Ansuchens um Erteilung einer Lenkerberechtigung,

b) von der rechtskräftigen Entziehung einer Lenkerberechtigung,

c) von der Wiedererteilung einer Lenkerberechtigung und

d) von rechtskräftigen Bestrafungen von Kraftfahrzeuglenkern ohne Lenkerberechtigung, wenn die Bestrafung aus Gründen erfolgt ist, die die Entziehung einer Lenkerberechtigung zur Folge hätten.“

Es kann ja sein, daß nicht ich einer Fehlinformation unterlegen bin, sondern daß Sie, Herr Bundesminister, einer Fehlinformation aufgesessen sind oder aber daß dieser Teil des Kraftfahrzeuggesetzes bis heute noch nicht verwirklicht ist.

Ich möchte daher heute meine Frage an Sie, Herr Bundesminister, wiederholen: Besteht die nach dem Gesetz geforderte Stelle eines Zentralsachverhaltens für Lenkerberechtigungen bei der Bundespolizeidirektion Wien, und wie viele Lenkerberechtigungen wurden in den Jahren 1972 und 1973 durch die Behörden entzogen?

Ein weiteres Problem — und das betrifft zweifellos alle Exekutivbeamten, ob Polizei oder Gendarmerie — ist jenes der Massaeinlage und des Massapauschales. In dieser Frage wird der Herr Bundesminister für Inneres Rösch nicht tätig.

Die Massaeinlage beträgt seit dem Jahre 1966 2800 S, das Massapauschale wurde im Jahre 1968 auf 2000 S erhöht.

Herr Bundesminister! Wenn man sich die Preislisten ansieht, so kann man feststellen, daß zum Beispiel bei einem Uniformrock seit 1970 eine Preissteigerung von 34 Prozent und bei einer Uniformhose von 60 Prozent eingetreten ist.

Sie meinen, das Gegenargument verwenden zu müssen, die Beamten, speziell die Gendarmeriebeamten hätten so viele Guthaben im Massafonds. Ich habe mich auch hier informieren lassen und darf feststellen, daß von den 10.000 Gendarmeriebeamten 2196 Beamte beim Massafonds einen Schuldenstand von 1.626.000 Schilling aufzuweisen haben. Herr Minister! Ich glaube, hier müßten Sie als Ressortchef tätig werden, um diese Schwierigkeiten zu beseitigen.

Ich habe mir eine weitere Unterlage besorgt, Herr Bundesminister, und ich glaube, das spricht doch noch mehr für meine Argumentation. Hat im Jahre 1969 die Massaeinlage zum Massapauschale 4800 S ausgemacht, so waren damals die Kosten für die Erstausrüstung laut der damaligen Preisliste 6455 S. Das heißt, der neu eingetretene Beamte ist nach der Erstausrüstung mit 1655 S Schulden belastet gewesen. Im Jahre 1973 stehen dem neu eintretenden Exekutivbeamten 4800 S zur Verfügung, die Kosten der Erstausrüstung betragen 11.498 S, und der Beamte tritt seinen Dienst mit einem Schuldenstand von 6698 S an.

Herr Bundesminister! Sie haben im Finanzausschuß erklärt, es sei erfreulich, daß wieder mehr junge Menschen in die Exekutive eintreten. Aber ich glaube, diese Dinge müssen beseitigt werden, denn es ist doch unhaltbar, daß der Beamte, wenn er erstausgerüstet wird, schon mit derartigen Schulden belastet wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf etwas hinweisen. Im Einkommensteuergesetz 1967 hat es unter § 3 Abs. 3 Überschrift „Steuerfreie Einkünfte“ geheißen: „Der Wert, der dem Bediensteten von Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellten Uniformen oder die an deren Stelle tretenden Geldleistungen sind steuerfreie Einkünfte.“

Sie, meine Damen und Herren der Regierungspartei, haben anlässlich der Verabschiedung des neuen, von Ihnen so gepriesenen

Suppan

Einkommensteuerrecht diese Bestimmung ersatzlos gestrichen. Wissen Sie, meine Damen und Herren, was das bedeutet? Daß die Kriminalbeamten zum Beispiel, die keine Uniformstücke bekommen, für das Kleidergeld, das ihnen der Staat zur Verfügung stellt, Einkommensteuer entrichten müssen!

Herr Bundesminister! Am kommenden Freitag wird über Antrag der Abgeordneten Hofstetter und Genossen das Einkommensteuergesetz 1973 novelliert. Wenn Sie einen Funken Beamtenfreundlichkeit an den Tag legen, dann ersuche ich Sie, daß Sie die Gelegenheit dieser Novellierung wahrnehmen, um diese diskriminierenden Bestimmungen aus dem Einkommensteuerrecht zu beseitigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Finanz- und Budgetausschuß haben wir auch auf die hier im Haus durchgeführte Debatte über die Schließung des Lagers Schönau hingewiesen. Wir haben darauf hingewiesen, daß der Herr Bundeskanzler und Sie, Herr Minister, bei Ihren Erklärungen sich immer auf Protokolle und Berichte berufen haben, das heißt, Sie haben aus diesen Berichten und Protokollen vorgelesen. Wir haben Sie in einer schriftlichen Anfrage vom 23. Oktober ersucht, uns diese schriftlichen Berichte und Protokolle zur Verfügung zu stellen. Ich persönlich habe Sie noch im Finanzausschuß gebeten, uns diese Unterlagen so zeitgerecht zur Verfügung zu stellen, daß wir sie heute allenfalls noch in der Debatte verwenden können.

Sie haben keine Zusage gemacht. Sie haben nach der Geschäftsordnung eine Frist von zwei Monaten, oder Sie beantworten diese Anfrage vom 23. Oktober nicht. Aber Ihre Antwort muß am 23. Dezember hier eintreffen. Herr Bundesminister! So Gott will, werden wir am 23. Dezember des heurigen Jahres nicht mehr Budgetberatungen über das Budget 1974 durchführen.

Ich hätte mir von Ihnen erwartet, daß Sie diesem Ersuchen der Opposition nachgekommen wären. Sie vermauern sich hinter der Geschäftsordnung. Sicherlich ist das Ihr gutes Recht, Sie haben zwei Monate Zeit, die Anfrage zu beantworten. Zuerst haben Sie nämlich gemeint, wir hätten die Anfrage nur an den Herrn Bundeskanzler gestellt, aber inzwischen sind Sie wahrscheinlich doch daraufgekommen, daß die Anfrage auch an Sie gerichtet ist.

Wir haben fast den Verdacht, Sie hätten uns etwas zu verbergen, denn nachdem Sie von der Regierungsbank aus während der Schönau-Debatte aus diesen Protokollen vorgelesen haben, weiß ich nicht, was Sie dann

hindert — Staatsgeheimnis Nummer eins wird das ja nicht sein —, uns diese Berichte, diese Protokolle zur Einsicht vorzulegen. Ich bin neugierig, ob Sie nun vielleicht von Ihrem Recht Gebrauch machen und sagen werden: Nein, ich beantworte diese Anfrage überhaupt nicht. — Vielleicht ist es wieder im Staatsinteresse, wie schon einmal bei einer Anfrage, die wir in diesem Zusammenhang gestellt haben. Leider haben sich die Dinge dann anders entwickelt.

Herr Bundesminister! Ein weiteres Problem, und ich glaube, hier liegen wir nicht sehr weit auseinander. Auf meine Frage im Finanzausschuß haben Sie erklärt: Ja, Sie denken daran, im Frühjahr 1974 doch 15jährige dafür zu gewinnen, daß sie mit dem 15. Lebensjahr in den Polizeidienst eintreten; man nennt sie Polizeikadetten.

Ich habe Ihnen damals die Frage gestellt, ob hinsichtlich der Unterbringung dieser Polizeikadetten schon etwas vorgesorgt wurde, und habe gesagt, angeblich sollen schon Architektenpläne vorliegen. Sie haben wieder lächelnd — wie beim Kraftfahrzeuggesetz, § 78 — mir erklärt: Herr Abgeordneter, hier unterliegen Sie einer Fehlinformation.

Herr Bundesminister! Mir stehen Unterlagen zur Verfügung, wonach eine diesbezügliche Besprechung stattgefunden hat. Ich werde Ihnen aus dieser Unterlage — ohne Namensnennung — eine Passage vorlesen: „Die Unterkunftsfrage bildet das größte Problem, da bis jetzt kein geeignetes Objekt vorhanden ist. Für Adaptierungskosten eines bestehenden Gebäudes dürften 15 Millionen Schilling erforderlich sein. N. N. präsentierte Architektenpläne für einen Neubau auf dem Gelände Strebersdorf. Kostenpunkt 80 Millionen Schilling.“

Herr Bundesminister! Ich darf Sie fragen — ich werde keinen Namen nennen, Sie werden es ja wissen —: Was sind das für Architektenpläne? Was soll auf dem Gelände Strebersdorf errichtet werden? Wird das eine größere Polizeikaserne, wird das eine Kadettenschule? Was ist hier geplant, was beabsichtigt Ihr Ressort in dieser Frage zu tun?

Es ist eigentlich sehr eigenartig. Im Finanz- und Budgetausschuß, weil wir schon gesehen oder gespürt haben, daß auch Österreich internationalen Beispielen folgen wird, haben wir an Sie die Frage gestellt, ob es möglich wäre, das Tempo 100 wirksam zu überwachen. Wörtlich haben Sie damals erklärt, Sie würden einige Tausend Beamte benötigen, um das Tempo 100 überwachen zu können. Der Herr Handelsminister hat das Tempo 100 inzwischen eingeführt, und nun meine Frage: Haben

Suppan

Sie, Herr Bundesminister, im Rahmen der Bundesregierung nun Anträge gestellt, daß Ihnen genügend Beamte für die Überwachung des Tempos 100 zur Verfügung gestellt werden? Oder haben Sie im Bereich Ihrer Bundesregierung darauf aufmerksam gemacht, daß es kaum möglich sein wird, diese Bestimmung wirkungsvoll zu überwachen?

Wir haben im Finanz- und Budgetausschuß auch darüber gesprochen — Sie haben ja sehr lobend den Einsatz der Politessen erwähnt —, daß der Österreicher, der Bürger das Gefühl hat, die Polizei oder die Sicherheitsorgane würden sich auf Grund mangelnder organisatorischer Voraussetzung nur dem ruhenden Verkehr widmen können. Sie haben das damals eigentlich in Abrede gestellt. Sicherlich, Herr Bundesminister, wir begrüßen ebenfalls den Einsatz von Politessen, aber Sie haben gemeint, meine Feststellung, daß dadurch die Verwaltungsarbeit enorm erhöht würde, würde nicht zutreffen. Ich habe mich nun bei einem Kommissariat erkundigt: Dort waren in einem Jahr um 2000 Straftakte mehr zu bearbeiten, mit derselben Personenzahl.

Deshalb, Herr Bundesminister, glaube ich doch noch einmal feststellen zu können, daß der ruhende Verkehr in Österreich anscheinend überüberwacht wird. Im ruhenden Verkehr passieren aber in der Regel keine Schäden an menschlichem Gut, wie man sich so schön ausdrückt, sondern nur Blechschäden. Wir glauben nun — und dieses Gefühl hat auch der Kraftfahrer —, daß hier die wirkungsvolle Überwachung des fließenden Verkehrs etwas zu kurz kommt.

In diesem Zusammenhang nun meine Frage: Was haben Sie innerhalb der Bundesregierung unternommen, um Vorkehrungen ergreifen zu können, daß das nun vom Handelsminister eingeführte Tempo 100 auch wirksam überwacht werden kann? Oder handelt man hier nur in Treu und Glauben und meint, die Kraftfahrer werden schon brav sein und sowieso nicht mehr als 100 fahren?

Mein letztes Problem, Herr Bundesminister, ist ein sehr ernstes. Mit der Einführung der Bezahlung von Überstunden nach der 26. beziehungsweise 24. Gehaltsgesetz-Novelle ist auch im Bereich der Exekutive eine befriedigende Regelung eingetreten. Sie wissen aber selbst, daß die 10.000 Gendarmeriebeamten vom 1. Juli bis 30. November 1972 29.000 Sonn- und Feiertagsdienste verrichtet haben. 29.000! Nach den bis dahin geltenden Regelungen konnte der Gendarmeriebeamte für einen geleisteten Sonn- oder Feiertagsdienst einen Ersatzruhetag in Anspruch nehmen. Seit 1. Dezember 1972 werden diese Dienste entlohnt. Vom 1. Juli bis 30. November 1972

sind, wie gesagt, 29.000 solcher Tage angefallen. Sie, Herr Bundesminister, wischen dieses Problem aber vom Tisch und sagen, Sie hätten keine gesetzliche Handhabe, diese 29.000 Tage zu bezahlen.

Wir haben eine gleiche Situation schon im Jahre 1971 gehabt, und damals, Herr Bundesminister, waren Sie sehr wohl bereit, für einen ganzen Ersatzruhetag 175 S und für einen halben Ersatzruhetag 90 S den Beamten zu bezahlen. Für die von mir erwähnten Dienste ist anscheinend keine Absicht oder kein Wille vorhanden, sie den Beamten zu entgelten. Herr Bundesminister! Wenn Sie erklären, Sie hätten keine gesetzlichen Grundlagen dazu, dann suchen Sie Wege, daß wir zu gesetzlichen Grundlagen kommen! Wir sind bereit, Ihnen hier behilflich zu sein, aber es ist unmöglich, Herr Bundesminister, daß diese 29.000 Tage den Gendarmeriebediensteten einfach gestrichen werden. Stellen Sie sich vor, das wäre in der Privatwirtschaft, in einem Privatbetrieb, daß dort der Dienstgeber seinen Mitarbeitern Leistungen vorenthält. Herr Bundesminister! Da hätten wir einen Streik, und zwar einen saftigen Streik, aber Sie wischen dieses Problem nach einem Schriftverkehr mit dem Bundeskanzleramt vom Tisch und sagen, Sie hätten keine gesetzliche Handhabe dazu, und damit sei die Sache erledigt. Herr Bundesminister! Für uns ist diese Sache nicht erledigt, und sooft ich zu diesem Pult herausgehen werde, werde ich Sie im Interesse der 10.000 Gendarmeriebeamten daran erinnern und Sie mahnen, dieses Unrecht aus der Welt zu schaffen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Trotz vieler Erschwernisse, vieler organisatorischer Mängel und des manchmal geringen Verständnisses der Öffentlichkeit versieht die Exekutive Österreichs ihren Dienst im Interesse der Öffentlichkeit mustergültig. Namens meiner Fraktion, namens der Österreichischen Volkspartei darf ich diesen Frauen und Männern für ihren selbstlosen und disziplinierten Einsatz anläßlich der Beratung des Kapitels Inneres unseren aufrichtigen Dank sagen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Helga Wieser. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Helga **Wieser** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Es haben sich schon zwei meiner Vorredner, der Kollege von der sozialistischen Fraktion und der Kollege von der freiheitlichen Fraktion, mit dem Suchtgift beschäftigt. Erlauben Sie mir, daß ich mich mit dieser Problematik etwas mehr auseinandersetze. Es ist kein neues Problem. Wir kennen es ja schon seit den sechziger Jahren. Die Suchtgiftwelle breitet sich aber immer

Helga Wieser

mehr aus und ist in den letzten Jahren so enorm geworden, daß es uns besondere Sorge macht. Herr Bundesminister! Wir können leider noch immer nicht sagen, daß wir das Suchtgiftproblem in den Griff bekommen haben.

Die Verbreitung der Suchtgifte ist bekanntlich in anderen Staaten der Welt, zum Beispiel in den USA, in Deutschland und auch in Schweden, noch viel größer als in Österreich, aber ich glaube, wir wollen mit diesen Rekorden nicht Schritt halten. Wir alle wissen, daß wir in Österreich keine Insel der Seligen sind und diese Probleme vor unseren Grenzen nicht haltmachen. Außerdem ist unsere Republik ein Transitland, dadurch werden diese Güter sehr oft vom Orient durch unser Land in die Bundesrepublik Deutschland geschmuggelt; umso schwieriger ist es, dieser Sache Herr zu werden.

Bekanntlich ist der Salzburger Polizei in der letzten Woche ein guter Fang gelungen, es konnte ein Schmugglerring abgefangen und aufgedeckt werden. Ich möchte von diesem Pult aus der Salzburger Polizei dafür recht herzlich danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Besonders gefährdet sind vor allem Jugendliche, ja selbst Kinder im Alter von 14 bis 18 Jahren. Wir wissen, daß in diesem Alter die Abenteuerlust besonders groß ist, Neugierde herrscht vor, man möchte etwas erleben, etwas ausprobieren. Aufgrund dessen kommen immer wieder Jugendliche, ja Kinder in Berührung mit diesen Suchtgiften und werden süchtig. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Es beginnt meistens sehr harmlos. Man beginnt Haschisch zu rauchen, einer probiert es, der andere möchte es auch probieren und so weiter. Die Hasch-Zigaretten werden geraucht. Man hat überall schon davon gehört, es in den Zeitungen gelesen und in den Filmen gesehen. Die nächste Folge ist, daß man sich dann mit gefährlicheren Giften beschäftigt und sich schließlich Rohopium und Morphinum injiziert.

Es ist besorgniserregend, Herr Bundesminister, daß wir in den letzten Jahren eine wesentliche Steigerung der Zahl der Süchtigen verzeichnen können. Von 1972 auf 1973 wurde sogar eine Steigerung um 40 Prozent festgestellt. Herr Bundesminister! Das sollte uns aufhorchen lassen.

Wie kommen eigentlich die Jugendlichen zu diesen Drogen? Wir wissen, daß heute in der Jugend sehr viel Bewegung ist, vor allem in den Ferien wird viel gereist, per Autostopp und so weiter. Sie kommen dadurch auch in den Orient, in die Türkei, nach Pakistan und

Afghanistan, und in diesen Ländern ist es nicht allzu schwierig, an diese Drogen heranzukommen.

Für Jugendliche in unserem Land ist es schon schwieriger, solche Drogen zu bekommen. Allein in Wien haben sich die Einbrüche in Apotheken in den letzten eineinhalb Jahren wesentlich vermehrt; es wurden in diesem Zeitraum 55 Einbrüche in Apotheken verzeichnet, bei denen ausschließlich Suchtgifte gestohlen wurden. Ich glaube, das sollte für uns eine Warnung sein, hier muß etwas dagegen unternommen werden. Es ist Gott sei Dank der Polizei gelungen, 97 Prozent der Fälle aufzuklären. Man hat den Apotheken empfohlen, sich Alarmanrichtungen oder Stahlschränke einbauen zu lassen. *(Allgemeine Unruhe.)* Meine Damen und Herren! Sie haben wahrscheinlich noch nicht mit Suchtgiften zu tun gehabt, denn sonst würden Sie jetzt etwas besser aufpassen. Oder interessiert Sie die Sache nicht? *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Glaser: Die haben die Gefahr des Suchtgiftes noch nicht erkannt!)*

Gerade solche Sicherheitsvorkehrungen haben im bayrischen Raum — das ist ja das an uns angrenzende Gebiet — die Einbrüche in Apotheken um 60 Prozent zurückgehen lassen. Ich glaube, es wäre auch bei uns empfehlenswert, sich etwas mehr mit diesen Sicherheitsvorkehrungen auseinanderzusetzen.

Viel gefährlicher sind natürlich die Folgen, die durch den Genuß dieser Gifte auftreten. Es sind vor allem körperliche und geistige Schäden, durch die die Leistungsfähigkeit und das Konzentrationsvermögen vermindert wird; auch sind die jungen Leute nicht mehr in der Lage, zu arbeiten.

Auf Grund solcher auftretender Schäden werden meistens nach amtsärztlichen Untersuchungen die jungen Leute in eine Suchtgift-entziehungsanstalt eingewiesen. Auch dort kann ihnen nicht ausreichend geholfen werden, und das ist das Traurige daran, denn diese Kuren und der Aufenthalt müssen von den Angehörigen bezahlt werden. Da die Kosten sehr hoch sind, kann man sich vorstellen, daß die Angehörigen diese Jugendlichen sehr früh und auf eigene Verantwortung aus dieser Anstalt nehmen.

Da die Aufklärung über den Suchtgiftmißbrauch leider noch zu lückenhaft ist, trauen sich viele Eltern nicht, sich an die Behörde zu wenden, weil sie glauben, daß ihre Kinder bestraft werden.

Herr Bundesminister! Auf diesem Gebiet muß noch sehr viel getan werden, denn kommen diese Süchtigen aus den Anstalten heraus, so gibt es noch immer keine Stelle, die sich

8644

Nationalrat XIII. GP — 88. Sitzung — 5. Dezember 1973

Helga Wieser

bemüht, den jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, in das normale Leben zurückzukehren. Es kommt sogar vor, daß Jugendliche neun- bis zehnmal in solche Anstalten eingewiesen werden müssen; diese bedauernswerten Menschen sind, so glaube ich, endgültig verloren.

In Deutschland gibt es bereits 30.000 Frührentner, die auf Grund der Süchtigkeit nicht mehr arbeitsfähig sind. Ebenso traurig ist es, daß wir in den letzten Jahren in Österreich auf Grund von Überdosen von Suchtgiften 33 Todesopfer zu beklagen haben.

Herr Bundesminister! Ich glaube, wir sollten diese Gefahr ernster nehmen und uns mehr bemühen! Warum haben wir in Österreich noch keine Stelle, die den jungen Menschen hilft, wieder in das normale Leben zurückzukehren? Ich würde Sie bitten, daß Sie sich darum besonders bemühen. Es gibt zwar seit 1972 in Ihrem Ministerium eine Zentralstelle für Suchtgiftbekämpfung, doch ist dieser Apparat eine sehr spärliche Einrichtung, denn dieser Zentralstelle gehören ein Konzeptsbeamter, ein Kriminalbeamter, ein Verwaltungsbeamter und eine Schreibkraft an. Das soll für ganz Österreich ausreichen? Herr Bundesminister! Das ist wirklich zu wenig, und ich würde Sie deshalb bitten, sich etwas mehr für diese Sache einzusetzen.

Auch ist es notwendig, daß über den Suchtgiftmißbrauch in den Schulen mehr Filme vorgeführt und Vorträge, auch für Eltern, gehalten werden, denn mehr Wissen hat schon manches Unglück verhindern können.

Hohes Haus! Darf ich hier festhalten, daß die Schulwegsicherung und der Schülerlotsendienst in Österreich gut organisiert ist und bestens funktioniert. Darüber freuen wir uns. Diese Einrichtungen sind sehr bedeutend und nicht mehr wegzudenken. Diese Einrichtungen haben sich gut bewährt und lassen sich lückenlos durchführen.

Verkehrserziehung in der Schule ist sehr wichtig. Wir wollen doch alle unsere Kinder zu einer gewissen Selbständigkeit erziehen; man hat ja nicht immer Zeit, die Kinder in die Schule oder in den Kindergarten zu bringen.

Diese wichtige Verkehrserziehung hat nur einen Haken: Ich halte es für eine sehr große Ungerechtigkeit, daß die Sicherheitswachbeamten, die diese Verkehrserziehungen in den Schulen durchführen, ihre Leistungen damit bezahlt bekommen, daß gewisse Gebühren wegfallen; dadurch fallen deren Gehälter niedriger aus, als sie es eigentlich verdienen würden. Vielleicht können Sie erreichen, daß so wichtige Leistungen besser dotiert werden.

Ich habe nur die Sorge, daß es schwierig sein wird, für die nächste Zeit Beamte, die sich für diese Aufgabe zur Verfügung stellen, zu bekommen.

Herr Bundesminister! Sie haben die Verpflichtung, sich in dieser Sache etwas mehr zu bemühen.

Hohes Haus! Erlauben Sie mir, daß ich noch zwei Salzburger Probleme anschneide.

Das erste Problem ist die schlechte Unterbringung unserer Polizeidirektion in Salzburg. Dieses Gebäude ist baulich in einem furchtbaren Zustand. Ich glaube, hier muß ehestens etwas getan werden, denn man kann doch nicht warten, bis die Baubehörde einschreitet. In diesem Zusammenhang möchte ich nur an die Polizeidirektion in Vorarlberg erinnern, nach deren Übersiedlung das Gebäude eingestürzt ist. Das wollen wir, glaube ich, in Salzburg doch vermeiden. Außerdem soll das Gebäude nach der Renovierung der Universität zur Verfügung gestellt werden.

Das zweite Problem ist die Unterbringung der Gendarmerieschule in Werfen. Die Lage der Burg Werfen ist zwar sehr schön, die Landschaft ist herrlich, aber dafür können Sie ja nichts, Herr Bundesminister, das ist eben unser schönes Salzburg. Da die Unterbringung und die Schulräume nicht mehr zeitgemäß sind, wäre es doch notwendig, ein moderneres Gebäude zur Verfügung zu stellen.

Herr Bundesminister! Ich habe nur sehr kurz ein paar Fragen und Probleme angeschnitten, die zu diesem Kapitel gehören. Ich hoffe sehr, daß Sie meinen Wünschen ein bißchen gerecht werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Hobl. Er hat das Wort.

Abgeordneter Ing. **Hobl** (SPO): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich bei der Budgetgruppe Inneres nur mit den Fragen des Straßenverkehrs und der Verkehrsüberwachung beschäftigen.

Vor drei Jahren habe ich mich hier vehement dafür eingesetzt, daß in die Dienste der Bundespolizei Frauen aufgenommen werden. Es war zu einem Zeitpunkt, wo in Wien der erste Versuch etwa zu Ende gegangen ist. Damals hat der Kollege Regensburger als ein Redner nach mir dazu gemeint, daß die Minister Soronics und Dr. Hetzenauer auf Grund der Erfahrungen, die sie während ihrer Ressorttätigkeit sammeln konnten, die Meinung vertreten haben, daß sich der Einsatz der Politessen in Wien nicht bewährt hat.

Ing. Hobl

Dazu ist zu sagen, daß diese Meinung zweifellos darauf zurückzuführen war, daß man den Frauen, die in die Dienste der Bundespolizei, der Sicherheitswache getreten sind, Aufgaben zugeteilt hat, wie man sie den männlichen Angehörigen der Sicherheitswache stellte, und dementsprechend war die Ausbildung. Viele Frauen haben daraufhin ihren Dienst quittiert, und man mußte sagen: offenbar hat sich diese Einführung nicht bewährt.

Seit dem Jahre 1971 gibt es nun eine geänderte Aufgabenstellung für die Frauen im Dienste der Bundessicherheitswache und auch eine geänderte Ausbildung, und man kann feststellen, daß diese Änderungen dazu beigetragen haben, daß der Beruf einer Politesses wirklich ansprechender geworden ist.

An Dienstposten sind für Frauen bei den Bundespolizeibehörden in der Republik, bei der Sicherheitswache 350 vorgesehen. Zu Beginn dieses Monats waren 240 Posten besetzt. Die Politessen werden besonders für die Überwachung des ruhenden Verkehrs und für die Schulwegsicherung verwendet. Man kann kurzgefaßt sagen: Die Frauen haben sich sehr gut bewährt, und es gibt praktisch keine Beschwerden.

Die Verkehrsunfallbekämpfung ist ein sehr wichtiges Anliegen aller Bürger dieser Republik, und im Rahmen der Verkehrsunfallbekämpfung kommt der Verkehrsüberwachung ganz große Bedeutung zu. Es ist erfreulich, wie wir aus den Berichten der letzten Monate und insbesondere der letzten Tage gehört haben, daß der Dienst bei der Bundessicherheitswache für viele Männer wieder attraktiver wird.

Die letzten Nachrichten sagen, daß Österreicher, die in der Bundesrepublik gearbeitet haben, nun in ihre Heimatorte in den westlichen Bundesländern zurückkehren und sich zahlreich um Aufnahme in den Dienst bei der Bundespolizei oder Bundesgendarmerie bewerben.

Es ist kein Geheimnis, es ist heute schon von Rednern hier ausgeführt worden, daß die Aufgaben der Bundesgendarmerie außerordentlich vielfältig sind und daß die Verkehrsüberwachung nur ein ganz kleiner Teil ist.

Einige meiner Wähler haben mich vor einigen Wochen bei einer Zusammenkunft gefragt: Herr Abgeordneter! Sie werden jetzt bei der Budgetdebatte sicherlich über die Probleme des Straßenverkehrs wieder sprechen. Aber sagen Sie uns doch, was machen die Strafen aus, die die Bundespolizei und die Bundesgendarmerie von den Verkehrsteilnehmern kassieren. Das müssen ja ganz erhebliche Beträge sein. — Ich habe dazu gesagt, ich werde mich bemühen, diese Ziffern zu ergründen.

Nach allen Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen, kann ich mitteilen, daß in Vollziehung der straßenpolizeilichen Angelegenheiten von der Bundespolizei im Jahre 1971 mehr als 83 Millionen an Strafgeldern kassiert wurden und im Jahre 1972 mehr als 100 Millionen Schilling. Sie wissen ja, daß diese Straf-gelder dem Straßenerhalter, auf dessen Verkehrsfläche die Beanstandung und Bestrafung erfolgt ist, zufließen.

Der Bund hat im Jahre 1971 von diesen Strafgeldern 10 Millionen Schilling bekommen, 1972 mehr als 11 Millionen. Die Länder im Jahre 1971 mehr als 50 Millionen, 1972 mehr als 63 Millionen. Die Gemeinden, wenn die Beanstandungen auf Gemeindestraßen erfolgt sind, 1971 mehr als 22 Millionen und 1972 mehr als 25 Millionen. Alles nur Gelder, die die Organe der Bundespolizei eingehoben haben.

Wenn man jetzt eine Hochrechnung anstellt, wie hoch die Strafbeträge waren, die im Bereich der Bundesgendarmerie 1972 eingehoben wurden, so würde ich schätzen — ich kann das nur schätzen, weil auch die Bezirkshauptmannschaften mittels Strafverfügungen Beträge einheben —, daß es wahrscheinlich an die 200 Millionen waren, also in Summe 300 Millionen Schilling, die den österreichischen Verkehrsteilnehmern an Strafgeldern für Delikte im Straßenverkehr abgenommen wurden.

Demgegenüber muß man allerdings auch die Kosten sehen, die die Verkehrsüberwachung verursacht, und hier nur wieder ein Beispiel, das die Größenordnungen zeigen soll. Die Bundesgendarmerie schätzt die Kosten für den Personalaufwand aus dem Titel der Verkehrsüberwachung für das Jahr 1972 auf 311 Millionen Schilling und den Sachaufwand auf 47 Millionen Schilling.

Und nun ganz kurz zum Herrn Kollegen Suppan, der bei der Beurteilung der Fragen der Sicherheit in der Republik hier vor wenigen Minuten gemeint hat, daß auch der Straßenverkehr immer unsicherer wird, daß er immer mehr Tote und Verletzte fordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die letzten Zahlen des Statistischen Zentralamtes, die sicherlich noch geringfügig ergänzt werden können, beweisen Gott sei Dank das Gegenteil. Wenn es im Zeitraum vom 1. Jänner 1972 bis zum 18. November 1972 im ganzen Bundesgebiet 47.024 Verkehrsunfälle mit Personenschaden gegeben hat, die von den Behörden registriert wurden, so hat es für dieselbe Zeit, das heißt um einen Tag weniger, vom 1. Jänner bis 17. November 1973, nur mehr 44.798 Verkehrsunfälle mit Personenschaden zu registrieren gegeben, das sind um 2226 Unfälle mit Personenschaden weniger.

Ing. Hobl

Die bei diesen Unfällen verletzten Personen wurden im Zeitraum 1972, den ich zuerst genannt habe, mit 66.986 festgestellt, davon bedauerlicherweise 2303 Tote. Für den Vergleichszeitraum 1973 ergibt sich auch hier eine erfreuliche Senkung, auch wenn es noch viel zu viele Verletzte gibt; nämlich 64.266 Menschen wurden zwischen 1. Jänner und 17. November 1973 zuviel verletzt. Es sind aber immerhin um 2720 Menschen weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Leider hat es davon 2235 Tote gegeben, das sind um 68 weniger als 1972.

Es war mir und anderen Fachleuten auch noch nicht möglich, genau festzustellen, auf welche Ursachen diese Reduktion zurückzuführen ist. Ich vermute, daß eine bestimmte Quote auf das besser ausgebaute Straßennetz zurückzuführen ist, eine wahrscheinlich nicht unerhebliche Quote auf die bessere Disziplin unserer Verkehrsteilnehmer und wahrscheinlich auch ein bestimmter Anteil auf die bessere Überwachung. Herr Kollege Suppan! Ich glaube, wir alle können uns über diese Entwicklung freuen: Weniger Verkehrsunfälle mit weniger Verletzten und mit weniger Toten. Auch auf diesem Gebiet gibt es in der Republik eine erfreuliche Verbesserung festzustellen. Danke. *(Beifall bei der SPO.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Rösch. Er hat das Wort.

Bundesminister für Inneres **Rösch**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, im Sinne der Vereinbarungen der Parteien zu handeln, wenn ich bei Beantwortung der Fragen diejenigen Fragen, die bereits im Ausschuß behandelt wurden und die nur mehr am Rande releviert wurden, nicht mehr beantworte.

Darf ich chronologisch vorgehen. Der Herr Abgeordnete Schmidt hat wieder zur Frage des Zivilschutzes gesprochen und gemeint, es wäre doch Aufgabe des Bundesministeriums, sich dafür einzusetzen, daß es hier zu einer Kompetenz des Bundes wenigstens in der Form käme, daß der Bund die Grundsatzgesetzgebung hat. Ich muß leider wiederholen, Herr Abgeordneter: Von Seiten der Bundesländer — und zwar aller Bundesländer — wird eine solche Gesetzesvorlage — beabsichtigt von der Regierung und dem Hohen Hause — entschieden abgelehnt. Wir haben keinerlei Zustimmung dafür und ich habe es daher eigentlich als nicht notwendig gefunden, daß man mit irgendeiner Initiative an das Haus herantritt, wenn man weiß, daß im Begutachtungsverfahren durch die Bundesländer das voraussichtlich bereits einheitlich abgelehnt wird.

Der Herr Abgeordnete Schmidt hat, glaube ich, mit Recht gesagt, das Sicherheitsgefühl

der Bevölkerung ist wesentlich kritischer, als es die Zahlen vermuten lassen. Die Verbrechen selbst und die Delikte würden ein solches Gefühl nicht rechtfertigen. Ich glaube, die Zeitung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, „Die Solidarität“, hat in der Augustnummer eine sehr logische Darstellung gebracht, wieso das Gefühl sozusagen eine größere Kriminalität — gefühlsmäßig bei der Bevölkerung — „sieht“ als die Kriminalstatistiken selbst: Da es heute — das ist kein Vorwurf, sondern nur eine Tatsache — durch die verschiedenen Medien so vor sich geht, daß jedes schwerere Delikt fünf- bis sechsmal an den Staatsbürger herangetragen wird. Das erste Mal hört er es im Radio. Das zweite Mal sieht er es am Abend im Fernsehen. Das dritte Mal am nächsten Tag in der Früh als Schlagzeile in der Zeitung. Am vierten Tag steht dann in der Zeitung, daß der Täter noch nicht gefaßt ist. Das fünfte Mal steht es dann in der Illustrierten als illustrierte Geschichte und das sechste Mal, wenn der Täter gefaßt ist und vor Gericht steht. Sechsmal wird ein und dasselbe Delikt herangebracht, und das bringt natürlich ein Unsicherheitsgefühl.

Ich habe bereits im Ausschuß darauf hingewiesen, daß bei den Vermögensdelikten die Frage der Autos, Automaten und so weiter eine entscheidende Rolle spielt. Sie meinten nun, Herr Abgeordneter, daß wir hier eigentlich resignieren und sagen, da kann man nichts machen. Ich möchte sagen, wir resignieren nicht. Wir versuchen, soweit es geht, auch dieser Delikte irgendwie Herr zu werden, und zwar offensichtlich doch mit einem gewissen Erfolg. Ich will das jetzt nicht übertreiben, aber es ist ein bißchen ein Erfolg zu verzeichnen.

Der Diebstahl von Kraftfahrzeugen und von Gegenständen aus Kraftfahrzeugen, Vergleich Jänner—September 1972 zu Jänner—September 1973, zeigt eine Abnahme um 14 Prozent der Delikte. Natürlich, diese 13.100, die noch immer da sind, sind noch immer sehr viele, aber es ist ein kleiner Rückgang zu verzeichnen, wobei ich nicht verhehlen möchte, daß das vielleicht auch auf die Umstellung der Erfassung durch die Elektronische Datenverarbeitung im Jahre 1971/72 — wir haben damals davon gesprochen — zurückzuführen ist und daß damals die Ziffern etwas überhöht festgehalten wurden und daß sich das jetzt erst einpendelt.

Es ist interessant, daß auch bei den Automatenbrüchen ein Rückgang um zwei Prozent zu verzeichnen ist, daß die Jugendkriminalität — und ich glaube, das ist ein nicht unwesentlicher Punkt — in diesem vergleichbaren Zeitraum bei nahezu allen Delikten

Bundesminister Rösch

nicht unwesentlich zurückgegangen ist: Bei den Schwertverbrechen um 5 Prozent, bei Verbrechen gegen die Sittlichkeit um 17 Prozent, bei den Verbrechen gegen das Vermögen um 12 Prozent, bei den Verbrechen insgesamt um 9 Prozent und bei sämtlichen Delikten ebenfalls um 9 Prozent. Es ist also ein gewisser Rückgang zu verzeichnen. Wenn ich jetzt rechne, daß bis zum Ende des Jahres vielleicht auch noch ein Ansteigen erfolgt, so kann man wahrscheinlich jetzt schon mit Sicherheit eines voraussagen, daß es nicht zu einem allgemeinen Ansteigen, sondern zu einem Einpendeln gekommen ist.

Gerade durch die Umstellung des Dienstsystems wird es möglich, bei der Sicherheitswache in den Großstädten jetzt auch daranzugehen, die Kleinkriminalität — das ist ein Teil dieser Kriminalität — durch Sicherheitswachebeamte zusätzlich zu den Kriminalbeamten bewältigen zu lassen. Daß das eine große Bedeutung hat, geht allein daraus hervor, daß 32 Prozent aller dieser schweren Vermögensdelikte in Wien — ich habe es im Ausschuß schon erwähnt — auf Einbrüche bei den Zeitungsständen zurückzuführen sind, die aufgestellt sind. Ich glaube, es ist hoffnungslos, alle diese Zeitungsstände wirklich zu überwachen und zu versuchen, Ordnung hineinzubringen.

Herr Abgeordneter! Zur Frage der Besoldung muß ich nur eines feststellen: Es sind noch die alten Zahlen gewesen, die Sie beim Vergleich genannt haben: daß ein Beamter mit 3600 S beginnt, während ein anderer 40 S pro Stunde hat. Auf Grund der Neuregelung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle beginnt er bereits mit 6000 S. Natürlich gibt es gegenüber der Privatwirtschaft stellenweise noch immer eine Benachteiligung, nur ist halt hier der Vorteil, daß es sich um einen pragmatisierten Beamten handelt, daß der pragmatisierte Beamte alle zwei Jahre vorrückt, daß er auf einen Lebensgehalt aufgebaut ist, während er bei der von Ihnen angeführten Möbelfirma wahrscheinlich nur auf einen Saisongehalt kommt. Wenn ein bißchen ein Rückgang eintritt, bekommt er voraussichtlich diesen Betrag nicht mehr.

Die Suchtgiftkriminalität, die auch die Frau Abgeordnete Wieser angeschnitten hat, ist ein besonderes Anliegen. Ich darf vielleicht nur auf eines hinweisen. Heute früh, wenn Sie zufällig das „Morgenjournal“ gehört haben, ist ein Interview mit dem Seminarleiter eines derzeit laufenden Seminars zu hören gewesen. Ich glaube, er hat eigentlich alle die Fragen der Jugendsuchtgiftkriminalität beantwortet. Er hat gesagt, in der deutschen Bundesrepublik und in anderen westlichen Ländern sind es nach Untersuchungen der Ärzte 30 Prozent

der schulpflichtigen Kinder, die bereits in diese Drogengefahr hineinkommen, während es in Österreich nur einige verschwindende Prozente sind. Also wir liegen auch hier weitaus niedriger. Sie haben aber vollkommen recht, daß jedes Prozent schon zuviel ist, daß man hier also immer weiter vorgehen muß. Ich glaube, alles, was wir gerade in den letzten Jahren auf diesem Sektor getan haben, dürfte doch einen Erfolg gebracht haben. Wir waren zeitweise das Land mit den höchsten Mengen an beschlagnahmten Suchtgiften. Wir haben die meisten Suchtgifte beschlagnahmt.

Darf ich jetzt nur wieder einen kleinen Irrtum berichtigen. Er ist schon ein paarmal aufgetaucht; allerdings hat ihn der Herr Abgeordnete Schmidt heute ja zum Teil schon korrigiert: Diese Zentralstelle für das Suchtgiftwesen hat nicht die Aufgabe, jetzt in die Bundesländer hinauszufahren, die Rauschgift Händler und so weiter zu suchen. Das ist lediglich eine Organisationsstelle, und über diese Organisationsstelle — sind Sie mir nicht böse, wenn ich das sage — am Schreibtisch bin ich der Meinung, daß man sie so klein wie möglich halten soll, denn je mehr Leute organisieren, umso schlechter ist es. Organisieren kann man eigentlich nur ein oder zwei Leute lassen, und draußen muß gearbeitet werden. Und diese Zentralstelle hat in den letzten eineinhalb Jahren 88 Beamte voll in laufenden Seminaren ausgebildet. Wir haben zurzeit 44 Suchtgift Hunde miteingesetzt, und daß wir erreicht haben, daß so große Mengen beschlagnahmt werden, ist ja ein Erfolg dieser Tätigkeit gewesen. Anders wäre es nicht möglich gewesen. Ich glaube, daß wir hier konform gehen. Man soll nicht mehr für die Organisation und ähnliches einsetzen, sondern schauen, daß man mehr draußen hat, die an der Front sozusagen arbeiten. Das ist die Aufgabe.

Daher wehre ich mich — ich gestehe das ganz offen, ich muß das auch dem Herrn Abgeordneten Schmidt sagen — immer dagegen, wenn man mir sagt, es soll noch mehr Personal in die Zentralstelle kommen. Ich sage: Nein, die sollen lieber draußen sein. Denn ich weiß aus eigener Erfahrung: Mehr Köpfe bei der Organisation verderben auch hier den Organisationsbrei. Es ist besser, wenn hier nur einer ist.

Der Herr Abgeordnete Suppan hat gesagt, er wundert sich und er weiß nicht, warum der jetzt vorliegende Sicherheitsbericht nicht im Hause verhandelt wird. Ich darf darauf hinweisen, daß in der Sitzung des Verfassungsausschusses vom 15. Jänner der Abgeordnete Dr. Prader als der Sprecher der Österreichischen Volkspartei den Antrag gestellt hat, die Verhandlung des Sicherheitsberichtes so lange zurückzustellen, bis den Abgeordneten,

Bundesminister Rösch

den Vertretern der Klubs, Gelegenheit gegeben ist, sich den Bericht des Instituts für höhere Forschung, des Ford-Institutes, anzusehen. Ich habe daraufhin am 12. Februar nach einer Vereinbarung der Klubobmänner an alle drei Klubs ein diesbezügliches Schreiben gerichtet. Der Herr Klubobmann Dr. Koren hat mir auch am 13. Februar, einen Tag später bereits, geantwortet, daß die Herren Abgeordneten Glaser und Suppan dafür nominiert werden. Die Klubs der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei haben ebenfalls je einen Wiener Abgeordneten namhaft gemacht. Die beiden Herren haben sich diesen Bericht bereits angesehen. Ich glaube, mit den Herren Abgeordneten Glaser und Suppan ist es derzeit noch zu keiner Terminvereinbarung gekommen, sich das anzusehen. Ich erkläre noch einmal: Der Bericht liegt jederzeit im Ministerium bereit zur Einsichtnahme. Dann dürfte wahrscheinlich auch die Verhandlung über den Sicherheitsbericht wieder weitergehen können, weil ja das auf Grund des Antrages des Herrn Abgeordneten Dr. Prader damals die Voraussetzung gewesen ist.

Das Polizeibefugnisgesetz, Herr Abgeordneter, wird nicht erst von mir seit drei Jahren verhandelt; das geschieht seit 15 Jahren. Meine unmittelbaren Vorgänger haben sich vier Jahre bemüht. Ich bemühe mich jetzt seit dreieinhalb Jahren. Wenn Sie jedes Jahr fragen, wann ich es vorlegen werde, muß ich Ihnen jedes Jahr sagen: Ich weiß es nicht. Die Problematik ist sehr groß. Ich wiederhole, was ich im Ausschuß gesagt habe: Ein Befugnisgesetz hat nur dann einen Sinn, wenn es die Befugnisse der Sicherheitsorgane gesetzlich genau regelt. Wenn aber gleichzeitig Bestimmungen aufgenommen werden, in denen es heißt: Im Falle, daß Gefahr in Verzug ist und so weiter, gilt das alles nicht!, ist die große Frage: Wozu das ganze Gesetz, wenn es dann Gummiparagraphen enthält? An dem Problem scheitern alle Juristen und alle Legisten. Ich fürchte also, daß ich Ihnen wahrscheinlich auch bei der nächstjährigen Budgetdebatte dieselbe Antwort geben muß.

Hinsichtlich der Lenkerberechtigungen muß ich einbekennen: Sie haben recht. Meine Information war falsch. Es gibt eine Zentralstelle. Ich weiß es aber erst seit knapp zehn Minuten. (*Abg. Suppan: Das war kein Vorwurf!*) Ich habe gesagt, es gibt keine. Ich habe jetzt in der Geschwindigkeit auch einzelne Zahlen bekommen. Ich sage Ihnen, es hat keinen Sinn, die jetzt vorzulesen. Ich habe sie nicht einmal noch angeschaut. Ich werde mir erlauben, Ihnen schriftlich die Zahlen zu geben, denn ich habe sie jetzt momentan nur von den Bundespolizeibehörden, aber Sie woll-

ten sie ja von ganz Österreich haben. Also wenn das beisammen ist, werde ich es Ihnen sofort geben. Hier ist mir ein Fehler unterlaufen beziehungsweise bin ich vielleicht auch einem Irrtum aufgesessen. Ich weiß es nicht. Vielleicht bin ich richtig informiert worden — ich will das jetzt nicht ableugnen — und habe es vergessen.

Bezüglich der Massafonds haben Sie, Herr Abgeordneter, die Problematik selbst genannt. 2000 Beamte haben Schulden und 8000 haben zu große Guthaben. Bitte sich hier den Rechnungshofbericht anzusehen, der ja von einer Senkung des Pauschales spricht, also nicht von einer Erhöhung. Hier bin ich also zwischen zwei Mühlsteinen. Ich kann nicht dem einen und dem anderen recht geben. Aber solange noch das Verhältnis 2000 zu 8000 ist, ist es, glaube ich, kein schlechtes Verhältnis. Und die 2000, die Schulden haben und von denen Sie gesprochen haben, das sind ja die, die neu eintreten. Diese Schulden werden ja abgebaut im Laufe der Jahre. Es sind ja nicht Schulden, die den Schuldner belasten, indem er etwa Bargeld zahlen muß, sondern sie besagen nur, daß er noch kein Guthaben ansammeln konnte. Also das sind Schulden, die eigentlich sehr leicht zu ertragen sind. Die Betroffenen bekommen momentan nur nichts heraus, aber hineinzahlen müssen sie nichts, sie müssen nur warten, bis das abgedeckt ist.

Wenn ich bei der Zentralstelle für Führerscheinenzug einem Irrtum unterlegen bin, muß ich jetzt betonen: Bei dem Gebäude für die Polizeischüler sind Sie einem Irrtum unterlegen, Herr Abgeordneter! Sie haben hier einen Akt verlesen, den ich auch habe. Sie haben nur nicht gewußt, von wem der Akt stammt. Er stammt nicht vom Ministerium, sondern von einer internen Beratung, und da ist das mit den 80 Millionen Schilling herausgekommen. Daraufhin habe ich damals erklärt: Meine Herren! Legen Sie das in die Schublade! Denn wenn wir 80 Millionen brauchen, um eine Schule zu bauen, und das dauert fünf Jahre, dann können wir nicht im Jahre 1974 mit der Sache beginnen, da müssen wir einen anderen Weg finden. Seit dieser Zeit liegt das daher. Ich kann Ihnen hier wirklich garantieren: Da war ich besser informiert. Beim anderen waren Sie besser informiert. (*Abg. Suppan: Sie sind ja auch der Minister! Ihnen steht ja die ganze Verwaltung zur Verfügung!*)

Zur Frage, ob die Beamten ausreichen, um das Tempo 100 zu überwachen, möchte ich sagen: Nein, Herr Abgeordneter! Ich habe das ja in einer Anfragebeantwortung erst vor einigen Tagen im Parlament gesagt. Es ist hoffnungslos, das können wir nicht.

Bundesminister Rösch

Es hat sich jedoch herausgestellt — wir haben es ja erst seit ein paar Tagen —: Der Großteil der Kraftfahrer verhält sich diszipliniert und hält sich daran. Es ist ja nur ein kleiner Prozentsatz, der sich nicht daran hält, und den müssen wir halt durch Stichproben festzustellen versuchen. Sie haben gefragt, ob ich Anträge auf Personal gestellt habe. Herr Abgeordneter! Ich könnte natürlich — das wäre überhaupt kein Problem — sagen: 5000 Dienstposten mehr, bitte schön, im Dienstpostenplan! — Aber deswegen bekomme ich keinen Beamten mehr! Wir sind glücklich, daß wir jetzt bei der Gendarmerie 64 Beamte über dem systemisierten Dienstpostenstand, bei ständiger Aufsystemisierung, haben. Wir sind sehr froh, daß wir bei der Polizei so einen großen Zuwachs haben. Aber ein paar Tausend dazuzubekommen, ist ja hoffnungslos. Wir müssen uns also hier eindeutig auf Stichproben verlassen, anders geht es nicht.

Die Frage der 29.000 Ersatzruhetage, Herr Abgeordneter, wische ich nicht mit einer Handbewegung vom Tisch. Es gibt keine gesetzliche Grundlage. Es ist — seien Sie mir nicht böse —, nachdem es ja eine gesamtösterreichische Frage ist, eindeutige Aufgabe des Zentralaussschusses und der Gewerkschaft, diese Fragen zu verhandeln. Das ist kein Spartenproblem, sondern da muß von der zuständigen Gewerkschaft und vom Zentralaussschuß generell verhandelt werden. Ob es eine Lösung gibt, kann ich beim besten Willen nicht sagen. Eine gesetzliche Grundlage ist derzeit einfach nicht vorhanden.

Die Frau Abgeordnete Wieser hat dann noch, glaube ich, sehr beeindruckend für die Aufklärung unter den Jugendlichen, unter den Kindern und so weiter plädiert. Nur glaube ich, gnädige Frau, über eines sind wir uns klar: Diese Aufklärung kann nicht durch Polizeibeamte erfolgen. Man kann für Erziehung und Aufklärung nicht die Polizei verwenden. Die Polizei kann, wenn es geht, präventiv wirken, sie kann Täter schnappen. Aber ich habe schon einmal hier im Hause gesagt: Ich glaube nicht, daß es gut wäre, in die Schulen für die Zwecke der Aufklärung nur Polizeibeamte zu schicken. Das muß man mit anderen Kräften, mit Lehrern und so weiter machen. *(Abg. Helga Wieser: Das Material können Sie zur Verfügung stellen!)* Das Material zur Verfügung stellen, das tun wir. Wir machen es ja auch. Aber ich glaube, man muß hier viel mehr Ärzte heranziehen, man muß Pädagogen heranziehen, die in der Suchtgiftfrage reden. Was anderes ist es in der Verkehrserziehung, denn in der Verkehrserziehung sieht das Kind, wenn es auf die Straße kommt, dann den Wachebeamten. Daß sich hier ein

Vertrauensverhältnis zwischen dem Kind und dem Wachebeamten entwickelt, ist logisch. Aber bei der Suchtgiftsache ist es, glaube ich, doch besser, wenn wir hier Ärzte, Erzieher und so weiter einsetzen. Dazu hat das Parlament ja auch die nötigen Gesetze beschlossen. Beim Bundesministerium für soziale Verwaltung ist eine eigene Kommission eingerichtet, die sich mit dieser Frage praktisch beschäftigt.

Die Verkehrserziehungsbeamten bekommen, sagen Sie, weniger Gebühren. Es handelt sich allerdings nicht um viel, was da abgestrichen wird, aber doch um etwas. Ich kann nur das wiederholen, was ich schon einmal gesagt habe: In einem solchen Fall gibt es eine sehr einfache Lösung. Der zuständige Behördenleiter soll halt eine Belohnung beantragen. Mit der Belohnung — und das ist echt belohnenswert, wenn sich der Beamte dort einsetzt — kann man diesen Ausfall, weil er nur gering ist, sehr leicht wieder ersetzen. Nur kann ich von mir aus so etwas nicht machen, ich muß die Anträge von den Behördenleitern bekommen, umgekehrt geht das nicht.

Zur Frage der Gebäude in Salzburg: Hier, muß ich sagen, habe ich sehr wenig Hoffnung, daß in allernächster Zeit eine Regelung kommen wird. Ich kenne die Sache mit dem Toscana-Trakt, der ja bereits auch von der Universität dringend benötigt wird. Aber solange in Wien die Polizeidirektion nicht fertig ist — die Kosten werden sich jetzt etwa schon beinahe auf 400 Millionen Schilling belaufen —, solange das Landesgendarmeriegebäude in Bregenz, das uns zusammengefallen ist und wo die Gendarmerie jetzt in einem Hotel wohnt, wo wir jährlich 600.000 S Miete bezahlen, solange diese Dinge nicht saniert sind und vor allem die Gebäude nicht fertiggestellt sind, die begonnen wurden, glaube ich, hat es nicht viel Sinn, wenn wir wieder etwas Neues beginnen und wissen, wir kommen mit den Budgetmitteln praktisch nicht aus.

Im übrigen glaube ich, daß aber doch, auch bei aller Kritik von seiten der Opposition, die Anerkennung für die Leistung dieser 26.000 Beamten, die sich wirklich bemühen, auf den Straßen für Sicherheit zu sorgen, von allen Mitgliedern des Hauses hervorgegangen ist und dafür möchte ich mich auch im Namen dieser Beamten bedanken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Brandstätter. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Brandstätter** (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch von der Sicht Niederösterreichs kann ich heute wirklich sagen, daß die Nachwuchssorgen zumindestens derzeit weitgehend behoben sind,

Brandstätter

denn es sind wirklich sehr viele Neuanmeldungen da.

Nur eines muß man dazu sagen: Wenn wir auch praktisch laut Dienstpostenplan nur einen Fehlstand von zwölf Beamten haben, muß man doch berücksichtigen, daß 163 Beamte in der Grundausbildung sind und natürlich draußen den einzelnen Posten fehlen.

Es ist eines auch noch aus der Sicht Niederösterreichs interessant: daß das Hauptkontingent der Bewerber für die Bundesgendarmerie jetzt aus den wirtschaftlich benachteiligten Teilen Niederösterreichs kommt, wie aus dem Waldviertel, Weinviertel und aus dem westlichen und südlichen Teil Niederösterreichs. Ich glaube, es zeigt sich hier schon, daß auch die Konjunktur doch irgendwo mitspielt, weil viele junge Menschen — das ist auch interessant —, die kommen und sich anmelden, auf die Frage, warum sie kommen, sagen: na ja, es ist doch ein sicherer Posten bei der Gendarmerie. Das spielt heute — zumindestens scheint es derzeit so — schon eine größere Rolle.

Es bringt das aber auch Schwierigkeiten mit sich, und zwar müssen diese Beamten in der Umgebung Wiens, also in den Bezirken der Umgebung Wiens eingesetzt werden, weil es hier eben Fehlstände gibt. Es ist verständlich, daß diese jungen Beamten dann bemüht sind, wieder in ihre Heimat zurückzukommen. Ich glaube, hier müßte man versuchen, echt Abhilfe zu schaffen, und zwar dadurch, daß man versucht, diesen jungen Beamten doch günstiger Wohnungen in den Randbezirken Wiens zur Verfügung zu stellen. Denn ein junger Beamter, wenn auch jetzt die Anfangsbezüge gehoben wurden, kann es sich einfach nicht leisten, hier eine sehr teure Wohnung zu kaufen. Ich glaube, da wäre also wirklich etwas zu tun.

Es wurden bereits die Leistungen der Gendarmerie genannt, ich kann mir das ersparen. Nur eines, auch das kommt ja immer wieder: Die behödlischen Aufträge werden immer mehr, und die Beamten sind immer mehr mit dem Papierkrieg beschäftigt und finden immer weniger Zeit, draußen zu sein. Das ist schon ein Nachteil, ich glaube, das muß man offen sagen, weil das Sicherheitsgefühl bei der Bevölkerung einfach leiden muß, wenn die Gendarmeriebeamten nicht die Zeit finden, daß sie doch auch mehr Patrouillengänge durchführen und daß man einfach draußen kaum mehr Gendarmeriebeamte sieht. Also ich glaube, die Forderung der Entlastung von diesen behördlichen Erhebungen muß immer wieder ausgesprochen werden. Hier muß noch ein Weg gefunden werden, damit man die Gendarmeriebeamten wieder für den echten Einsatz freigekommt.

Eines muß ich doch noch sagen, und zwar was die Entlohnung anlangt. Es stimmt, daß durch die Gehaltsgesetznovelle hier wesentliche Verbesserungen geschaffen wurden, und das ist nur zu begrüßen. Eines ist aber noch zu sagen: daß die Beamten in führenden Funktionen, wie Postenkommandanten, Bezirksgendarmeriekommandanten und leitende Beamte, also die Gendarmerieoffiziere, für ihre wirklich verantwortungsvolle Tätigkeit als Kommandanten und Dienststellenleiter keine Leiter- oder Funktionszulage erhalten. Ich glaube, das gibt es sonst nirgends und das ist sicher nicht dazu angetan, die jungen Menschen anzuspornen, vorwärtzustreben, eine führende Position zu erreichen. Dieses Streben müßte man, nach meiner Auffassung, fördern und nicht eventuell zurückdrücken. Ich glaube, daß der Einbau einer entsprechenden Zulage im Gehaltsgesetz einfach vorzunehmen ist.

Nun möchte ich nur ganz kurz ein paar Worte zum Alpineinsatz der Gendarmeriebeamten sagen, weil es sicher ist, daß gerade durch den Fremdenverkehr und überhaupt durch den Erholungsverkehr der Menschen aus den Ballungszentren die Mitwirkung der alpinen Einsatzgruppen der Bundesgendarmerie weder auf dem Gebiete des alpinen Rettungswesens noch auf jenem des Sicherheitsdienstes wegzudenken ist. Da, glaube ich, muß man doch sagen, daß im Jahr 1972 869 alpine Rettungsunternehmen und 158 alpine Bergungsaktionen von der Gendarmerie, eben von der Alpingendarmerie, geleistet wurden. Es wurden hiebei 446 Personen unverletzt, 68 Personen leicht verletzt, 103 Personen schwer verletzt und allerdings auch 106 Personen tot geborgen. 12 Personen wurden nicht mehr aufgefunden. Also ich glaube, gerade diese Gruppe leistet sehr viel und das verdient besondere Anerkennung.

Und nun, Herr Bundesminister, möchte ich Ihnen einige Forderungen der Feuerwehr vortragen. Ich weiß schon, daß Sie in der Vollziehung damit nicht beschäftigt sind, aber da Sie für das Feuerwehrwesen zuständig sind, glaube ich, ist es nur recht und billig, wenn Sie hier die Forderungen der Feuerwehrmänner, die wirklich unter Einsatz ihres Lebens bereit sind und die ohne Bezahlung diese Einsätze leisten, unterstützen.

Da ist nun eine Forderung, daß die Organe der Feuerwehr die Befugnis erhalten müßten, unaufschiebbare Verkehrsbeschränkungen zu setzen, und zwar müßte das in einer Novelle der Straßenverkehrsordnung untergebracht werden. Wir wissen alle, wie schwierig es oft ist, durch irgendwelche Unglücksfälle, ob das nun Verkehrsunfälle oder irgendwelche Katastrophenfälle sind, heute den Verkehr rechtzeitig und entsprechend umzuleiten. Da ist

Brandstätter

es nun einmal eine Tatsache, daß in vielen Fällen die Feuerwehr als erste zur Stelle ist und daß die Organe der Straßenverwaltung und der Gendarmerie eben oft nicht so rasch eingesetzt werden können wie die Feuerwehr. Nach dem Ausbildungsstand, den die Feuerwehr heute hat, glaube ich, kann man ihr das ohneweiters zumuten.

Das nächste ist die Kennzeichnung von Fahrzeugen mit Flüssiggasantrieb. Ich glaube, daß auch dieser Wunsch gerechtfertigt ist, denn es sollten die Kraftfahrzeuge entsprechend gekennzeichnet sein, damit man bei etwaigen Einsätzen wirklich weiß, womit dieses Fahrzeug betrieben wird.

Ebenso die Sonderlackierung der Feuerwehrfahrzeuge. Wir wissen, daß heute die einschlägige Fachindustrie sogenannte Tagesleuchtfarben zur Verfügung hat. Ich glaube, auch das ist im Interesse einer optimalen Kenntlichmachung der Einsatzfahrzeuge wichtig.

Ein Problem ist auch der Einsatz der Feuerwehr auf den Autobahnen. Wir wissen, wie es da oft rasch zu Verkehrsstockungen kommt, und auch in diesem Fall müßte die Straßenverkehrsordnung entsprechende Möglichkeiten schaffen, daß eine Fahrbahn eben freigehalten werden muß, damit eben die Einsatzfahrzeuge entsprechend rasch zu ihrem Einsatz kommen.

Nun ein Problem, das uns ja schon sehr lange beschäftigt und das immer wieder vorgebracht wird — leider bis jetzt ohne Erfolg —, es ist das der Unfallversicherung der Feuerwehrmänner. Sicher ist in diesem Fall der Herr Vizekanzler und Sozialminister Häuser zuständig. Aber gerade als Bauer kann ich sagen, wie riesig schwierig es ist, gerade beim Herrn Sozialminister berechnete Forderungen und Wünsche durchzusetzen. Ich brauche nur zu erwähnen die Forderung, die landwirtschaftlichen Zuschußrenten und auch die Pensionen entsprechend anzuheben, die eben heute unsere alten Bauern bekommen. Da war es der Herr Sozialminister, der bis jetzt nur ein starres Nein zur Verfügung hatte. Genauso war es auch bei der Forderung nach der Unfallversicherung der Feuerwehrmänner. In dieser Angelegenheit, Herr Innenminister, ist, glaube ich, Ihr besonderer Einsatz notwendig und erforderlich, um hier den Herrn Sozialminister umzustimmen.

Es ist so, daß laut ASVG die Beitragsfreiheit in der Unfallversicherung zugesichert ist. Nun geht es darum, die Höchstbemessungsgrundlage entsprechend anzuheben, damit auch jene jungen Feuerwehrmänner, die erst geringe Versicherungszeiten haben und aus diesem Grund keine hohe Rente bekommen können,

beziehungsweise, wenn es wirklich zu tödlichen Unfällen kommt, deren Angehörigen keine hohen Renten bekommen können. Die Verhandlungen darüber laufen ja.

Der Herr Sozialminister hat einen sogenannten Vorschlag dahin gehend gemacht, daß er gesagt hat: Das kostet acht Millionen, wenn man hier die Höchstbemessungsgrundlage anhebt! Wenn aber die Länder vier Millionen aufbringen, dann sei er bereit, die anderen vier Millionen dazuzugeben.

Dazu muß man als erstes sagen, daß bis jetzt meines Wissens keine Berechnung auf den Tisch gelegt wurde, die nachweist, daß der Aufwand tatsächlich so hoch ist. Ich zumindestens weiß noch von keiner Berechnung darüber.

Zum sogenannten Angebot des Herrn Vizekanzlers, daß in diesem Fall also die Länder bezahlen sollen, kann man nur sagen: So einfach kann man sich das wirklich nicht machen, daß man einfach sagt: Wenn andere zahlen, dann soll das geschehen! — Es ist nun einmal der Bund verpflichtet, daß er hier die Leistungen erbringt. (*Abg. Ing. Häuser: Wodurch verpflichtet bitte?*) Moralisch, moralisch auf jeden Fall! (*Abg. Ing. Häuser: Die Länder nicht?*) Darauf komme ich, Herr Vizekanzler! Herr Vizekanzler, ich komme sofort darauf, was die Länder für das Feuerwehrwesen leisten. Darauf komme ich sofort. Aber hier geht es mir darum, daß jene Feuerwehrmänner, die bereit sind, unter Einsatz ihres Lebens ihren Mitmenschen zu helfen, von der Sozialversicherung entsprechend abgesichert werden. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Sind sie!*) Daß man von dem einzelnen Feuerwehrmann natürlich keinen Beitrag verlangen kann, das, glaube ich, ist selbstverständlich. Wenn schon einer geht und sich umsonst einsetzt und für seine Mitmenschen vollkommen umsonst arbeitet, dann kann man von ihm nicht erwarten, daß er zusätzlich auch noch etwas bezahlt dafür. (*Abg. Ing. Häuser: Vom Lande könnte man erwarten, daß es die paar Schilling zahlt!*) Herr Vizekanzler, wenn das nur ein paar Schilling sind, dann wird es Ihnen nicht schwer fallen, diese paar Schilling aufzubringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Um nun einer Legendenbildung entsprechend früh genug entgegenzuwirken, möchte ich doch das Fernschreiben, das der Bundesfeuerwehrverband an die Landeshauptleute gerichtet hatte, vorbringen, und zwar nur einen kurzen Absatz, in dem er heißt:

„Die österreichischen Landesfeuerwehrkommandanten können daher nicht umhin, Ihnen mit allem Nachdruck zu erklären, daß sie

Brandstättner

heute eher bereit sind, bis zur Klärung des tatsächlichen bisherigen und zukünftigen Aufwandes für diese Regelung einem Aufschub zuzustimmen, als durch eine rechtlich bedenkliche Verwendung von Landesmitteln schwerstwiegende Nachteile für das österreichische Feuerwehrwesen hinnehmen zu müssen."

Es könnte nämlich jemand kommen und sagen: Den Landesfeuerwehrkommandanten ist wichtiger, daß sie ihre Geräte bekommen, als die Sicherheit, der Schutz ihrer Feuerwehrmänner. Das ist damit erstens einmal nicht ausgesprochen, weil sie gesagt haben, daß das zurückgestellt werden muß, und zweitens muß man doch zur Kenntnis nehmen, daß nun einmal die Einrichtungen, die die Freiwillige Feuerwehr einfach braucht, um helfen zu können, eben immer mehr Geld kosten.

Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Vizekanzler, fahren Sie einmal hinaus, schauen Sie, was die Freiwilligen Feuerwehrmänner bereits aus eigenem für riesige Summen aufgebracht haben, um Tanklöschfahrzeuge, um Öleinsatzfahrzeuge und um alle ... *(Ruf bei der SPÖ: Mit den Gemeinden!)* Mit den Gemeinden, selbstverständlich! Ohneweiters. Aber da ist doch ein wesentlicher Unterschied: Wenn der Feuerwehrmann in seiner Freizeit bereit ist, Veranstaltungen durchzuführen, nur um Geräte anschaffen zu können. Denn alle Veranstaltungen, die die Freiwilligen Feuerwehren durchführen, die die Feuerwehrmänner in ihrer Freizeit durchführen und ermöglichen, sind nur dazu angetan, wieder die nötigen Mittel herzubringen, um die notwendigen Ausrüstungsgegenstände kaufen zu können. Es ist eben die Besorgnis der Verantwortlichen im Feuerwehrwesen, daß einfach das Geld dann nicht für diese Ausrüstung zur Verfügung steht. Ich muß noch einmal sagen: Da kann nach meiner Auffassung nur der Sozialminister der sein, der hier einzuspringen hat.

Ich könnte mir eines vorstellen, wenn er also unbedingt ... *(Abg. Ing. Häuser: Gehören jetzt die Feuerwehren auch mir, zur Sozialversicherung?)* Ja sicher, wenn er unfallversichert ist bei Ihnen, dann gehört er selbstverständlich zu Ihnen. *(Abg. Ing. Häuser: Er ist ja unfallversichert!)* Ja, aber nicht in dem Ausmaß, als er es sein müßte! Denn jeder, der in irgendeiner anderen Sparte einen gefährlichen Beruf hat, verdient auch mehr und hat dadurch die Möglichkeit, mehr Beiträge zu leisten. Der Feuerwehrmann verdient überhaupt nichts, soll aber trotzdem den Unfallschutz haben — das ist unsere Forderung, von der wir nicht abgehen werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ofenböck. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Ofenböck** (ÖVP): Meine sehr geschätzten Damen und Herren! In der Ausschusssitzung des Finanz- und Budgetausschusses zum Kapitel Inneres habe ich den Herrn Bundesminister um Beantwortung einiger Fragen gebeten. Möglicherweise waren es zu viele Fragen, er konnte sie nicht alle beantworten. Ich muß sie daher zwangsläufig hier im Plenum in der Hoffnung wiederholen, daß ich die Antworten, wenn schon nicht mündlich, so doch wenigstens schriftlich von ihm bekommen werde.

Ich habe unter anderem den Herrn Minister gefragt, warum bei der im ersten Wiener Gemeindebezirk festgestellten Rocker-Bande — sie hatte den Namen „Mühl“ — nur zwei Verhaftungen vorgenommen worden sind, obwohl eindeutig alle Anzeichen dafür vorhanden waren, daß auch die anderen dort Beteiligten wegen der von ihnen gesetzten Tatbestände zu verhaften gewesen wären, diese Verhaftungen aber unterblieben sind. Diese Frage bitte ich jetzt im Plenum noch einmal an ihn richten zu können, und ich hoffe, eine Antwort mündlich oder schriftlich zu bekommen.

Der Herr Minister hat mir auch in einem anderen Fall keine Antwort gegeben, möglicherweise wollte er sie mir nicht geben. Ich habe ihn im Zusammenhang mit der Geiselfälle Schwechat-Deutsch Wagram gefragt, mit welchen Waffen die eingesetzten Polizei- oder Bundesheereinheiten ausgestattet waren. Eine Antwort wurde nicht gegeben.

In der Zwischenzeit ist im „Kurier“ vom 12. November 1973 zu dieser Frage eine Aussage gemacht worden, über die man nicht einfach hinweggehen kann. Es ist die Aussage eines Mannes, der zweifellos Kenntnisse in dieser Beziehung aufweist. Es handelt sich um den Olympioniken Oberleutnant Schackl, der als militärischer Fünfkämpfer im Schießen einen Weltrekord hält und der zweifellos zur Frage, welche Waffen in einem Fall anzuwenden sind, wo es sich um Terroristen handelt, eine Aussage machen kann. Die Bilder, die von diesem Terroranschlag gemacht wurden, haben lediglich gezeigt, daß die dort Dienst versiehenden Polizeiorgane nur Maschinenpistolen hatten, die für diesen Zweck die ungeeignetste Waffe sind, weil sie nur im Nahkampf angewendet werden können; andernfalls wäre die Gefahr für alle, die in der Nähe des Verbrechens stehen, zu groß.

Die Meinung, daß die als Scharfschützen möglicherweise Eingesetzten untaugliche Waffen hatten, wurde bisher von niemandem

Ofenböck

dementiert. Auch ich bin froh darüber, daß es zu keinen Verletzungen gekommen ist. Aber, meine Damen und Herren, die Sicherheit der Österreicher hängt bei solchen terroristischen Überfällen letzten Endes nicht nur von der geeigneten Ausbildung dieser Organe, sondern auch vom geeigneten Material, das man diesen Beamten zur Verfügung stellt, ab.

Ich muß hier aus dem „Kurier“ zitieren, es ist dies die Aussage des Oberleutnants Schackl: „Auf die Idee, optimales Material und optimale Leute für den Ernstfall heranzuziehen, ist man aber nicht gekommen.“ Er sagt selbst auch, er sei als einer, der durchaus Eignung dazu gehabt hätte, zu diesem Problem niemals befragt worden.

Der Herr Minister hat damals im Ausschuß auch gesagt, daß es keine Sonderkommanden gegeben habe. Die Affäre Dostal hat aber bewiesen, daß es nicht unbedingt ausländische Verbrecher sein müssen, die man unter Umständen bekämpfen muß. Dieser Umstand läßt die Frage immer noch offen: Sind unsere Leute darauf nicht ausgebildet? Dann ist das schlecht für die Sicherheit der Österreicher, und es wäre notwendig, daß wir hier so vorgehen, wie das Verbrecher zwangsläufig von einer Polizei- oder Gendarmerieeinheit erwarten müssen, die auf dieses Verbrechen eingesetzt wird.

Herr Minister! Mir ist das Nachrichtenmagazin „Stern“, das die zwei Terroristen im Libanon befragen konnte, in die Hände gekommen. Es geht dabei um eine Angelegenheit, die sehr deutlich nachweist, daß es mit der Sicherheit in Österreich entgegen allen anderslautenden Behauptungen schlecht bestellt ist. Ein „Stern“-Reporter ist im Libanon gelandet, wurde dort in einem Auto mit verbundenen Augen eine Stunde lang weggeführt, damit er nicht weiß, wo er sich befindet, und ist dann mit den beiden Verbrechern konfrontiert worden. Er konnte sie befragen und konnte auch die Antworten mit Tonband aufzeichnen.

Es wurde einem der beiden Terroristen, Abu Salim, die Frage gestellt, wie er denn nach Österreich gekommen sei. Er sagte, daß er über Auftrag am 25. September nach Wien zu fliegen hatte und von dort nach Bratislava weitergefahren sei. Man habe ihm seine Aufträge schriftlich in einem Brief mitgegeben, und er hatte den Auftrag, diesen Brief erst in Bratislava zu öffnen. Jetzt fragt der Reporter: „Haben Sie Ihre Waffen in der Tschechoslowakei gekauft?“ — Abu Ali sagte dazu: „Nein, die haben wir mitgebracht. Wir hatten zwei Maschinenpistolen, natürlich auseinandergebaut, eine Pistole, zwei Handgranaten und

10 Kilo TNT in unseren Koffern, unter doppelten Böden.“

Herr Bundesminister! Wie hoch schätzen Sie selber die österreichische Sicherheit ein, wenn das so ohne weiteres möglich ist? Die sind mit diesen Waffen in Koffern mit doppeltem Boden nach Österreich eingeflogen. (*Bundesminister Rössch: Das ist ja nicht wahr!*) Herr Minister, Sie müssen mir nachweisen, daß dieser Reporter die Unwahrheit gesagt hat. (*Bundesminister Rössch: Die sind mit dem Zug gekommen!*) Ich sage Ihnen, daß sie eingeflogen sind. Ich kann nur weiterzitieren. Herr Minister, das ist ja nicht meine Aussage, sondern das sind Reporter, die diese zwei Terroristen sprechen konnten, die ihnen auf ihre Fragen die Antworten gegeben haben.

Herr Bundesminister! Es wurde dieser Abu Ali zu anderen konkreten Dingen befragt. (*Zwischenrufe und Unruhe bei der SPO.*) Meine Damen und Herren, machen Sie mich nicht verantwortlich, wie Terroristen heißen. Das ist der Name eines dieser beiden Terroristen. Was es dazu von Ihrer Seite noch an Kommentaren bedarf, entzieht sich meiner Kenntnis.

Aber was sagt der? Sie waren beauftragt, und es war ihre erste Aufgabe, alle Angaben zu überprüfen. „Deshalb fuhren wir am 26. September zum erstenmal mit dem Emigrantenzug aus der Tschechoslowakei nach Österreich.“ — Man ist also hinausgefahren und mit einem der nächsten Transporte von der Tschechoslowakei mit den Emigranten nach Österreich zurückgefahren.

„Bei dieser Fahrt prägten wir uns alle Einzelheiten ein. Die eigentliche Aktion starteten wir zwei Tage später.“ Und er sagt weiter: „Jeder von uns hatte zwei Pässe. Die libanesischen Pässe, die wir am Tage der Operation benutzten, hatten nur einen Einreisestempel für die ČSSR, keinen Ausreisestempel.“ — Hier erhebt sich wieder die Frage: Was kann Österreich tun, damit es Verbrecher nicht so leicht haben, die zwangsläufig mit mehreren Pässen reisen — das ist heute üblich —, was tut die österreichische Polizei, die österreichische Gendarmerie unter dem verantwortlichen Minister, um zu verhindern, daß es offenbar so leicht möglich ist, nach Österreich zu kommen? Man hat sie nicht gehindert, die Waffen herauszugeben, Herr Minister! (*Bundesminister Rössch: Das sind alles Märchen!*) Haben Sie das demontiert? Haben Sie sich dagegen gewehrt? Na, bitte, bitte.

Herr Bundesminister! Ich habe Sie in der Ausschußsitzung auch noch dazu befragt ... (*Abg. Dr. Musil: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!* — *Bundesminister*

8654

Nationalrat XIII. GP — 88. Sitzung — 5. Dezember 1973

Ofenböck

Rösch: Dann muß ich mich zum Wort melden, Herr Abgeordneter!) Das können Sie mir auch schriftlich sagen.

Präsident **Probst** (das Glockenzeichen gebend): Bitte fortzusetzen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Ofenböck** (fortsetzend): Ich habe den Herrn Bundesminister auch im Ausschuß gefragt, was er von dem Einsatz von Psychiatern am Tatort hält. Es ist nicht ganz uninteressant, was die beiden Verbrecher zu diesem Einsatz zu sagen haben. Sie meinten: „Die beiden Psychiater haben viel Unsinn geredet, über alle möglichen historischen, geographischen und kulturellen Fragen. Sie hatten am Ende nicht uns überzeugt, sondern die hatten wohl wir beeindruckt.“ Jedenfalls ist das die Meinung der Verbrecher über die Psychiater, die doch immerhin mit großem Aufwand der Öffentlichkeit als das geeignetste Instrument bei der Verbrechensbekämpfung vorgestellt wurden.

Herr Bundesminister! Im Zusammenhang mit der Schließung von Schönau muß die etwas abrupte Übersiedlung des Lagers besprochen werden. Sie haben zwar gemeint, es hat keine Übersiedlung gegeben, sondern das eine Lager sei geschlossen worden und das andere Lager sei neu errichtet worden, eine Rot-Kreuz-Station für Flüchtlinge.

Herr Bundesminister! Ich weiß nicht, was Sie dazu bewogen hat, ausgerechnet diese Station in Wöllersdorf zu errichten.

In unmittelbarer Nähe, in Steinwurfweite von der Autobahn ist dieses Lager nicht nur einzusehen, sondern hier kann jeder, der das will — und wir müssen damit rechnen, daß alle Lager später im Blickpunkt jener stehen werden, die uns etwas antun und den Leuten Schaden zufügen wollen —, Terror üben. Jedenfalls, was die Entfernung von der tschechischen Grenze und die Unmöglichkeit einer echten Bewachung dieses Raumes an einem Wald und an der Autobahn betrifft, ist das die ungeeignetste Bundesheerkaserne, die wir haben.

Herr Minister! Sie sagten im Ausschuß, es ginge ja nur mehr um Stunden, die die Emigranten in Österreich verbringen werden. Da frage ich Sie: Wenn es nur mehr stundenweise Aufenthalte sein sollten, warum müssen dann die Emigranten zuerst einmal 90 bis 100 Kilometer wegen der paar Stunden bis nach Wöllersdorf und dann wieder nur wegen der paar Stunden 60 Kilometer zurück nach Schwechat transportiert werden? Diese Frage ist unbeantwortet, denn es ist unlogisch, die Leute wegen einiger Stunden in so viele neue Gefahren zu bringen, weil sie so weit transpor-

tiert werden müssen. Letzten Endes gibt es ja auch andere Kasernen, die ebenso hätten herangezogen werden können, die auf dem Wege von der tschechischen Grenze nach Schwechat gelegen sind und weniger Schwierigkeiten mit sich gebracht hätten als dieses Lager Wöllersdorf.

Ursprünglich haben Sie eher von Traiskirchen gesprochen. Die Entscheidung der Bundesregierung ist ja anscheinend ohne das Bewußtsein, welche Konsequenzen diese Entscheidung bringt, getroffen worden. Zuerst redeten Sie von Traiskirchen. Dann wurde schnell erkannt, daß es ungeeignet ist, und man hat einen anderen Ort gesucht. Ich möchte wissen, was der Verteidigungsminister zu Wöllersdorf gesagt hat. Konnte er Ihnen tatsächlich keine bessere Kaserne anbieten als die, die so weit von der tschechischen Grenze liegt? Die Regierung hat also zweifellos etwas voreilig, wenn auch unter dem Druck der Ereignisse, jedenfalls ohne Berücksichtigung der zu erwartenden Konsequenzen gehandelt.

Herr Minister! Hier sind viele Fragen offen, aber Sie werden das heute nicht beantworten können. Ich rechne aber damit, daß Sie schriftlich zu diesen Problemen Ihre Meinung äußern.

Nun noch zu einigen Verkehrsproblemen. Besonders berührt mich hier die Gastarbeiterroute, und nicht nur der mangelnden Überwachung wegen. Ich möchte den Gendarmerieorganen durchaus nicht den Vorwurf machen, daß sie nicht genügend überwacht hätten, aber es geschehen viele Unfälle durch die Unfähigkeit der Ausländer, die unter Umständen erst kurz vorher Führerscheinbesitzer geworden sind, die mit viel zu schlecht ausgerüsteten Fahrzeugen, mit schlechten Reifen die Fahrt antreten und keine Ruhepausen machen, weil sie glauben, das hätten sie nicht notwendig. (Abg. Dr. Heinz Fischer: Wirklich wahr? Können Sie das näher begründen?) Herr Abgeordneter Fischer, warum soll ich das nicht begründen? Selbstverständlich! Ich verstehe Ihre Frage nicht.

Auf dieser Route Salzburg—Leoben—Bruck—Spielfeld ist, glaube ich, noch einiges zu tun, denn dort sind die häufigsten Unfälle in unserem Bundesgebiet. Ich muß daran erinnern, daß die Leute aus Hamburg, aus Hannover kommen.

Was tun wir aber, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, nicht nur der Ausländer, denn in die Unfälle sind vielfach auch unschuldige Österreicher mit verwickelt?

Jetzt steht wieder der Weihnachtsverkehr knapp bevor, und es werden auf dieser Route wieder verstärkt Unfälle auftreten. Werden Sie, Herr Bundesminister, den Weihnachtsver-

Öfenböck

kehr der Gastarbeiter kontrollieren? Wie viele Kontrollbeamte mehr werden zur Verfügung stehen? Ich meine, Herr Minister, die Sicherheit des Verkehrs ist Ihre Aufgabe, und Sie müßten die entsprechende Anzahl von Beamten für die Überwachung zur Verfügung stellen. Sie sagen, Sie hätten diese Beamten nicht, aber das ist Ihre Angelegenheiten, es fällt in Ihre Verantwortlichkeit, sie aufzubringen.

Deshalb meine Frage: Wie viele Beamte werden Sie auf Anforderung dorthin entsenden, damit diese Unfälle nicht passieren? (*Abg. Libal: Gehen Sie doch freiwillig zur Gendarmerie!*) Das würde dem Libal zweifellos besser tun, aber ich schlage Sie nicht vor, denn es wäre eine Tragik für die Autofahrer, Sie als Überwachungsorgan zu erleben! (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Abschließend nur noch zur Frage der Verkehrssicherheitskonferenz. Seit dem Jahre 1968 gibt es diese Einrichtung, und Sie wurden mit der Federführung beauftragt. Wird es durch das Ministeriengesetz zu einer Änderung in den bisherigen Aufgaben kommen? Wir würden meinen, daß die Federführung durch Sie selbst die geeignetste Voraussetzung für eine kontinuierliche positive Weiterentwicklung dieser Verkehrssicherheitskonferenz wäre. Werden Sie also daran festhalten und diese Konferenz auch noch ausbauen?

Es gäbe tatsächlich noch viele Fragen, ich nehme aber Rücksicht und beantworte die Frage, die ich vom Kollegen Fischer bekommen habe, jetzt nicht. Ich werde gerne im privaten Kreise zur Verfügung stehen und dann auf seine Fragen antworten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter ein Schlußwort? — Kein Schlußwort.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Kapitel 11 mit dem dazugehörigen Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Fassung der Regierungsvorlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit und angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Donnerstag, 6. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (880 und Zu 880 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppen XIV und VI.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 20 Minuten